



Sozialwissenschaftlerinnen an der Universität Frankfurt am Main

Dokumentation eines Lehrforschungsseminars

Editorial

CGC online papers: Arbeitspapierreihe des Cornelia Goethe Centrums für Frauenstudien und die Erforschung der Geschlechterverhältnisse der Goethe-Universität Frankfurt/ M.

Mit der neuen Publikationsreihe CGC online papers öffnet das Cornelia Goethe Centrum einen Publikationsraum für Dokumentationen, Reprints, Diskussions- und Arbeitspapiere, Seminarergebnisse sowie feministische Abschlussarbeiten. Die Entwicklung des Formats und das Layout der online papers wurden durch eine Unterstützung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst ermöglicht. Beiträge für eine vom HMWK geförderte Konferenz bilden die Grundlage für den ersten Band dieser online Reihe, die im CGC Jubiläumsjahr an den Start geht. Ab 2017 werden die CGC online papers in loser Folge erscheinen.

Vor nunmehr 20 Jahren, im Sommer 1997, wurde das „Zentrum für Frauenstudien und die Erforschung der Geschlechterverhältnisse“ gegründet und im Jahr 2000 umbenannt in „Cornelia Goethe Centrum“ (CGC). Es bietet für zahlreiche Studierende, Doktorand*innen, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und Professor*innen einen Raum für Forschung und wissenschaftlichen Austausch sowie für geschlechterpolitische Debatten. Interdisziplinarität, Internationalität und Intersektionalität sind für das Centrum Querschnittsperspektiven in Lehre und Forschung. Neben der grundsätzlichen Frage nach Geschlechtergerechtigkeit befassen sich die Forschungsprojekte, Vorträge, Konferenzen, Semi-

nare und die CGColloquien mit der Untersuchung der Geschlechterverhältnisse in allen Bereichen des Lebens, bspw. der Erziehung, den Medien und dem Recht. Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind „Transnationale Migration und soziale Bewegungen“; „Soziale Ungleichheit, Geschlechtergerechtigkeit und Diversität“; „Biopolitik und Körpersoziologie“; „Feministische Theorie und Queer Studies“ sowie „Transdisziplinäre Methoden, Feministische Wissenschaftskritik und Wissenschaftsgeschichte“.

Gender Studies und feministische Theorie sind unentbehrliche Ressourcen und Mittel für eine kritische Analyse kultureller, gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge. Gerade in einer komplexer und globaler gewordenen Welt haben sie eine immense Bedeutung für die Generierung von Wissen, die Analyse struktureller Ungleichheit sowie für den Kampf um globale Geschlechtergerechtigkeit. Dabei kommt es auch besonders auf Beiträge an, die Denkräume eröffnen, Debatten anstoßen, experimentieren, die verschüttete Quellen wieder zugänglich machen oder die Ergebnisse aus Tagungen und Seminaren sichtbar machen.

CGC online papers möchte diesen Denkanstößen ein Forum geben und Mitgliedern sowie assoziierten Forscher*innen die Chance bieten, ihre aktuellen Forschungen zu präsentieren.

Für Fragen der Veröffentlichung und redaktionellen Unterstützung kontaktieren Sie bitte die Reihenherausgeberinnen Dr. Marianne Schmidbaur (schmidbaur@soz.uni-frankfurt.de) und Prof. Dr. Ulla Wischermann (wischermann@soz.uni-frankfurt.de).

Impressum

Frankfurt am Main, August 2017
ISSN 2567-2487

Herausgegeben vom
Cornelia Goethe Centrum
Goethe-Universität Frankfurt a. M.
Campus Westend, PEG 4
Theodor-W.-Adorno-Platz 6
D-60629 Frankfurt a. M.
Dr. Marianne Schmidbaur
Prof. Dr. Ulla Wischermann

fon +49(0)69 798 35100
mail cgc@soz.uni-frankfurt.de
web <http://www.cgc.uni-frankfurt.de>

Layout:
grübelfabrik; <http://www.gruebelfabrik.de/>

Umschlaggestaltung und Satz:
Dr. Marion Keller

Download:
<http://www.cgc.uni-frankfurt.de/forschung/cgc-online-papers/>



Cornelia Goethe Centrum

für Frauenstudien und die Erforschung der Geschlechterverhältnisse

Inhaltsverzeichnis

MARION KELLER / ULLA WISCHERMANN	
Sozialwissenschaftlerinnen an der Universität Frankfurt am Main	2
PRADEEP KUMARA HERATH MUDIYANSELAGE	
Die Sozialwissenschaftlerin Thekla Justus an der Universität Frankfurt am Main zu Beginn des 20. Jahrhunderts	8
KAMILLA BIELSKA	
Dr. Paula Ridder (1884-1977): eine biographische Skizze	19
JESPER SCHULZE	
Bertha Kunreuther – Ein Blick zurück	31
CLARA KRETZSCHMAR	
Elsbeth Krafft – Eine biographische Skizze	45
CHRISTOPH BOCHENTIN	
Frida Bier. Der Versuch einer Rekonstruktion	51
JOEL SCHMIDT	
Hilda Weiss	57
LIOBA CANAN TEKIN	
Die „rote“ Akademikerin Elisabeth Kolb	77
ANNE BUCHHEISTER	
Nina Rubinstein und ihr Beitrag zur Soziologie der Emigration	87
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	100

MARION KELLER UND ULLA WISCHERMANN

Sozialwissenschaftlerinnen an der Universität Frankfurt am Main

Die Beiträge dieser Publikation dokumentieren Ergebnisse studentischer Recherchen, die im Rahmen des Forschungsseminars „Sozialwissenschaftlerinnen der Universität Frankfurt am Main“ am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main im Sommersemester 2014 durchgeführt wurden. Ziel des von uns geleiteten Seminars war es, die Biographien und das Werk von Sozialwissenschaftlerinnen zu erforschen, die an der Universität Frankfurt am Main in den Jahren von der Universitätsgründung bis 1933 studierten, promovierten und forschten. Über diese Sozialwissenschaftlerinnen ist bisher fast nichts bekannt. Sie sind aus dem kollektiven Gedächtnis – nicht nur der Universität Frankfurt – verschwunden und wurden in der Regel dort auch nie aufgenommen. Dabei galt die Universität Frankfurt nach ihrer Gründung wegen der mit anderen Universitäten in Deutschland vergleichsweise großen Zahl von Studentinnen als eine besonders „frauenfreundliche“ Hochschule.¹ Frankfurt bot gerade für ein sozialwissenschaftliches Studium mit den Stiftungslehrstühlen für Soziologie (ab 1919 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen, kurz Wiso Fakultät), für Armenwesen und Fürsorgewissenschaften (ab 1914 an der Wiso Fakultät), dem Lehrstuhl für Sozialphilosophie (bis 1930 an Wiso Fakultät, ab 1930 an der Philosophischen Fakultät) sowie dem Institut für Sozialforschung (gegründet 1923) und dem (Frankfurter) Psychoanalytischen Institut (gegründet 1929) ein attraktives, interdisziplinär und international orientiertes Lehrangebot und Dozenten, die zu den inno-

vativsten und interessantesten Gelehrten der damaligen Zeit gehörten.

Die Idee zu unserem Seminar entstand während der Durchführung des vom hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) geförderten Vorprojektes „Universitätsgeschichte als Sozialtopographie. Ein Beitrag zur Geschichte des Frauenstudiums und weiblicher akademischer Berufswege in Frankfurt am Main“. Bei diesem Projekt wurden u. a. die *Jahrbücher der deutschen Hochschulschriften* nach Promotionen von Frauen an der Universität Frankfurt vor 1945 ausgewertet. Bei der Auswertung überraschte sowohl die Anzahl der Promotionen von Frauen als auch die thematische Breite und Vielfalt der Dissertationsthemen. Zwischen 1914 bis 1933 promovierten allein an der Wiso Fakultät etwas mehr als 100 Frauen (vgl. Keller 2016). Das entsprach ca. 5,6 Prozent, gemessen an der Gesamtzahl der an der Fakultät abgeschlossenen Promotionen in diesem Zeitraum. Mit ihren Dissertationen haben die Sozialwissenschaftlerinnen zur Wissensentwicklung beigetragen. Diese Dissertationen sind gleichzeitig aufschlussreiche Quellen, aus denen sich Rückschlüsse über die fachspezifische Entwicklung der Sozialwissenschaften der damaligen Zeit ziehen lassen: Inwieweit haben sich aktuelle theoretische Diskussionen in den Dissertationen niedergeschlagen? Welche Themen und/oder Autor*innen wurden rezipiert, welche nicht? Was sagen Studienverläufe und Dissertationen über das Lehrangebot, die besuchten Seminare, die Themen und Methoden sowie die verwendete Forschungsliteratur aus? Zu welchen Themen und mit welchen Methoden wurde gearbeitet? Welche Rückschlüsse lässt das auf sozialwissenschaftlichen Unterricht an der Universität zu? Wie lassen sich die Wissenschaftlerinnen und ihre Qualifikationsarbeiten in die nationalen und in-

¹ Vgl. Kluge, 1972, 565: Von 1925 bis 1931 verdreifachte sich die Anzahl der Studentinnen von 243 auf 782, das waren von 9,6 auf 17,4 Prozent! Mit ca. 10 Prozent war der Frauenanteil unter den Studierenden während der gesamten Zeit der Weimarer Republik verglichen mit ca. 6 Prozent an anderen Universitäten in Deutschland verhältnismäßig hoch.

ternationalen zeitgenössischen Debatten und Diskussionen einordnen?

Ein Anliegen des Seminars war es, Teile dieses Wissensbestandes aufzuarbeiten. Gleichzeitig sollte die Beschäftigung mit den Biographien und den Dissertationen der Sozialwissenschaftlerinnen den Studierenden eine andere Perspektive auf (soziologische) Klassiker*innen, Theorieentwicklung und -geschichte eröffnen und zu einer Auseinandersetzung mit der/den eigenen Fachgeschichte/n anregen. Diese Herangehensweise ermöglichte es den Studierenden sowohl einen exemplarischen Einblick in ein großes Forschungsgebiet zu erhalten als auch einen eigenen Beitrag in diesem Bereich zu leisten (vgl. Hansen-Schaberg 2012).

Konzeption und Durchführung des Seminars

Im Rahmen des Seminars führten die Studierenden eigenständige Projekte zu Sozialwissenschaftlerinnen der Universität Frankfurt durch, in denen sie Fragestellungen zur Biographie, den Dissertationen oder dem Werk einer Wissenschaftlerin selbstbestimmt entwickelten und verfolgten. In der Einführungsphase wurde zunächst eine gemeinsame Ausgangsbasis zur biographischen Methode, zur Geschichte von Sozialwissenschaftlerinnen und zur Geschichte der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät sowie zum Umgang mit historischen Quellen erarbeitet. Danach wählten die Seminarteilnehmer*innen für ihre Projekte eine Frankfurter Sozialwissenschaftlerin aus, zu der sie forschen wollten. Eine Entscheidungshilfe war die für das Seminar zusammengestellte kommentierte Auswahl von 54 Frauen, die an der Universität Frankfurt vor 1933 promovierten oder studierten und zu denen im Rahmen des Forschungsprojektes Universitätsgeschichte als Sozialtopographie bereits erste Recherchen durchgeführt worden waren. Quellengrundlage für die Seminar-Projekte bildeten die in der Universitätsbibliothek und in der Bibliothek Recht und Wirtschaft erhaltenen Dissertationen sowie die Studenten- und Promotionsakten, die bei einem gemeinsamen Besuch im Universitätsarchiv eingesehen wurden. Die Auswertung und Analyse der Quellen, die zu den Sozialwissenschaftle-

rinnen durchgeführten individuellen Recherchen, Fragestellungen sowie die Zwischenergebnisse wurden im Plenum vorgestellt und besprochen. Die Ergebnisberichte über die im Seminar durchgeführten biographischen Projekte bilden die Grundlage der Artikel dieser Publikation.

Ergebnisse der biographischen Portraits

Die Beiträge dieser Publikation untersuchen die Lebens- und Berufswege von acht Sozialwissenschaftlerinnen – Justus Thekla (1894-?), Paula Ridder (1884-1977), Bertha Kunreuther (1893-1943), Elsbeth Krafft (1894-?), Frida Bier (1902-1974), Hilda Weiss (1900-1981), Elisabeth Kolb (1900-1991), Nina Rubinstein (1908-1996) – und die Qualifikationsarbeiten, mit denen diese an der Universität Frankfurt promovierten. Sie vermitteln einen spannenden und informativen Einblick in die akademische und wissenschaftliche Profilierung von Frauen während des Ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik und tragen zur Sichtbarmachung eines bisher unbekannteren Aspektes der Sozialwissenschaften (nicht nur) in Frankfurt bei. Die Studierenden stützen sich auf durch Quellen und Forschungsliteratur belegbare Daten. In den meisten Fällen wurden nicht nur die Studenten- und Promotionsakten der Portraitierten zum ersten Mal eingesehen und ausgewertet, sondern auch die Dissertationen zum ersten Mal gelesen und analysiert. Die Portraits vermitteln Einblicke in den individuellen und zugleich beispielhaften Werdegang von Sozialwissenschaftlerinnen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowohl innerhalb als auch außerhalb von Universität und Wissenschaft sowie in die Rahmenbedingungen und Strukturen, die sie förderten oder behinderten. Die ausgewählten Sozialwissenschaftlerinnen studierten und promovierten in einer Zeit, als Frauen gerade erst den Zugang zum Hochschulstudium erhalten hatten. Die Perspektive auf eine wissenschaftliche Laufbahn und „Wissenschaft als Beruf“ (Max Weber) blieb ihnen aber noch lange Zeit versperrt. Frauen war es zwar ab 1919 rein rechtlich möglich zu habilitieren, faktisch blieb dies aber weiterhin nahezu unmöglich.²

² Die Mikrobiologin Emmi Klieneberger war die erste Privatdozentin an der Universität Frankfurt am Main. Sie hatte mit der Habilitation im Jahr 1930 die Lehrberechtigung an Hochschulen erworben, damit war jedoch kein Anspruch auf eine

Arbeit fanden die Akademikerinnen meist in wissenschaftsnahen außeruniversitären Arbeits- und Berufsfeldern und auf unterschiedlichen Qualifikationsstufen. Hierzu gehörte beispielsweise die wissenschaftliche Mitarbeit bei Untersuchungen, die von Sozialbehörden, Krankenkassen oder Gewerkschaften durchgeführt wurden. Viele arbeiteten auch als Lehrerinnen. Die geringen Berufsperspektiven für Akademikerinnen waren vermutlich ein wichtiger Grund, weshalb viele der an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät eingeschriebenen Studentinnen das Studium mit der Prüfung als Diplom-Handelslehrerin oder Diplomkauffrau abschlossen und nicht promovierten.

Die Sozialwissenschaftlerinnen, mit denen sich die Artikel in dieser Publikation befassen, bilden im Hinblick auf die soziale und geographische Herkunft und auf die Studien- und Berufswege einerseits einen beispielhaften Querschnitt der Student*innenschaft der Universität Frankfurt vor 1933 ab, gleichzeitig können sie als exemplarisch für Sozialwissenschaftlerinnen ihrer Zeit gelten. Wie viele ihrer Mitstudent*innen waren viele von ihnen für das Studium nach Frankfurt gekommen (zur geographischen und sozialen Herkunft der Studierenden in den Jahren 1918, 1921 und 1926 vgl. Kluge 1972, 181, 426 und 564-565).³ Es waren Töchter von Handels- und Gewerbetreibenden, von höheren, mittleren und unteren Beamten und Töchter mit Vätern aus freien Berufen. Denn nur diese konnten sich die ökonomischen Kosten eines Studiums leisten. Die NS-Zeit bedeutete auch für die meisten der im Rahmen des Seminars untersuchten Sozialwissenschaftlerinnen eine tiefe Zäsur: Sie wurden als poli-

tisch und „rassisch“ Unerwünschte ausgeschlossen, vertrieben, verfolgt und vernichtet.⁴

Die portraitierten Wissenschaftlerinnen lassen sich im Hinblick auf ihr Geburtsjahr und den Zeitpunkt ihres Studienbeginns in zwei Gruppen einteilen: Justus Thekla, Paula Ridder, Bertha Kunreuther und Elsbeth Krafft wurden zwischen 1885 und 1894 geboren. Sie begannen während des Ersten Weltkrieges zu studieren. Während des Krieges übernahmen die meisten von ihnen – meist ehrenamtliche – Arbeiten im Rahmen des Nationalen Frauendienstes (NFD). Ihre Dissertationen waren vor oder kurz nach Kriegsende abgeschlossen. Die Ausbildung, das Studium und die Berufserfahrungen als Lehrerin überwiegen in den Biographien dieser ersten Gruppe. Frida Bier, Hilde Weiss, Elisabeth Kolb, Nina Rubinstein wurden zwischen 1900 und 1908 geboren. Sie studierten ab Mitte der 1920er Jahre an der Universität Frankfurt und standen 1933 kurz vor Abschluss ihrer Dissertationen oder hatten bereits promoviert und befanden sich am Beginn einer wissenschaftlichen Laufbahn.

Die Dissertationen der Sozialwissenschaftlerinnen, das belegen die Beiträge dieser Publikation, bilden ein bemerkenswert breites Spektrum von Themen, Methoden und Vorgehensweisen ab und vermitteln einen facettenreichen Einblick in die Debatten der Sozialwissenschaften am Ende des Kaiserreichs und während der Weimarer Republik. Sie befassen sich aus unterschiedlichen Perspektiven und methodischen Herangehensweisen mit sozialen und gesellschaftlichen Problemen und deren Lösung: Frauenerwerbsarbeit, Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen, Wohnungslose, Armenfürsorge, soziale Bewegungen, sozialistische und kommunistische Theorien und Theoretiker, die als Vorläuferinnen soziologischer Theorie gelten.

Der Zeitpunkt des Studiums korrespondiert mit der Wahl der Themen und Methoden bei den Dissertationen. Das zeigt ein Vergleich der beiden Gruppen. Die Dissertationen der ersten Gruppe entstanden

Professur oder einen bezahlten Lehrauftrag verbunden. Die erste Privatdozentin und Lehrende an der Wiso-Fakultät war Charlotte von Reichenau, geb. von Renthe-Fink. Sie war eine der neun Frauen, denen es während der Weimarer Republik gelang in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften die Hürde der Habilitation zu überwinden. Sie wurde ab 1938 von der NS Reichsfrauenchaft gefördert und hatte ab 1942 einen Lehrauftrag für Konsumwirtschaft (vgl. Keller 2016). Die Lehrbefähigung von Frauen, die *venia legendi*, ein zentraler Bestandteil des Habilitationsverfahren, wurde noch in den 1960er Jahren von den meisten Professoren in Frage gestellt. Das zeigte eine Befragung von Professoren und Dozenten an Universitäten Ende der 1950er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (Anger 1960).

³ Vgl. Kluge, 1972, 568: 1926 studierten an der Universität Frankfurt nur 4 Studentinnen aus Arbeiterfamilien.

⁴ Frida Bier, Hilda Weiss, Nina Rubinstein wurden wegen ihrer jüdischen Herkunft zur Emigration gezwungen; Bertha Kunreuther wurde wegen ihrer jüdischen Herkunft verfolgt und im Konzentrationslager Auschwitz ermordet; Elisabeth Kolb wurde wegen ihrer Mitgliedschaft in der Roten Studentengruppe politisch verfolgt und vom Studium relegiert.

an den Schnittpunkten von empirischer Sozialforschung, Sozialpolitik und Frauenbewegung. Sie wurden von ihren Lehrern Christian Jasper Klumker, Paul Arndt, Franz Žižek und Franz Oppenheimer beeinflusst und lassen sich vom Erkenntnisinteresse und ihren methodischen Vorgehensweisen in die Traditionslinien der empirischen Sozialforschung von Frauen im Kaiserreich verorten. Es sind arbeitsaufwändige und auf der Kombination mehrerer Erhebungsmethoden basierende empirische Untersuchungen. Die sozialen Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen, die gesellschaftliche Anerkennung von Frauen(erwerbs)arbeit nehmen in den Studien einen großen Raum ein oder befassen sich ausdrücklich damit. Entgegen dem Postulat von Max Weber, die wissenschaftliche Analyse von sozialpolitischen Vorschlägen streng zu trennen, verbinden alle drei ihre Analysen mit sozialpolitischen Vorschlägen. Eine Sonderstellung in dieser Gruppe nimmt Elsbeth Krafft ein, die zwar an der Philosophischen Fakultät im Fach Geschichte promovierte, deren Dissertation aber auch als Beispiel einer frühen sozialen Bewegungsforschung bewertet werden kann. Bei der zweiten Gruppe überwiegen theoretische Auseinandersetzungen mit der Geschichte des Sozialismus, sozialistischen/marxistischen Theoretikern und Theorie und soziale Bewegungen. Zwar befasst sich keine dieser untersuchten Dissertationen mit der sozialen Situation von Frauen, diese spielten jedoch als Forschungsthema auch weiterhin eine Rolle. Dies zeigt ein Blick auf die Dissertationsthemen der an der Wiso Fakultät promovierten Frauen, die noch nicht erforscht wurden.

In dieser Publikation orientiert sich die Reihenfolge der Artikel an der chronologischen Reihenfolge des Studiums und der Promotion, d. h. zunächst werden die Sozialwissenschaftlerinnen vorgestellt die zur ersten Gruppe gehören, danach jene, die zur zweiten Gruppe zu rechnen sind.

Mit Thekla Justus und ihrer Dissertation über die weiblichen Hausangestellten in Frankfurt am Main beschäftigt sich *Pradeep Kumara Herath Mudiyansele*. Justus war nicht nur eine der ersten Studentinnen der Universität, sondern auch eine der ersten Frankfurter Doktorandinnen von Franz Oppenheimer. Herath rekonstruiert den Studien- und

Berufsweg von Justus nach ihrer Promotion. Justus arbeitete bis zur ihrer Heirat mit dem Orientalisten Wilhelm Heffenich (1894-1944), der bis zu seinem Tod 1944 am islamischen Seminar der Universität Bonn lehrte, als Handelslehrerin. Der Artikel zeigt, dass die empirische Studie von Justus ein zeitgenössischer Beitrag zur so genannten Dienstbotenfrage war und eine sozialgeschichtlich interessante und lesenswerte Darstellung über die soziale Situation und Arbeitsbedingungen von Dienstmädchen in Frankfurt am Ende des Ersten Weltkrieges ist.

Kamilla Bielska veranschaulicht an der Biographie von Paula Ridder zum einen, wie tiefverwurzelt und groß die Ablehnung des Frauenstudiums an deutschen Universitäten auch nach der Zulassung von Frauen zum Studium war, zum anderen mit welcher großer Hartnäckigkeit Frauen ihren Wunsch nach Bildung und Studium trotzdem weiterverfolgten. Ridder nahm nach dem ersten gescheiterten Versuch ihr Studium nach einer mehrjährigen Berufserfahrung als Lehrerin und Arbeit in der Berufsberatung im Rahmen des Nationalen Frauendienstes (NFD) am Ende des Ersten Weltkrieges erneut auf. Die Erfahrungen in der Berufsberatung bestimmten, wie Bielska zeigt, auch die Auswahl und die Untersuchungsperspektive ihrer Dissertation über die Ausbildungssituation von jugendlichen Verkäuferinnen in Frankfurt. Ridder untersucht die soziale Herkunft, die Zusammensetzung der Auszubildenden im Verkauf, die Anzahl und Größe der Ausbildungsbetriebe und die Rahmenbedingungen der Ausbildung. Die Studie vermittelt am Beispiel von Frankfurt einen spannenden Einblick in die Entstehungsgeschichte des Berufsbildes Verkäuferin. Der heute zweijährige Ausbildungsberuf im Handel wurde damals erst gerade eingeführt, die Notwendigkeit der theoretischen aber vor allem auch der praktischen Ausbildung von Verkäuferinnen musste erst durchgesetzt werden.

Der Artikel von *Jesper Schulze* rekonstruiert den Studien- und Lebensweg von Bertha Kunreuther und diskutiert ihre wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die sehr an aktuelle bundesdeutsche Diskussionen über Arbeit und Arbeitslosigkeit erinnern. Kunreuther war die einzige der Portraitierten, die in Frankfurt geboren wurde und aufwuchs. Sie begann

1914 an der Vorgängereinrichtung der Universität Frankfurt, der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, zu studieren und promovierte 1921 [1918] bei Franz Žižek und Paul Arndt mit einer von Klumker angeregten Studie über die Arbeitshauseinweisung und -haft am Beispiel der Korrekptions- und Landesarmenanstalt Breitenau. Es ist die einzige Studie in den zeitgenössischen Debatten, die sich hauptsächlich auf Quellen der Einrichtung in Breitenau stützt (Ayaß 1992, 14). Arbeitshäuser oder „Korrekptionsanstalten“, wie die euphemistische Bezeichnung lautete, waren weit gefürchteter als Gefängnisse.⁵

Mit Arbeitshauseinweisung und -haft bestraft wurden vor allem arme Menschen, die keinen festen Wohnsitz und Arbeitsplatz nachweisen konnten und die nach der preußischen Strafgesetzgebung wegen „unerlaubter Prostitution, Bettelei, Landstreicherei, Obdachlosigkeit, Müßiggang oder Arbeitsscheu“ [sic!] richterlich verurteilt waren (Ayaß 1992, 32). Kunreuther ging es mehr um Unterstützung und Förderung der Armen durch Fürsorge und weniger um Strafe. Sie betont in ihrer Analyse zum einen immer wieder den Einfluss der gesellschaftlichen Verhältnisse auf das Leben der einzelnen Menschen und zum anderen die Aufgabe der Fürsorge bei der Versorgung und Unterstützung der Armen. Sie nimmt in ihrer Analyse und ihren Vorschlägen einen zu Beginn der Weimarer Republik einsetzenden Umdenkungsprozess vorweg, der mehr soziale Faktoren berücksichtigte und zu Reformen führte, die auf eine Verbesserung des Alltags der Insassen abzielten und den Strafcharakter zugunsten von fürsorgerischen Maßnahmen abmilderten. Kunreuther arbeitete nach ihrem Studium am Wohlfahrtsamt der Stadt Frankfurt, wo sie eine Studie über Tuberkulosefürsorge und Wohlfahrtspflege durchführte.

⁵ Das ehemalige Benediktinerkloster Breitenau wurde von 1874 bis 1949 als Arbeitshaus genutzt. Zu seiner Geschichte siehe u. a. Gunnar Richter: Das Arbeitshaus Breitenau 1874–1949 <http://www.gedenkstaette-breitenau.de/1874.htm> (letzter Zugriff 20.07.2015): Breitenau war während der NS-Zeit nicht nur als Arbeitserziehungslager und der Inhaftierung von Wohnungslosen berüchtigt, sondern auch wegen seiner Funktion als Konzentrationslager für politische Gegner und als Straflager für Gestapo-Gefangene. Von 1945 bis zur Schließung des Arbeitshauses Breitenau wurden mit der Arbeitshaushaft weniger Obdachlose bestraft, sondern vor allem junge Frauen, die mit Besatzungssoldaten zusammenlebten und polizeilich nicht gemeldet waren und die deshalb aus Perspektive der Sozialkontrolle als „unsittlich“ galten.

Nach ihrer Heirat lebte sie in Wien. Nach dem Beginn der Verfolgung der Juden in Österreich konnte sie ihre beiden ältesten Kinder mit dem Kindertransport nach London in Sicherheit bringen. Sie selbst, ihr Ehemann und ihr jüngstes Kind wurden 1942 nach Theresienstadt deportiert und 1943 im KZ Auschwitz ermordet.

Den Studienweg und die Doktorarbeit von Elsbeth Krafft untersucht der Artikel von *Clara Kretzschmar*. Krafft konnte wie Paula Ridder bei Beginn ihres Studiums bereits auf eine mehrjährige Berufserfahrung als Lehrerin zurückblicken. Obwohl sie für Philosophie eingeschrieben war, belegte sie hauptsächlich Lehrveranstaltungen in der Germanistik und der Geschichte und promovierte in Geschichte. Ihre Dissertation „Die ersten internationalen Friedenskongresse und ihre Entstehung“, die am Ende des Ersten Weltkrieges entstand und sich mit der Vorgeschichte der internationalen Friedensbewegung(en) befasst, kann als ein Beispiel für eine frühe Bewegungsforschung gewertet werden. Am Beispiel der Friedensgesellschaften, die sich seit den antinapoleonischen Kriegen in Europa und den Vereinigten Staaten bildeten, und den von ihnen veranstalteten Friedenskongressen 1843 in London, 1848 in Brüssel, 1849 in Paris und 1850 in Frankfurt am Main untersuchte Krafft den Einfluss der verschiedenen Akteure und Positionen auf die gemeinsamen Beschlüsse. Sie kam zu dem Ergebnis, dass der Einfluss der Quäker überschätzt wurde, denn ihres Erachtens war er wesentlich geringer als der der Liberalen. Ihr Gutachter war Walter Platzhoff, der spätere Rektor der Universität Frankfurt (von 1934 bis 1944/45) und Nationalsozialist. Dass sein Gutachten zu ihrer Arbeit kritisch ausfiel, lässt sich möglicherweise darauf zurückführen, dass Geschichte als Fach einen relativen hohen Status hatte und kaum Zugang für Frauen bot.

Christoph Bochentin rekonstruiert den Studien- und Berufsweg von Frida Bier bis zum Abschluss ihres Promotionsverfahrens. Bier begann im Sommersemester 1921 an der Universität München zu studieren und wechselte zum Wintersemester 1922/23 nach Frankfurt. Den größten Einfluss auf ihren wissenschaftlichen Werdegang in Frankfurt hatten ihre Lehrer Albert Salomon und Franz Op-

penheimer. Ihre Dissertation über den sozialistischen Theoretiker Constantin Pecqueur korrespondierte mit dem Forschungsinteressen von Salomon, der sich vor allem mit der französischen Arbeiterbewegung und der Entwicklung des Sozialismus und des historischen Materialismus beschäftigte. Nach Abschluss der Dissertation und der Disputation arbeitete Bier als Redakteurin bei der Fachzeitschrift *Der Volkswirt*. Die vielen kurzfristigen Beschäftigungen mit hoher Arbeitsbelastung und die dafür notwendigen Umzüge verzögerten die für den Abschluss des Promotionsverfahrens notwendige Publikation ihrer Dissertation und sind beispielhaft für die prekäre Situation von vielen Akademikerinnen während der Weimarer Republik. Die jüdische Herkunft ihrer Familie spielte für Bier bis 1933 keine Rolle. Sie selbst war wohl getauft, denn bei ihrer Immatrikulation an der Universität Frankfurt hatte sie bei der Frage nach der Religionszugehörigkeit „ev.“ angegeben. Wie eine weitere Recherche nach Abschluss der Seminarhausarbeiten ergeben hat, emigrierte sie gemeinsam mit ihrer Mutter und der Familie ihres Bruders 1937 in die Vereinigten Staaten. Die Möglichkeit zur Emigration in die USA bot sich für sie, als ihr Bruder einen Ruf der Universität Louisville, Jefferson County, Kentucky, United States erhielt. Justus Bier war ein international anerkannter Kunsthistoriker und gilt als einer der interessantesten Publizisten der kulturellen Szene in Nürnberg in den 1920er Jahren (Kußmaul/ Schmidt 1999; Schmidt 2012, 194). Frida Bier starb am 29. November 1974 in Raleigh, Wake County, North Carolina.⁶

Hilda Weiss war eine der profiliertesten Sozialwissenschaftlerinnen der Universität Frankfurt und eine der wenigen Sozialwissenschaftlerinnen, über die bereits geforscht wurde. Im Zentrum stand dabei ihr autobiographisches, für ein wissenschaftliches Preisausschreiben verfasstes Manuskript „My life in Germany before and after January 30, 1933“ (vgl. Weiss 2006). Der umfangreiche Beitrag von Joel Schmidt behandelt sowohl die Biographie von Weiss bis zu ihrer Emigration in die Vereinigten Staaten im Jahr 1939 als auch die drei umfangreicheren Arbei-

ten, die sie bis dahin veröffentlicht hatte. Weiss studierte in Berlin, Jena und ab dem Wintersemester 1924/25 in Frankfurt. Sie promovierte 1926 bei Carl Grünberg, dem ersten Direktor des Instituts für Sozialforschung (IfS) mit einer Dissertation, in der sie die sozialpolitischen Ansätze von Ernst Abbe, dem Besitzer der Carl Zeiss Werke in Jena mit denen von Henry Ford, dem Gründer der Henry Ford Motor Company verglich. Als Forschungsassistentin war Weiss in die großen Forschungsprojekte des IfS „Arbeiter und Angestellte am Vorabend des dritten Reichs“ und „Autorität und Familie“ eingebunden. Als Jüdin und Sozialistin war sie 1933 gezwungen zu emigrieren, zuerst nach Frankreich, dann in die Vereinigten Staaten. Sie promovierte 1935 an der Sorbonne über die „Enquêtes ouvrières“ von Karl Marx ein zweites Mal. Nach ihrer Emigration in die USA und nach langen Jahren befristeter kurzfristiger Anstellungen als Dozentin – u. a. an zwei „Negro Colleges“ – erhielt sie schließlich 1962 eine dauerhafte Anstellung als Assistenzprofessorin. Indem er bei der Interpretation des biographischen Manuskripts von Weiss deren wissenschaftliche Veröffentlichungen einbezieht, kommt Joel Schmidt entgegen den bisher vorliegenden Interpretationen zu dem Ergebnis, dass Weiss auch nach Beginn ihrer Promotion in Frankfurt weiter zu den politisch aktiven Mitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gehörte.

Elisabeth Kolb gehörte wie ihre heute bekanntere Mitstudentin Gisèle Freund und vermutlich auch Hilda Weiss zu den politisch aktiven Mitgliedern der Roten Studentengruppe (RSG), ein Zusammenschluss von kommunistischen und sozialistischen Gruppen. Die RSG versuchte seit Ende der 1920er Jahre die Aktivitäten und die zunehmende Präsenz nationalsozialistischer Gruppen an der Frankfurter Universität zu verhindern. Kolb, Freund und weitere Mitglieder der RSG wurden wegen dieses Engagements 1933 vom Studium an der Universität Frankfurt relegiert, d. h. ausgeschlossen. Der Artikel von *Canan Lioba Tekin* untersucht den Studienweg von Kolb und ihr Engagement in der RSG vor dem Hintergrund der politischen Stimmung an der Universität und rekonstruiert Kolbs weiteren Werdegang nach der Relegation und der Vernichtung ihrer fast fertig

⁶ Frida Bier starb am 29. November 1974 in Raleigh, Wake County, North Carolina, United States <http://www.geni.com/family-tree/start> <http://www.geni.com/people/Frida-Bier/6000000014946150809> (letzter Zugriff 12.09.2015).

gestellten Doktorarbeit durch die Gestapo. Kolb lebte weiterhin in Frankfurt und nahm unmittelbar nach der Wiedereröffnung der Universität nach 1945 ihr Studium wieder auf. Sie promovierte mit einer ideengeschichtlich orientierten vergleichenden Untersuchung über Karl Marx und Lorenz von Stein. Dabei interessierte sie zum einen der Einfluss von *Die Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich*, das Hauptwerk von Lorenz von Stein, auf das Werk von Karl Marx und zum anderen beschäftigte sie die Frage, welche gesellschaftspolitischen Schlussfolgerungen beide Theoretiker aus ihren Analysen zogen.

Der Artikel von Anne Buchheister befasst sich mit Nina Rubinstein, die von 1930 bis 1933 in Frankfurt bei Karl Mannheim und Norbert Elias studierte. Rubinstein ist die einzige der vorgestellten Sozialwissenschaftlerinnen, die seit Kurzem durch die Straßenbenennung auf dem Campus im kollektiven Gedächtnis der Universität Frankfurt präsent ist. Sie gehört zu den portraitierten Frauen im Jubiläumsband *Einzelne & Gemeinsam* (2014). 1989 wurde sie anlässlich des 90jährigen Bestehens der Universität vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften nachträglich mit ihrer 1933 fertig gestellten Dissertation *Die französische Emigration nach 1789. Ein Beitrag zur Soziologie der politischen Emigration* promoviert (vgl. Steinert 1990; Raith/Rubinstein 2000). Bei der Rekonstruktion des Lebens- und Studienwegs von Rubinstein interessiert sich Buchheister vor allem für die Verbindungslinien zwischen den eigenen Migrationserfahrungen von Rubinstein als Kind russischer Revolutionäre und ihrer Dissertation über die französische Emigration. Buchheister untersucht den Beitrag Rubinsteins zur Soziologie des Fremden und arbeitet die Aktualität von Rubinsteins Dissertation sowie deren Potentiale für gegenwärtige migrationssoziologische Forschungen heraus.

Die acht in dieser Publikation nachgezeichneten Lebens- und Arbeitswege Frankfurter Sozialwissenschaftlerinnen der Nachkriegszeit und der Weimarer Republik gehen Unterschieden und Gemeinsamkeiten nach. In der Zusammenschau sind sie Lehrstücke über Möglichkeitsräume, Selbstbewusstsein und Durchhaltevermögen von Studentinnen an der Alma Mater, die erst 1908 Frauen in Deutschland überhaupt zuließ. Den Studierenden, die das Wissen

darüber zusammengetragen haben, sei für ihre Produktivität und ihr weit über das im Uni-Alltag übliche Engagement gedankt.

Danksagung

Abschließend möchten wir uns bei den Einrichtungen und Personen bedanken, die unser Lehrforschungsseminar unterstützt haben: PD Dr. Michael Maaser und den Mitarbeiter*innen des Universitätsarchivs Frankfurt am Main. Unser besonderer Dank gilt Katharina Becker für ihre Unterstützung bei der aufwendigen Recherche nach Archivalien über die ersten Promovendinnen der Wiso-Fakultät.

Bedanken möchten wir uns auch bei den Archiven und Gruppen für die Bereitstellung und Nutzungsgenehmigung der in dieser Publikation verwendeten Abbildungen: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main; Universitätsarchiv Frankfurt am Main; Stadtarchiv und Stadthistorische Bibliothek der Bundesstadt Bonn; Wiener Stadt- und Landesarchiv; Stadtarchiv Wesel; Verein Steine der Erinnerung, Wien.

Literatur

Anger, Hans (1960): Probleme der deutschen Universität. Bericht über eine Erhebung unter Professoren und Dozenten. Tübingen: Mohr Siebeck.

Ayaß, Wolfgang (1992): Das Arbeitshaus Breitenau. Bettler, Landstreicher, Prostituierte, Zuhälter und Fürsorgeempfänger in der Korrekptions- und Landesarmenanstalt Breitenau (1874-1949). Hrsg. vom Verein für hessische Landes- und Volkskunde. Kassel: Gesamthochschule Kassel.

Hansen-Schaberg, Inge (2012): Die Universität Göttingen und die wissenschaftliche Karriere von Frauen – Ein bildungshistorisches Forschungspraktikum. In: Zeitschrift für Museum und Bildung 74/2011/2012 (Akten-Einsicht), 23-40.

Keller, Marion (2016): Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerinnen an der Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät. In: Schefold, Bertram (Hrsg.): Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler in Frankfurt am Main, 3. erweiterte Auflage. Marburg: Metropolis, 909-952.

Kluke, Paul (1972): Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914 -1932. Frankfurt am Main: Verlag von Walde-
mar Kramer.

Kußmaul, Sibylle/ Schmidt, Alexander (1999): Riemen-
schneider und das flache Dach. Zum 100. Geburtstag des
Nürnberger Kunsthistorikers Dr. Justus Bier. In: Mitteilun-
gen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg 86,
191-200.

Lutz, Helma/ Schmidbaur, Marianne/ Specht-Ronique,
Verena/ Wolde, Anja (Hrsg.) (2014): Einzelne & Gemein-
sam. 100 Jahre starke Frauen an der Goethe-Universität.
Frankfurt: Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Raith, Dirk (2000): Nina Rubinsteins Beitrag zur Soziolo-
gie des Fremden. In: Ders. (Hrsg.): Nina Rubinstein. Die
französische Emigration nach 1789. Ein Beitrag zur So-
ziologie der politischen Emigration. Graz/ Wien: Nausner
& Nausner, 39-72.

Schmidt, Alexander (2012): „Eine ganz moderne Gemein-
de...“. Zur Geschichte der Nürnberger Juden vor 1933. In:
Brenner, Michael/ Eisenstein, Daniela F. (Hrsg.): Die Juden
in Franken. München: Oldenbourg Verlag, 181-198.

Steinert, Heinz (1990) (Hrsg.): Die (mindestens) zwei So-
zialwissenschaften in Frankfurt und ihre Geschichte. Ein
Symposium des Fachbereiches Gesellschaftswissenschaf-
ten aus Anlass des 75-Jahre-Jubiläums der Johann Wolf-
gang Goethe-Universität Frankfurt. Frankfurt 1990.

Wobbe, Theresa (1998): Frieda Wunderlich (1884-1965):
Weimarer Sozialreform und die New Yorker Universität im
Exil. In: Honegger, Claudia/ Wobbe, Theresa (Hrsg.): Frau-
en in der Soziologie. Neun Porträts. München: C. H. Beck,
203-224, 316-322.

PRADEEP KUMARA HERATH MUDIYANSELAGE

Die Sozialwissenschaftlerin Thekla Justus an der Universität Frankfurt am Main zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Einleitung

Die Biografie, die sich aus dem Griechischen ableitet und so viel wie „Leben - (be-)schreiben“ („bios“-„graphiein“) bedeutet, ist eine Lebensbeschreibung auf der Basis einer verstorbenen oder noch lebenden Person in ihrem spezifischen historischen und sozialen Kontext (Dausien 2010, 362). Biografien von Personen, deren Leben mit wissenschaftlichem Interesse nachverfolgt werden, haben in der Soziologie im Bereich der qualitativen Sozialforschung den Forschungsansatz der Biografieforschung gebildet. In der Biografieforschung geht es aber nicht nur um den Lebenslauf oder die Lebensgeschichte des Protagonisten oder der Protagonistin. Die Psychologin und Soziologin Bettina Dausien definiert den Lebenslauf als „äußere“ oder „objektive“ Abfolge der innerhalb der Lebensspanne einer Person auftretenden Ereignisse. Um eine Lebensgeschichte handelt es sich, wenn diese Ereignisse durch Erzählungen von der „inneren“ oder „subjektiven“ Seite in Betracht gezogen werden (ebd., 363). Darüber hinaus geht es vielmehr darum, in welcher Zeit, welcher Gesellschaft und mit welchen Perspektiven er/sie gelebt hat. Dies wiederum reflektiert die kulturellen wie sozialen Aspekte der Person und wie sie die kulturelle und soziale Entwicklung der Gesellschaft ihrer Zeit erlebt und mit verfolgt hat. Dausien beschreibt das so:

Damit sind so unterschiedliche Aspekte gemeint wie institutionalisierte Regeln, kulturelle Muster und ‚Sprachspiele‘, Alltagsverständnisse, soziale und diskursive Praktiken oder subjektive Reflexionsweisen und kognitive Konstruktion, die auf eigene Weise individuelles Leben konstruieren und (re-)präsentieren (ebd., 362).

Lebensbeschreibungen erheben somit gegenüber der Lebensgeschichte oder dem Lebenslauf



Studentenausweis Thekla Justus

einer Person den Anspruch eines komplexeren Forschungsansatzes. Im Folgenden soll der Versuch eines wissenschaftlich fundierten Beitrages in Form einer Lebensbeschreibung der Sozialwissenschaftlerin Dr. Thekla Heffening, geb. Justus unternommen werden. Sie studierte ab 1918 an der Universität Frankfurt und promovierte mit einer empirischen Untersuchung über die weiblichen Hausangestellten in Frankfurt am Main (Justus 1924). Als Sozialwissenschaftlerin ist Thekla Heffening, geb. Justus aus mehreren Gründen interessant. Zum einen gehörte sie zu den ersten Frauen mit akademischem

Abschluss in Deutschland. Sie studierte und promovierte in einer Zeit, in der Frauen zwar gerade den Zugang zum Hochschulstudium erhalten hatten, ihnen der Zugang zu vielen Berufen aber immer noch verschlossen war und sie um Gleichstellung in Männerdomänen kämpfen mussten. Ihr Studium und ihre Dissertation wurden von der ersten modernen Frauenrechtsbewegung beeinflusst. Zum anderen sind das Thema und die methodische Vorgehensweise ihrer Dissertation bemerkenswert. Diese entstand zu einem Zeitpunkt als weder die empirische Sozialforschung noch die Soziologie als eigenständige Fächer an den Universitäten etabliert waren. Empirische sozialwissenschaftliche Forschungsarbeiten wie die von Heffening fielen in den Bereich der Nationalökonomie.

Die Biografieforschung bildet in der qualitativen Sozialforschung einen komplexen aber keinen einheitlichen Forschungsansatz. Sie setzt sich mit biografischen Erzählungen und persönlichen Dokumenten auseinander, um den Lebensverlauf einer Person sinngemäß zu rekonstruieren. Dies gibt dem Forscher/der Forscherin die Möglichkeit, sowohl in schriftlicher Form überlieferte gedruckte und ungedruckte Quellen wie Akten, Tagebücher und weitere persönliche Schriften, als auch narrative Interviews mit Zeitgenossen oder der Person selbst auszuwerten und zu interpretieren.

Das biografische Portrait über Thekla Heffening konzentriert sich auf ihr Studium und ihre Promotion an der Universität Frankfurt am Main. Es stützt sich vor allem auf die im Universitätsarchiv Frankfurt am Main erhaltenen Akten über ihr Studium und ihre Promotion. Für ihr wissenschaftliches und berufliches Leben vor und nach dem Studium wurden in den Stadtarchiven in Bonn und Bielefeld Nachforschungen angestellt.

Familie und Schulbildung

Thekla Justus wurde am 17. Mai 1894 in Bielefeld im westfälischen Preußen, heute eine kreisfreie Stadt im Regierungsbezirk Detmold im Nordosten Nordrhein-Westfalens, als Tochter des Kaufmannes Heinrich Justus geboren.¹ Thekla wuchs im katholischen Elternhaus in der Gernbergstrasse 34 in Biele-

1 UAF, Abt. 604, Nr. 683 (Studentenakte Thekla Justus), Bl. 1.

feld auf. Sie besuchte von 1901 bis 1907 die Volksschule, von 1907 bis 1909 das Lyzeum² Kaiserin Auguste Viktoria Schule in Bielefeld und wechselte 1909 in die gymnasiale Studienanstalt Bielefeld, die sie im Jahr 1915 mit dem Reifezeugnis erfolgreich abschloss. Daraufhin zog sie nach Berlin, wo sie an der Berliner Universität, heute Humboldt Universität, Neuere Geschichte, Germanistik und Latein studierte, jedoch nach vier Semestern die Hochschule wechselte. In Göttingen setzte die damals 21-Jährige ihr Studium ein Semester lang fort, bis ihr von der Regierung im darauffolgenden Jahr 1917 von März bis Oktober eine Arbeitsstelle als Hauslehrerin im Stadtteil Osterlinet in Nordschleswig genehmigt wurde.³ Wahrscheinlich hat diese Tätigkeit den ersten Impuls dazu gegeben im Jahr 1924 ihre Dissertation über den Berufsstand der weiblichen Hausangestellten zu schreiben.

Dass Thekla Justus überhaupt studieren konnte, lag zum einen daran, dass sie aus einem ökonomisch abgesicherten Elternhaus stammte, das ihr sowohl die dafür notwendige Schulbildung als auch das Studium finanziell ermöglichte. Vor allem jedoch lag es daran, dass Frauen nach langen Kämpfen seit 1908/09 auch in Deutschland an allen Hochschulen studieren konnten.⁴

Studium an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

Mit der bis dahin gewonnenen Studien- und Berufserfahrung bewarb sie sich an der Universität Frankfurt am Main, wo sie sich am 4. August 1918 für das Studium der Nationalökonomie an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät immatrikulierte. Während ihres Studiums wohnte sie im Stadtteil Bornheim. Im Wintersemester 1918/19 war Justus eine von 37 zugelassenen weiblichen gegenüber 412 zugelassenen männlichen Studierenden an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und zugleich eine der 245 Studentinnen von

2 Im 19. Jahrhundert eine Bezeichnung für das Gymnasium in Deutschland, besonders in Norddeutschland die Bezeichnung für eine höhere Mädchenschule. Vgl. die französische Bezeichnung „lycée“.

3 UAF, Abt. 156, Nr. 810 (Promotionsakte Thekla Justus), Bl. 5.

4 Ab 1896 wurden in Preußen Frauen zunächst nur als Gasthörerinnen an Universitäten zugelassen, ab 1908/09 als Studierende.

insgesamt 2846 Studierenden an der Universität Frankfurt am Main.⁵ Laut Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) betrug im Wintersemester 1917/18 die Zahl der immatrikulierten Studentinnen an deutschen Hochschulen ca. 884.⁶

Thekla Justus gehörte zu den ersten Frauen, die an der Universität Frankfurt studierten; sie war eine der ersten Studentinnen von Franz Oppenheimer, der den ersten Lehrstuhl für Soziologie und theoretische Nationalökonomie an der Universität Frankfurt innehatte. Zu ihren Kommiliton*innen gehörten die bedeutenden Soziologen und Vertreter der „Frankfurter Schule“ Theodor W. Adorno (1903-1969) und Max Horkheimer (1895-1973), der ab 1931 das Institut für Sozialforschung leitete.

Die Universität Frankfurt, an der Thekla Justus studierte, war eine sehr junge Universität. Es war die erste Stiftungsuniversität in Deutschland und während der Weimarer Republik die zweitgrößte Hochschule neben der Berliner Universität. Die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, die sich 1901 als „Handelshochschule“ in Frankfurt am Main etabliert hatte, gilt als eine der Keimzellen der Universität Frankfurt und war der Ausgangspunkt für deren vergleichsweise starke sozialwissenschaftliche Ausrichtung. Denn neben den klassischen rechtswissenschaftlichen, medizinischen, naturwissenschaftlichen und philosophischen Fakultäten gab es an der Universität Frankfurt eine Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, die so genannte fünfte Fakultät. Die fünfte Fakultät war zugleich die erste sozialwissenschaftliche Fakultät an einer Hochschule in Deutschland. Zu ihren Besonderheiten gehörte der von Karl Kotzenberg gestiftete Lehrstuhl für Soziologie und theoretische Nationalökonomie. Ein weiterer wichtiger Förderer der Sozialwissenschaften in Frankfurt war der einflussreiche Unternehmer, Sozialpolitiker und Stifter Wilhelm Merton (1848-1916) und das 1890 von ihm gegründete „Institut für Gemeinwohl“.

Während ihrer Studienzeit in Frankfurt (von 1921-

1924) erlebte Thekla Justus die Gründung von zwei bedeutenden Einrichtungen, die auch heute noch bestehen: 1921 wurde die „Akademie der Arbeit“ (heute „Europäische Akademie der Arbeit“) gegründet und 1924 das „Institut für Sozialforschung“. Beide Einrichtungen bildeten wissenschaftlichen Nachwuchs aus (die AKA aus Arbeiter*innen und gewerkschaftlichen Kreisen) und widmeten sich der Erforschung und Veröffentlichung sozialer Probleme der Industriegesellschaft.

Zum gesellschaftspolitischen Hintergrund, der das Studium und das wissenschaftliche Interesse von Thekla Justus beeinflusste, gehörten auch die Forderungen und Kämpfe der zeitgenössischen Frauenbewegungen. Es liegen zwar keine genauen Informationen über die Haltung von Justus zur oder ihr Engagement in der Frauenrechtsbewegung vor, dennoch ist der Einfluss der Frauenbewegung sowohl in ihrem Streben nach akademischer Bildung und adäquater Arbeit, als auch in ihrer Dissertation über die Situation der weiblichen Hausangestellten sichtbar.

Diese weltweite soziale Bewegung, die sich für die Gleichberechtigung von Frauen in Staat und Gesellschaft einsetzte, kam bereits Mitte des 19. Jahrhunderts in den USA auf und breitete sich rasch in Westeuropa und anderen industriellen Ländern aus. Sie wird heute als erste moderne Frauenrechtsbewegung (1848-1933) bezeichnet. Mit der Frage der Gleichstellung der Geschlechter und einer Neubewertung der tradierten Geschlechterrollen beschäftigten sich viele deutsche Frauenrechtlerinnen und kämpften für die politischen und bürgerlichen Rechte der Frauen bereits zu der Zeit, in der Thekla Justus als Tochter eines wohlbehüteten Elternhauses auf die Welt kam sowie später, als sie es an die Universität geschafft hat. Das erkämpfte Recht auf Bildung, Frauenerwerbstätigkeit und Frauenwahlrecht, wofür sich viele Bürgerrechtlerinnen wie Henriette Goldschmidt (1825-1920), Louise Otto-Peters (1819-1895), Auguste Schmidt (1833-1902), Helene Lange (1848-1930) und Gertrud Bäumer (1873-1954) in Deutschland eingesetzt hatten, ermöglichte es Studentinnen wie Thekla Justus zu studieren und einen akademischen Abschluss zu erwerben.

Eine der zentralsten Forderungen der Frauenbe-

⁵ Vorlesungs- und Personalverzeichnis der Universität Frankfurt am Main 1918/19, 45-57. Die Zahlen beziehen sich auf die Studierenden ohne die Gasthörer*innen.

⁶ <http://www.gesis.org/cews/fileadmin/cews/www/statistiken/05t.gif> (letzter Abruf 16.06.2014).

wegungen in verschiedenen Ländern war das allgemeine politische Wahlrecht auch für Frauen. In Deutschland erhielten Frauen erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, zu Beginn der Weimarer Republik (am 12. Nov. 1918) das aktive und passive Wahlrecht. 1919 hatte Justus, im Alter von 24 Jahren und im achten Semester, zum ersten Mal das Recht, ihre Stimme bei der Reichstagswahl abzugeben. Bei dieser Wahl zogen 37 Frauen als Abgeordnete in den Reichstag ein.

Promotion und Berufstätigkeit

Nach fünf Semestern an der Universität Frankfurt legte Thekla Justus ihre Zwischenprüfung ab. Ihre Prüfungsfächer waren Volks- und Privatwirtschaftslehre, Statistik und Handelsrecht. Im Februar 1921 bestand Thekla Justus die Diplomkaufrau- und Diplom-Handelslehrerin-Prüfung mit der Note „sehr gut“. Die Unterstützung ihrer Familie erleichterte es Thekla Justus nach Abschluss ihres Studiums eine ihren Kompetenzen entsprechende Erwerbstätigkeit zu finden. In ihrem in der Promotionsakte enthaltenen Lebenslauf gab sie an, dass sie in den Semesterferien eine praktische kaufmännische Ausbildung im väterlichen Betrieb sowie in der Firma Bayer in Berlin gemacht hatte. Nach Ende des Studiums gelang Justus der direkte Einstieg in den Beruf. Seit ihrem Handelslehrerexamen arbeitete sie an der Städtischen Handelsfachschule II in Frankfurt zunächst als Anwärtlerin und ab 1922 als fest angestellte Handelslehrerin.⁷ Die Abgabe der erforderlichen gedruckten Belegexemplare ihrer Dissertation und dadurch auch der Abschluss ihres Promotionsverfahrens zogen sich bis 1924.⁸

Die Dissertation *Die weiblichen Hausangestellten in Frankfurt am Main: Ergebnisse einer Privaten Erhebung vom Jahre 1920*

Thekla Justus promovierte mit einer empirischen Untersuchung über die weiblichen Hausangestellten in Frankfurt am Main (Justus 1924). Für ihre Dissertation wählte sie ein Thema bei dem sich eine enge Verbindung zur zeitgenössischen bürgerlichen Frauenbewegung und deren Engagement in der so

⁷ UAF, Abt. 156, Nr. 810 (Promotionsakte Thekla Justus), Bl. 5.

⁸ Ebd., Bl. 13.

Prof.-Aktien von 1910. 10.1.22

Universitätsarchiv Frankfurt am Main (UAF)
Abt. 156, Nr. 810, Bl. 2 V

Anmeldung zur Promotion.

Name: *Thekla Justus*

Adresse: *Frankfurt a. M.*

Titel der Arbeit: *Die weibl. Hausangestellten in Frankfurt a. M. Ergebnisse einer privaten Erhebung vom Jahre 1920.*

Zulassungsbedingungen:

- 1) Lebenslauf
- 2) Zeugnisse über Vorbildung
 - a) Schulbildung *Reifezeugn. Postgymn. Korbefeld*
 - b) weitere *Handelsh. Sch.*
 - c) Besondere der Vorlesungen
- 3) Eignungszeugnis
- 4) Erklärung, daß noch keine Doktorprüfung abgelegt
- 5) Qualifikation I. Kate II. Kate
- 6) Gewählte Prüfungsfächer und event. Wünsche des Kandidaten für die mündliche Prüfung:
 - 1) *Volkswirtschaftslehre*
 - 2) *Privatwirtschaftslehre*
 - 3) *Statistik*
 - 4) *Handelsh. Sch.*
 - 5) *Handelsh. Sch.*

1. Gutachter: *Schmitt Vogt*

2. Gutachter: *Prof. Litzke*

Thekla Justus' Anmeldung zur Promotion

genannten Frauenfrage (Arbeiterinnenfrage) herstellen lässt.

Die Ergebnisse ihrer Dissertation stützen sich auf einer von ihr selbst in Frankfurt durchgeführten Datenerhebung im Jahr 1920. Ihre Dissertation war interdisziplinär und stand in der Tradition der Arbeiten der empirischen Sozialforscherinnen am Anfang des 20. Jahrhunderts, die Sabine Hering wie folgt beschreibt:

Wir finden in ihren Studien nur in Ausnahmefällen den Blick einer jener Fachdisziplinen, welche damals anerkannt waren und deren Traditionen gepflegt und gewürdigt wurden. Die meisten Arbeiten, die damals von Frauen zu den Auswirkungen sozialer Probleme verfasst wurden, sind an die Nachbardisziplinen wie



Titelblatt Dissertation Thekla Justus

Nationalökonomie (Volkswirtschaft), Sozialpsychologie oder Soziologie angelehnt, in ihrem Zuschnitt aber interdisziplinär und in ihrer Aussage und ihrem Anliegen anwendungsbezogen. (Hering 2010, 333ff.)

Die empirische Sozialforschung steckte, laut Hering, am Anfang des 20. Jahrhunderts jedoch noch in den Anfängen und wurde noch nicht als wissenschaftliche Disziplin akzeptiert.

Thekla Justus klärt zunächst die Begrifflichkeit bzw. Terminologie ihrer Arbeit. Sie unterscheidet zunächst zwischen Erwerbswirtschaft und Hauswirtschaft. Sie zeigt systematisch, wie durch die Befriedigung der Bedürfnisse der Herrschaften durch Dienstleistungen im Haushalt Geld aus dem Erwerb der Herrschaften in die Hauswirtschaft fließt (Justus 1924, 2f.). Laut Thekla Justus, sind hauswirtschaftliche Dienstleistungen wiederum zu unterteilen in durch Personen und durch Sachen bzw. Haushaltsgeräte verrichtete Arbeit. Hier richtet sie ihren Fokus besonders auf die weiblichen Personen, die unmittelbar, wie beim Kochen, oder mittelbar, wie bei der Bedienung, am Haushalt beteiligt sind. Der Magistrat der Stadt Frankfurt definierte zu dieser Zeit Hausangestellte wie folgt:

Zu den ‚Hausangestellten‘ gehören Köchinnen, Stubenmädchen, Kindermädchen, Kinderfrauen, Erzieherinnen, Sprachlehrerinnen, Gesellschafterinnen, Stützen, Zofen, Haushälterinnen, Aushilfsmädchen, Köche, Diener, Kutscher, Chauffeure, Gärtner, Erzieher, Sprachlehrer, Gesellschafter und ähnliches Personal. (Justus 1924, 2)

Obwohl diese Tätigkeiten in privaten Haushalten sich zum Teil auch auf die Tätigkeit männlicher Angestellter beziehe, werde der Begriff des „Hausangestellten“ aufgrund des hohen Frauenanteils hauptsächlich mit weiblichen Personen assoziiert (ebd., 2f.). Die Hausangestellten ordnet Justus wiederum in drei Typen ein: Die erste Gruppe sind die Stunden- und Monatsfrauen, die ihre Arbeitskraft nur stundenweise zur Verfügung stellen. Sie wohnen außerhalb der Haushalte ihrer Arbeitgeber. Es sind vorwiegend Reinigungskräfte. Die zweite Gruppe sind die Hausangestellten, die zwar in die Hausgemeinschaft aufgenommen sind, aber einer anderen sozialen Schicht entstammen als die Herrschaften, zum Beispiel Dienstmädchen und Dienstmädchen (ebd.). Die dritte Gruppe sind die Hausangestellten, die von der Familie aufgenommen wurden und bei denen keine wesentlichen sozialen Unterschiede gegenüber den Herrschaften bestehen, beispielsweise Haushaltslehrerinnen und Erzieherinnen. Justus' Dissertation handelt ausschließlich von dieser zweiten Gruppe und deren volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die Anregung bzw. Motivation, sich auf diese Frage zu konzentrieren, lag wohl in ihrer eigenen Erfahrung als Hauslehrerin 1918.⁹ Der Beruf der Hauslehrerin als Hausangestellte unterscheidet sich in seiner Grundform allerdings grundlegend von der des Dienstmädchens. Die Hauslehrerin wurde mit ihrem Nachnamen angesprochen und nahm die Mahlzeiten gemeinsam mit den Hausherr*innen ein. Das Dienstmädchen wurde mit dem Vornamen angesprochen und aß in der Regel zusammen mit dem restlichen „niederem“ Personal in der Küche. Durch diese Unterschiede sah Justus den Beruf des Dienstmädchens aus volkswirtschaftlicher Sicht als einen wichtigen Frauenberuf für die niederen Stände (Justus 1924, 6). Den unangemessenen Umgang, sowohl in

⁹ UAF, Abt. 156, Nr. 810, Bl. 5.

Fragebogen^{*)}
für die weiblichen Hausangestellten in Frankfurt a. M.
(nicht für Wälder, Putz- oder Monatsfrauen).
Für Städte bescheiden sich die Dienere auf die letzte Seite hier in Frankfurt!

Name: _____
Wohnung: _____ Straße Nr. _____ bei _____
Geboren: _____ Heimatort: _____ (Stadt, Provinz)
Angestellt als _____

1. Wie lange arbeiten Sie in der Regel für Ihre Dientherrenschaft?
a) werktags: morg. von _____ bis abds. _____ Uhr od. wieviel Stunden?
b) Sonntags, wenn Sie keinen Ausgang haben?
2. Haben Sie jeden Sonntag Ausgang? Wenn nicht, wie oft? _____ Wie lange jedesmal?
3. Haben Sie auch an Wochentagen Ausgang? Wie oft? _____ Wieviel Stunden?
4. Haben Sie bisweilen einen ganzen Tag frei? Wie oft?
5. Haben Sie jeden Sonn- u. Feiertag vormittags Zeit zum Kirchgang?
6. Wie lange sind Sie in der jetzigen Stelle?
7. Haben Sie dort Ferien bekommen? Wie oft in den letzten 2 Jahren? _____ Wurde für die Ferien der Lohn fortgezahlt? _____ Bekamen Sie für die Ferien von der Dientherrenschaft Kostgeld? _____ Wieviel?

*) Die Fragebogen dienen einer Untersuchung über die wirtschaftliche Lage der Hausangestellten. Sie werden daher den Herren sorgfältig beantwortet, wobei natürlich kein Streik- oder Vereinsverbot anstellen, sondern nur die Hoff. Bertsch u. Wa. bitte wenden!

8. Wie hoch ist Ihr Monatslohn? _____ Mk.
9. Bezahlt die Dienherrenschaft die Beiträge für die Krankenkasse ganz?
Auch die Leistungsmarken für die Invalidenversicherung?
10. Werden Lieberstunden extra bezahlt?
11. Besorgen Sie a) große Wäsche? _____ mit oder ohne Stütze?
b) Wäsche u. Abziehen? _____
c) großen Hausputz? _____
12. Werden diese Arbeiten extra bezahlt?
13. Haben Sie den Haushalt gelernt? Wo?
14. Haben Sie gelernt: Kochen? _____
Nähen? _____ Wo?
Flicken? _____
Bügeln? _____
Scheren? _____
Frisieren? _____
Kinderpflege? _____
Häusliche Krankenpflege? _____
15. Gehören Sie einem Verein od. Verband an? Welchem?
16. Waren Sie auch in anderen Berufen tätig? In welchen?
Wie lange? _____ Während
des Krieges, vor oder nach dem Kriege? _____ Waren Sie
schon in häuslichen Diensten, ehe Sie diesen anderen Beruf ergriffen?

In einer früheren Aufl. des Fragebogens waren die Fragen 11 bis 14 nicht enthalten, aber im Herbst 1920 hinzugefügt.

Fragebogen zu den Arbeitsbedingungen der weiblichen Hausangestellten in Frankfurt am Main

der Anforderung an die Arbeit im Haushalt als auch im Arbeitsklima, zwischen Dienstmädchen und Hausherrn, beschreibt Justus als Unterwerfung ungebildeter Frauen aus der unteren Klasse (ebd., 11).

Justus beschäftigte sich für ihre Untersuchung mit der damals aktuellsten Forschungsliteratur zur so genannten „Dienstbotenfrage“. Dabei stellte fest, dass diese in der Wissenschaft erst seit 1907/08 überhaupt zum Thema gemacht wurde (ebd., 9). Bis 1905 wurden Dienstboten bzw. Dienstmädchen in den amtlichen (Berufs)Statistiken nicht unter ‚Träger notwendiger Arbeit‘ eingeordnet, sondern unter ‚Luxus‘. Diese Einschätzung entstand durch das zeitgenössische Leitbild in Großbritannien, wo Dienstmädchen von der Oberschicht als „müßige Gäste“ (so Adam Smith 1794), d.h. unproduktive Arbeiterinnen, gesehen worden sind (ebd., 5). Obwohl seit 1905 in Deutschland auch diese Gruppe als Arbeiterinnen klassifiziert und offiziell zu den Hausangestellten gezählt wurde, blieben Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in diesem Frauenberuf aus. Die Ungleichstellung des Dienstbotenberufes gegenüber anderen Hausangestellten in Anforderung und Arbeitsklima basierte laut Justus auf einem „Klassenstolz“, durch den

die angemessene Kommunikation mit der „unteren Klasse“ gemindert werde (ebd., 11). Für Justus war der Beruf der Hausangestellten zum einen durch ein komplexes Zusammenwirken von Problemen wirtschaftlicher, kultureller und psychologischer Natur gekennzeichnet und zum anderen durch seine große volkswirtschaftliche Bedeutung aufgrund seiner Produktivität.

Die Datenerhebung erfolgte durch Fragebögen, die Thekla Justus selbst entwickelt hat und unter den Dienstmädchen verteilte. Laut allgemeiner Ortskrankenkasse waren um 1920 ca. 19.000 weibliche Hausangestellte in Frankfurt beschäftigt, darunter ca. 4.000 Dienstboten, die in Privathaushalten arbeiteten. Justus hatte 1.000 Fragebögen angefertigt und sie an Dienstmädchen an vier verschiedenen Orten in Frankfurt verteilt. Um zu verhindern, dass die Fragebögen in den Händen der Herrschaften landeten und diese die Fragen anstelle ihrer Dienstmädchen beantworten, verteilte Justus sie an vier verschiedenen von den Dienstmädchen häufig besuchten Treffpunkten. Hierzu gehörten die Sonntagsversammlung im katholischen Verein, der Zentralverband der Angestellten, der Verein zum Wohle der dienenden Klasse und das Arbeitsamt. Von den

Tab. VIII.

Lohnklassen.

Lohn	Wirtinnen		Haushält. u. Stützen		Kinderfr.		Jungfern		Hausm.		Alleinm.		Zus.	
	abs.	u/100	abs.	u/100	abs.	u/100	abs.	u/100	abs.	u/100	abs.	u/100	abs.	u/100
bis 80 M einsohl.	15	10	23	37,1	11	64,7	1	20	95	53,4	257	79,2	402	54,7
85-100 M einsohl.	74	49,3	23	37,1	2	11,8	3	60	68	38,2	92	29,7	262	33,7
üb. 100 M	61	40,7	16	25,8	4	23,5	1	20	15	8,4	17	4,7	114	14,6
Summe	150	100	62	100	17	100	5	100	178	100	366	100	778	100

Tabelle über den Lohn, den die verschiedenen Gruppen von Dienstmädchen erhielten

1.000 verteilten Fragebögen kamen 814 ausgefüllt zurück, von diesen waren 763 für die statistische Auswertung verwendbar. Daraus ergab sich eine statistische Stichprobe unter weiblichen Hausangestellten von etwa 5,2 Prozent. Der Fragebogen umfasste sechs Bereiche, die Fragen bezogen auf das Berufsverhältnis der Dienstmädchen enthielten: Alter und Geschlecht, Art des Betriebes, Art der Beschäftigung, Arbeitszeit, Lohnformen und Leistungen des Arbeitenden (Justus 1924, 5).

Die Dienstmädchen, die sich an der Befragung beteiligt hatten, waren zwischen 14 und 60 Jahren alt, wobei der Großteil der Frauen zwischen 21 und 25 Jahre alt war. Diese waren meist als „Alleinmädchen“, also als einzige Haushaltshelferin, beschäftigt. Damit waren sie für alle Arbeiten des Haushaltes von Kochen bis Putzen und Kinderbetreuung zuständig.¹⁰ Die Angaben zur örtlichen Herkunft der Dienstmädchen zeigten, dass die meisten im ländlichen Raum aufgewachsen aber wegen der Arbeitsmöglichkeiten in die Stadt abgewandert waren (Justus 1924, 39ff.). Die Ergebnisse der Befragung

von Justus machen die außerordentlich schlechten Arbeitsbedingungen deutlich. Fast die Hälfte der Dienstmädchen war den ganzen Tag in Bereitschaft und arbeitete größtenteils 14 - 14½ Stunden pro Tag mit kürzeren und längeren Pausen.¹¹ Die Dienstmädchen arbeiteten nach der statistischen Berechnung von Justus durchschnittlich zwei Jahre in diesem Beruf, darunter waren kürzere Arbeitsverhältnisse von etwa 8 Monaten und lange von etwa 10 Jahren. Der Beruf des Dienstmädchens war nach Justus für das Hauptkontingent an Frauen zwischen 21 und 25 ein Übergangsberuf, der als Brücke zu einem anderen Beruf diente, in der Regel dem der Hausfrau in einer Ehe (ebd., 67ff.). Schwierigkeiten stellte Justus bei der Berechnung des Lohnes der Dienstmädchen fest, weil sich ihr Lohn sowohl aus Bargeld als auch aus Naturaleinkommen wie Verpflegung und Geschenken zusammensetzte. Hier berechnete sie das zu der Zeit übliche Naturaleinkommen wie Verpflegung, Zimmer, Strom- und Heizkosten pro Person eines Haushaltes schätzungsweise und stellte 460,50 Reichsmark als monatliches Bruttoeinkommen eines Frankfurter Dienstmädchens fest (ebd., 72f.). Dieses

¹⁰ Vgl. Justus (1924), 29 f.: 242 von 763 befragten Dienstmädchen (31,7%) waren im Alter zwischen 21 und 25 Jahren.

¹¹ Vgl. ebd., 47 f.: von 763 befragten Frauen (48,4%).

wiederum stellte Justus dem damaligen Monatseinkommen von Arbeiterinnen im Transport und Industriebereich gegenüber und zeigte, dass die dort beschäftigten Frauen deutlich besser verdienten als Dienstmädchen.¹² Ihre Erhebungsdaten im Hinblick auf die Ausbildung der Dienstmädchen zeigten außerdem, dass die Mehrheit dieser jungen Frauen kaum bis gar nicht in ihrem Beruf als Dienstmädchen in den Haushalten ausgebildet wurden (ebd., 97ff.).

Obwohl seit 1905 die Berufsbezeichnung des Dienstboten offiziell in den Hausangestelltenberuf eingegliedert wurde, gab es zu der Zeit einen massiven Rückgang des Angebotes an Dienstboten (ebd., 29ff.). Dies geschah nach Justus aus mehreren Gründen. Zum einen waren es gesellschaftliche Vorurteile des Bürgertums gegenüber dem Dienstbotenberuf, durch die Dienstmädchen als ungebildete und perspektivlose junge Frauen, die in Luxushaushalten unproduktive Arbeit leisten, gesellschaftlich und sozial abgewertet wurden. Nach diesen Vorurteilen wurden Dienstmädchen als ‚Abfallprodukt‘ der großbürgerlichen Schicht betrachtet, das zur Weiterentwicklung der Gesellschaft keinen aktiven Beitrag leistete. Zum anderen wurden Dienstmädchen an ihrer Arbeitsstelle von ihren Herrschaften oft ausgebeutet. Als Dienstmädchen hatten sie keine geregelte Arbeitszeit, schlechte Arbeitsbedingungen und besaßen wenig Freizeit. Diese doppelte Diskriminierung, sowohl von der Gesellschaft als auch von den Arbeitgebern, machte die Arbeit als Dienstmädchen für junge Frauen unattraktiv (vgl. Justus 1924, 29ff.). Parallel dazu eröffnete die Industrialisierung zu dieser Zeit ungelernten Arbeitskräften die Möglichkeit Fabrikarbeit aufzunehmen, die für die jungen ungelernten Frauen attraktiver war und dem Dienstbotenberuf vorgezogen wurde (ebd., 72ff.). Der dritte Grund für den Rückgang des Dienstmädchenangebotes war, dass es sich um einen unsicheren Arbeitsplatz handelte, da es keinen Kündigungsschutz gab. Es gab außerdem kaum Perspektiven auf eine Weiterentwicklung in diesem Beruf (ebd., 67ff.).

Um den weiteren Rückgang von Dienstboten aufzuhalten, schlägt Justus im Resümee ihrer Un-

tersuchung mehrere sozialpolitische Maßnahmen vor: Erstens sollten Dienstmädchen im Tagesdienst angestellt und getrennt von ihren Arbeitgeber*innen wohnen. Dies sieht Justus als eine Entlastung für die Dienstmädchen bezogen auf das Arbeitsklima, die Arbeitsbedingungen und vor allem auf die Freizeit und Privatsphäre an. Zweitens appelliert sie an die zuständigen Stellen den Haushaltunterricht, intern wie extern, in der Schule zu fördern, was man heute als Ausbildungsfach betrachten könnte. Damit sollte die Qualität des Dienstbotenberufes verbessert werden. Zuletzt fordert sie die Dienstmädchen auf, sich gewerkschaftlich zu organisieren, damit sie sich für ihre Rechte einsetzen können. Mit diesen Verbesserungsmaßnahmen erhofft sie, die gesellschaftlichen Vorurteile gegenüber Dienstmädchen abzubauen und die gesellschaftliche Anerkennung der Dienstmädchen als ausgebildete Träger*innen notwendiger Arbeit zu erreichen.

Die Dissertation von Thekla Justus steht in der Tradition der frühen Frauenforschung der ersten (empirischen) Sozialforscherinnen um 1900, die sich mit der sozialen Situation von Frauen beschäftigte und deren vielfältige Benachteiligungen in der damaligen Gesellschaft kritisierte. Die Pionierinnen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts besaßen noch keine formalen Qualifikationen, dennoch waren sie sehr wohl in der Lage soziologisch zu denken und zu forschen. Harriet Martineau (1802-1876) und Jenny P. D’Héricourt (1809-1875) sind beispielhafte Persönlichkeiten, die sich als Autodidaktinnen in verschiedenen Wissensfeldern bewegten (Honegger/Wobbe 1998, 15ff.). In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts folgten gelehrte Frauen wie Beatrice Webb (1856-1943), Jane Addams (1860-1935) und Marianne Weber (1870-1954) (ebd.). Eine Basis, von der aus Justus als Soziologin mit ihren Zeitgenossinnen wie Frieda Wunderlich (1884-1965) und Mathilde Vaerting (1884-1977) am Anfang des 20. Jahrhunderts die dritte Generation der institutionellen Tradition der Soziologie bildete (ebd., 7ff.).

Resümee und Ausblick

Thekla Justus gehört zur ersten Generation von Frauen, die nach der Stärkung der Frauenrechte Anfang des 20. Jahrhunderts eine akademische Aus-

¹² Das Brutto Einkommen der Arbeiterinnen in der Transport-, Chemie-, Seifen- und Gummiindustrie betrug jeweils 550 Reichsmark, 610 RM, 610 RM, 700 RM im Monat.

bildung an einer Universität in Deutschland erfolgreich abschlossen. Sie promovierte 1924 mit ihrer empirischen Arbeit „Die weiblichen Hausangestellten in Frankfurt am Main: Ergebnisse einer Privaten Erhebung vom Jahre 1920“ an der Universität Frankfurt am Main zum Doktor der Staatswissenschaften (*Doctor rerum politicarum*). Ihre Dissertation befasst sich mit der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Dienstboten bzw. Dienstmädchen Anfang der 1920er Jahre in Frankfurt am Main und arbeitet die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme dieser Berufe heraus. Damit leistete sie einen wichtigen Beitrag sowohl zur empirischen Sozialforschung als auch zur frühen Frauenforschung.

Thekla Justus heiratete am 14. April 1924, kurz vor ihrem dreißigsten Geburtstag, Wilhelm Karl Hermann Josef Maria Heffening aus Bonn. Nach ihrer Heirat lebte sie in Bonn in der Königsstraße 2b. Dort wurden ihre drei Töchter Elisabeth Maria, Brigitte und Helene Heffening in den Jahren zwischen 1925 bis 1927 geboren. Laut Auskunft einer Mitarbeiterin des Stadtarchivs Bonn starb ihr Ehemann gegen Ende des Zweiten Weltkrieges am 3. März 1944. Da die Melderegister Bonns durch den Krieg in diesen Jahren unvollständig sind, kann der weitere Verlauf ihres Lebens nicht mehr nachvollzogen werden.¹³

Ob sie jemals wieder wissenschaftlich tätig war, ist bisher nicht bekannt. Auch über eine Rezeption und Diskussion ihrer Dissertation, die etwas über ihre Einbindung und Anerkennung in und von der „scientific community“ aussagen würde, ließ sich nichts in Erfahrung bringen.

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

Justus, Thekla (1924): Die weiblichen Hausangestellten in Frankfurt am Main: Ergebnisse einer privaten Erhebung vom Jahre 1920. Frankfurt, Wirtschafts- und Sozialwissenschaft. Diss. 24. Mai 1924.

Sekundärliteratur

Dausien, Bettina (2010): Biografieforschung: Theoretische Perspektiven und methodologische Konzepte für

eine rekonstruktive Geschlechterforschung. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. 3., erweiterte und durchgesehene Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 362-375.

Hering, Sabine (2010): „Frühe“ Frauenforschung: Die Anfänger der Untersuchungen von Frauen über Frauen. In: Becker, Ruth /Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. 3., erweiterte und durchgesehene Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 331-339.

Honegger, Claudia/ Wobbe, Theresa (1998): Einleitung: Frauen in der kognitiven und institutionellen Tradition der Soziologie. In: dies. (Hrsg.): Frauen in der Soziologie. Neun Portraits. München: Beck, 7-27.

Steinert, Heinz (1990): Die fünfte Fakultät: Strömungen in der Geschichte der Sozialwissenschaften an der Universität Frankfurt. In: Ders. (Hrsg.): Die (mindestens) zwei Sozialwissenschaften in Frankfurt und ihre Geschichte. Ein Symposium des Fachbereiches Gesellschaftswissenschaften aus Anlass des 75-Jahre-Jubiläums der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt. Frankfurt 1990, 17-36.

Quellen

UAF, Abt. 604, Nr. 683 (Studentenakte Thekla Justus).

UAF, Abt. 156, Nr. 810 (Promotionsakte Thekla Justus).

Internetquellen

Vorlesungs- und Personalverzeichnis der Universität Frankfurt am Main WS 1918/19: <http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/frontdoor/index/index/docId/25223> (letzter Abruf 16.06.2014).

Leben in den Stadtteilen: Bornheim: [http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2835&ffmpar\[_id_inhalt\]=12694](http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2835&ffmpar[_id_inhalt]=12694) (letzter Abruf 14.05.2014).

Frauenwahlrecht in Deutschland: <http://www.spiegel.de/einestages/kalenderblatt-12-11-1918-frauenwahlrecht-in-deutschland-a-948833.html> (letzter Abruf 16.06.2014).

¹³ Auskunft von Sabine Ahrens aus dem Stadtarchiv und der Stadthistorischen Bibliothek der Bundesstadt Bonn vom 17.06.2014.

KAMILLA BIELSKA

Dr. Paula Ridder (1884-1977): eine biographische Skizze

Einleitung¹

Die Universität Frankfurt am Main hatte bei ihrer Gründung 1914 eine sozialwissenschaftliche Schwerpunktsetzung und im Vergleich zu anderen Universitäten einen verhältnismäßig hohen Anteil von Frauen unter den Studierenden. Frauen waren an der Universität Frankfurt nicht nur als Studentinnen und Gasthörerinnen immatrikuliert, sondern haben wie ihre männlichen Kommilitonen auch promoviert (Honegger 1990, 88). Im Rahmen des Seminars „Sozialwissenschaftlerinnen an der Universität Frankfurt am Main“ haben wir uns auf die Suche nach den ersten promovierten Sozialwissenschaftlerinnen der Universität gemacht, über die bis heute nur wenig bekannt ist.

Meine Spurensuche hat mich zu Paula Ridder geführt, die sich an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät 1920 mit der empirischen Studie „Die praktische und theoretische Ausbildung der jungen Verkäuferinnen in Frankfurt am Main“ wissenschaftlich qualifiziert hat. Ausschlaggebend für meine Entscheidung, eine biographische Skizze über Paula Ridder zu verfassen, war zum einen das Thema ihrer Dissertation. Zum anderen war Ridder eine der ersten Promovendinnen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt.

Paula Ridder hat zwei Weltkriege er- und überlebt. Meine biographische Skizze stützt sich auf unveröffentlichte Quellen über das Leben von Paula Ridder. Das sind ihr Lebenslauf für die Zulassung zur Promotion, ihre Kindheitserinnerungen *Heimat* (1945/46) sowie der vermutlich von Verwandten verfasste *Lebenslauf einer ungewöhnlichen Frau*.

¹ Ich danke Herrn Dr. Martin Wilhelm Roelen, Stadtarchiv Wesel für seine Unterstützung bei meiner Suche nach Informationen, seinen Hinweis auf und die Bereitstellung der Quellen über Paula Ridder.



Paula Ridder

Kindheit und Schulbildung

Paula Wilhelmine Ridder wurde am 12. April 1884 als Tochter von Carl Hermann Ridder und Christine Charlotte Ridder, geb. Bauer in Wesel am Niederrhein geboren. Ihr Vater war Landwirt und Kaufmann. Sie war das siebte Kind der Familie und hatte sechs Schwestern und zwei Brüder. Ihre Familie zählte zu den alteingesessenen Weseler Familien. Die Familie lebte bis 1894 in der Kreuzstraße, dem Elternhaus ihres Vaters, danach in einem größeren freistehenden Haus in der Augustastraße. Paula Ridder erlebte ihre Kindheit als sehr glücklich. Diesen Eindruck vermitteln zumindest ihre Kindheitserinnerungen, in denen sie ein sehr idyllisches Bild ihres Elternhauses und des Lebens der Familie zeichnet:

Wunderbar war dieses alte Haus, man könnte stundenlang davon erzählen. [...] Ein gepflasterter Vorplatz stufte sich über den Bürgersteig. Erdgeschoß, 1. und 2. Stockwerk haben hübsche Fenster mit weißen Vorhängen, die anzeigen, dass dahinter die guten Stuben liegen, die nur an Fest- und Feiertagen benutzt werden. [...] Und als es später verkauft wurde, weil Hermann Ridder sich stattliche neue Häuser, Ställe und Scheunen in der Augustastraße gebaut hatte, da wurde der Abschied von der Kreuzstraße schwer. Die schönsten Kinderjahre haben wir dort verspielt. (Ridder 1945/46)

Die Beziehung zu ihren Eltern, den Tanten und den Bediensteten schildert sie als liebevoll. Vor allem zu ihrem Vater hatte sie ein sehr gutes Verhältnis. Sie erzählt, dass sie und ihre Schwestern oft mit dem Vater fischen gingen und beschreibt ausführlich, wie sie vor dem Angeln Würmer im Garten und Feld aus der Erde sammeln mussten (Ridder 1945/46, 3). Sie erinnert sich an die „herrlich“ schmeckende „warme Pellkartoffel, die Vater abends seinen schon im Bettchen verstaute kleinen Mädchen in den Mund stopfte“ (ebd., 5) und an die von der Haugehilfin gebackenen „Berge von Reibepfannkuchen“, den Reisbrei mit Zucker und Zimt und den „Hirsebrei mit brauner Butter“. Sie erzählt von den Tanten, die sich um „zerschundene Knie der Ridderskinder“ kümmerten und von den „alte[n] Schränke[n] mit Kleidern und Schachteln und Koffer mit Dingen“, die sie mit ihren Geschwistern durchsuchte (ebd., 4-8).

Mit ihren Geschwistern besuchte Paula Ridder in ihrer Heimatstadt zunächst vier Jahre lang die Volksschule, in der ihr Onkel als Hauptlehrer unterrichtete. Wie ihre Schwestern wechselte sie anschließend für die letzten sechs Jahre ihrer Schulzeit an die höhere Mädchenschule (Bernds 1993). Das Recht auf den Besuch eines Gymnasiums existierte zu diesem Zeitpunkt nur für Jungen. Im Gegensatz zum Gymnasium vermittelten die höheren Mädchen- oder Töchter Schulen nur eine Allgemeinbildung und führten nicht zur Hochschulreife. Um 1900 gab es 213 dieser höheren Mädchenschulen in Deutschland. Es gab keine einheitlichen Lehrpläne für diese Schulen, die sich in Niveau, materieller Ausstattung, Größe sowie Lehrinhalten voneinander unterschieden (Huerkamp 1994, 46).

Wenige Monate nach dem Ende ihrer Schulzeit starb der Vater von Paula Ridder. Sie war zu diesem Zeitpunkt 16 Jahre alt. Trotz dieses Familienunglücks konnte ihre Mutter mit den Kindern im Haus in der Augustastraße in Wesel wohnen bleiben. Das lässt vermuten, dass die Familie wohlhabend war. Da die Mutter nicht erwerbstätig war, musste das Vermögen für den Unterhalt der Familie ausreichen. Um 1900 war es außerdem häufig noch so, dass Frauen nach dem Tod des Ehemanns mit ihren Kindern oft in Städte, in denen Verwandte lebten, wechselten, um den Kindern bessere Chancen auf Ausbildung oder Heirat zu bieten (Huerkamp 1994, 50).

Lehrerinnenseminar

Im Anschluss an die höhere Mädchenschule besuchte Paula Ridder von 1900 bis 1903 in Koblenz ein dreijähriges Lehrerinnenseminar. Mit dessen Abschlusszeugnis konnte sie als Lehrerin an mittleren und höheren Mädchenschulen unterrichten. Es ist nicht bekannt, ob sie sich vor oder nach dem Tod ihres Vaters für die Berufstätigkeit als Lehrerin entschieden hat. Ungewöhnlich für die damalige Zeit war, dass sie auf ihre Aussteuer verzichtete, um das Geld für eine Ausbildung zu sparen (Lebenslauf, o.J.).

Nach Abschluss der Lehrerinnenausbildung verbrachte Paula Ridder ein Jahr in Frankreich, die meiste Zeit davon in Paris, um ihre Sprachkenntnisse zu verbessern. Sie arbeitete während dieser Zeit bei der Familie eines Grafen als Erzieherin des Sohnes. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland unterrichtete sie von Oktober 1904 bis März 1906 an Volks- und höheren Schulen in verschiedenen Orten. Seit dem 1. April 1906 war sie in Clausthal im Harz als ordentliche Lehrerin fest angestellt.²

Um deutlich zu machen, wie ungewöhnlich das Bildungsstreben von Paula Ridder für die damalige Zeit war, soll kurz auf die gesellschaftliche Haltung zur Erwerbstätigkeit von bürgerlichen Frauen im 19. Jahrhundert eingegangen werden. Als Hauptbestimmung der Frauen galt um 1900 ihre Rolle als Ehefrau, Mutter und Hausfrau. Die Erwerbsarbeit von bürgerlichen (unverheirateten) Frauen wurde erst langsam und meist nur dann akzeptiert, wenn es sich um Berufe handelte, die einer vermeintlich

² UAF, Abt. 604, Nr. 684 (Studentenakte Paula Ridder), Bl. 11.

„natürlichen Bestimmung“ der Frau entsprachen. Welche Berufe für Töchter aus bürgerlichen Familien akzeptierbar waren, das wurde unter anderem in den zeitgenössischen Ratgebern für junge Mädchen diskutiert. Ein sehr beliebtes Buch war „Aus der Töchterschule ins Leben“, das im Jahr 1902 bereits in 11. Auflage erschien (Hacker 2007, 40). Als ein akzeptabler und empfohlener Beruf für (bürgerliche) Frauen wurde dort die Tätigkeit als Lehrerin empfohlen. Dieser Beruf sollte jedoch nicht zu einem Universitätsstudium führen, sondern von den Frauen nur als Übergangszeit bis zu ihrer Heirat genutzt werden (ebd., 41). Im letzten Kapitel des Ratgebers wurde es begrüßt, dass Frauen vermehrt die Chance erhielten, sich an höheren Schulen auf das Studium vorzubereiten, beispielsweise auf das Lehramtsstudium. Das Studium der Medizin wird ebenfalls im

Ratgeber propagiert, jedoch ausschließlich im Bereich der Gynäkologie und Zahnmedizin, denn nur die Berufe Zahnärztin und Frauenärztin entsprächen den „natürlichen Bestimmungen“ der Frau.

Die Arbeit als Lehrerin ermöglichte es den Frauen ökonomisch auf eigenen Beinen zu stehen. Durch ein eigenes Einkommen konnten sie der bedrückenden Abhängigkeit von Verwandten entgehen, wenn sie unverheiratet blieben (ebd., 82). Die Berufstätigkeit, später die Vorbereitung auf das Abitur und das anschließende Studium erweiterten gleichzeitig den individuellen Bewegungs- und Handlungsspielraum der Bürgertöchter. Sie waren eine Chance, aus dem häufig als öde und unbefriedigend empfundenen Leben als „höhere Töchter“ zu fliehen (Huerkamp 1994, 36). Andererseits wurde zunehmend gesellschaftlich anerkannt, dass Zeit, Mühe und Kosten einer Ausbildung der Tochter im Falle einer Verheiratung, die damals selbstverständlich mit dem Abbruch der Erwerbstätigkeit gleichgesetzt wurde, keine Verschwendung bedeutete (Hacker 2007, 40).

Studium

Der Erwerb von Bildung war für Paula Ridder sehr wichtig. Dies zeigte sich sowohl bei ihrer Entscheidung, auf Aussteuer zu verzichten, um das nötige Geld für ihre Ausbildung zu sparen als auch an der Zielstrebigkeit, mit der sie ihren Bildungsweg verfolgte. Dieser führte über Umwege zum Studium und zur Promotion an der Universität Frankfurt. Wie viele andere Pionierinnen der Sozialwissenschaften konnte sie erst nach der Ausbildung zur und Arbeit als Lehrerin studieren und promovieren (Förderhoff 1992, 148).

Paula Ridder meldete sich Ostern 1908 vom Schuldienst ab und besuchte zwei Jahre lang die realgymnasialen Kurse für Mädchen in Bonn um die Hochschulreife zu erwerben. Das Abitur für Mädchen war erst 1908 mit der Preußischen Mädchenschulreform staatlich geregelt worden. Bis dahin konnten Frauen kein reguläres Gymnasium besuchen. Sie konnten sich lediglich als so genannte Externe zur Abiturprüfung anmelden. Die Zulassung von Frauen zum Abitur und zum Hochschulstudium war ein Verdienst der Frauenbewegung, die in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts für das Recht der Frauen auf

Universitätsarchiv Frankfurt am Main (UAF) Abt. 604, Nr. 684, Bl. 1

312

Universität
Frankfurt a. Main

Anmeldekarte

Familienname: *Ridder*

Vorname (Namenname): *Paula*

W

Geburtsjahr und -tag: *12. 4. 1884* Alter in Jahren: *33*

Geburtsort: *Wesel*

Provinz, Staat: *Preußen, Rheinprovinz*

Staatsangehörigkeit: *Preußen* Religion: *wang.*

Stand des Vaters: *Beamten (resp.)*

Wohnort der Eltern: *Wesel*

Auguststr. Straße Nr. *4*

Schulbildung: Reifezeugnis des ~~Gymnasiums~~ / Realgymnasiums /
des Oberrealschule zu *Bonn*

Karte nicht brochen!

Zahl der bisherigen Universitätssemester: *—*

Zahl d. bish. Sem. an Technisch., Handels-Hochschulen usw. *—*

Zuletzt besuchte Hochschule: *—*

Bisheriges Studium (Fach): *—*

Jetziges Studium in Frankfurt (Fach): *Wirtschaftl. u. Sozialwissensch.*

Wohnung: *Frankfurt, Körnerstr. Nr. 58*
Kellereingang 120 E. Wohnung 32 E

Geht wegen Nichtangabe der Wohnung am:

„ „ Nichtausfüllung der Zählkarte am:

„ „ Nichtannahme von Vorlesungen am:

„ nach bestandenen Examen am:

Datum	Grundliste Nr.	Matrikel Nr.	Absgangs-Zeugnis
<i>3. OKT. 1917</i>	<i>2799</i>	<i>1733</i>	<i>577</i>

Anmeldekarte Paula Ridder

höhere Bildung kämpfte. Ein erster Erfolg war, dass es Helene Lange³ in Berlin 1892 gelang, ihre Realkurse für Frauen in Gymnasialkurse umzuwandeln, die auf das Abitur vorbereiteten. Nach dem Berliner Vorbild wurden auch in anderen Städten realgymnasiale Kurse für Frauen eingerichtet. Bis Ostern 1905 konnten 214 Schülerinnen auf diesem Wege die Hochschulreife erlangen (Huerkamp 1994, 47).

Unmittelbar nach dem bestandenen Abitur immatrikulierte sich Paula Ridder im Sommersemester 1911 für das Studium der Architektur und Kunstgeschichte an der Technischen Hochschule in München. Sie gehörte zu der ersten Generation von Frauen, die regulär an einer Hochschule in Deutschland studieren konnte. Denn bis in die Anfangsjahre des 20. Jahrhunderts war ihnen in Deutschland der Zugang zur Hochschulbildung versperrt. An deutschen Universitäten konnten sie seit Mitte der 1890er Jahre lediglich mit einer ministeriellen Sondergenehmigung und der Zustimmung des Lehrenden als Gasthörerin an Lehrveranstaltungen teilnehmen. Für ein reguläres Studium mussten sie ins Ausland, zum Beispiel in die Schweiz gehen.

Ein reguläres Studium war für Frauen in Bayern seit 1904 möglich. In Hessen konnten Frauen seit dem Sommersemester 1907 an der Landesuniversität sowie der Technischen Hochschule in Darmstadt studieren. Mit einem weiteren Beschluss vom 29. Mai 1908 wurden ihnen die Türen aller hessischen Hochschulen, im Wintersemester 1908/09 an allen preußischen Universitäten geöffnet.⁴ Im Wintersemester 1908/09 waren an den preußischen Universitäten ungefähr 570 Frauen als ordentliche Studierende eingeschrieben. Von diesen hatten 318 das Reifezeugnis, davon 180 – wie Paula Ridder – das eines Realgymnasiums, 128 das eines Gymnasiums, und zehn das einer Oberrealschule. Von den insgesamt 570 immatrikulierten Frauen hatten 252 kein

Abitur. Bei dieser Gruppe handelte es sich zum größten Teil um Lehrerinnen, die sich an den Universitäten auf die Oberlehrerinnen-Examen vorbereiteten (ebd., 49).

Bereits nach dem zweiten Semester brach Paula Ridder das Studium ab. Begründet wird dieser Entschluss im *Lebenslauf einer ungewöhnlichen Frau* folgendermaßen: „Versuch des Architekturstudiums in München, bricht ab, weil sie im Hörsaal nur Gelächter zu hören bekommt!“⁵ Dieser Hinweis vermittelt einen Eindruck der schwierigen Studienbedingungen der ersten Studentinnen. Diese waren durch die damals an Universitäten vorherrschende Ablehnung des Frauenstudiums gekennzeichnet, die in den einzelnen Fächern unterschiedlich stark ausgeprägt war. Eine Rolle spielte, welche Fächer für Frauen als geeignet und welche als ungeeignet galten. Das wirkte sich auch auf die Studienwahl der Frauen aus. Beispielsweise gab es Unterschiede der Frauenpräferenz in der philosophischen, naturwissenschaftlichen oder staatswissenschaftlichen Fakultät (Huerkamp 1994, 46).

Nach ihrem gescheiterten Versuch in Bayern zu studieren, kehrte Paula Ridder ab Ostern 1913 vorübergehend wieder in den Schuldienst zurück. Sie arbeitete als Lehrerin in ihrer Heimatstadt Wesel zunächst als Hilfslehrerin, ab Ostern 1914 als ordentliche Lehrerin am dortigen Städtischen Lyceum [Gymnasium]. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges beteiligte sie sich als Mitglied des Arbeitsausschusses des Nationalen Frauendienstes (NFD) bei der Einrichtung und Verwaltung von Kinderhorten und -krippen. 1915 errichtete sie mit Unterstützung der Stadt und des NFD eine städtische Berufsberatungsstelle, die sie bis zum Herbst 1917 leitete.

Im Oktober 1917 legte Paula Ridder die Arbeit als Lehrerin und die gemeinnützigen Arbeiten im Rahmen des NFD nieder um, wie sie schrieb, „auf der Universität in Frankfurt a. M. das Studium der Staatswissenschaften zu pflegen“⁶ Sie war 33 Jahre alt, als sie sich an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt immatrikulierte.

3 Helene Lange (1848-1930) war eine Pädagogin und Frauenrechtlerin. Sie setzte sich für gleiche Bildungs- und Berufschancen für Frauen ein und gilt als eine der wichtigsten Vertreterinnen des gemäßigten Flügels der ersten deutschen Frauenbewegung.

4 „Die Wissenschaft ist weder männlich noch weiblich; sie ist menschlich.“ Der Kampf der Frauen um Zulassung zum Studium; <https://www.uni-giessen.de/cms/org/beauftragte/frb/ordnerarchiv/dateien/SchautafelnEndversion.pdf> (letzter Zugriff 06.07.2015).

5 Chronik der Familie Ridder. Der Lebenslauf über Paula Ridder wurde, wie bereits erwähnt, vermutlich von einem/r ihrer Verwandten verfasst.

6 UAF, Abt. 156, Nr. 126 (Promotionsakte Paula Ridder), Bl. 11 V.

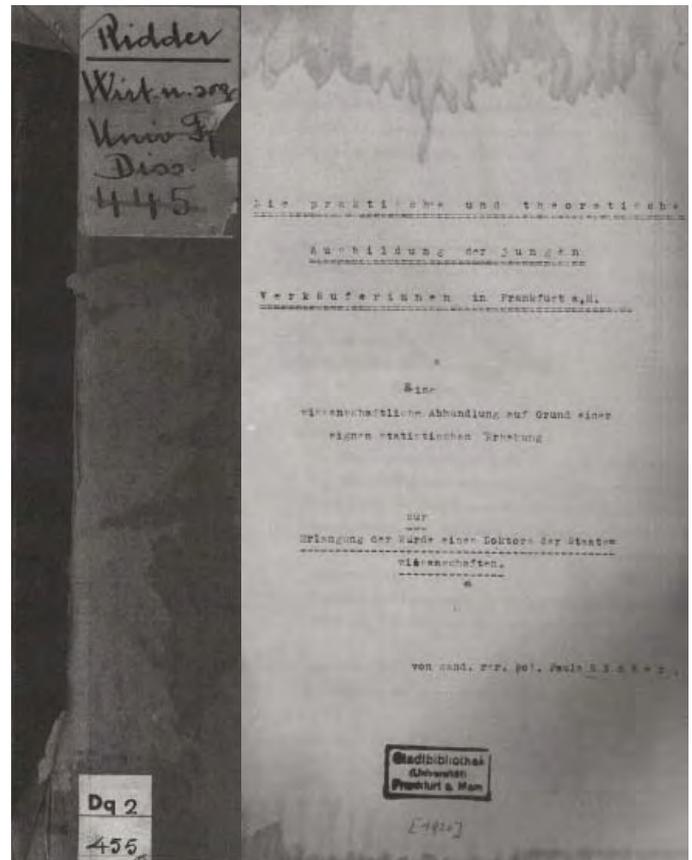
Bei den ersten Generationen von Studentinnen der Nationalökonomie an deutschen Hochschulen werden meist drei Gruppen unterschieden (Schöck-Quinteros 1996, 84). Zu der ersten Gruppe gehörten Frauen, die sich das Recht auf Teilnahme an Lehrveranstaltungen an der Universität zuerst erkämpfen mussten. Es waren Autodidaktinnen. Ihre wissenschaftlichen Studien wurden in Fachkreisen anerkannt und ihre Artikel in renommierten Fachzeitschriften veröffentlicht. Paula Ridder gehörte zur zweiten Gruppe. Diese Frauen konnten zunächst nur mit Ausnahmegenehmigungen und erst nach der offiziellen Öffnung der Universitäten für Frauen regulär studieren und promovieren. Viele aus dieser Gruppe hatten vor dem Studium als Lehrerin gearbeitet. Erst die dritte Gruppe von Frauen konnte ohne Umwege ihr Studium regulär und direkt im Anschluss an ihr Abitur beginnen und abschließen (Schöck-Quinteros 1996, 84).

Die Hauptfächer von Paula Ridder waren Statistik und Privatwirtschaftslehre, die Nebenfächer Volkswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft und Bankbetriebslehre. Das erste Zwischensemester während ihres Studiums nutzte sie um „als Volontärin in der Filiale der Essener Kreditanstalt in Wesel Bankpraxis kennen zu lernen“. In einem späteren Zwischensemester arbeitete sie im Geschäft ihres kurz zuvor gefallenen Bruders „bis es nach Revision der Bücher und dem Abschluss einem Geschäftsführer übergeben werden konnte“⁷.

Drei Jahre nach Beginn des Studiums promovierte sie Ende 1920 zum Doktor der Staatswissenschaften mit der Gesamtnote „sehr gut“⁸.

Die Dissertation

Die Dissertation von Paula Ridder ist eine empirische Studie über die praktische und theoretische Ausbildung von Verkäuferinnen am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main. Mit ihrer Arbeit wollte sie die Aufmerksamkeit „auf einen Beruf lenken, der sich [ihres Erachtens] für das weibliche Geschlecht besonders eignet“. Obwohl bei der Arbeit am „Verkaufstisch und Schreibtisch verschiedene Fähigkei-



Paula Ridders Dissertation

ten und Besonderheiten der Ausbildung“ erforderlich waren, war er bis dahin „jedoch meist mit dem Beruf der Kontorangestellten oder dem der Lageristin und Expedientin gemeinsam behandelt“ worden (Ridder 1920, 16).

Die Dissertation umfasst drei Teile. Im ersten Teil rekonstruiert Paula Ridder in einem geschichtlichen Rückblicks die Entstehung und Entwicklung des Berufsbildes Verkäuferin als Teil des Handelshilfenberufs für Frauen. Der Ausgangspunkt für ihre Überlegung war, dass erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg die Tätigkeit als Verkäuferin als Beruf anerkannt und die Verkäuferinnen in den deutschen Berufszählungen als eigenständige Berufsgruppe erfasst wurden. Obwohl es seit dem Mittelalter Handelsfrauen gab und viele Frauen als Verkäuferinnen in den Ladengeschäften ihrer Familien tätig waren, galt „die Ausübung des kaufmännischen Berufes [...] während des ganzen Mittelalters bis in die moderne

7 Ebd.

8 UAF, Abt. 156, Nr. 126. Formal wurde das Promotionsverfahren 1922 abgeschlossen.

Zeit hinein fast ausschließlich [als] das Arbeitsgebiet des Mannes“ (Ridder 1920, 1). Denn der Beruf der Verkäuferin galt nur dann als Berufsarbeit, wenn die Ausübende einen Erwerb in Form von Lohn oder Geschäftseinnahme erzielen konnte (ebd., 1). Ridder zeigt, wie aus der männlich dominierten Tätigkeit im Handelsgewerbe im Laufe der Zeit eine zunehmend weibliche wurde: Mit dem Wachstum des Handels und der Betriebsgrößen der Ladengeschäfte seit Mitte des 19. Jahrhunderts wurden immer mehr Angestellte beschäftigt. Frauen, die als Verkäuferinnen zunächst nur in Frauenartikelgeschäften beschäftigt wurden, waren bald auch in Geschäften der Lebensmittel- und Textilwarenbranche und in den großen Waren- und Kaufhäusern vertreten und bildeten um 1920 die mit Abstand größte Gruppe des Personals (ebd., 2). Ausführlich geht Paula Ridder auf die schwierigen Arbeitsbedingungen der jungen Verkäuferinnen um die Jahrhundertwende ein. Dabei stützt sie sich auf eine Untersuchung von Agnes Hermann, die diese anlässlich des 25 jährigen Bestehens des Kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte durchgeführt hat. Hermann schildert darin die elende Lage der Verkäuferinnen Ende der 1880er und Anfang der 1890er Jahre in Berlin:

In einem Ladengeschäft haben die Verkäuferinnen wechselnde Schicht von 7 bis 10 Uhr abends und von 7:30 früh bis 11 Uhr abends. Die Mittagspause beträgt 1 Stunde. Wer beim Chef in freier Station ist, hat gar keine Pause und isst im Laden, meistens kalt und mit unzähligen Unterbrechungen. Aber diese Verkäuferinnen sind bevorzugt im Vergleich zu ihren Kolleginnen in einem Herrenartikelgeschäft. Der Chef guckt zwischen 11 und 12 Uhr nachts in die umliegenden Restaurants und Kaffeehäuser, ob da noch Herren sitzen, die vielleicht noch eine Krawatte oder Handschuhe von ihm kaufen könnten. Wie oft wird da erst um 1 Uhr nachts geschlossen. Die Verkäuferinnen sehen nichts als die Straße zwischen Laden und Wohnung; den Winter merken sie an Schnee und Regen, den Sommer an Hitze und Staub. An Sonn- und Feiertagen wird gearbeitet und namentlich am Weihnachtsabend. (...) Spät nach Mitternacht schleppen sich die Verkäuferinnen todmüde heim; sie wollen schlafen, nichts mehr sehen und hören von Festesjubiläum und Weihnachtsglück. Nur eins interessiert sie

noch, wer morgen früh um 7 Uhr Dienst hat. (Agnes Hermann 1904, zitiert nach Paula Ridder 1920, 10)

Paula Ridder geht auch auf die rechtlichen Rahmenbedingungen des Verkäuferinnenberufes ein. Sie skizziert kurz die Entwicklung der Gesetzgebung zur kaufmännischen Lehre und Ausbildung zur Verkäuferin sowie den Kampf der Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen der Verkäuferinnen, d. h. den Kampf um höheren Lohn, Verkürzung der Arbeitszeit, Sonntagsruhe und Kündigungsschutz. Sie zeigt, wie die verschiedenen gesetzlichen Regelungen seit Ende der 1890er Jahre dazu beigetragen haben, dass die kaufmännische Ausbildung und der kaufmännische Beruf zunehmend auch als ein „weibliches“ Berufsfeld wahrgenommen wurden.

Paula Ridder entwirft ein sehr positives und wenig kritisches Bild der Arbeit einer Verkäuferin. Dieses hob sich ihres Erachtens positiv von der stark mechanisierten Fabrikarbeit ab, die „nur noch geistlose Geschicklichkeitsübung ist und kaum zu freudenspendender Berufstätigkeit werden kann“ (Ridder 1920, 17). Ausgehend von ihrer Rolle als Konsumentin und Verbraucherin schreibt Ridder Frauen dabei eine besondere Eignung für die Verkäuferintätigkeit und spezifische Warengruppen zu. Für „die meisten Waren, die durch den Kleinhandel dem Konsum zugeführt werden“, besaß ihres Erachtens eine Frau

schon deshalb viel Verständnis, weil sie selbst vor allem diese Dinge braucht und nutzt. Dazu ist sie mit einer ihr eigenen Freude am Schmuck behaftet und vermag es in viel stärkerem Masse als ihr männlicher Berufsgenosse, halbfertige Ware sich gebrauchsfertig vorzustellen, wie z. B. Stoffe und Bekleidung oder Dekoration. Sie hat sich von Kind auf stärker mit Wohnungseinrichtung, Gerätschaften fürs Haus und Kleidung beschäftigen müssen. Der Verkauf von Maschinen, Landwirtschafts- oder Handwerksgeräten wird ihr dagegen sehr wenig liegen. (ebd.)

Die „typisch weibliche Eigenart, sich schnell und geschmeidig auf andere Menschen einstellen zu können“ würden fördernd auf Kauf und Verkauf, Produktion und Konsumtion wirken (ebd.).

Übersicht über das Personal eines Frankfurter Warenhauses Ende September 1919.

Kaufmännische Angestellte.			
Ladenpersonal		Büropersonal.	
männlich	weiblich	männlich	weiblich
Verkäufer 16	Verkäuferinnen 128	Kontoristen 9	Kontoristinnen 15
Lehrlinge 11	Lehrmädchen 23	Sekretär 1	Telefonistin 1
	Paokerinnen 22	Personalchef 1	
	Kassiererinnen 10		
Abteilungsleiter und Verkäufer 9	Abt. Leiterinnen und Verkäuferinnen 6		
Aufsichtsbeamte 2	Aufsichtsdame 1		
Insgesamt 38	Insgesamt 190	Insgesamt 11	Insgesamt 16
Sonstige kaufmännische Angestellte			
männlich	weiblich	männlich	weiblich
Expedienten 4		Portier 3	Modistin 7
Lageristen 3		Schreiner 5	Schneiderinnen 2
Hausmeister 2		Tapetier 3	Putzfrauen 13
Maschinenmeister 1		Dekorationsgehilfen 2	Laufmädchen 9
Flektmalier 1		Hausdiener 16	Fahrradfahrerinnen 2
Dekorateurs 3	Direktrizen 2	Maschinisten 2	Servierfräulein 4
Insgesamt 14	Insgesamt 2	Konditoren 3	Kaffeebäckerin 1
		Kaffeekoch 1	Insgesamt 39
		Insgesamt 35	

Tabelle „Übersicht über das Personal eines Frankfurter Warenhauses Ende September 1919“

Im zweiten Teil der Untersuchung stellt Paula Ridder ausführlich die Ergebnisse ihrer statistischen Erhebung über die praktische und theoretische Ausbildung der jungen Verkäuferinnen in Frankfurt a. M. dar. Ihre leitende Frage ist, wie sich die theoretische und praktische Ausbildung der Verkäuferinnen verbessern lässt und welche Rolle Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung und Berufsorganisation dabei spielen oder spielen könnten. Thema und Fragestellung der Dissertation knüpfen an der Tätigkeit von Paula Ridder in der Städtischen Berufsberatungsstelle in Wesel im Rahmen des NFD an. Ihr Vorwissen erleichterte ihr vermutlich Kontakte zu den in Frankfurt bestehenden Berufsberatungs- und Stellenvermittlungsstellen herzustellen, die sie für ihre Erhebung nutzen konnte. Insgesamt verteilte sie 577 Fragebogen an Schülerinnen der kaufmännischen Abteilung für Mädchen der städtischen obligatorischen Fortbildungsschulen⁹, die eine Ausbildung in Frankfurt am Main im Einzelhandel oder in Großbetrieben und Warenhäusern machten. Der Fragebogen umfasste Fragen zu folgenden Punkten:

soziale Herkunft, Vorbildung, Ausbildungsvertrag, Größe des Ausbildungsbetriebs, Grund für Berufswahl, wie wurde der Ausbildungsplatz gefunden, Mitglied in einer Gewerkschaft, Arbeitszufriedenheit, Zukunftswünsche.

Zum Zeitpunkt ihrer Erhebung gab es in Frankfurt am Main 250 Spezialgeschäfte, 3 Warenhäuser und 44 Filialen der Lebensmittelgroßbetriebe. Als Kleinbetriebe wurden Geschäfte mit bis zu 1-5 Angestellten bezeichnet, als mittelgroße 6-20 und Großbetriebe, Geschäfte mit mehr als 20 Angestellten. Die kaufmännischen und technischen Angestellten und Lehrlinge wurden dabei zusammen gerechnet.

Alle von ihr verteilten Fragebogen wurden von den Schülerinnen in der Zeit vom 26. bis 31. Januar 1920 während ihres Unterrichts in der Fortbildungsschule unter Aufsicht der Lehrer und Lehrerinnen ausgefüllt. Für ihre Dissertation hat Ridder nur die Antworten der „Verkaufslehnmädchen und Gehilfinnen“ in die Auswertung einbezogen. Die Ergebnisse ihrer Befragung überprüfte und ergänzte sie durch – eine vermutlich verdeckte teilnehmende – „Beobachtung und Befragung in Warenhäusern und Geschäften des Kleinhandels, in den bedeutendsten Berufsorganisationen, im Städt[ischen] Arbeitsamt, Abteilung

⁹ Fortbildungsschulen sind die Vorgängerinnen der heutigen Berufsschulen. Zu Fortbildungsschulen und Kaufmännische Handelsschulen siehe ausführlich Bender/Görs 1992, 128.

für Berufsberatung und in der Stellenvermittlungsabteilung für weibliche kaufmännische Angestellte“ (Ridder 1920, S. 18).

Im dritten Teil der Dissertation stellt Paula Ridder dar, wie Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung und Berufsorganisation zur Verbesserung des Berufsbildes „Verkäuferin“ beitragen. Für Ridder sollte die Ausübung eines Berufes mit Berufung verbunden sein und erforderte eine qualifizierte theoretische und praktische Ausbildung. „Unendlich viel Arbeitskraft und Arbeitslust“ wurde ihres Erachtens vergebend, weil die Meisten sich für eine Arbeit entschieden, ohne dafür geeignet zu sein. Dabei könnte gerade die Verkaufstätigkeit

so ausgeübt und gestaltet werden, dass sie Lebensinhalt und freudenspendende Lebensarbeit wird. Der Verkauf der großen Mehrzahl von Waren wird mit besonderer Eignung von Frauen geübt. Darum ist der Verkäuferinnenberuf es wert, dass man ihm volle Beachtung schenkt und die Erziehung des Nachwuchses im Sinne der bewussten und gewollten Einstellung des jungen Menschen auf diese von ihm erwählte oder ihm anempfohlene Arbeit um dieser Arbeit willen leitet (Ridder 1920, 72).

Ziel der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung sei „die Forschung nach Berufseignung und die Leitung des rechten Menschen an den rechten Platz“ (ebd., 64). Die Berufsberatung versuche schon „vor dem Eintritt der jungen Mädchen in einen Beruf [...] erziehend auf die Berufswahl einzuwirken“ (ebd., 72). Die Ergebnisse der Studie von Ridder zeigten, dass der Erfolg der Berufsberatung und deren Einfluss auf die Berufswahl nur schwer messbar und nachweisbar waren. Auf die Frage „Was hat Sie dazu veranlasst, Verkäuferin werden zu wollen?“ hatten bei ihrer Befragung weniger als ein Prozent mit „Zuspruch durch Beratung oder Schule“ geantwortet. Ridder ging jedoch davon aus, dass viele nur vergessen hätten, „dass sie durch Vorträge und Schriften des Berufsberaters erst auf diesen Beruf aufmerksam gemacht wurden“ (ebd., 67).

In ihrer Arbeit betont Paula Ridder mehrfach, dass sie die Erwerbstätigkeit von Frauen für sehr wichtig hält. Sehr kritisch bewertete sie deshalb, die „starke

Neigung junger Mädchen, ihren Beruf als vorläufige Erwerbsquelle und als Übergang bis zur Verheiratung zu betrachten“. Diese Haltung musste ihres Erachtens „energisch bekämpft werden“, da es niemals möglich sein werde, „eine Frauenarbeit zum Beruf der Frau zu machen, wenn dieser Gedanke an etwas Vorläufiges, Vorübergehendes nicht von vornherein zurückgedrängt wird“ (Ridder 1920, 72).

Ihre Arbeit wurde von Ernst Pape, Professor für Privatwirtschaftslehre [heute: Betriebswirtschaftslehre] und von Franz Žižek begutachtet. Žižek kam zu dem Ergebnis:

Die ungemein sorgfältig gearbeitete Abhandlung bietet eine gründliche und vielseitige Darstellung nicht nur der Ausbildung, sondern überhaupt der ganzen sozialen Lage (Löhne, Arbeitszeit, Urlaube etc.) der jungen Verkäuferinnen. Die Wiedergabe der einschlägigen Vorschriften ist in engste Verbindung gebracht mit den Ergebnissen einer besonderen Erhebung. Welche Frl. Ridder mittelst besonderer Fragebögen im Kreise der Schülerinnen der Kaufmännischen Abteilung für Mädchen der städt[ischen] oblig[atorischen] Fortbildungsschulen durchgeführt hat. Diese Ergebnisse werden in kunstvollen Tabellen (nach Branchen und mit Unterscheidung der Geschäfte nach ihrer Größe) vorgeführt. Die Verfasserin weiß ihre pädagogischen-sozialpolitischen Forderungen eindrucksvoll zu vertreten.¹⁰

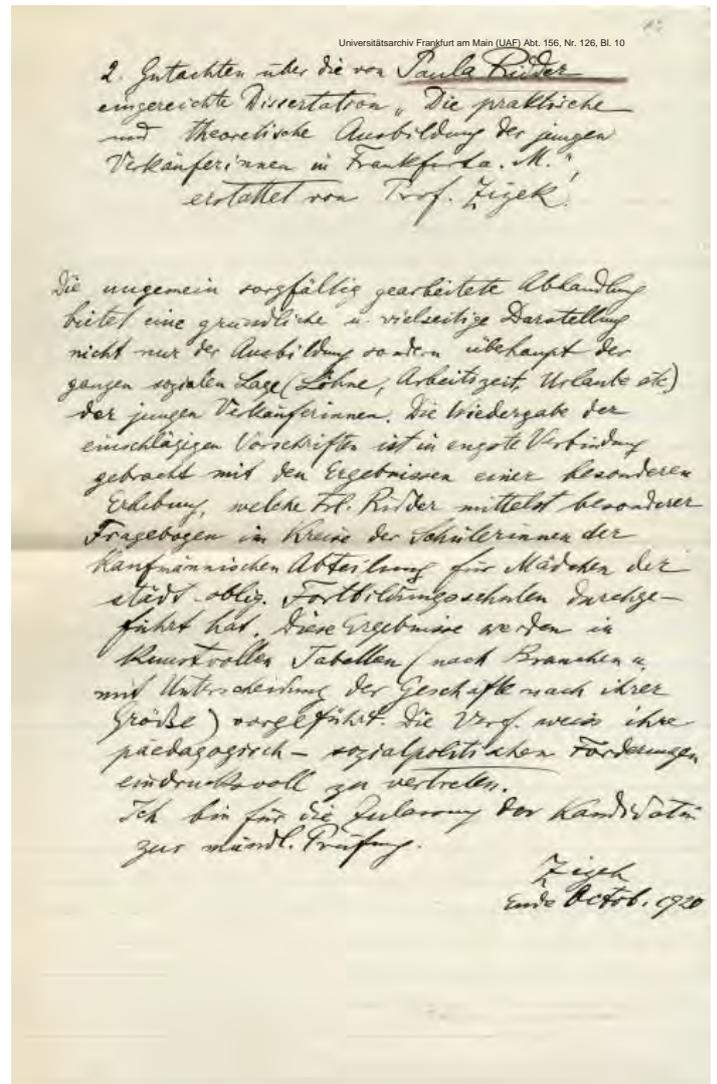
Die Dissertation von Paula Ridder fiel in das Arbeitsgebiet von Franz Žižek, der als Statistik-Experte galt. Er hatte in Jura promoviert und sich 1909 für Statistik und Politische Ökonomie in Wien habilitiert. 1916 wurde er auf eine ordentliche Professur an die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Frankfurt am Main berufen. Er war durch mehrere Bücher zur sozialstatistischen Methodenlehre hervorgetreten, in denen er weitgehend auf mathematische Statistik verzichtete und die Statistik nicht als eine rein methodische, sondern auch als eine materiell bestimmte Wissenschaft erklärte, die als Moral-, Bildungs-, Wirtschafts-, Finanzstatistik usw. eine spezielle Ausprägung erfuhr (Girlich 2006).

Mit ihrer Dissertation knüpfte Paula Ridder zum

¹⁰ Gutachten Žižek, in: UAF, Abt. 156, Nr. 126, Bl. 10.

einen an ihre Erfahrungen in der städtischen Berufsberatungsstelle in Wesel an, zum anderen stand sie in der Tradition der Sozialwissenschaftlerinnen, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts empirischen Studien zu Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen durchführten. Deren Beitrag zur empirischen Sozialwissenschaft gilt als bedeutend (so auch z. B. Hering 2010). Ihr Thema und ihre methodische Vorgehensweise waren typisch für die ersten Generationen von Nationalökonominen, wie Sozialwissenschaftlerinnen damals meist bezeichnet wurden. Heinrich Herkner hat mit seiner viel zitierten Antrittsvorlesung "Das Frauenstudium der Nationalökonomie" 1898 an der Züricher Universität auf die bemerkenswerten Leistungen der Frauen auf sozialwissenschaftlichem Gebiet hingewiesen (Förder-Hoff 1992, 147). Sowohl Wissenschaftler wie Herkner als auch die Frauen selbst gingen dabei von einem spezifischen Beitrag aus, den die Frauen zur Wissenschaft leisteten. Das zeigt sich auch an dem Artikel „Nationalökonomie als Frauenstudium in England“ von Elisabeth Altmann-Gottheiner (1899). Altmann-Gottheiner promovierte 1904 in Zürich. Sie war eine bekannte Vertreterin der bürgerlichen Frauenbewegung in Deutschland und gehörte dem Vorstand des *Bundes Deutscher Frauenvereine*, dem Vorstand des *Allgemeinen Deutschen Frauenvereins* an und war Mitbegründerin und Vorstandsmitglied der 1916 gegründeten *Vereinigung der Nationalökonominen* (Schöck-Quinteros 1996, 109). Ähnlich wie Herkner ging sie in ihrem Artikel davon aus, dass Frauen hofften mit ihrer Sozialforschung die gegenwärtigen Verhältnisse besser erklären, verstehen und auch verändern zu können (Schöck-Quinteros 1996, 112). Die Beteiligung von Frauen an der Wissenschaft, von der sie zu diesem Zeitpunkt noch ausgeschlossen waren, wurde mit Argumenten der Geschlechterdifferenz begründet. Es wurden eine besondere „Kulturaufgabe“ sowie spezifische Kompetenzen der Frauen formuliert, die dazu beitrugen, dass Frauen etwas erarbeiten könnten, was Männern verschlossen bleiben müsste. Frauen schienen besonders geeignet dafür zu sein, die soziale Situation von Frauen zu erforschen.

Wie ihre Vorgängerinnen nutzte Paula Ridder die Statistik für ihre Argumentation. Ihre statistischen

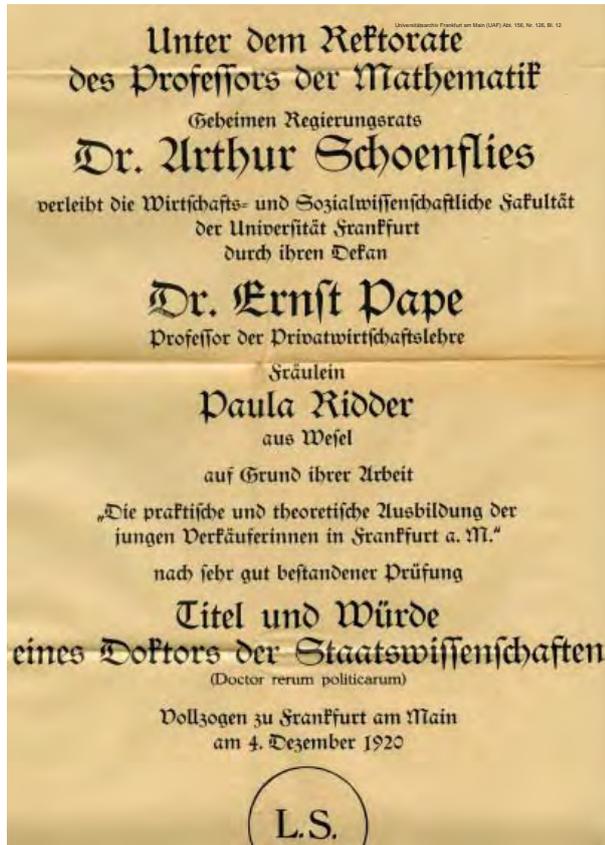


Franz Žizeks Gutachten zu Paula Ridders Dissertation

Zahlen und Tabellen machten den hohen Frauenanteil bei den Beschäftigten im Groß- und Einzelhandel sichtbar, dieser wiederum war ein wichtiges Argument für die Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der Verkäuferinnen (vgl. Hering 2010, 332).

Beruflicher Werdegang nach der Promotion

Über das Leben und den beruflichen Werdegang von Paula Ridder nach ihrer Promotion ist wenig bekannt. Die im Lebenslauf in der Familienchronik Ridder enthaltenen Informationen zeigen, dass sie weiter im kaufmännischen Bereich tätig war. Sie arbeitete in



Promotionsurkunde Paula Ridder

verschiedenen Bankhäusern, zuletzt beim Bankhaus Levy in Köln. Nach dem Tod ihres Schwagers, Heinrich Conrad, 1925 trat sie auf Wunsch ihrer verwitweten Schwester, Anna Conrad, als Prokuristin in die Firma *Heinrich Conrad Holzhandlung* ein. Über die Zeit zwischen 1925 und 1945 geben die eingesehenen Quellen keine Auskunft.

Aus der Familienchronik ist zu erfahren, dass Paula Ridder am Ende des Zweiten Weltkrieges einige wenige Sachen wie eine Schreibmaschine und Akten aus der Firma in ihrer kleinen Dachwohnung am Weg zur Platte in Sicherheit brachte. Nach Kriegsende reservierte sie ein Zimmer in diesem Haus für ihren Neffen Klaus Conrad, der sonst keine Zuzugsgenehmigung für Wesel erhalten hätte. Ab Oktober 1945 lebte er dort mit seiner Frau und den beiden Töchtern. Paula Ridder kümmerte sich um die Kinder und war für sie wie eine dritte Großmutter. Als Prokuristin führte sie das Geschäft ihres verstorbenen Schwagers bis 1952 weiter, musste dann aber

wegen einer Krankheit (Schwerhörigkeit) aufhören. Am 8. Juli 1977 starb sie im Alter von 93 Jahren im Rot-Kreuz-Altenheim in Essen. Sie wurde in ihrer Heimatstadt Wesel im Grab ihres Vaters beerdigt.

Heimat – Die Erinnerungen von Paula Ridder

Paula Ridder verfasste ihre Erinnerungen an ihre Kindheit in Wesel unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Wesel war wegen der strategischen Lage als Stadt mit einer Rheinbrücke und einem Wehrmachtsdepot einer der Hauptangriffspunkte der Alliierten. 97 Prozent der Stadt wurden bei den Luftangriffen der Royal Air Force zerstört. Die Zerstörung der Stadt und der beginnende Wiederaufbau bilden den Ausgangspunkt ihrer Erinnerungen. Auf den Entstehungskontext, ihre Schreibmotivation und die Adressat*innen geht sie im Vorwort und im Nachwort ein:

Erst der Heimatlosgewordene weiß, was Heimat ist. Für Euch, die Ihr noch jung seid, schreibe ich diese Erinnerungen, die Ihr den letzten entsetzlichen Krieg erlebt habt, wenn auch so, wie junge Menschen einen Krieg erleben, die noch voller Hoffnung sind und denen Grauen und Zerstörung, Tod und Armut nicht so furchtbar erscheinen, wie den älteren Leuten, die vom Leben danach wenig mehr erwarten.

Ihr seht die Trümmer der alten Stadt und des Hauses, in dem Ihr geboren wurdet, aber seid auch bereit, Euch eine neue Heimat zu gründen. Wir aber - wir alten - haben sie verloren und suchen in der Erinnerung, was sie uns war. Nur dort fühlt sich der Mensch beheimatet, wo er seine jungen Daseinswurzeln in das Erdreich senkt, wo er spielte, ein Elternhaus besaß, zur Schule ging und die unvergeßlichen Kameraden seiner Jugend hatte. Nun lasse ich aus dem Trümmerhaufen der Stadt das Land der Jungen wieder erstehen und Ihr sollt diese Bilder in Euch aufnehmen und sie bewahren als Erinnerung an unsere gemeinsame Heimat Wesel. Was hier aus den Trümmern erblüht, war einmal! (Ridder 1945/46, 2)

Neuere Untersuchungen über Autorinnen um 1900 haben gezeigt, dass bei biographischen Formen und Motiven des Schreibens von Frauen sowohl die äußere Umgebung ihrer Kindheit als auch

ihre Naturverbundenheit wichtige Faktoren für das Bedürfnis zum Schreiben bilden (Hacker 2007, 32). Häufig wird das Schreibbedürfnis von einer Art „Erweckungserlebnis“, einem Schicksalsschlag oder leidvollem Erlebnis ausgelöst. Bei Paula Ridder waren dies die Trauer und Verlustgefühle nach der Zerstörung ihres Elternhauses und ihrer Heimatstadt am Ende des Zweiten Weltkrieges. Auffallend an ihrem kurzen Text *Heimat* ist, dass sie das Gefühl von Heimat nur mit ihrer frühen Kindheit und Jugend zu verbinden scheint. Die Zeit nach dem Tod ihres Vaters, ihre beruflichen Erfolge als Lehrerin, ihr Studium und ihre Promotion, damit verbunden ihr Leben während der Weimarer Republik und der NS-Zeit spielen in ihrem autobiographischen Text keine Rolle. Die Textpassage vermittelt den Eindruck, dass das Niederschreiben ihrer Kindheitserlebnisse für Paula Ridder eine Möglichkeit darstellte, auch ihre „Daseinswurzeln“ erneut zu befestigen.

Schluss

Mit ihrem Studien- und Berufsweg, der Themenwahl und methodischen Herangehensweise war Paula Ridder typisch für die ersten Generationen von Nationalökonominnen, zu denen Alice Salomon, Gertud Dyhrenfurth und Käthe Gaebel gehörten. Wie diese konnte sie erst über Umwege mit dem Studium beginnen und war bei Beginn ihres Studiums schon „in reiferen Jahren“ (Schöck-Quinteros 1996, 83). Wie diese versuchte sie mit einer empirischen Untersuchung zum Thema Frauenarbeit zur Verbesserung der sozialen Situation von weiblichen Arbeitskräften beizutragen. Im Gegensatz zu den bekannteren Sozialwissenschaftlerinnen ihrer Zeit wie Alice Salomon sind die Biographie und die Arbeit von Paula Ridder bisher aber unerforscht geblieben. Das liegt vermutlich auch daran, dass ihre wissenschaftliche Studie nur schwer zugänglich ist. Sie wurde nicht als Buch veröffentlicht und liegt nur als Schreibmaschinenmanuskript in der Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main vor. Rezipiert wurden dagegen ihre Erinnerungen. Ihre Schilderungen wurden als spannende Dokumente für das Leben der Weseler Bürgerfamilien um 1900 auszugweise veröffentlicht (Bernds 1993, 201-206).

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

Ridder, Paula (1920): Die praktische und theoretische Ausbildung der jungen Verkäuferinnen in Frankfurt am Main. Eine wissenschaftliche Abhandlung auf Grund einer eigenen statistischen Erhebung. Frankfurt am Main: Univ., Diss. Frankfurt a. M.

Sekundärliteratur

Bender, Ursula/Görs, Ellen (1992): Organisierter Weibekram. Die organisierte Frauenbewegung in Düsseldorf 1900 bis 1922. Düsseldorf: Verlag der Goethe-Buchhandlung.

Bernds, Paul (1993): Wesel: lebendige Stadtgeschichte. Ein Buch für junge Leser, Bd. 2: Festung und preußische Garnison, die 11 Schill'schen Offiziere, weiterhin Vesalia Hospitalis, Wesels Bürger und ihre Stadt, Fortschritte auf vielen Gebieten. Wesel: Historische Vereinigung Wesel e.V.

Förder-Hoff, Gabi (1992): Marginalisierte Selbstbehauptung. Studium und Berufstätigkeit von Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlerinnen zwischen 1890 und 1934. In: Schlüter, Anne (Hrsg.): Pionierinnen Feministinnen Karrierefrauen? Zur Geschichte des Frauenstudiums in Deutschland. Herbolzheim: Centaurus-Verlag, 147-167.

Girlich, Hans-Joachim (2006): Felix Burkhardt (1888-1973) – ein sächsischer Pionier der Statistik in Deutschland. Leipzig: Mathematisches Institut.

Hacker, Lucia (2007): Schreibende Frauen um 1900: Rollen – Bilder – Gesten: Münster: LIT-Verlag.

Hering, Sabine (2010): „Frühe“ Frauenforschung: Die Anfänge der Untersuchungen von Frauen über Frauen. In: Becker, Ruth/ Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 331-339.

Honegger, Claudia (1990): Die ersten Soziologinnen in Frankfurt. In: Heinz Steinert (Hrsg.): Die (mindestens) zwei Sozialwissenschaften in Frankfurt und ihre Geschichte.

Frankfurt am Main. Frankfurt am Main: Studententexte zur Sozialwissenschaft, 88-100.

Huerkamp, Claudia (1994): Bildungsbürgerinnen Frauen im Studium und akademischen Berufen 1900-1945. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Schöck-Quinteros, Eva (1996): „Sie waren schon in reiferen Jahren“, Nationalökonominen im wilhelminischen Deutschland. In: Dickmann, Elisabeth/ Schöck-Quinteros, Eva (Hrsg.): Politik und Profession. Bremen, 83-120.

Wedel, Gudrun (1990): Lehren zwischen Arbeit und Beruf. Einblicke in das Leben von Autobiographinnen aus dem 19. Jahrhundert. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag.

Archivquellen

NN (o. J.): Lebenslauf einer ungewöhnlichen Frau. In: Familienchronik Familie Ridder, Wesel.

Ridder, Paula (o. J.): Heimat (1945/46). In: Familienchronik Familie Ridder, Wesel.

UAF, Abt. 604, Nr. 684 (Studentenakte Paula Ridder).

UAF, Abt. 156, Nr. 126 (Promotionsakte Paula Ridder).

Internetquellen

„Die Wissenschaft ist weder männlich noch weiblich; sie ist menschlich“ Der Kampf der Frauen um Zulassung zum Studium; <https://www.uni-giessen.de/cms/org/beauftragte/frb/ordnerarchiv/dateien/SchautafelnEndversion.pdf> (letzter Abruf 06.07.2015).

JESPER SCHULZE

Bertha Kunreuther – Ein Blick zurück

Einleitung

Die Nationalökonomin Bertha Kunreuther war eine der ersten Frauen, die an der 1914 neu gegründeten Universität Frankfurt am Main studierte. Sie schloss ihr Studium 1918 mit der Veröffentlichung ihrer Dissertation zum Thema „Untersuchungen über das Landstreicher- und Bettlertum in Preußen – mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse“ ab. Ausschlaggebend für meine Entscheidung, mich im Rahmen des Seminars Sozialwissenschaftlerinnen an der Universität Frankfurt mit dem Leben und Wirken Bertha Kunreuthers auseinander zu setzen, war das Thema ihrer Doktorarbeit. Kunreuther befasste sich in ihrer Arbeit mit der immer noch sehr aktuellen Frage: Wie geht eine industrialisierte Gesellschaft mit ihren Armen um?

Sie führt zunächst eine sozialstatistische Analyse durch und schafft so die empirische Grundlage, auf der sie nicht nur wissenschaftliche Aussagen trifft, sondern auch moralische und gesellschaftspolitische Fragestellungen anschnidet und diskutiert. Ihre Arbeit nähert sich der gewählten Problemstellung auf unterschiedlichen Ebenen und nimmt, neben einem individuellen Zugang, vor allem auch die gesellschaftliche Verfasstheit in den Blick. Für Kunreuther ist Armut nicht in erster Linie ein persönlich verantwortetes Problem, sondern das Produkt einer modernen Industriegesellschaft, die diese Armut immer wieder selber schafft.

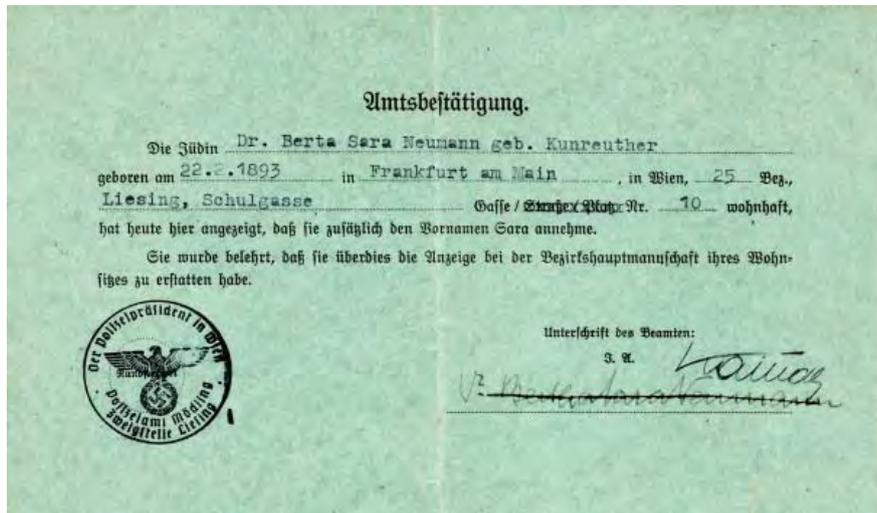
Dieser Beitrag nimmt zunächst die Biographie Bertha Kunreuthers in den Blick und versucht mit dem recherchierten und eingesehenen Datenmaterial ihren Lebensweg nachzuzeichnen, um anschließend ihre wissenschaftlichen Arbeiten und deren gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Entstehungskontext zu betrachten.



Bertha Kunreuther (um 1930)

Familie und Vita

Bertha Kunreuther wurde am 28. Februar 1893 in Frankfurt am Main geboren und wuchs hier als Tochter von Käthe (*8.10.1860) und Samuel Kunreuther (*20.11.1856) auf. Ihr Vater arbeitete als Kursmakler und verstarb bereits am 28. November 1917, ihre Mutter am 9. Januar 1935. Beide wurden auf dem jüdischen Friedhof an der Rat-Beil-Straße in Frankfurt am Main beerdigt. Wie aus der im Universitätsarchiv der Universität Frankfurt erhaltenen Meldekarte hervorgeht, lebte Bertha Kunreuther während des Studiums in der elterlichen Wohnung in der Gaußstraße 32 im Frankfurter Nordend.



Nach der nationalsozialistischen Namensänderungsverordnung musste Bertha Kunreuther zusätzlich den Vornamen Sara annehmen, der sie als jüdisch kenntlich machen sollte

Laut der Familienahnenforschungsseite mundia.com – bei der ein Eintrag zu dem Namen Bertha Kunreuther existiert – war sie die drittjüngste von insgesamt acht Geschwistern.¹ Bei dieser Quelle ist jedoch auf einige Ungenauigkeiten hinzuweisen. So stimmen die dort angegebenen Todesdaten von Bertha, Karl und Klaus Kunreuther nicht mit den Daten aus der Datenbank von Yad Vashem oder dem Wiener Stadt- und Landesarchiv überein.² Ihr jüngerer Bruder Theo Kunreuther wurde am 10. Dezember 1895 geboren. Er promovierte wenige Jahre nach Bertha Kunreuther im Fach Medizin mit einer Doktorarbeit zu Karzinomen in der Schwangerschaft (siehe Kunreuther 1923). Theo Kunreuther emigrierte bereits im Jahre 1933 nach Brasilien und arbeitete dort in Sao Paulo unter anderem als Krankenpfleger, da sein in Deutschland erworbenes Medizindiplom in Brasilien nicht anerkannt wurde. Durch einen Herzinfarkt im Jahre 1950 war es ihm nicht mehr möglich seiner beruflichen Tätigkeit nachzugehen (Seidler 2007, 261). Mit einer Klage in Deutschland versuchte Theo Kunreuther nach 1945 eine Entschädigungszahlung zu erwirken.³

1 Diese Seite wurde kurz nach Abschluss des vorliegenden Beitrags geschlossen und ist nicht mehr zugänglich.

2 Auskunft Dr. Michaela Laichmann, Wiener Stadt- und Landesarchiv, 12.09.2014.

3 Dr. med. Theodor Kunreuther (LG Wiesbaden), in: Berufungsurteile des Oberlandesgerichts Frankfurt auf Urteile der

Er starb am 14. Februar 1965 in Sao Paulo.

Bertha Kunreuther heiratete am 16. Dezember 1922 den am 22. März 1890 im Wiener Bezirk Liesing geborenen Karl Neumann.⁴ Die Trauzeugen waren der Kursmakler Jürgen Kunreuther, ebenfalls wohnhaft in der Gaußstr. 32 und der Kaufmann Albert Einstein aus Offenbach. Karl Neumann war in Wien als Gemeinde- und Zahnarzt tätig und kümmerte sich neben der Hauskrankenpflege um die Jugendfürsorge. Auf sein Bestreben hin und finanziert aus seinen persönlichen Mitteln wurde der erste Krankentransport für Liesing angeschafft.⁵ Nach Karl Neumann ist heute im 23. Wiener Gemeindebezirk Liesing eine Straße benannt – die Dr.-Neumann-Gasse.⁶

Auch Bertha Kunreuther lebte seit ihrer Heirat in Wien, wobei aus den eingesehenen Akten das genaue Datum des Umzugs nicht hervorgeht. Über die Zeit in Wien gibt es darüber hinaus

Entschädigungskammern der Landgerichte, Band 5 (Laufzeit 1959-1963), Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD), H 12 Darmstadt, 10743.

4 Bertha Kunreuther trug seit der Heirat den Nachnamen Neumann. In diesem Beitrag wird dennoch ihr Geburtsname beibehalten.

5 Vgl. „Karl Neumann“, URL: <http://www.david.juden.at/kulturzeitschrift/44-49/48-verfolgt.htm> (letzter Zugriff 09.09.2014).

6 Vgl. „Dr. Neumann Gasse“, URL: <https://www.wienerwohnen.at/hof/1608/Elisenstrasse-28-30.html> (letzter Zugriff 09.09.2014).

kaum Material, welches Aufschluss über ihr Leben gibt. Nach Angaben des Stadt- und Landesarchivs Wien bezeichnete sie sich „in einer selbstständigen Meldung von 1932“ als „Arztgattin“. ⁷ Hinweise auf einen eigenen Beruf fehlten dabei.

Das Ehepaar hatte drei Kinder: Eine Tochter, Annerose Paula Neumann, geboren am 25. April 1924, und zwei Söhne: Klaus Wolfgang Neumann, geboren am 26. Januar 1932, und Peter Franz Neumann, geboren am 23. Februar 1927. ⁸

Verfolgung und Ermordung

Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Februar 1933 durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg begann der systematische und institutionalisierte Terror vor allem gegen politische Gegner*innen, rassistisch Verfolgte und Menschen, die von der NS-Rassenideologie als Angehörige einer konstruierten „jüdischen Rasse“ definiert wurden. Ging es dem nationalsozialistischen Deutschland in den ersten Jahren nach der Machtergreifung noch vor allem darum, jüdische Menschen zur Ausreise zu zwingen, wurde auf der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 in Berlin die systematische Ermordung und Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden beschlossen. Nach dem Anschluss Österreichs im Frühjahr 1938, der durch deutsche und österreichische Nationalsozialisten betrieben wurde und bei vielen Österreicher*innen auf Zustimmung stieß, erreichte die Terrorwelle auch Wien, wo die Familie von Bertha Kunreuther lebte. Aus einem Vermerk in der Heiratsurkunde vom 23. April 1942 geht hervor, dass Bertha und Karl Neumann gezwungen waren den Namenszusatz „Sarah“, bzw. „Israel“ anzunehmen. Diese Vorgabe ging auf ein 1939 erlassenes Gesetz zurück, betraf alle jüdischen Menschen im Gebiet des Deutschen Reichs und war ein Teil der menschenverachtenden Maßnahmen des NS-Staates zu deren Stigmatisierung.

Zusammen mit ihrem Ehemann und dem gemeinsamen Sohn Klaus Neumann war Bertha Neumann

bis zum 3. Februar 1941 in der Schulgasse 10 in Liesing gemeldet. Danach wurden sie vermutlich im Zuge der „Arisierung“ von jüdischen Wohnungen im Rahmen so genannter „Judenumsiedlungsaktionen“ aus ihrer Wohnung vertrieben. Ihre anschließenden Meldeadressen in Wien waren die Porzellanlangasse 12/1/6 vom 19. August 1941 bis zum 19. April 1943 und die Große Stadtgutgasse 24/10 vom 19. April 1943 bis zum 24. Juni 1943.

Den beiden älteren Kindern Annerose und Peter gelang noch die Flucht ins Ausland. Der weitere Weg von Peter Neumann lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Aus den Akten einer „Verlassenschaftsabhandlung“ in Wien geht lediglich hervor, dass dieser den Krieg und die Shoa überlebte und sich im Jahr 1949 in Sao Paulo aufgehalten hat. Auch Annerose Neumann überlebte den Krieg und die Shoa. In ihren Erbschaftsunterlagen von 1949 ist eine Meldeadresse in Middlesex, England angegeben. ⁹ Sie immigrierte am 18. Juni 1952 nach Brasilien und lebte ebenfalls in Sao Paulo. Sie trug zu diesem Zeitpunkt den Namen Annerose Paula Hönig-Hönigsberg (alternativ: Honig-Hongisberg) und besaß immer noch die österreichische Staatsbürgerschaft. ¹⁰

Aus Überweisungsbelegen des Jewish Transmigration Bureaus lässt sich schließen, dass die Familie Neumann versuchte auch die eigene Emigration und die ihres jüngsten Kindes zu organisieren. Auf dem Konto der Organisation sind mehrere Zahlungseingänge verzeichnet, der erste am 02. Oktober 1941. Die insgesamt 1200 Dollar, die ein William M. Kunreuther aus New York überwiesen hatte, wurden aber am 11. März 1942 wieder zurücküberwiesen, ohne dass eine Ausreise stattfand. ¹¹

Das American Jewish Joint Distribution Committee ist eine 1914 gegründete jüdische Wohlfahrtsorganisation. Während den 1930er und 40er Jahren organisierte sie Hilfslieferungen und versuchte eine

⁹ Auskunft Dr. Michaela Laichmann, Wiener Stadt- und Landesarchiv, 12.09.2014.

¹⁰ Vgl. Einwanderungskarte Annerose Paula Honig-Hönigsberg <http://www.myheritage.de/research/category-4000/einwanderung-reise?formId=master&formMode=0&action=query&qname=Name+In.Xongmixay+Inme.true+Inms.false&path&rpp=10> (letzter Zugriff 07.09.2015).

¹¹ Vgl. Dokumente des Jewish Transmigration Bureaus <http://names.jdc.org/search-detail.php?id=56650> (letzter Zugriff 13.09.2014) und <http://names.jdc.org/search-detail.php?id=56655> (letzter Zugriff 13.09.2014).

⁷ Auskunft Dr. Michaela Laichmann, Wiener Stadt- und Landesarchiv, 12.09.2014.

⁸ Robert Patocka: Liesinger Opfer des Nationalsozialismus 1938 - 1945 (Stand Dezember 2014) <http://www.steine23.at/pdf/liste%20opfer%20liesing%20nach%20orte%2020141124%20a.pdf>. https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Gedenksteine_f%C3%BCr_Familie_Neumann_01.JPG

Ausreise von in Europa lebenden Jüdinnen und Juden zu organisieren. Dazu diente unter anderem die Einrichtung des sogenannten Jewish Transmigration Bureaus, welches die Möglichkeit bot, das für die Ausreise notwendige Geld an Familienangehörige, Freund*innen und Bekannte in Europa zu überweisen. Das Geld kam dabei zumeist von amerikanischen Jüdinnen und Juden.

Aus Datenblättern, die sich im Onlinearchiv von Yad Vashem befinden, geht hervor, dass Bertha, Karl und Klaus Neumann am 24. Juni 1943 zunächst in das Konzentrationslager Theresienstadt und dann über ein Jahr später in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz verschleppt wurden. Alle drei wurden in Auschwitz ermordet. Das Landesgericht für Zivilrechtssachen in Wien stellte am 11. März 1949 eine Todeserklärung aus.¹² Die Datenblätter in der Gedenkdatenbank von Yad Vashem wurden 1977 von Annerose Hönig-Hönigsberg, geb. Neumann für ihre Mutter, ihren Vater und den jüngeren Bruder in Jerusalem ausgefüllt.¹³

Wissenschaftlicher Werdegang

Bertha Kunreuther absolvierte zunächst ein Lyzeum sowie ein Oberlyzeum und ein Lehrerinnenseminar. In ihrem Lebenslauf, der als Schreibmaschinendurchschlag in ihrer Promotionsakte im Universitätsarchiv Frankfurt am Main erhalten ist, gab sie an, diesen Bildungsweg Ostern 1914 erfolgreich abgeschlossen und damit das Lehrerinnenexamen für mittlere und höhere Schulen erhalten zu haben. Sie schrieb weiter, dass sie seit dieser Zeit an „der Frankfurter Universität, bzw. (sic!) Akademie immatrikuliert“ gewesen sei und im Herbst 1915 „an der Oberrealschule zu Cassel das Reifezeugnis“ erhalten und „die nachfolgenden Semester in München, Berlin und Frankfurt a/Main“ studiert habe.¹⁴

Im Universitätsarchiv Frankfurt sind zwei Akten über das Studium und die Promotion von Bertha



Promotionsurkunde Bertha Kunreuther

Kunreuther erhalten. Aus einem Abgangszeugnis der Königlichen Universität zu Frankfurt am Main, welches am 20. April 1916 vom damaligen Rektor der Universität Ludwig Pohle und dem Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät Andreas Heinrich Voigt unterzeichnet wurde, geht hervor, dass Bertha Kunreuther „vorbereitet, auf Grund des Zeugnisses der Lehrbefähigung für Lyzeen bzw. (sic!) eines Abschlusszeugnisses von der Akademie für Sozial- & Handelswissenschaften zu Ffm. am 23. Oktober 1914 bei uns immatrikuliert worden ist, sich bis zum Schlusse des Winter-Sem. 1915/16 als Studierende hier aufgehalten und sich der Wirtschafts- & Sozialwissensch. beflissen hat.“¹⁵ Sie erhielt die Matrikelnummer 95. Die 24 Seminare, die Kunreuther während ihres Studiums besuchte,

¹² Auskunft des Stadt- und Landesarchiv Wien, 12.09.2014.

¹³ Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) stellt auf seiner Webseite (<http://www.doew.at/>) eine Suchmaske bereit mit der in den vorhandenen Datenbanken wie Yad Vashem zu dem Thema gesucht werden kann. Hier finden sich auch die Einträge zu Bertha, Karl und Klaus Neumann.

¹⁴ Lebenslauf, in: UAF, Abt. 156, Nr. 13 (Promotionsakte Bertha Kunreuther), Bl. 3.

¹⁵ UAF, Abt. 604, Nr. 682 (Studentenakte Bertha Kunreuther), Bl. 1. Die Hervorhebungen wurden im Originaldokument handschriftlich eingefügt.

befassten sich in der überwiegenden Mehrzahl mit klassischen Themen der Nationalökonomie. Hierzu gehörten Vorlesungen wie „Nationalökonomische Besprechung“ bei Paul Arndt, „Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus“ bei Ludwig Pohle, „Einführung in die Philosophie und ihre Geschichte“ bei Hans Cornelius oder „Das Armenwesen des Deutschen Reiches“ bei Christian Jasper Klumker. Im Sommersemester 1915 besuchte sie aber auch eine Vorlesung mit dem Titel: „Angewandte Chemie und Bakteriologie in Industrie, Handel und Gewerbe. – Chemisch-technische Warenkunde. Ausgewählte Kapitel der kolonialen Technik. Mit Exkursion.“ bei Becker.¹⁶

In den darauffolgenden Semestern studierte Bertha Kunreuther zunächst an der Universität München und dann an der Universität in Berlin.¹⁷ Aus einer weiteren im Universitätsarchiv Frankfurt erhaltenen Anmeldekarte geht hervor, dass sie sich am 30. April 1917 wieder an der Universität Frankfurt einschrieb, nun für Nationalökonomie. Zu diesem Fach hatte sie in Berlin gewechselt.¹⁸ Auf der Karteikarte ist die Matrikelnummer 2302 vermerkt.¹⁹

In einem undatierten Schreiben an die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Frankfurt am Main beantragte Bertha Kunreuthers die Zulassung zur Promotion. Der Arbeitstitel ihrer Dissertation ist: Untersuchungen über Bettler- und Landstreichertum in Preussen (sic) mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse an. Als Nebenfächer wählte sie „Staatsrecht nebst Grundzüge[n] des Verwaltungsrechts und Handelsrechts“.²⁰ Handschriftlich ist am Rand des Dokuments der Name von Franz Žižek vermerkt, der die Betreuung ihrer Doktorarbeit übernahm. Ein zweiter Prüfer ist auf dem Dokument noch nicht vermerkt. Diese Aufgabe übernahm dann Paul Arndt.

Franz Žižek setzt sich in seinem Gutachten sehr ausführlich mit der Doktorarbeit von Bertha Kunreuther auseinander. In der Studentenakte sind die acht handschriftlichen Seiten des Gutachtens erhalten. Nach einer umfangreichen Zusammenfassung kommt Žižek zu folgendem Urteil:

16 Vgl. UAF, Abt. 604, Nr. 682, Bl. 1.

17 Vgl. UAF, Abt. 156, Nr. 13, Bl. 3.

18 Vgl. UAF, Abt. 604, Nr. 682, Bl. 2.

19 Ebd.

20 UAF, Abt. 156, Nr. 13, Bl. 2.

*Die Kandidatin hat die Hauptprobleme nach verschiedenen Richtungen eingehend untersucht und eine inhaltsreiche Arbeit geliefert, die m. E. einen gewissen Forschungstrieb erkennen lässt. Vieles dürfte statistisch zum ersten Male dargestellt sein, das wissenschaftliche Ergebnis scheint mir erheblich zu sein. Leider haften der Arbeit aber auch beträchtliche, namentlich formale Mängel an. Die sprachliche Ausdrucksweise verrät an vielen Stellen geringe Sorgfalt, bzw. geringes Sprachgefühl, sie ist oft unkorrekt u. manchmal ganz unklar – ich habe zahlreiche derartige Stellen bezeichnet u. öfters den vermutlichen Gedankengang der Verfasserin zu formulieren versucht, ohne aber damit seine Richtigkeit bestätigen zu wollen.*²¹

Im weiteren Verlauf des Gutachtens geht der Statistiker Žižek auf statistische Probleme und Ungenauigkeiten in der Arbeit Bertha Kunreuthers ein. Er kommt am Ende seines Gutachtens dennoch zu dem Schluss:

Die inhaltlich verhältnismäßig bedeutsamen Untersuchungen der Kandidatin werden, wie angedeutet, leider durch überwiegend formale Fehler stark beeinträchtigt, doch glaube ich, dass sich diese Fehler werden beheben lassen. Jedenfalls ist eine inhaltsreiche, wenn auch formal mangelhafte Arbeit höher zu bewerten als eine formal einwandfreie aber sachlich belanglose.

*Ich beantrage daher, die Kandidatin zur mündlichen Doktorprüfung zuzulassen, ihr jedoch im Falle Bestehens dieser Prüfung eine sorgfältige Revision der Arbeit nach der angedeuteten Richtung aufzuerlegen.*²²

Bemerkenswert an der Bewertung Franz Žižeks ist vor allem das Hervorheben der inhaltlichen Relevanz der eingereichten Doktorarbeit. Der Zweitgutachter Paul Arndt schloss sich dem Gutachten Žižeks an und empfahl am 19. Juli 1918 ebenfalls die Zulassung Bertha Kunreuthers zur mündlichen Prüfung. Ihre mündliche Prüfung in den Fächern Finanzwissenschaft, Volkswirtschaftslehre, Statistik, Staatsrecht, Privatwirtschaftslehre bei den Professoren Paul Arndt, Andreas Voigt, Žižek, Carl Burchard und Albert Calmes, absolvierte Bertha Kunreuther am

21 Ebd., Bl. 8, S. 4 (Hervorhebungen im Original).

22 Ebd., Bl. 8, S. 8 (Hervorhebungen im Original).



Bertha Kunreuthers Dissertation

23. Juli 1918 mit der Note „Gut“.²³ Laut Anmeldekarte wurde ihr das Abgangszeugnis am 14. Januar 1921 ausgehändigt.²⁴ Am 11. Oktober 1918 wurde ihr der Titel „eines Doktors der Staatswissenschaften (Doctor rerum politicarum)“ verliehen.²⁵ Damit war ihr Promotionsverfahren formal abgeschlossen. Ein Exemplar ihrer Doktorarbeit (Kunreuther 1918) befindet sich noch heute in den Räumlichkeiten der Bibliothek Recht und Wirtschaft und ist mit den mittlerweile vergilbten und brüchigen Seiten, sowie der Laufnummer 13 eine der ersten Doktorarbeiten in einer etlichen Regalmeter umfassenden Sammlung.

Die Doktorarbeit

Bertha Kunreuthers Arbeit trägt die Widmung: „Im Andenken an meinen teuren Vater meiner geliebten Mutter!“ (Kunreuther 1918, Einband). Darüber hinaus spricht sie in der Einleitung vor allem Christian Jasper Klumker und ihrem Doktorvater Franz Žižek Dank für ihre Unterstützung aus. In dem 143 Seiten umfassenden Werk beschäftigt sich Kunreuther mit einem spezifischen Phänomen der Armut, den „Bett-

23 UAF, Abt. 156, Nr. 13, Bl. 11.

24 UAF, Abt. 604, Nr. 682, Bl. 2.

25 UAF, Abt. 156, Nr. 13, Bl. 1.

lern“ und „Landstreichern“ sowie der Frage nach der Wirksamkeit staatlicher Zwangs- und Repressionsmaßnahmen.²⁶

„Landstreicherei“ war nach §361 StGB (bis 1974) ein Straftatbestand und wurde mit Haftstrafen und/oder der Einweisung der Verurteilten in so genannte „Arbeitshäuser“ verfolgt. Mit einer empirischen Untersuchung der wegen Landstreicherei gerichtlich Verurteilten und in Arbeitshäuser eingewiesenen so genannten ‚Korrigenden‘ strebte Kunreuther eine Überprüfung der Wirksamkeit dieser staatlichen Maßnahmen an. Für sie ist das wesentliche Merkmal dieser Gruppen eine „Lebensschwäche oder Lebensarmut“ (Kunreuther 1918, 7), wobei sie bereits in der thematischen Hinleitung auf die Vielzahl von Facetten und Einflussfaktoren verweist, die eine eindimensionale Betrachtung unmöglich machen. Diese Feststellung wird zum Leitmotiv ihrer Arbeit und schlägt sich in ihrer sehr differenzierten methodischen Vorgehensweise und Analyse nieder. Sie wirft dabei die Frage auf, welche Faktoren das Bettel- und Landstreichertum begünstigen, welchen Anteil diese Personengruppe an der preußischen Gesamtbevölkerung hat und welche individuellen Veranlagungen bei den betreffenden Personen auszumachen sind. Darüber hinaus nimmt sie die berufliche und soziale Herkunft der betroffenen Menschen in den Blick und stellt Überlegungen hinsichtlich des Einflusses der Kategorie Geschlecht auf den zu untersuchenden Gegenstand an. Diesem Themenkomplex widmet sie im weiteren Verlauf der Arbeit ein eigenes Kapitel.

Ihre Untersuchung basiert auf einer empirischen Auswertung der vorliegenden amtlichen Sozialstatistiken. Ihre methodische Vorgehensweise begründet sie damit, dass dadurch ein „objektiver Wertmaßstab“ (Kunreuther 1918, 10) als Grundlage für die Analyse geschaffen werde. Sie wertet zunächst Daten der amtlichen preußischen Statistik über Verurteilungen nach dem §361 Ziffer 3,4 und 8 StGB aus, in denen das Umherziehen als Landstreicher,

26 In der vorliegenden biographischen Arbeit wird der Terminus „Bettler und Landstreicher“ bzw. „Bettler- und Landstreichertum“ aus der Arbeit von Bertha Kunreuther übernommen und im Sinne der Doktorarbeit verwendet. Die Begriffe sind nicht zeitgemäß und zum Teil diskriminierend, werden aber aufgrund der besseren Verständlichkeit und Lesbarkeit beibehalten.

das Betteln in unterschiedlichen Facetten sowie die selbstverschuldete Obdachlosigkeit unter Strafe gestellt ist und mit Haft bestraft wird (vgl. ebd., 11). Sie geht dabei davon aus, dass etwa 10 Prozent der Personen aus der betreffenden Gruppe von solchen Haftstrafen betroffen und damit als exemplarisch zu betrachten sind (vgl. ebd., 15). Kunreuther führte außerdem eigene Untersuchungen in der Korrektions- und Landesarmenanstalt Breitenau bei Kassel durch. Dabei wertete sie die in den Karteien der Anstalt erfassten Daten über die Insassen aus.²⁷

Gemäß ihres, im Vorwort formulierten, Anspruchs nimmt sie bei der Auswertung immer wieder neue Differenzierungen und Systematisierungen innerhalb der untersuchten Gruppe vor um mögliche Einflussfaktoren für deren Nichtsesshaftigkeit herauszufinden. So entwickelt sie die anfängliche Unterscheidung von Bettlern und Landstreichern als zwei spezifische Gruppen von Armen im weiteren Verlauf weiter und stellt fest, dass darüber hinaus noch zwischen „Arbeitsbeschränkten“ und „Arbeitsscheuen“ zu unterscheiden sei. Als Charakteristikum der ersten Gruppe hält sie fest, dass die Personen aufgrund ihrer individuellen körperlichen oder psychischen Verfasstheit nicht in der Lage seien am Arbeitsmarkt zu partizipieren, bzw. nur einfachen Tätigkeiten nachgehen könnten. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen Arbeitsplätze knapp werden, werde diese Gruppe von Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Ihre Ausführungen belegt sie mit einer großen Anzahl an Statistiken und Graphiken und kann in diesem Zuge sogar nachweisen, dass bestimmte Berufsgruppen zu unterschiedlichen Jahreszeiten unterschiedlich stark betroffen sind. In den Wintermonaten ist die Zahl dabei allgemein am höchsten.

Den „Arbeitsbeschränkten“ stellt sie die Gruppe der „Arbeitsscheuen“ gegenüber, bei denen sie davon ausgeht, dass diese körperlich und psychisch in der Lage seien einer geregelten Lohnarbeit nachzugehen, dazu aber nicht Willens seien. Sie charakte-

risiert diese Personen dahingehend, dass sie sich bewusst für ein Leben auf der Straße ohne geregelten Tagesablauf und Einkommen entschieden hätten. Diese Gruppe macht ihren Analysen zufolge aber den weitaus geringeren Anteil an Bettlern und Landstreichern aus und dient im Kontext von Kunreuthers Arbeit vor allem als Projektionsfläche für bestimmte gesellschaftlich etablierte Bilder über Armut, Betteln und Landstreichertum. Den überwiegenden Teil der Auseinandersetzung nimmt die Beschäftigung mit den Menschen aus der ersten Gruppe ein, die sie sehr facettenreich analysiert. Sie stellt darüber hinaus den Zusammenhang zwischen dem Auftreten von Bettlern und Landstreichern sowie der allgemeinen Armut und der wirtschaftlichen Lage der Betroffenen mithilfe statistischer Daten und wissenschaftlicher Analysen umfangreich dar und widerspricht so der vorherrschenden These, wonach der überwiegende Teil der betreffenden Personengruppe den Lebenswandel aus einem „inneren Drang“ heraus nachgeht. Auf der Grundlage dieser Feststellung ist es ihr möglich, die gesellschaftlichen Ursachen hinter der Armut zu suchen und diese zu beschreiben ohne von einer besonderen Delinquenz der betroffenen Personen ausgehen zu müssen. Mit der Kategorisierung von arbeitsfähigen und arbeitsunfähigen Armen greift sie auf eine tradierte sozialpolitische Unterscheidung zurück, die zu einer Hierarchisierung unterschiedlicher gesellschaftlicher Armer verwendet wird. Sie verneint dabei nicht die Existenz von arbeitsfähigen aber arbeitsunwilligen Armen, die in sozialpolitischen Debatten in der Regel als bestrafungswürdig erachtet werden, kritisiert diesen Diskurs aber indem sie mit Hilfe ihrer statistischen Daten auf die Randständigkeit dieser Gruppe verweist und so die strafenden Maßnahmen in Zweifel zieht.

Bertha Kunreuther nimmt zwar wiederholt Bezug auf die individuelle Verfasstheit der betroffenen Personen, rekurriert in all ihren Ausführungen aber auf die sozioökonomischen Gegebenheiten. Sie argumentiert dahingehend, dass die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse bestimmte Anforderungen stellen, die nicht von allen Individuen erfüllt werden können. Dabei widerspricht sie Karl Marx und verweist darauf, dass die Arbeitslosen in einer kapita-

²⁷ Kunreuther nimmt in ihrer Arbeit Bezug auf unterschiedliche Einrichtungen und Anstalten. Dabei sind die Korrektionsanstalten und Arbeitshäuser Teil des repressiven und offiziellen Ordnungssystems. Darüber hinaus bringt sie noch andere Einrichtungen und Anstalten ein, die zum Teil auf einer freiwilligen Basis funktionieren und eher Teil einer Fürsorge zu sein scheinen.

listischen Gesellschaft nicht nur als Pool potentieller Arbeitskräfte gesehen werden können (Kunreuther 1918, 49). Ein Teil dieser potentiellen Arbeitskräfte seien den Anforderungen des Arbeitsmarktes schlicht nicht gewachsen. Sie stellt fest: „Das Hauptergebnis der Untersuchung liegt in der Feststellung des kombinierten Einflusses biologischer Minderwertigkeit (sic!) und der wirtschaftlichen Verhältnisse“ (ebd., 125).

Auf der Grundlage der u.a. in Breitenau erhobenen Daten und der von ihr geleisteten Kategorisierung und Systematisierung dieser Daten entwirft sie im letzten Teil ihrer Arbeit sozialpolitische Lösungsvorschläge für die unterschiedlichen Gruppen von Armen bzw. für die in Arbeitshäusern wie Breitenau Inhaftierten. Dabei bildet das, im Kern unverschuldete, Abrutschen der meisten Personen in die Gruppe der Bettler und Landstreicher einen zentralen Ausgangspunkt ihrer Überlegungen.

Sie stellt darüber hinaus fest, dass einem Großteil der Insassen der Arbeitshäuser, wenn sie denn überhaupt straffällig geworden waren, lediglich Affektaten wie etwa Schlägereien unter Alkoholeinfluss vorgeworfen wurden. Kunreuther kommt vor diesem Hintergrund zu dem Schluss, dass es sich bei einem überwiegenden Teil der betroffenen Personen um sogenannte „große Kinder“ (ebd., 124) handele, die aufgrund ihrer psychischen Dispositionen nicht in der Lage seien am Arbeitsmarkt zu partizipieren, jedoch auch keine eigentliche Gefahr darstellten. Strafe sei in diesem Falle nicht angebracht, sie müsse sogar versagen, da „der Erhaltungstrieb im Menschen stärker als die Furcht vor strengen Strafen ist“ (ebd., 97). Kunreuther nimmt in ihrer Arbeit einen positiven Bezug auf den Begriff der Arbeit, den sie mit der Garantie eines guten und geregelten Lebens gleichsetzt. Für sie bedeutet Fürsorge vor allem die Vermittlung von Arbeit (vgl. ebd., 110). Die ungleiche Möglichkeit, an Arbeit und in ihrem Sinne damit an die Grundlage für ein gutes Leben zu kommen, stellt für Kunreuther eines der Grundprobleme der damaligen Gesellschaft.

Sie schreibt dazu:

Denn die Gewerbefreiheit verweist jeden nur auf Selbstfürsorge; der einzelne ist nunmehr auf sich selbst gestellt und schutzlos allen Schwankungen des Arbeits-

marktes preisgegeben [Anm. J. S.: Bezieht sich auf das Gesellschaftssystem im damaligen England]. Die Freiheit des Erwerbs gibt nur große Möglichkeiten, deren Erreichen aber unsicher ist. Für den einzelnen Menschen ist sie nur von Vorteil, wenn es sich um gleich starke Kräfte auf dem Arbeitsmarkt handelt. Das Spiel ist nur gerecht, wenn die Mitspielenden unter gleichen Voraussetzungen spielen. Dies trifft im Leben nicht zu; neben den wirtschaftlich Starken tritt der Schwache, der nur in geringem Grad Schutz genießt. (Kunreuther 1918, 22)

Kunreuther denkt die Gesellschaft als etwas Gemeinschaftliches und Zusammengehöriges, ein System gegenseitiger Abhängigkeiten und Verpflichtungen. Sie geht wie Thomas Robert Malthus davon aus, dass die Arbeitslosen und Armen eine potentielle Reserve an Arbeitskräften darstellen, die es einzu binden gilt, da dem Staat und dem volkswirtschaftlichen Gesamtvermögen durch ihre Untätigkeit ein beträchtlicher Schaden entsteht (ebd., 49). Dabei erscheint Arbeit in ihrem Sinne als eine Verpflichtung der Gesellschaft und dem Kollektiv gegenüber, welche bei Nichteinhaltung mit einer Strafe zu belegen ist, wie sie es etwa bei der Gruppe der „Arbeits scheuen“ fordert (ebd., 130). Ganz dezidiert nimmt sie die „großen Kinder“ von dieser Strafe aus. Im Bezug auf diese Gruppe stellt sie fest:

Wir brauchen, wenn wir nach dieser Seite dem Wesen der Vaganten Rechnung tragen und gleichzeitig die Landstraße von ihren Gästen säubern [sic!] wollen, gesetzliche Grundlagen, die es ermöglichen, diese Elemente dauerhaft zu versorgen und ihre Arbeitskraft nutzbar zu machen. Diesen Weg zu gehen, schreibt uns die Rücksichtnahme auf die Eigenart des Vaganten und zur selben Zeit die Rücksicht auf das volkswirtschaftliche Richtige vor. [...] Es ist zu kostspielig vom Standpunkt der Volkswirtschaft, die Arbeitskraft vieler Tausender unverwertet zu lassen, einen Menschen immer wieder auf die Gesellschaft loszulassen, trotzdem er seine soziale Untauglichkeit längst bewiesen hat. Und so ist zu prüfen, ob das System unserer Arbeitsanstalten volkswirtschaftlich zu halten ist, ein System, durch das die Arbeitskräfte der Vaganten weder der Zeit noch der Menge nach annähernd ausgenutzt werden, ob das

möglich sein kann in einer Zeit, wo man das Problem der kostenlosen Ausnutzung der Arbeitskraft zu lösen versucht. Diese Rücksicht auf die Volkswirtschaft kann nicht ganz beiseite geschoben werden. Doch deshalb braucht der Verwaltungszweck der Arbeitshäuser keineswegs der Eigenart des in Frage stehenden Individuums nicht gerecht werden. Denn dieser will den Korrigenden seiner Eigenart nach versorgen, sodass er wenigstens im Rahmen der Anstalt in nützlichem Glied der menschlichen Gesellschaft ist. (Kunreuther 1918, 126f.)

Diese Textpassage bringt die Argumentationsweise Kunreuthers treffend auf den Punkt. Sie befindet sich in einem ständigen Abwägen zwischen dem Interesse der Allgemeinheit und der Wirtschaft einerseits und dem Individuum andererseits. Sie greift dabei immer wieder auf das durch diskriminierende und eugenische Debatten geprägte Vokabular der Zeit zurück und definiert einen Teil der Bettler*innen und Landstreicher*innen als „biologisch minderwertig“ und spricht sogar von „minderwertigem Menschenmaterial“ (ebd., 77).

Mit ihrer Arbeit leistet sie auf der einen Seite einen Beitrag zur Entkriminalisierung der Bettler*innen und Landstreicher*innen, indem sie die gesellschaftlichen und individuellen Bedingungen für deren Armut sichtbar macht. Ihre Arbeit ist von dem Gedanken geprägt diesen Menschen durch unterschiedliche sozialpolitische Maßnahmen zu helfen, anstatt sie durch harte Strafen und Aufenthalte in Arbeitshäusern weiter zu stigmatisieren. Auf der anderen Seite missachtet sie hierbei die Persönlichkeitsrechte der Menschen. Durch die Definition als „große Kinder“, bei der sie sich auf die Ausführungen von Christian Jasper Klumker stützt, nimmt sie die Betroffenen zum einen vor Kriminalisierung in Schutz und entmündigt sie dabei gleichzeitig. Aufgrund ihrer Annahme, dass alle Individuen verpflichtet seien ihre Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit und der Volkswirtschaft zu stellen, ist eine potentielle Bereitstellung von Unterstützungsleistungen abhängig von der Bereitschaft dies zu tun. Auch wenn sie die Bestrafung der Betroffenen ablehnt, schlägt sie Zwangsmaßnahmen vor, die einer solchen sehr nahe kommen. Dabei hat sie vor

allem die Personengruppe im Blick, bei der sie davon ausgeht, dass diese nicht in der Lage ist sich selbstständig um ein geregeltes Arbeits- und Privatleben zu kümmern und aufgrund dieser „Unfähigkeit“ zum Betteln und Umherziehen neigt. Sie schreibt dazu:

Der Weg dorthin führt über eine ‚Beschränkung der freien Selbstbestimmung, aber nicht gedacht als eine Art Strafe, sondern einfach als eine unerläßliche Art der Fürsorge‘ (Klumker). Volle persönliche Freiheit ist für Menschen keine Wohltat, doch reiner, starrer Zwang entwertet sie völlig. (ebd., 128)

Bertha Kunreuther beendet ihre Arbeit mit einem Plädoyer für mehr Prophylaxe. Dabei zeigt sich, dass bei ihr der Zwang letztendlich nur Mittel zum Zweck ist, Mittel zur Ordnung der Verhältnisse. Bei ihr gehen Anforderungen an das Individuum, Leistungen, welche es zu erwarten hat, und in bestimmten Fällen der Schwäche, Rücksichtnahme, die es einfordern kann, Hand in Hand. Kunreuthers Doktorarbeit ist ein facettenreicher Versuch sich mit der Abwägung von öffentlichem und privatem Interesse zu beschäftigen. Ihr Ansatz ist trotz des wiederholten Rückgriffes auf diffamierendes Vokabular²⁸ und der Akzeptanz für bestimmte Zwangsmaßnahmen für die damalige Zeit äußerst progressiv. Die Entkriminalisierung der Bettler*innen und Landstreicher*innen, die Hilfe zur Selbsthilfe, die Prophylaxe vor Abstieg und Armut, die Unterscheidung von endogenen und exogenen Faktoren und das Ablehnen von willkürlicher Strafe zugunsten von kalkulierbarer Rechtssicherheit sind Ausdruck eines progressiven Verständnisses von Fürsorge. Dabei fällt vor allem auch die differenzierte Betrachtungsweise der Betroffenen und ihrer Schicksale auf. Schwierig bleiben Teile der Arbeit insofern, als dass sie wiederholt auf gesellschaftliche Moralvorstellungen eines geregelten und sittsamen Lebens zurückgreift ohne diese zu hinterfragen und sie dabei viele Ressentiments reproduziert.

²⁸ Das Vokabular, insbesondere die Charakterisierung von Menschen als „minderwertig“, ist aus heutiger Sicht äußerst diskriminierend. Auch wenn die Verwendung der Begriffe in Kunreuthers Arbeit im Kontext der damaligen Zeit und vor dem Hintergrund des damals akzeptierten Sprachgebrauchs einzuordnen sind, bleibt die grundsätzliche Abwertung erhalten. Spannend ist hier deshalb vor allem, wie Kunreuther trotz der Abwertung für eine umfassende Fürsorge wirbt.



Bertha Kunreuthers Untersuchung über die „Tuberkulosefürsorge und Wohlfahrtspflege“ in Frankfurt am Main

Die Untersuchung über die Tuberkulosefürsorge in Frankfurt am Main

Die zweite von Bertha Kunreuther erhaltene Untersuchung heißt *Tuberkulosefürsorge und Wohlfahrtspflege – Eine statistische Untersuchung*. Auf dem Titelblatt der 1919 erschienenen Arbeit wird sie als Dr. Bertha Kunreuther, wissenschaftliche Assistentin am Wohlfahrtsamt zu Frankfurt am Main aufgeführt. Die Arbeit ist in der Reihe *Schriften des Frankfurter Wohlfahrtsamtes IV* erschienen.

Wie schon bei der Doktorarbeit von Kunreuther handelt es sich um eine sozialstatistische Studie. Für die Auswertung greift sie auf amtliche Statistiken des Wohlfahrtsamtes der Stadt Frankfurt zurück. Auch in dieser Arbeit geht sie ausgesprochen kreativ und einfallsreich bei der Auswertung und Analyse der vorliegenden Daten vor und kommt so zu interessanten neuen Ergebnissen und Zusammenhängen. Die Leitfrage der Studie war, welchen Erfolg die Maßnahmen zur Tuberkulosebehandlung haben. Die Kuren zur Behandlung der Tuberkulose waren sehr

teuer und scheinen den Etat des Wohlfahrtsamtes stark belastet zu haben. Bei der Analyse der vorliegenden statistischen Daten greift sie auf die Argumentationslinie ihrer Doktorarbeit zurück. Für sie besteht auch hier ein Zusammenhang zwischen der Notwendigkeit zur Hilfe der Betroffenen und dem gesamtgesellschaftlichen Nutzen, den diese Maßnahmen erzielen. Sie schreibt dazu:

Der Eindruck den wir aus der sozialstatistischen Beschreibung des Kranken erhalten, bestärkt unseren Wunsch und unsere Pflicht, jenen Ärmsten der Armen, die unverschuldet Not leiden, Beistand zu gewähren. Aufrichtiges Mitgefühl ebenso sehr wie die Erkenntnis von der volkswirtschaftlichen Bedeutung einer jeden Arbeitskraft bilden letzten Endes für die öffentliche Wohlfahrtspflege die Beweggründe, durchgreifend in die Tuberkulosebekämpfung einzugreifen. (Kunreuther 1919, 15)

Um diese These aufrechterhalten zu können, betrachtet sie die Erkrankten und ihre soziale Position sowie deren familiäre Rolle und belegt statistisch, welcher Mehrwert der Volkswirtschaft durch die Erkrankungen und Todesfällen entgeht. In diesem Sinne erscheinen die Aufwendungen des Wohlfahrtsamtes nicht nur aus einer sozialen, sondern auch aus einer wirtschaftlichen Position heraus sinnvoll zu sein. Die Tuberkulosefälle belasten dabei die Fürsorge in mehrfacher Hinsicht, da, wie Kunreuther beweisen kann, vor allem Väter und Mütter in einer bestimmten Altersgruppe betroffen sind. Daraus folgt, dass diese nicht mehr in der Lage sind den Haushalt zu führen oder für dessen finanzielle Sicherung zu sorgen und diese Aufgabe der Fürsorge zufällt. Darüber hinaus bedeutet dies laut Kunreuther aber auch, dass die Familie durch diese Situation von einem sozialen Abstieg bedroht ist, der auch langfristig nicht aufzufangen ist und damit über mehrere Generationen die Fürsorge belastet. Stärker noch als in ihrer Doktorarbeit macht sie sich dabei für die Verpflichtung zur Hilfe stark und schreibt: „Eine ständige Entbehrung bedeutet zumeist auch eine Erniedrigung der Seele. Deshalb ist das Elend, das unsere Kranken gefährdet, tausendfältig höher als Zahlen und Worte es je auszudrücken vermögen“ (ebd., 16).

Die Beschreibungen Kunreuthers liefern ein sehr facettenreiches Bild von der Lebenssituation der Betroffenen und ermöglichen einen detaillierten Einblick in die bedrückenden Lebensverhältnisse der untersuchten Familien. Auch an dieser Stelle betont sie die Bedeutung der Prophylaxe, insbesondere im Hinblick auf die Wohnsituation der Betroffenen. Die Ergebnisse ihrer Untersuchung zeigen, dass die Enge und die unhygienischen Zustände, die aus dieser Enge und der schlechten Bausubstanz geradezu zwangsläufig entstehen, wesentlich zur Entstehung von Tuberkulose beitragen. Kunreuthers Arbeit endet mit einem starken Appell:

Heute, wo es gilt, alle Kräfte des Volkes zusammenzufassen, um mitzuhelfen, daß die furchtbaren Wunden, die uns die Kriegsjahre geschlagen haben, vernarben, müssen mehr als irgend wann vorher die Aufgaben der Gesundheitsfürsorge, insbesondere die der Tuberkulosefürsorge, in den Vordergrund des Interesses treten. Doch hier gelten nicht Pläne und Erwägungen, hier gilt allein die Tat und zwar nur die Tat fortan, die nicht mehr herausgeboren ist aus dem karitativen Moment, sondern aus dem Gefühl der sozialen Verpflichtung. (Kunreuther 1919, 32)

Die Rolle der Frau

Die Arbeiten von Bertha Kunreuther zeichnen sich durch ihre geschlechtersensible Herangehensweise aus. In beiden erhaltenen Werken widmet sie sich mit besonderem Interesse der spezifischen sozialen Situation der Frauen und arbeitet deren Besonderheit heraus. In ihrer Doktorarbeit macht sie deutlich, dass die Überlegungen und Ergebnisse, die für die Männer zutreffen, nicht einfach auf die Situation der Frauen übertragen werden können. Im Hinblick auf die Frage des Bettler- und Landstreichertums kommt sie zu dem Ergebnis, dass Frauen zu einem deutlich geringeren Teil in dieser Gruppe anzutreffen sind. Sie stellt fest, dass das Verhältnis hier in etwa 1 zu 25 ist und führt diese Tatsache zum einen darauf zurück, dass „die arbeitslose oder arbeitsscheue Frau, die nach Bedürfnisbefriedigung strebt, in sich selbst das Mittel findet zu leben: sie greift zur Prostitution“ (Kunreuther 1918, 84). Zum anderen verweist sie aber auf die Tatsache, dass die Stellung der Frau

im „sozialen Organismus wie im Erwerbsleben“ (ebd., 84) eine ganz andere sei und weiter: „Zwar steigt die Teilnahme der Frauen am Erwerbsleben ständig, doch die Berufe, die sie ausübt, trennen sie seltener ganz vom Haus, sind leichter Art und weniger differenziert“ (ebd.) Sie wertet in diesem Zuge die vorhandenen Daten statistisch aus und kommt zu dem Schluss, dass die betreffenden Frauen einen viel „geringeren Drang zum Betteln und Landstreichern“ (ebd., 87) besitzen und bei ihnen nicht individuelle Gründe ausschlaggebend sind, sondern sie in erster Linie von äußeren sozialen Faktoren zu diesem Lebenswandel gezwungen werden. Sie weist hier insbesondere auf die Not geschiedener, bzw. verwitweter Frauen hin. Kunreuther verzichtet aber wegen der schlechten Datenbasis auf eine weitere Auswertung.

In ihrer zweiten Arbeit über den Nutzen der Tuberkulosefürsorge fällt ihre große Sensibilität für das Thema erneut auf. Von Anfang an bezieht sie die spezifische soziale Lage der Frauen bei der Auswertung und Analyse der vorhandenen Daten mit ein. Dabei rekurriert sie vor allem auf die Doppelbelastung der Frauen sowie auf deren Position in den Familien und im privaten Haushalt. Kunreuther errechnet den materiellen Wert dieser Arbeit um damit deren große Bedeutung in der volkswirtschaftlichen Wertschöpfungskette sichtbar zu machen. Sie zeigt so die wichtige Funktion der Carearbeit auf, die in diesem Kontext in erster Linie von Frauen geleistet wurde.

Resümee

Die Biographie Bertha Kunreuthers stellt in mancherlei Hinsicht eine Besonderheit dar. Mit ihrer umfangreichen Schulbildung sowie der Möglichkeit zum Studium und zur Promotion gehörte sie als Frau am Anfang des 20. Jahrhunderts immer noch zu den Ausnahmeerscheinungen. Sie war nicht nur eine der ersten Studierenden an der neu gegründeten Universität Frankfurt, wie ihre niedrige Matrikel 93 zeigt, und schließlich 1917 auch eine der ersten Promovendinnen, sondern gehörte als eine der 100 Frauen unter 618 Studierenden zu einer Minderheit.²⁹

²⁹ Wikipedia Eintrag „Goethe Universität Frankfurt“, URL:

Ihre Doktorarbeit ist unter den ersten 20 archivierten Arbeiten in der Bibliothek Recht und Wirtschaft zu finden. Trotz ihrer umfangreichen Bildung und dem vielversprechenden Beginn ihrer wissenschaftlichen Arbeit setzte sie diese nach der Heirat offensichtlich nicht fort. Die beiden einzigen von ihr erhaltenen Schriften sind ihre Doktorarbeit und die Untersuchung für das Wohlfahrtsamt der Stadt Frankfurt über die Tuberkulosefürsorge. Diese Arbeiten zeichnen sich durch einen kreativen und ideenreichen Umgang mit statistischen Methoden aus und offenbaren die umfangreichen Überlegungen, die Bertha Kunreuther in ihren Arbeiten zugrunde gelegt hat. Die differenzierte Betrachtung ihrer beiden Untersuchungsgegenstände führt zu einer umfangreichen Analyse bestehender Verhältnisse. Sie bricht dabei zum Teil mit bestehenden gesellschaftlichen Vorstellungen und zeigt alternative Wege auf. Auffällig ist dabei vor allem ihre Argumentationsweise, die immer wieder die Volkswirtschaft in den Fokus nimmt und deutlich macht, welchen Einfluss diese auf das Leben der einzelnen Menschen hat. Kunreuther ist keine Kritikerin der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft. Im Gegenteil plädiert sie wiederholt für eine möglichst optimale Verwertung der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft respektive ihrer Arbeitskraft, deren Ziel die Mehrung des gesamtgesellschaftlichen Reichtums ist. Ihre Denkweise ist dabei von einem starken kollektiven Moment geprägt, welches aber eben auch die Schwächen und Probleme der Menschen berücksichtigt. So deutlich sie sich für eine kapitalistisch organisierte Volkswirtschaft ausspricht, so dezidiert macht sie auch klar, welchen Anspruch Fürsorge in diesem Kontext haben sollte. Eine Versorgung der Armen, Schwachen und Kranken musste gewährleistet werden und war Aufgabe der Gesellschaft. Dabei ist ihre zentrale Argumentation nicht in erster Linie karitativ geprägt, sondern argumentiert mit dem Nutzen, den die Volkswirtschaft aus diesen Fürsorgemaßnahmen ziehen kann. Kunreuther ist mit ihren Arbeiten in vielerlei Hinsicht sehr modern und aktuell. Die zentrale Funktion von Arbeit, die bei ihr immer auch die

Möglichkeit der Hilfe zur Selbsthilfe beinhaltet, erinnert sehr an aktuelle bundesdeutsche Diskussionen um Armut und Arbeitslosigkeit.

Reflexion des Vorgehens

Die vorliegende biographische Forschungsarbeit hat den Anspruch über die reine Rezension der wissenschaftlichen Arbeiten von Bertha Kunreuther hinaus einen Einblick in ihre Biographie zu geben. Dieser Anspruch speist sich aus der Annahme, dass persönliche und private Erlebnisse, Sozialisation und Herkunft einen großen Einfluss auf das Denken und Handeln von Menschen haben und somit wissenschaftliches und gesellschaftspolitisches Engagement erklärbar und zugänglich machen. Die Recherche ihres familiären Hintergrundes und ihres Lebensweges haben dabei in der Vorbereitung für diese Arbeit einen großen Raum eingenommen. Ausgangspunkt für die Recherchen waren die im Universitätsarchiv Frankfurt erhaltenen Akten. Diese geben Auskunft über ihren Studienverlauf und die Bewertung ihrer Doktorarbeit und enthalten knappe biographische Angaben, wie etwa Geburtsdaten und Familienstand. Im Laufe der monatelangen Recherche wurde das Bild dabei immer umfangreicher, weist aber leider noch mannigfaltige Lücken und Fragezeichen auf. Dabei wurde deutlich, wie schwer es ohne gebündelte biographische Daten oder Erzählungen von Angehörigen ist ein Leben nachzuvollziehen. Die in unterschiedlichen Archiven und Datenbanken gefundenen Informationen werfen dabei immer nur ein kleines Schlaglicht auf ihr Leben, geben Anlass für weitere Fragen und stellen in ihrer Fragmentarität oftmals nur den Ausgangspunkt für weitere Nachforschungen dar. Dabei war es nicht einfach diesen Spuren zu folgen. Viele blieben vage oder konnten aufgrund von fehlendem Zugang zu weiteren Quellen und Datenbanken nicht weiter verfolgt werden. Gerade die Arbeit mit Archivbeständen des Instituts für Stadtgeschichte Frankfurt am Main oder des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden war schwierig, was zum einen in der Lückenhaftigkeit der Bestände selbst, vor allem aber an der eigenen Unerfahrenheit im Umgang mit Archivrecherche begründet ist. Hier wäre es äußerst spannend mit mehr Erfahrung noch einmal nach

http://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Wolfgang_Goethe-Universit%C3%A4t_Frankfurt_am_Main (letzter Zugriff 15.09.2014).

schwarzen Löchern in der Biographie zu suchen. Hervorzuheben ist die ausgezeichnete Datenlage in den Onlinearchiven, die sich mit den Opfern der Shoa beschäftigen und die die vorhandenen Daten gut recherchierbar zugänglich gemacht haben. So gibt die Datenbank von Yad Vashem oder das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands einen guten Überblick über das Schicksal der verfolgten und ermordeten europäischen Jüdinnen und Juden. Auch professionelle und semiprofessionelle Plattformen und Datenbanken zur Familienforschung boten umfangreiche Informationen. Schwierig wurde eine weitere Recherche aber vor allem dann, wenn die gefundenen Informationen nicht mit Datenbeständen in Archiven abgeglichen oder verifiziert werden konnten. Dies liegt zum einen daran, dass die Onlinedatenbanken vor allem bei älteren Dokumenten sehr lückenhaft sind oder ein direkter Zugang nicht möglich war.

Literaturverzeichnis

Primärliterquellen

Kunreuther, Bertha (1919): Tuberkulosefürsorge und Wohlfahrtspflege – Eine statistische Untersuchung, in: Schriften des Frankfurter Wohlfahrtsamtes IV, Frankfurt am Main.

Kunreuther, Bertha (1918): Untersuchungen über das Landstreicher- und Bettlertum in Preußen – mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse, Hannover.

Kunreuther, Theo (1923): Carcinom und Schwangerschaft, ihre gegenseitige Beeinflussung, an Hand von Fällen d. Kl. aus d. Jahren 1910/1922, Frankfurt, Med. Diss., 1923.

Sekundärquellen

Seidler, Eduard (2007): Jüdische Kinderärzte 1933-1945 – Entrechtet Geflohen Ermordet. Erweiterte Neuauflage, Basel.



Gedenksteine für Familie Neumann, Steine der Erinnerung, Wien

Archivquellen

Universitätsarchiv Frankfurt am Main (UAF), Abt. 604, Nr. 682 (Studentenakte Bertha Kunreuther).

Universitätsarchiv Frankfurt (UAF), Abt. 156, Nr. 13 (Promotionsakte Bertha Kunreuther).

Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, Heiratsurkunde Bertha Kunreuther.

Internetquellen

Dr. Neumann Gasse: <https://www.wienerwohnen.at/hof/1608/Elisenstrasse-28-30.html> (letzter Abruf 09.09.2014).

JDC: URL: <http://www.jdc.org/about-jdc/?s=global-topnav> (letzter Abruf 13.09.2014).

JDC Dokument 1: URL: <http://names.jdc.org/search-detail.php?id=56650> (letzter Abruf 13.09.2014).

JDC Dokument 2: URL: <http://names.jdc.org/search-detail.php?id=56655> (letzter Abruf 13.09.2014).

Karl Neumann: URL: <http://www.david.juden.at/kulturzeitschrift/44-49/48-verfolgt.htm> (letzter Abruf 09.09.2014).

Klage Theodor Kunreuther: URL: <http://www.hadis.hessen.de/scripts/HADIS.DLL/home?SID=C490-4BC35DD-B7870&PID=70D4> (letzter Abruf 09.09.2014).

Stammbaum Mundia.com: URL: <http://www.mundia.com/au/Person/50646523/13089554576> (letzter Abruf 13.09.2014).

Wikipedia Goethe Universität Frankfurt: URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Wolfgang_Goethe-Universit%C3%A4t_Frankfurt_am_Main (letzter Abruf 13.09.2014).

Auskunft

Dr. Michaela Laichmann, Wiener Stadt- und Landesarchiv, 12.09.2014.

CLARA KRETZSCHMAR

Elsbeth Krafft – Eine biographische Skizze

Einleitung

Elsbeth Krafft war eine der ersten Studentinnen der Universität Frankfurt. Sie studierte von 1916 mit Unterbrechungen bis 1923 und promovierte 1925 an der Philosophischen Fakultät der Universität. Ausgehend von ihrer im Universitätsarchiv der Universität Frankfurt erhaltenen Studierenden- und Promotionsakte sowie ihrer Dissertation werden im Folgenden ihr familiärer Hintergrund, ihre Schulbildung sowie ihr Studium und ihre Promotion an der Universität dargestellt.

Familie, Kindheit und Schulbildung

Elsbeth Krafft wurde am 17. Juli 1894 in Stargard in Pommern als Tochter von Margarete und Conrad Krafft geboren. Ihre Mutter war bis zu ihrer Eheschließung wissenschaftliche Lehrerin, ihr Vater Gefängnis-Inspektor.¹

Zunächst wurde sie gemeinsam mit ihren drei Geschwistern von ihrer Mutter zu Hause unterrichtet. Erst seit ihrem neunten Lebensjahr besuchte sie eine öffentliche Schule, zuerst die höhere Töchterschule in Gollnow in Pommern. Das Reifezeugnis erhielt sie in Wiesbaden, wohin sich ihr Vater 1907 hatte versetzen lassen. Ein Jahr lang blieb sie zur Unterstützung ihrer Mutter zu Hause. 1911 trat sie in das Essener Oberlyceum ein. 1914 legte sie dort die wissenschaftliche, 1915 die Lehrbefähigungsprüfung ab. Von März 1915 bis Ostern 1916 arbeitete sie als Lehrerin an verschiedenen Essener Volksschulen.²

Studium

Elsbeth Krafft begann ihr Studium der Philosophie an der Universität Frankfurt am Main am 8. November 1916 im Alter von 22 Jahren. Zu diesem Zeit-

1 UAF, Abt. 604, Nr. 685 (Studentenakte Elsbeth Krafft), Bl. 1.

2 UAF, Abt. 136, Nr. 2/3 (Promotionsakte Elsbeth Krafft), Bl. 10.



Erkennungskarte Elsbeth Krafft

punkt wohnte Krafft bei ihren Eltern in Frankfurt Preungesheim. Zuvor hatte sie bereits ein Semester in Göttingen studiert, und zwar Philologie und Geschichte der Religionen.³

Bei der Liste der besuchten Lehrveranstaltungen in ihrer Promotionsakte fällt auf, dass Elsbeth Krafft, obwohl sie für Philosophie eingeschrieben war, kaum philosophische Seminare belegte, son-

3 UAF, Abt. 604, Nr. 685, Bl. 1.

dern sich vor allem für Lehrveranstaltungen in der Germanistik und der Geschichtswissenschaft interessierte. Im Wintersemester 1916/17 belegte sie vier Einführungsseminare in der Germanistik und drei in den Geschichtswissenschaften. Daneben belegte sie auch naturwissenschaftliche Kurse, so zum Beispiel ein Seminar über den geologischen Aufbau der Umgebung von Frankfurt am Main, eines zum Thema „Fortbildung und Vererbung“ und ein weiteres zum Thema „Tierreich“. Sie besuchte außerdem einen Sprachkurs in Griechisch. Erstaunlich ist, dass sie nur ein Seminar im Fachgebiet Philosophie belegte (zu Friedrich Nietzsche), für das sie ja eingeschrieben war. Im zweiten Semester besuchte Krafft insgesamt wesentlich weniger Seminare, aber erneut waren es vor allem Lehrveranstaltungen in der Geschichte sowie ein Seminar in der Kunstpädagogik. Im darauffolgenden Wintersemester belegte sie zum ersten Mal auch religionswissenschaftliche Seminare. In ihrem vierten Semester in Frankfurt besuchte sie ausschließlich geschichts- und literaturwissenschaftliche Seminare.

Am 24. September 1918 exmatrikulierte sich Krafft, um zwei Semester an der Universität Bonn zu studieren.⁴ Ab dem Wintersemester 1919/20 studierte sie wieder an der Universität Frankfurt, erneut im Fach „Philosophie“. Sie war 25 Jahre alt und befand sich in ihrem siebten Studiensemester. Ihr Vater war inzwischen nicht mehr Gefängnis-, sondern Polizei-Inspektor.⁵

Ihr Studium wurde durch persönliche Schicksalsschläge erschwert. 1917 fiel ihr Verlobter als Kompanieführer bei Ypern. Im Mai 1921 erkrankte Krafft zudem lebensgefährlich an einer Blutvergiftung. Infolge dessen war sie bis 1922 „bettlägerig“. Hierzu schreibt Krafft in ihrem Lebenslauf: „Intensives Arbeiten war mir seit der Erkrankung im Mai [19]21 nicht mehr möglich.“⁶ Neben ihrer Erkrankung wurde Krafft zudem durch „häusliche Verhältnisse“⁷, wie sie es bezeichnet, von ihrem Studium abgehalten. Ihre Mutter war ebenfalls erkrankt und Krafft musste die Haushaltsfüh-

rung und die Pflege ihrer Mutter übernehmen. Wegen dieser Belastungen gelang es ihr zunächst nicht, das Staatsexamen abzulegen, für das sie sich bereits im Januar 1921 angemeldet hatte.⁸

Die Dissertation über „Die ersten internationalen Friedenskongresse und ihre Entstehung“

Die Dissertation über „Die ersten internationalen Friedenskongresse und ihre Entstehung“, mit der Elsbeth Krafft promovierte, entstand aus der Abschlussarbeit für das Staatsexamen bei Georg Küntzel, einem Historiker, deren Abgabetermin sie aber auf Grund ihrer Krankheit nicht hatte einhalten können. In der Einführung zu ihrer Doktorarbeit beschreibt Krafft ausführlich die Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung, die dazu führten, dass sie insgesamt zwei Jahre für die Fertigstellung der Untersuchung gebraucht hatte.⁹ Die Hauptschwierigkeit hatte darin bestanden, an Quellen und Literatur für ihre international orientierte Fragestellung zu gelangen. Ihre Suche in Frankfurter Archiven nach Dokumenten über den Frankfurter Kongress 1850 blieb ohne Ergebnis. Ihre Anfragen an französische und amerikanische Bibliotheken wurden nicht beantwortet. Kraffts Untersuchung konzentrierte sich deshalb vor allem auf England, wo die Forschungslage gut und die Literatur zugänglich war (Krafft 1925, IV-V).

Elsbeth Krafft untersucht in ihrer Dissertation den Einfluss der Friedensgesellschaften in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (von 1815 bis 1851) auf die Entstehung der ersten internationalen Friedenskongresse. Krafft merkt dabei an, dass sie keine Wertung der Friedensbewegung vornehmen, sondern lediglich die „Tatsachen“ (ebd., II) aufzeigen möchte. Sie wolle ein „Verständnis des Werdens einer Idee und ihrer Bedeutung für den Verlauf der Geschichte“ darlegen (ebd., II).

In den ersten beiden Kapiteln befasst sich Elsbeth Krafft mit dem historischen Entstehungskontext der Friedensgesellschaften, mit Friedenskonferenzen und mit den daran beteiligten Akteur*innen. Zunächst stellt Krafft dar, wie sich im Zusammen-

4 UAF, Abt. 604, Nr. 685, Bl. 2.

5 Ebd., Bl. 4.

6 UAF, Abt 136, Nr. 2/3, Bl. 10.

7 Ebd.

8 Vgl. ebd.

9 Vgl. ebd.

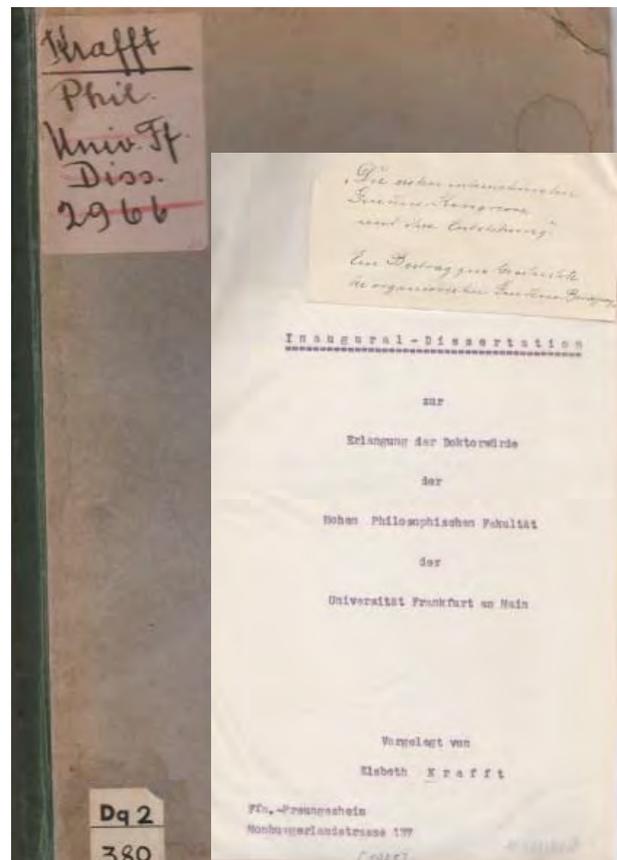
hang mit der historischen Entwicklung von der Französischen Revolution, über Napoleon, bis hin zur Heiligen Allianz ein spezifischer „Grundzug des 19. Jahrhunderts“ herausbildete, nämlich „das Streben nach Freiheit und Nationalität“. Gleichzeitig hätten Menschen begonnen, das eigene Ich für das Wohlergehen anderer Menschen, der Entrechteten, zu opfern. Dieser „Kreis ‚warmherziger Menschen‘, die vom Bewusstsein des ‚Müssen‘ erfüllt sind“ stellt (auch) für Krafft den Ausgangspunkt der Friedensbewegung dar (ebd., XI). Ihre Schilderungen der Entstehung der Friedensbewegung kreisen vor allem um christliche Begrifflichkeiten wie „Barmherzigkeit“. Den Beginn des 19. Jahrhunderts beschreibt sie als Ursprung für Nationalismus und Freiheit. Gemeint zu sein scheint hier jedoch vor allem eine bestimmte „Freiheit“, nämlich eine, die christliche, barmherzige Menschen Anderen schenken. Nicht die Entrechteten selbst emanzipierten sich, sondern die Freiheit werde ihnen geschenkt. Kraffts Fokus richtet sich also zunächst vor allem auf die christliche Seite der Friedensbewegung.

Im darauffolgenden Kapitel untersucht Elsbeth Krafft, wie „wenige Männer“ (ebd., 2) die Friedensidee in das politische Leben einbrachten. Sie geht hier vor allem auf David L. Dodge, den Gründer der New-Yorker Friedensgesellschaft, Noah Worcester, Begründer der amerikanischen Friedensbewegung und Dr. W. Ellery Channing ein. Alle drei beschreibt sie als tiefreligiöse (christliche) Männer (ebd., 4-7). Diese „Friedensfreunde“, wie sie von ihr im weiteren Verlauf häufig genannt werden, hätten den Krieg aus verschiedenen Gründen abgelehnt: Weil er die Sitten verrohe, die menschliche Glückseligkeit aufs Spiel setze und die gottgegebenen Freiheitsrechte bedrohe. Außerdem würden Kriege häufig nur aufgrund von egoistischen Interessen eines Herrschers geführt. Ein christlicher König tue dies in den Augen der „Friedensfreunde“ jedoch nicht, da er sich vielmehr für freiheitliche Einrichtungen, Entwicklung, Wissenschaft und Frieden interessiere. Nur der Sieg des Christentums könne also den Frieden bringen.

Nicht einig waren die „Friedensfreunde“ bei der Frage des Verteidigungskrieges. Dieser wurde von Dodge und Worcester abgelehnt, von Channing jedoch befürwortet (ebd., 7-20). Anhand der Ableh-

nung oder Befürwortung des Verteidigungskrieges könnten, so Krafft, die „Friedensfreunde“ wiederum in zwei Kategorien eingeteilt werden: Die Internationalisten (die den Verteidigungskrieg billigten) und die Pazifisten (die jeden Krieg, auch den Verteidigungskrieg ablehnten) (ebd., 25).

Daran anschließend geht Elsbeth Krafft auf die wichtige Rolle der Quäker bei der Entstehung der Friedensbewegung ein. Diese hätten ihre urchristliche Lebensführung mit einer weltlichen Ablehnung des Krieges verbunden und die Idee von internationalen Schiedsgerichten eingebracht. Sie hätten jedoch nicht die Friedensbewegung begründet, sondern sich an bestehende Friedensentwürfe angelehnt. Sie können deshalb, so Krafft, als Vermittler von Friedensbestrebungen der alten und der neuen Welt betrachtet werden. Politische Überlegungen hätten bei ihnen keine Rolle gespielt, sondern nur das „Heil der Seele“ (ebd., 26-39).



Elsbeth Kraffts Dissertation

Bis Ende der 1830er Jahre hätten die Friedensgesellschaften jedoch keinen nennenswerten gesellschaftlichen Einfluss gehabt. Erst mit der Aufnahme der Friedensidee durch die Freihandelsbewegung seien ihre Vorstellungen konkreter und damit populärer geworden. Als herausragende Persönlichkeit dieser liberalen Friedensbewegung führt Krafft den von Adam Smith, David Ricardo, Edmund Burke und David Hume geprägten Richard Cobden an. Sein Ideal sei eine Gesellschaft, die als natürliches, einheitliches Handelsgebiet einer gottgewollten Harmonie entspreche. Das Individuum solle unabhängig vom Staat sein und alle Schutzzölle abgeschafft werden. Ein Handel frei von der Gewalt der Regierung, nur durch den freiwilligen Austausch der Völker entspräche der intellektuellen und moralischen Natur des Menschen und einige die Völker. Den Freihandel habe Cobden als Mittel zum Zweck des Friedens bewertet (ebd., 40-46).

Während die „Friedensfreunde“ von einer natürlichen Gleichartigkeit und Gleichwertigkeit der Menschen ausgegangen seien, hätte diese für die Freihändler erst noch erreicht werden müssen. Die „zivilisierteren [sic]“ Völker, allen voran England, hätten dabei Vorrang. England solle durch seine Industrie die Bedürfnisse aller übrigen Völker erfüllen und diese von sich abhängig machen. Notwendige Kriege seien diejenigen, welche den Handel Englands schützen. Cobden sei dadurch zum Mitkämpfer für Englands nationalistische Vormachtstellung geworden (ebd., 47-52). Diese utilitaristische Richtung forderte, so Krafft, den Frieden eigentlich nur, um der – vor allem englischen – Wirtschaft Willen (ebd., 53).

Im Zusammenhang mit den Quäkern befasst sich Elsbeth Krafft auch mit dem Verhältnis von Friedensbewegung und Abolitionismus. Sie weist darauf hin, dass die Quäker sich mit der Zeit auch der Frage der Sklaverei zuwandten und versuchten, sich mit Sklaverei-Gegnern aus anderen Ländern zusammen zu schließen. Dies habe auch die weltweite Vernetzung der Friedensbewegung gefördert. Joseph Sturge, ein Kornhändler aus Birmingham und Mitbegründer der Friedensvereine in Worcester und Birmingham, habe die Friedensbewegung internationalisieren wollen. Damit begannen, so Krafft, die Vorbereitungen für den ersten internationalen Friedenskongress, der

mit der Versammlung der Anti-Sklaverei-Bewegung verknüpft wurde. Die beiden Veranstaltungen wurden später jedoch wieder zeitlich voneinander getrennt. Im Juni 1843 fand beispielsweise zuerst die Anti-Sklaverei Konferenz und anschließend die Konferenz der Friedensfreunde statt. Von Elihu Burritt stammte die Idee, die Konferenzen regelmäßig in verschiedenen Ländern stattfinden zu lassen (ebd., 58-70).

Im dritten Kapitel beschäftigt sich Elsbeth Krafft mit den Inhalten und Beschlüssen der Friedenskongresse. Als Ziele seien vor allem die Abschaffung der Sklaverei sowie Schutzzollgesetzgebungen, Humanitätsbestrebungen und internationale Zusammenarbeit deklariert worden. Die Erwähnung jeglicher Tagespolitik sei ab 1849 verboten worden, um die Einmütigkeit unter den Teilnehmenden nicht zu gefährden. Russland sei von den Kongressen mit der Begründung ausgeschlossen worden, es werde zu despotisch regiert. Um die Bekanntheit der Kongresse zu erhöhen, sei versucht worden, berühmte Persönlichkeiten für eine Mitarbeit zu gewinnen. So sei Viktor Hugo 1849 zum Präsidenten ernannt worden (ebd., 71-75).

Im Vordergrund der Friedenskongresse hätten liberalistische Ansichten gestanden, sie hätten jedoch auch einen demokratischen Einschlag gehabt. Bei den Kongressen betont worden sei die Bedeutung der einzelnen Nationalstaaten (ebd., 82-101). Diskutiert worden sei auch die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts, da die Beziehung zwischen den Staaten von Recht – statt von Krieg – geprägt sein sollte. Zwar habe die international verpflichtende Geltung der Beschlüsse gefehlt, dies wurde von den Teilnehmenden aber auch nicht als wichtig erachtet, da sie davon ausgingen, dass die Staaten auf Grundlage von universell gültigen Gesetzen handeln sollten. Die Persönlichkeitsethik sei also auf den Staat übertragen worden. Ziel sei eine von gemeinsamen Rechtsbegriffen bestimmte Außenpolitik und Staatengemeinschaft gewesen (ebd., 106-123).

Die Teilnehmenden der Friedenskongresse lehnten das Interventionsrecht ab. Amerika habe als Idealstaat gegolten, weil er als einziger Staat am Wettrüsten nicht teilgenommen habe. Die Kongressteilnehmenden hätten das Militär aus unterschiedlichen

Gründen und mit unterschiedlichem Ausmaß abgelehnt. Die Freihändler hätten ihre Ablehnung vor allem mit den wirtschaftlichen Kosten des Militärs begründet. Cobden aber habe das Militär nicht per se verurteilt, sondern nur das Militär im Übermaß. Staatsanleihen für Kriege seien mit der Begründung abgelehnt worden, dass jede Generation für ihre eigenen Taten zahlen solle. Anleihen an sich seien jedoch nicht abgelehnt worden, da die Börse als friedliebend angesehen worden sei (ebd., 123-141). In einem Unterkapitel geht Krafft noch einmal kurz auf die Friedensbewegung in Deutschland und den internationalen Friedenskongress im August 1850 in Frankfurt am Main ein. Diesem spricht sie jedoch keinen großen Einfluss zu. Aufgrund der politischen Lage in Deutschland habe keine Annäherung stattgefunden (ebd., 142). Die Haltung der deutschen Teilnehmer bei den internationalen Friedenskongressen sei vor allem durch den Wunsch nach Einheit ihrer Nation bestimmt gewesen (ebd., 151-155).

Bei der Zusammenfassung der Ergebnisse ihrer Untersuchung kommt Elsbeth Krafft zu dem Schluss, dass sich die Ziele der Friedensbewegung bzw. der Friedenskongresse nicht verändert hätten. Jeglicher Krieg, auch der Verteidigungskrieg sei – trotz der Positionen der Freihändler Channing und Cobden – nicht gebilligt worden. Wohl aber hätten sich die Vorstellungen der Mittel zum Frieden geändert. Denn die rein christliche Lebensführung als Mittel zum Ziel sei durch rational-moralisch-philanthropische und utilitaristische Grundsätze erweitert worden. Schiedsgerichte, internationales Recht und Abrüstung erhielten eine immer größere Bedeutung. Eine gemeinsame Agenda der Friedenskongresse sei an der Heterogenität der vertretenen Meinungen gescheitert (ebd., 159-162). Krafft wirft den Teilnehmenden vor, sie hätten zu ahistorisch gedacht und versäumt, das Wesen des Staates oder die Bedeutung des Krieges für die Geschichte zu erörtern. Hierzu schreibt Krafft: „Erst im Laufe des 19. Jahrhunderts haben namentlich wir Deutschen uns auf differenzierte Geschichtsbetrachtung, auf die Beobachtung der Vielgestaltigkeit des Lebens eingestellt“ (ebd., 163). Durch die Teilung in Internationalisten und Pazifisten hätten die Friedensfreunde immerhin danach gestrebt, den „realen geschichtlichen Gege-

benheiten mehr Rechnung zu tragen“ (ebd., 164), womöglich, weil die Internationalisten den Krieg nicht vollständig ablehnten.

Anhand ihrer Schlussbemerkungen wird deutlich, dass Elsbeth Krafft der Friedensbewegung eher ablehnend gegenüberstand und wenn überhaupt nur den utilitaristisch-liberalistischen Zweig etwas positiver bewertete. Womöglich vertrat die Friedensbewegung in ihren Augen zu abstrakte und zu wenig auf die politische Praxis und Realität ausgerichtete Ideen. Vielleicht stand sie dem Krieg nicht ablehnend gegenüber oder betrachtete ihn als notwendiges Mittel von Politik, eine Ansicht, die sich in gängigen Diskursen dieser Zeit wiederfinden lässt. Gleiches gilt für ihre starke Identifikation mit „den Deutschen“ und für das Überlegenheitsgefühl, das sie mit „ihrer“ Nation zu verbinden scheint. Interessant wären an dieser Stelle Dokumente über die politische Einstellung von Elsbeth Krafft, die sich leider nicht auffinden ließen.

Elsbeth Krafft begann während des Ersten Weltkrieges zu studieren; ihre Dissertation verfasste sie kurz nach Kriegsende. In dieser historischen, von nationalistischen und militaristischen Diskursen und Stimmungen geprägten Situation erscheint es zunächst äußerst interessant, dass sich eine junge Studentin überhaupt mit dem Thema „Friedensbewegung“ auseinandersetzt. Dies lässt zunächst vermuten, dass es sich um ein Dokument zur Verteidigung des Pazifismus handelt, was jedoch für Elsbeth Kraffts Dissertation nicht gelten kann. Denn selbst wenn die Arbeit am Anfang noch in neutralem Ton verfasst ist, wird gegen Ende die ablehnende Haltung der Autorin gegenüber dem Pazifismus deutlich sichtbar. Die Motivation für das Verfassen der Arbeit könnte die Sichtbarmachung und Hervorhebung der Bedeutung der utilitaristisch-liberalistischen gegenüber der pazifistischen Tendenzen der Friedensbewegung gewesen sein.

Zu bedenken ist, dass Elsbeth Krafft das Thema wahrscheinlich nicht selbst wählte. Vielmehr entstand ihre Untersuchung über „Die ersten internationalen Friedenskongresse und ihre Entstehung“ aus ihren Vorstudien für ihre nicht abgeschlossene Staatsarbeit. Deren Thema wurde ihr von Georg Küntzel gestellt. Ein grundsätzliches Interesse an

diesem Thema scheint bei Krafft jedoch vorhanden gewesen zu sein, da sie sich immerhin (wenn auch mit mehreren Unterbrechungen) insgesamt zwei Jahre mit der Problematik beschäftigte. Vielleicht entschied sich Krafft vor dem Hintergrund ihrer schwierigen Lebensumstände für dieses Thema. Denn ihre eigene sowie die Erkrankung ihrer Mutter scheinen den Abschluss ihres Studiums erheblich erschwert zu haben, wie aus dem in ihrer Promotionsakte erhaltenen Lebenslauf hervorgeht. So könnte es sein, dass sie die Gelegenheit nutzte und das Thema, mit dem sie sich bereits für das nicht abgeschlossene Staatsexamen befasst hatte, zur Grundlage ihrer Doktorarbeit zu machen, um sich dadurch aufwändige Recherchen zu ersparen. Die Untersuchung ließe sich dann so lesen, dass sie eine neutrale, deskriptive und unpolitische Perspektive auf die Friedensbewegung entwerfen wollte, die aber an einigen Stellen von utilitaristischen und nationalistischen, an wenigen Stellen auch von militaristischen Positionen durchzogen wird.

Das Zweitgutachten der Arbeit von Walter Platzhoff fällt nicht besonders gut aus. Er kritisiert, dass Krafft „den Ablauf der Kongresse stiefmütterlich“ behandle. Sie lasse „den politischen Hintergrund fast ganz außer Acht“ oder stelle ihn „stellenweise salopp“ dar. Zudem müsse „die Dissertation zur Zuerkennung des Dokortitels ergänzt bzw. berichtigt werden“. Er empfiehlt deshalb über das Prädikat genügend nicht hinauszugehen.¹⁰

Was sind die Gründe für diese schlechte Bewertung? Es ließe sich ein frauenfeindlicher Hintergrund vermuten, durch den das Gutachten derart harsch ausfiel. Ebenfalls ließe sich annehmen, dass die Arbeit aufgrund der äußerst widrigen Umstände, unter denen Krafft sie verfassen musste, tatsächlich nicht den damaligen Standards entsprach.

Fazit und Ausblick

Die Rahmenbedingungen von Elsbeth Kraffts wissenschaftlichem Werdegang waren insgesamt äußerst ungünstig. Die schweren Schicksalsschläge (die Erkrankung von Elsbeth Krafft selbst sowie von ihrer Mutter, der Verlust ihres Verlobten) verbanden

sich mit strukturellen Hindernissen (die Tatsache, dass Krafft ihre Mutter pflegen musste, eventuell auch eine ablehnende Haltung gegenüber weiblichen Wissenschaftlerinnen an der Universität).

Bedauerlicherweise waren – von den Akten im Universitätsarchiv Frankfurt abgesehen – keine weiteren Quellen und Informationen über Elsbeth Krafft zu finden. Aus ihrer Promotionsakte ist noch zu erfahren, dass ihre mündlichen Prüfungen am 23. Juli 1923 stattfanden und sich der formale Abschluss ihrer Promotion noch bis 1925 hinzog.¹¹ Unbekannt bleibt der weitere Werdegang von Krafft nach Abschluss ihrer Promotion. Auch zu ihrer politischen Einstellung lassen sich keine Hinweise finden. Aus diesen Gründen konnte an dieser Stelle nur ein sehr bruchstückhaftes Bild von ihrer Person und Biographie gezeichnet werden.

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

Krafft, Elsbeth (1925): Die ersten internationalen Friedenskongresse und ihre Entstehung. Ein Beitrag zur Geschichte der organisierten Friedensbewegung. Frankfurt am Main, Phil. Diss. vom 27. Mai 1925.

Archivquellen

Universitätsarchiv Frankfurt (UAF), Abt. 604, Nr. 685 (Studentenakte Elsbeth Krafft).

Universitätsarchiv Frankfurt (UAF), Abt. 136, Nr. 2/3 (Promotionsakte Elsbeth Krafft).

¹⁰ UAF, Abt. 136, Nr. 2/3, Bl. 7. Das Erstgutachten ist in der Promotionsakte leider nicht erhalten.

¹¹ Ebd., Bl. 2

CHRISTOPH BOCHENTIN

Frida Bier. Der Versuch einer Rekonstruktion

Studium und Promotion

Frida Bier wurde am 23. Mai 1902 in Nürnberg geboren. Ihr Lebenslauf bis zur Promotion lässt sich in Bruchstücken aus den Angaben in ihrer im Universitätsarchiv Frankfurt erhaltenen Studierenden- und Promotionsakte rekonstruieren. Sie war Tochter eines Fabrikdirektors.¹ Von 1908 bis 1912 besuchte sie die Vorschulklassen, von 1912 bis 1915 die drei ersten Mädchenschulklassen und von 1915 bis 1921 die Reale Gymnasialstufe der Städtischen Höheren Mädchenschule in der Findelgasse-Frauentorgraben in Nürnberg. Ostern 1921 schloss sie die Schule mit dem Abitur ab.² Das Durchlaufen der gesamten Schulstufen deutet auf den wohlhabenden ökonomischen Hintergrund ihrer Eltern hin. Mädchen aus proletarischen Haushalten wurden häufig früher der Schulbildung entzogen, um familiäre Reproduktionsarbeit zu leisten.

Nach dem Abitur begann Frida Bier im Sommersemester 1921 ein Studium an der Universität Erlangen. Sie besuchte drei Seminare im Fach Volkswirtschaftslehre. Zum Wintersemester 1921/22 wechselte sie an die Ludwig-Maximilians-Universität München und belegte dort eine Veranstaltung in Statistik und eine in Volkswirtschaftslehre, im Sommersemester dann drei weitere Kurse in der Volkswirtschaftslehre, alle bei Otto von Zwiedineck. Zum Wintersemester 1922/23 wechselte sie an die Universität Frankfurt am Main. Hier belegte sie erneut Kurse in der Volkswirtschaftslehre aber auch in Fürsorgewissenschaften, Soziologie, Statistik und Betriebswirtschaftslehre. Während ihres Frankfurter Studiums besuchte sie insgesamt 50 Veranstaltungen, davon allein 10 bei Franz Oppenheimer und sechs bei Gottfried Salomon. Inhaltlich fokussierte sich

1 UAF, Abt. 604, Nr. 24 (Studentenakte Frida Bier), Bl. 1
2 Ebd.



Erkennungskarte Frida Bier

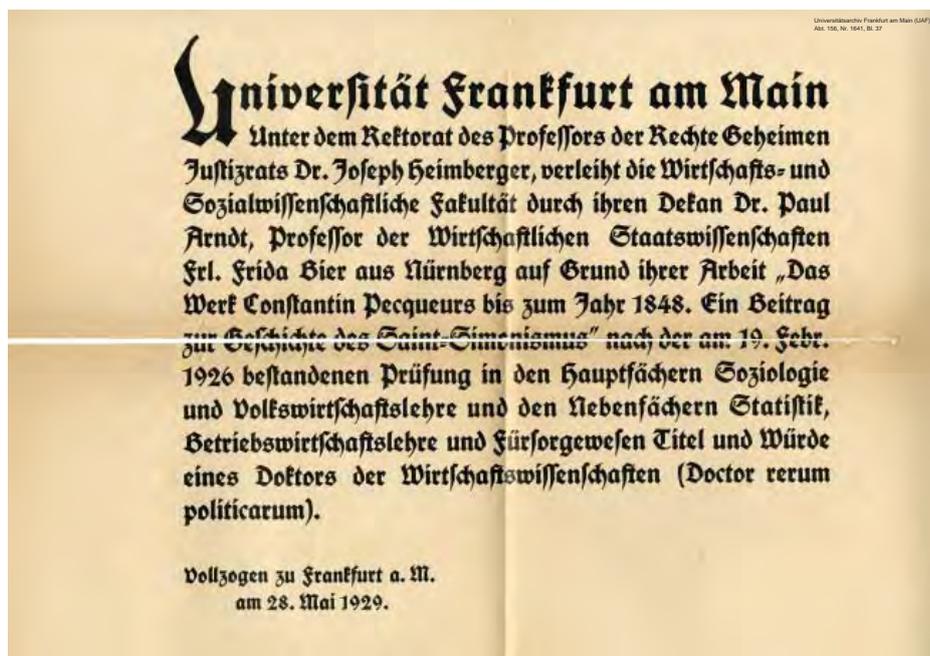
Bier bei ihrer Kurswahl auf die marxistische Lehre.³ Nach der Abgabe ihrer Dissertation und den mündlichen Prüfungen exmatrikulierte sich Bier am 30. April 1925.⁴

Während ihres Studiums wurden Franz Oppenheimer und Gottfried Salomon (später Salomon-Dela-tour) zu den beiden wichtigsten wissenschaftlichen

3 UAF, Abt. 156, Nr. 1641 (Promotionsakte Frida Bier), Bl. 9-10.
4 UAF, Abt. 604, Nr. 24, Bl. 1.

Bezugspersonen für Frida Bier. Während des langwierigen Veröffentlichungsprozesses ihrer Dissertation kam ein weiterer Mentor hinzu: Carl Grünberg. In ihrer Dissertationsschrift erwähnt Frida Bier ausdrücklich den Einfluss von Gottfried Salomon. Ihre Arbeit sei durch ihn angeregt worden. Darüber hinaus stützt sie sich auf seine Ausführungen zu den Saint-Simonisten und zitiert ihn in ihrer Dissertation in zwei längeren direkten Zitaten (Bier 1929, 4). Salomon selbst habilitierte 1921 bei Franz Oppenheimer zum Thema Geschichte der neuzeitlichen Gesellschaft und Gesellschaftswissenschaft bis zur französischen Revolution. Seit 1921 war er Assistent, zunächst von Oppenheimer, ab dem Wintersemester 1929/30 von Karl Mannheim, am Lehrstuhl für Soziologie der Universität Frankfurt. Er übernahm 1927 den Vorsitz der Frankfurter Gesellschaft für Soziologie. Salomons Forschungsschwerpunkte lagen auf der französischen Arbeiterbewegung sowie der Entwicklung des Sozialismus und des historischen Materialismus (Kaesler 2005, 393 f.). Eine inhaltliche Nähe zwischen Frida Bier und Gottfried Salomon wird hier offensichtlich.

Franz Oppenheimer wurde zu ihrem Zweitprüfer. Er war seit 1919 Professor für Theoretische Nationalökonomie und Soziologie an der Universität Frankfurt (ebd., 572 f.). Biers Interesse an seinen Veranstaltungen und sein Einfluss auf ihre wissenschaftliche Entwicklung zeigt sich schon an den zehn Seminaren und Vorlesungen, die sie bei ihm während ihrer fünf Semester an der Universität Frankfurt besuchte. Carl Grünberg spielte erst nach Abgabe der Dissertation eine größere Rolle im Promotionsverfahren von Frida Bier. In einem längeren Briefwechsel mit dem Dekanat der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt in der Zeit vom 21. August 1926 bis zum 19. Dezember 1928 bat Bier mehrfach um die Verlängerung der Druckfrist für ihre Dissertation. In ihrem Schreiben vom 22. März 1927 begründete sie ihre Bitte um eine weitere Verlängerung zum einen mit einer hohen beruflichen Belastung, zum anderen mit der Möglichkeit der Veröffentlichung ihrer Arbeit im Grünbergschen *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*. Diesem Schreiben angehängt folgte ein Brief von Grünberg,



Promotionsurkunde Frida Bier

der Biers Gesuch unterstützte und die Veröffentlichung der Dissertation in seinem Archiv unter der Bedingung der Beseitigung materieller und formeller Mängel in Aussicht stellte. Grünberg war der Gründer und Herausgeber des von 1910 bis 1930 jährlich erscheinenden *Archivs für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*. Des Weiteren war er Gründungsdirektor und bis kurz vor seinem Tod leitender Direktor des 1923 gegründeten Frankfurter *Instituts für Sozialforschung* (Niedobitek 2014). Ein Auszug von Biers Dissertation erschien 1929 im Verlag Kohlhammer in Stuttgart. Damit war ihr Promotionsverfahren vier Jahre nach Abgabe ihrer Dissertation abgeschlossen.

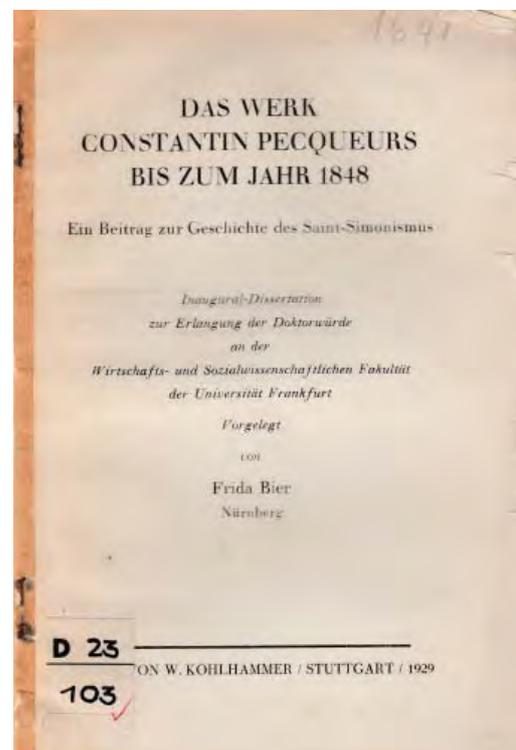
Mit Salomon, Oppenheimer und Grünberg nahmen drei Wissenschaftler, die alle, aber in unterschiedlicher Qualität und Form, marxistischen Traditionen folgten und weiterentwickelten, Einfluss auf Frida Biers Studium und Dissertation.

Dissertation

Frida Biers Dissertation trägt den Titel *Das Werk Constantin Pecqueurs bis zum Jahr 1848. Ein Beitrag zur Geschichte des Saint-Simonismus*. Erstgutachter war Gottfried Salomon, Zweitgutachter Franz Oppenheimer. Beide bewerteten die Dissertation mit der Note „gut“.⁵ Die veröffentlichte Version hat 49 Seiten und ist Grundlage der folgenden Besprechung. Es ist von einer Abweichung zwischen der durch die beiden Prüfer bewerteten Version und der veröffentlichten Version auszugehen. Begründet ist diese Annahme durch Äußerungen in den Gutachten der Prüfer. Diese verweisen auf Seitenzahlen, die über die Seitenzahlen der veröffentlichten Version hinausgehen. Ob die Abweichungen nur formell oder auch inhaltlich sind, ist nicht mehr feststellbar, da die Originalversion der Doktorarbeit nicht mehr vorliegt.

Die veröffentlichte Dissertation führt nach einer Einleitung skizzenhaft in das Leben und wissenschaftliche wie politische Wirken Constantin Pecqueurs ein. Anschließend unternimmt Bier eine Dreiteilung des Werks Pecqueurs und gliedert ihre Ausführungen dementsprechend. Sowohl in der Einleitung der Dissertation als auch im Gutachten von

Gottfried Salomon wird erwähnt, dass der Zugang zu den Werken Pecqueurs erschwert und in manchen Fällen unmöglich war. Des Weiteren sind die besprochenen Werke auf Französisch, was auf die Sprachkenntnisse Biers hinweist. Für den deutschsprachigen Wissenschaftsraum war ihre Dissertation somit durchaus eine Pionier*innenarbeit. Bier präsentiert abschnittsweise Thesen ihrer Lesart Pecqueurs und begründet diese durch lange direkte Zitate aus den unterschiedlichsten Werken des Autors. Auch führt sie direkt Gegenargumente anderer Rezipienten an und entkräftet diese ebenfalls durch direktes Zitieren Pecqueurs. Inhaltlich setzt sich Bier anfangs kritisch mit der bisherigen (meist französischsprachigen) Rezeption Pecqueurs auseinander. Dabei kritisiert sie vor Allem die einseitige Lesart des Autors durch die Rezipienten. Die zu Biers Zeit aktuellste Rezeption von Joseph Marié (1906) fokussierte beispielsweise einseitig auf die ökonomischen Lehren Pecqueurs und ignorierte dabei seine philosophischen Gedanken. Dieser häufig politisch motivierten Rezeption widerspricht Bier und verlangt eine ganzheitliche Auseinandersetzung mit allen



Frida Biers Dissertation

⁵ UAF, Abt. 156, Nr. 1641, Bl. 11f.

Gedanken und somit allen zugänglichen Schriften Pecqueurs. Zwar sieht auch Bier die größte Bedeutung Pecqueurs in seiner Ökonomik; sie behauptet jedoch, dass diese nur verständlich werde, wenn sie im Zusammenhang seiner gesamten Lehre und somit auch vor dem Hintergrund seiner Geschichts- und Gesellschaftsphilosophie gelesen werde (Bier 1929, 4). In der Tradition des Saint-Simonismus ist die Theorie Pecqueurs also eine „moralische Theorie der Wirtschaft“ (ebd.). Gleich zu Beginn des ersten inhaltlichen Abschnitts ihrer Dissertation (ebd., 14 ff.) widerspricht Bier einer damals vorherrschenden Rezeption Pecqueurs. Nach dieser legten seine Ausführungen in *Des Intérêts du Commerce* und *Des Améliorations matérielles* zum ersten Mal im französischen Sprachraum eine Ausformulierung des historischen Materialismus vor. Bier behauptet hingegen: „Nur bei der ersten flüchtigen Durchsicht der Werke kann man zu diesem Resultat gelangen“ (ebd., 14). Sie kommt zu dem Schluss, dass Pecqueurs ontologischer Bezugspunkt nicht in den Produktionsverhältnissen liegt, sondern für ihn Geschichtsbewegungen im Geistigen begründet sind. In der weiteren Arbeit betrachtet Bier Pecqueur einerseits als Sozialwissenschaftler und schließlich als Religionsprediger. Sie begründet diese Einteilung mit den jeweiligen Publikationen Pecqueurs.

Gottfried Salomon betont in seinem Gutachten zu Beginn die Schwierigkeit der Literaturrecherche und -beschaffung. Die von Bier übersetzten Zitate bewertet er als „sehr notwendig“.⁶ In seiner Kritik formuliert Salomon die zu starke alleinige Fokussierung auf Pecqueurs Werk. Es fehlt seines Erachtens eine Einordnung in damalige wissenschaftliche Debatten und Entwicklungen sowie deren Auswirkung bis in gegenwärtige Diskussionen. In ähnlicher Weise kritisiert Oppenheimer die Untersuchung. Auch ihm fehlt eine breitere Kontextualisierung durch die Autorin.

Gleichwohl leistete Frida Bier mit ihrer Dissertation einen Beitrag zur Rezeption des wichtigen französischen, frühsozialistischen Denker Constantin Pecqueur. Ihre systematische Aufarbeitung schwer zugänglicher, französischsprachiger Quellen kann

als ein wichtiger Schritt in der Auseinandersetzung um diesen Denker gefasst werden. Besonders vor dem Hintergrund des Einflusses Pecqueurs auf das Denken von Karl Marx, erhält dieser besondere Relevanz und Biers Auseinandersetzung mit ihm eine weitere wissenschaftliche Berechtigung. Trotz des Bezugs auf eine bestehende Traditionslinie (französischer Frühsozialismus/ Saint-Simonismus), der Pionier*innenleistung durch das Übersetzen französischer Primärquellen und der teilweise kontroversen Thesen der Dissertation findet keine erkennbare Rezeption der Arbeit Frida Biers statt. Weder in Arbeiten ihres Prüfers Gottfried Salomon (Salomon 1962; ders. 2011) noch in breiteren Überblickswerken zum Frühsozialismus (Bambach 1984; Meyer 1977) und Saint-Simonismus sind Verweise auf Frida Bier zu finden. Ihr Bekanntheitsgrad in der wissenschaftlichen Community geht daher gegen Null.

Nicht nur in der Themenwahl ihrer Dissertation, sondern auch schon in der Wahl der besuchten Lehrveranstaltungen wird die politische Perspektive Biers auf Gesellschaft deutlich. Viele der belegten Veranstaltungen befassen sich mit dem Marxismus, der Arbeiterbewegung, dem Sozialismus oder Anarchismus. Ihr Bestreben ihre eigene Doktorarbeit in dem Grünberg'schen *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung* zu veröffentlichen, verdeutlicht diese Einstellung. Unbekannt bleibt jedoch, ob sich diese Einstellung auch in praktischem politischem Engagement manifestierte oder auf den wissenschaftlichen theoretischen Raum beschränkt blieb.

Berufliche Laufbahn

Frida Biers wissenschaftlich-berufliche Laufbahn nach Abgabe ihrer Dissertation begann vielversprechend. 1927 arbeitete sie als Leiterin des Archivs und Sekretariats der neu gegründeten Zeitschrift *Der deutsche Volkswirt* (DV). *Der deutsche Volkswirt* war eine wöchentlich erscheinende Zeitschrift, die im Juni 1926 in Berlin von Gustav Stolper, einem österreichischen Wirtschaftsjournalisten und Volkswirt, gegründet wurde. Mit Redaktion und weiteren Angestellten umfasste die gesamte Belegschaft des DV im Jahr 1933 17 Personen (Sattler 1982, 8 ff.). Es

⁶ UAF, Abt. 156, Nr. 1641, Bl. 11.

ist deshalb anzunehmen, dass Frida Bier als Leiterin des Archivs und Sekretariats direkten Kontakt zu Stolper hatte. Dieser galt wegen seiner guten Vernetzung in Politik, Wirtschaft und Kultur als einflussreiche Persönlichkeit in der Weimarer Republik.⁷ Auf Grund der liberalen Ausrichtung des Blattes, der Parteizugehörigkeit Stolpers – er war Mitglied und Kandidat der Deutschen Demokratischen Partei –, dem hohen Anteil jüdischer Mitarbeiter*innen in der Redaktion und auf Grund kritischer Äußerungen gegenüber dem erstarkenden Nationalsozialismus wurde die Zeitschrift 1933 kurzzeitig verboten und anschließend unter Druck und zu einem nicht angemessenen Preis verkauft und sodann gleichgeschaltet. Stolper selbst emigrierte in die USA.

Schluss

Über Frida Biers weiteren Weg ist nichts bekannt. Bei den in ihrer Promotionsakte im Universitätsarchiv Frankfurt erhaltenen Schriftwechseln fällt auf, wie häufig sie umgezogen ist. Bis zu ihrer Studienaufnahme an der Universität München wohnte sie in ihrem Elternhaus in der Fürtherstraße 10 in Nürnberg. Ihr genauer Aufenthaltsort in München ist in der Promotionsakte nicht aufgeführt. Ein polizeiliches Zeugnis vom 18. Januar 1926 gibt an, dass sie vom 1. November 1922 bis zum 6. August 1923 und anschließend seit dem 11. Januar 1924 bis zur Ausstellung des Zeugnisses in Frankfurt am Main gemeldet war.⁸

Aus einem Briefwechsel mit dem Dekanat der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt gehen ihre weiteren Wohnorte hervor.⁹ Am 25. Januar 1926 ist sie in der Feldbergstraße 22 in Frankfurt am Main gemeldet. Am 18. August 1926 gibt sie in einem Schreiben die Waitzstraße 12/I bei Sanden in Berlin-Charlottenburg an. Am 30. November 1926 lautet die Adresse Grolmannstraße 34/35 II in Berlin-Charlottenburg 2. In einem Brief vom 22. März 1927 erscheint die Adresse Eisenbahnstraße 6 in Berlin-Halensee. Ein Brief der Universität Frankfurt am Main vom 15. September 1927 scheint sie unter dieser Adresse aber schon

nicht mehr zu erreichen. Die Adresse wurde auf dem Brief in Fürther Straße 10 in Nürnberg geändert. Bestätigt wird diese Adresse in einem Brief von Frida Bier am 30. November 1928. Interessant ist, dass dies die Adresse ihres Elternhauses ist. Der zweijährige Aufenthalt Biers in Berlin, aber auch ihre Mitarbeit bei der Zeitschrift *Der deutsche Volkswirt* waren damit beendet. Im Dezember 1928 ist Bier unter der Adresse Nassestraße 24 in Köln am Rhein erreichbar, im Dezember 1929 in der Averhofstraße 1 in Hamburg. Im letzten Dokument des Briefwechsels mit der Universität Frankfurt vom 19. März 1930 wird vermerkt, dass Bier noch in Hamburg wohnte. Ihr anschließender Verbleib und ihr weiteres Schicksal ließen sich nicht mehr rekonstruieren. Die häufigen Umzüge und der Rückzug zu ihren Eltern nach Nürnberg lassen vermuten, dass Frida Bier auf der Suche nach einer Anstellung war und diese wohl zum Teil erfolglose Suche sie in finanzielle Notlage brachte und sie deshalb zwischenzeitlich bei ihren Eltern unterkommen musste.

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

Bier, Frida (1929): *Das Werk Constantin Pecqueurs bis zum Jahr 1848*. Ein Beitrag zur Geschichte des Saint-Simonismus. Stuttgart: Kohlhammer.

Sekundärliteratur

Bambach, Ralf (1984): *Der französische Frühsozialismus*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Kaesler, Dirk (2005): Gottfried Salomon-Latour. In: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Bayerischen Staatsbibliothek (Hrsg.): *Allgemeine deutsche Biographie & Neue deutsche Biographie*. Band: 22.

Meyer, Ahlrich (1977): *Frühsozialismus. Theorien der sozialen Bewegungen 1789–1848*. Freiburg: Alber.

Niedobitek, Markus (2014): *Brüche und Kontinuitäten in der Ausrichtung des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt zwischen 1923 und 1933*. <http://use.unifrankfurt.de/frankfurtersoziologie19191933/niedobitek/> (letzter Zugriff: 22.09.2014).

⁷ Zu Gustav Stolper und zur Zeitschrift siehe Sattler (1982) und Stolper (1960).

⁸ UAF, Abt. 56, Nr. 1641, Bl. 5.

⁹ Ebd., Bl. 15ff.

Salomon, Gottfried (2011): Schriften. Herausgegeben von Christoph Henning. Wiesbaden: VS Verlag.

Salomon, Gottfried (1962): Die Lehre Saint-Simons. Neuwied: Luchterhand.

Sattler, Barbara (1982): Der deutsche Volkswirt 1926-1933. Kiel, Univ., Philos. Fak., Diss.

Stolper, Toni (1960): Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit. Gustav Stolper 1888 - 1947. Tübingen.

Archivquellen

Universitätsarchiv Frankfurt (UAF), Abt. 156, Nr. 1641 (Promotionsakte Frida Bier).

Universitätsarchiv Frankfurt (UAF), Abt. 604, Nr. 24 (Studentenakte Frida Bier).

JOEL SCHMIDT

Hilda Weiss

Einleitung

Die Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen Biographie von Hilda Weiss¹ kann sich zum einen auf einen autobiographischen Text stützen, den Weiss zwischen 1939 und 1940 für ein wissenschaftliches Preisausschreiben der Harvard Universität unter dem Titel „Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933“ verfasste, und den Detlef Garz, ergänzt durch ein materialreiches Nachwort unter dem Titel „Hilda Weiss – Soziologin, Sozialistin, Emigrantin“ veröffentlichte. Das autobiographische Manuskript wurde im Rahmen einer Tagung zum Thema *Methodendiskussion in der Biographieforschung* an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz im Herbst 2005 von mehreren Referent*innen analysiert und interpretiert. Die Ergebnisse der Recherchen von Garz sowie die Interpretation einiger Textstellen der Autobiographie durch Garz, Sandra Kirsch, Axel Fehlhaber und Nicole Welter sind die maßgeblichen Bezugspunkte meiner Argumentation. Nach der gründlichen Auseinandersetzung mit diesen Veröffentlichungen und aufgrund eigener weiterführender Recherchen, lassen sich meines Erachtens zumindest in Teilen andere Schlussfolgerungen aus den autobiographischen Erinnerungen von Weiss ziehen. Grundlage für diese Einschätzung bildet allem voran die Auseinandersetzung mit den wissenschaftlichen Arbeiten von Hilda Weiss, die in den genannten Veröffentlichungen – wenn überhaupt – nur eine sehr marginale Rolle spielen und auch von Weiss selbst, in ihrer Autobiographie, nur sehr knapp behandelt werden.

Die folgende Ausarbeitung orientiert sich am zeitlichen Rahmen des autobiographischen Manuskripts

¹ Hilde Weiss, verheiratet Rigaudias, nach der Emigration in die Vereinigten Staaten von Amerika und erneuter Heirat Änderung des Namens in Hilda Weiss Parker.



Ausweiskarte Hilde Weiss, Wintersemester 1924/25

von Hilda Weiss. Dieses beginnt mit ihrer Kindheit und führt über ihre Jugend- und Studienzeit in Berlin, Jena und Frankfurt am Main bis zu ihrer geglückten Flucht aus Deutschland am 4. April 1933. Nach einigen Informationen zu ihrem familiären Hintergrund, ihrer Kindheit, ihrer Jugend- und Studienzeit sowie ihrer Tätigkeit am *Institut für Sozialforschung* in Frankfurt am Main liegt ein Schwerpunkt auf ihren wissenschaftlichen Veröffentlichungen.

Wie viele andere musste Hilda Weiss nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Ja-

nuar 1933 aus Deutschland fliehen. Noch vor Beginn des Zweiten Weltkrieges gelang Hilda Weiss die Emigration in die Vereinigten Staaten von Amerika, wo sie bis zu ihrem Tod lebte. Auch wenn es zu ihrem neuen Lebensabschnitt in den USA sehr viel spannendes Material gibt, – so war sie beispielsweise die erste weiße Frau, die an einem sogenannten ‚Negro College‘ in den Südstaaten lehrte – kann diese Zeitspanne im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter behandelt werden. Obwohl Hilda Weiss 1945 die amerikanische Staatsbürgerschaft erhielt, dauerte es bis zum Jahr 1963, bis sie schließlich eine dauerhafte Anstellung als Assistenzprofessorin für Soziologie am Brooklyn College in New York bekam. Am 29. Mai 1981 starb Hilda Weiss im Alter von 80 Jahren in Brooklyn, New York.

Familie und Kindheit

Hilda Weiss wurde am 29. Juli 1900 in Berlin geboren. Sie wuchs im Berliner Stadtteil Tiergarten auf, zu dieser Zeit ein bevorzugter Wohnort der Ober- und Mittelschicht. Ihre Mutter Elisabeth Rathenau (1867 – 1932) war eine Cousine des Industriellen, Schriftstellers und Politikers Walther Rathenau (1867 – 1922). Dieser war Aufsichtsratsvorsitzender und Präsident der AEG Aktiengesellschaft, einer der zu dieser Zeit weltweit größten Elektrokonzerne und Mitglied und Mitbegründer der *Deutschen Demokratischen Partei* (DDP). Er wurde am 31. Januar 1922 zum Außenminister im Kabinett Wirth II (bestehend aus Zentrum, SPD und DDP) ernannt. Walther Rathenau war von August 1914 bis März 1915 als Leiter der sogenannten Kriegsrohstoffabteilung des preußischen Kriegsministeriums für die Verteilung und Organisation kriegswichtiger Rohstoffe verantwortlich (Sabrow 1999, 17). Während seiner Tätigkeit im Kriegsministerium wurde aus dem ehemaligen Kritiker ein starker Verfechter des Krieges, der sich sogar für die Bombardierung Londons sowie für die Deportation belgischer Zivilisten zur Zwangsarbeit in Deutschland aussprach (Sabrow 2014, 10). Zu seinen größten politischen Erfolgen als Außenminister zählte der Abschluss eines bilateralen Sondervertrages am 16. April 1922 mit der Sowjetunion, dem „Vertrag von Rapallo“, in welchem beide Seiten auf die gegenseitige Forderung nach Reparationskosten

verzichteten und sich auf die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen einigten. Obgleich dieser Vertrag auch von rechtskonservativen und nationalistischen Kräften begrüßt worden ist, fiel Walther Rathenau nur wenige Monate später, am 24. Juni 1922, einem Attentat der rechtsradikalen und nationalistischen *Organisation Consul* zum Opfer.

Hilda Weiss schildert in ihrem autobiographischen Text ihre Mutter Elisabeth Rathenau als eine von Widersprüchen geprägte Persönlichkeit, welche sich in einem dauerhaften Konflikt zwischen der Verfolgung ihrer künstlerischen Neigungen und dem Druck nach gesellschaftlicher Anpassung befand. Sie wollte so wie alle anderen sein und hatte große Angst, als Jüdin aufzufallen (Kirsch 2007, 35).

Berthold Weiss, der Vater von Hilda, wurde 1860 als Sohn jüdischer Eltern in Wien geboren. Er besuchte ein katholisches Gymnasium in Wien und studierte anschließend an der Philosophischen Fakultät in Wien, wo er 1884 mit einer Dissertation über „Rousseaus Beziehungen zu Hume und Kant und die Umgestaltung seiner Gedanken durch den letzteren“ promovierte. 1896 heiratete er Elisabeth Rathenau.

Untypisch und entgegen der damals vorherrschenden gesellschaftlichen Norm zog Elisabeth Rathenau nach der Hochzeit nicht zu ihrem Ehemann nach Wien, sondern dieser zu ihr nach Berlin. Berthold Weiss wird von Hilda Weiss in ihrer Autobiographie als ein „Mensch mit regem, kritischem und unabhängigen Geist“ (ebd.) beschrieben, der sich sehr für Literatur, Musik und Schachspiel interessierte und dessen Grundhaltung von der Ablehnung jeglichen opportunistischen Verhaltens bestimmt wurde. Die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Ansichten und Vorstellungen der beiden Ehepartner führten zu zahlreichen Konflikten innerhalb ihres Zusammenlebens. Zu diesem Ergebnis kommt auch Axel Fehlhaber.

Weder Elisabeth Rathenau noch Berthold Weiss gingen einer Erwerbsarbeit nach. Sie lebten von den Zinsen des Familienvermögens der Rathenaus - und dies keineswegs in bescheidenen Verhältnissen: Ihre Wohnung in Berlin-Tiergarten umfasste zwölf Zimmer, zudem beschäftigten sie zwei Bedienstete (Weiss 2006, 17). Für Axel Fehlhaber (2007, 51) las-

sen sich der Umzug von Berthold Weiss nach Berlin und der Tatsache, dass dieser keiner Erwerbsarbeit nachging, als Belege für eine sogenannte vermittelte Heirat interpretieren, bei der es vor allem um die Aufrechterhaltung und Weiterführung des „Stammes“ der alteingesessenen Berliner Familie der Rathenaus ging (Fehlhaber 2007, 57f.). Eine Bedingung könnte die Zeugung eines (männlichen) Nachfahrens gewesen sein. Die Ehe von Berthold Weiss und Elisabeth Rathenau war wohl für beide Seiten ein mehr oder weniger passabler Kompromiss. Die 29-jährige Elisabeth Rathenau stand vermutlich unter dem Druck noch vor ihrem 30. Lebensjahr zu heiraten und Nachkommen für die Familie Rathenau zu gebären. Vielleicht war die Heirat auch eine Bedingung für einen Anspruch auf das Familienerbe. Berthold Weiss ermöglichte die finanzielle Absicherung durch Heirat, das Leben eines von Erwerbsarbeit befreiten Intellektuellen zu führen (ebd.). Die Erwartungen von Elisabeth Rathenau, sich „an die preußischen Tugenden Fleiß und Pflichterfüllung anzupassen“ (ebd., 59) stießen bei ihrem „jeglicher intoleranter Strenge und engstirniger Askese“ (Kirsch 2007, 35) missbilligenden Ehemann auf Ablehnung. Axel Fehlhaber kommt bei seiner Analyse der Ehe der Eltern von Hilda Weiss zu dem Ergebnis:

Sollte diese Hoffnung durch seine [Berthold Weiss, J.S] Weigerung, sich an das Preußentum seiner Frau und deren Umfeld anzupassen, enttäuscht worden sein [...] dürfte die Ehe reich an Konflikten gewesen sein, die sich auch auf die Kinder und ihre Wahrnehmung der elterlichen Beziehung ausgewirkt haben werden. (Fehlhaber 2007, 59)

Hilda Weiss war das zweite Kind des Ehepaares. Ihr zwei Jahre älterer Bruder, Friedrich Adalbert, war eine wichtige Bezugsperson während ihrer frühkindlichen Sozialisation und lässt sich als „Schlüssel“ zum Verständnis ihres späteren Verhältnisses zu ihren Eltern, insbesondere ihres distanzierten Verhältnisses zu ihrer Mutter heranziehen. Hilda Weiss schildert hierzu in ihrer Autobiographie eine ihrer ersten prägenden Lebenserinnerungen, als sie zwei Jahre alt war:

I am sitting on the floor in a corner of our play room. My brother, 4 years old, is lying in a pretty little bed in the opposite corner of the rather large room. He is surrounded by my parents, my grandmother, uncle and aunt and the nurse, I am alone, crying. (Weiss 2006, 12)

Ihr Bruder litt seit seiner Geburt an einer Hüfterkrankung und musste in einem Gipsbett schlafen. Diese Erkrankung, verbunden mit der Tatsache, dass er der männliche Nachkomme der Familie und somit qua Geschlechtszugehörigkeit in „einer patriarchalen, männlich-militaristischen Gesellschaft, in der die Geschlechterrollen eindeutig definiert waren“ wohl als „wertvoller“ als seine jüngere Schwester betrachtet wurde, führten dazu, dass ihm innerhalb der Familie mehr Aufmerksamkeit und Fürsorge als seiner Schwester zuteilwurde (Fehlhaber 2007, 52). Bei dieser Konstellation erscheint es nachvollziehbar, wieso Hilda Weiss einen Unterschied in der Beziehung zwischen der Mutter zu ihrem Bruder und zu sich selbst wahrgenommen hat. Für Sandra Kirsch ergibt sich aus dieser spezifischen Familienkonstellation die „Nähe zum Vater als natürliche Konsequenz“ (Kirsch 2007, 36).

Bereits zu Beginn ihrer Autobiographie schreibt Hilda Weiss, dass sie eigentlich schon immer lieber ein Junge gewesen wäre und fügt als Ergänzung sogar hinzu, dass sie diesen Wunsch auf die größere Aufmerksamkeit zurückführt, die ihrem (kranken) Bruder innerhalb der Familie – und insbesondere durch die Mutter – zuteil geworden ist (Weiss 2006, 13). Für Sandra Kirsch lässt sich der Wunsch von Hilda Weiss, ein Junge zu sein, „als Verschiebung des klassischen ödipalen Konfliktes auf die Ebene der Geschwisterbeziehung“ interpretieren (Kirsch 2007, 37f.).

Jugend

Elisabeth Rathenau schickte ihre Tochter Hilda Weiss auf ein Mädchengymnasium, damit diese später die Möglichkeit hatte, zu studieren. Seit sie acht Jahre alt war, begleitete Hilda Weiss ihre Mutter außerdem zwei Mal wöchentlich bei ihrer ehrenamtlichen gemeinnützigen Tätigkeit. Diese bestand darin, dass die Mutter ärmere (Arbeiter-)Familien besuchte

und diese im karitativen Sinne unterstützte. Hilda wurde bei diesen Besuchen die große Diskrepanz zwischen den Lebensverhältnissen ihres eigenen zuhauses und dem der besuchten Familien bewusst. Das soziale Bewusstsein und Engagement der Mutter boten für Hilda eine, wenn auch nur kurzzeitige, positive Identifikationsmöglichkeit. Denn Hilda Weiss wurden sehr schnell die Grenzen dieser sozialen Hilfstätigkeit bewusst. So schildert sie, dass sie bald zu der Überzeugung kam, dass die soziale Tätigkeit ihrer Mutter zwar keine falsche Sache sei, aber am grundsätzlichen Problem der sozialen Ungleichheit nichts ändere (Weiss 2006, 17). Daraus folgte Enttäuschung einerseits, andererseits, so die Vermutung Kirschs, lässt sich diese Erfahrung aber auch als eine grundlegende Erfahrung für die spätere politische Orientierung von Hilda Weiss verstehen. Denn wenn das soziale Engagement der Mutter zu keinen gesellschaftlichen Veränderungen führte, ließ sich daraus schließen, dass dies nicht der richtige, beziehungsweise effektive Weg sein konnte, um der sozialen Ungleichheit tatsächlich etwas entgegen zu setzen (Kirsch 2007, 40).

Eine wichtige Bedeutung für ihre politische und intellektuelle Entwicklung hatte ihr Vater Berthold Weiss. Dieser war schon wegen seines intellektuellen Habitus für Hilda eine wichtige Bezugsperson. In ihrer Autobiographie schildert sie, dass sie oft und gerne sonntags mit ihm spazieren ging, dass diese Spaziergänge für sie immer sehr lehrreich gewesen seien und eine wichtige Rolle bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit gespielt hätten (Weiss 2006, 18). Ihr Vater, den sie in diesem Zusammenhang auch als lebendes Lexikon bezeichnete, half ihr „in forming personal views, in finding new problems and solutions. I learned thinking logically, to reason, to argue“ (ebd.). Er war es auch, der ihr im Dezember 1918 nahelegte, an einem wöchentlich stattfindenden Kurs der *Freien Jugend* zum Thema „Sozialismus“, teilzunehmen (ebd., 27). Hilda Weiss war nach eigenen Angaben seit Ende des Ersten Weltkrieges Mitglied in der *Freien Jugend*, einer sozialistischen Bewegung junger Arbeiter*innen und wurde sogar in eine der ersten, im Zuge der durch die Novemberrevolution 1918 erkämpften Schülervertretungen an ihrer Schule gewählt. Sie hatte zunächst jedoch Schwierig-

keiten, den Diskussionen der jungen Arbeiter*innen über soziale Probleme und den Sozialismus bei den Treffen der *Freien Jugend* zu verstehen. So erinnert sie sich in ihrer Autobiographie an ihre Erfahrung bei einem der ersten Treffen des Kurses zum Sozialismus: „I really felt ashamed that in spite of my high school education I understood social problems less than the young workers.“ (Weiss 2006, 27)

In ihrer Gruppe der *Freien Jugend* lernte sie Wilhelm Liebknecht, einen der beiden Söhne des Revolutionärs Karl Liebknecht, kennen. Dieser erklärte ihr viele Dinge und brachte ihr die theoretischen Grundlagen des Sozialismus näher (ebd., 28). Als am 15. Januar 1919 in Berlin Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, unter Mitwisserschaft führender SPD-Politiker, von nationalistischen Freikorpsmitgliedern ermordet wurden, war sie, nicht zuletzt aufgrund ihrer persönlichen Bekanntschaft mit Wilhelm Liebknecht, wütend und traurig (ebd., 29). Diese Wut und Trauer brachte sie zwei Wochen später bei einer Rede auf einer Schulversammlung zum Ausdruck. Die Rede war eine flammende Propagandarede für den Sozialismus. Über den Inhalt schreibt Hilda Weiss in ihrer Autobiographie:

I dealt with the necessity of transforming the capitalist economic system into a new collective society called Socialism and with the probable effects of a social revolution which would replace one form of economic order with another. (ebd., 29)

Die Rede führte zu Konflikten mit der Schulleitung. Diese beschloss als disziplinarische Maßnahme, dass Hilda Weiss ihre Abschlussprüfung erst ein halbes Jahr später, im Oktober 1919, ablegen durfte. Bis dahin sollte sie ihre politische Einstellung noch einmal „überdenken“ (ebd., 30).

Studium in Berlin und Jena

Bereits im Wintersemester 1919/20 nahm Hilda Weiss ihr Studium an der Universität in Berlin auf. Auf Drängen ihrer Mutter immatrikulierte sie sich zunächst für Kunstgeschichte und damit gegen ihre eigentlichen Interessen. Denn sie hätte viel lieber Soziologie und Ökonomie studiert, um, wie sie selbst schreibt, die aufregenden sozialen Probleme ihrer

Zeit verstehen zu können, denen sie im Kurs über Sozialismus bei der *Freien Jugend* begegnet war: „Still like the Marxist in Russia, I wanted to live for the people, with the people, not to be an intellectual any longer.“ (ebd., 31)

1921 setzte sie schließlich doch noch ihren eigenen Willen durch. Sie wechselte zum Sommersemester an die Universität in Jena und immatrikulierte sich dort für Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre, Arbeitsrecht und Soziologie. Sie belegte u. a. die Lehrveranstaltungen „Sozialismus und Kommunismus“ und „Seminar über Marx“ bei Gerhard Kessler, einem Vertreter der jüngeren historischen Schule der Nationalökonomie. Der ehemalige Assistent von Friedrich Naumann war seit 1912 außerordentlicher Professor und seit 1919 ordentlicher Professor für Sozialpolitik und Nationalökonomie an der Universität Jena.

Von 1922 bis 1924 arbeitete Hilda Weiss neben ihrem Studium als Fabrikarbeiterin bei Carl Zeiss in Jena, einem Unternehmen der feinmechanisch-optischen Industrie. Dieser Schritt war nötig geworden, da ihre Familie sie nicht mehr finanziell unterstützen konnte. Wie viele andere hatte die Familie Weiss den größten Teil ihres Vermögens durch die Geldentwertung bei der Inflation der Nachkriegsjahre verloren (ebd., 36f.). Während ihrer Arbeit bei Carl Zeiss trat Hilda Weiss 1922 in die Metallarbeiter-Gewerkschaft ein. Sie brachte sehr viel Zeit auf, um die Arbeiter*innen für die Mitarbeit bei der Gewerkschaft zu gewinnen. In dieser Zeit wurde sie als „only active female union member“ in den Fabrikrat gewählt (ebd., 52). Durch ihre Lohn- und aktive Gewerkschaftsarbeit kam sie jedoch kaum mehr zum Studieren. Im Sommer 1922 ließ sie sich von der Arbeit in der Fabrik freistellen, um an einer dreimonatigen Arbeiter-Sommerschule (Volkshochschule) teilnehmen zu können, zu welcher sie eingeladen worden war. Ihre Erinnerungen an diese Sommerschule fallen allerdings nicht sehr positiv aus, so schreibt sie in ihrer Autobiographie:

Education was to be given only to this party elite who were to lead the unconscious masses who would follow them whenever the signal would be given. I believe the teachers of our summer school or at least a part of

them were sincere and did not realize at all how far they were from the sympathies and interests of the laboring masses. [...] Nor did they know how great the gulf was growing as a result of this kind of education. (ebd., 48)

Zum 1. Januar 1924 wurde Hilda Weiss dann vom Carl Zeiss-Werk Jena zusammen mit 500 weiteren Arbeiter*innen entlassen. Die offizielle Begründung lautete „Mangel an Arbeit“. Vermutlich spielte dabei jedoch auch ihre Beteiligung an dem Generalstreik im Jahr 1923 zur Verteidigung der sozialdemokratischen – und von der KPD unterstützten – Minderheitsregierungen in Thüringen und Sachsen eine wesentliche Rolle (ebd., 56). Da sie sich ohne ihren Fabriklohn nicht selbst finanzieren konnte, zog sie im März 1924 zurück nach Berlin zu ihren Eltern. Dort setzte sie ihr Studium in Soziologie, Ökonomie und Statistik fort und belegte unter anderem Kurse zur „Theorie des proletarischen Sozialismus“ bei Werner Sombart oder „Übungen zur Geschichte des Demokratismus und Sozialismus“. In dieser Zeit, verschaffte ihr ein aktives Gewerkschaftsmitglied aus Berlin außerdem die Möglichkeit eine Streitschrift für den *Deutschen Metallarbeiter-Verband* zu verfassen.

Die erste umfangreiche Veröffentlichung: *Rationalisierung und Arbeiterklasse. Zur Rationalisierung der deutschen Industrie*

Rationalisierung und Arbeiterklasse. Zur Rationalisierung der deutschen Industrie war die erste Veröffentlichung von Hilda Weiss. Sie umfasst 62 Seiten und wurde 1926 im Berliner Führer-Verlag veröffentlicht. Der Führer-Verlag arbeitete mit der *Moskauer Roten Gewerkschaftsinternationalen* zusammen, einem internationalen kommunistischen Gewerkschaftsdachverband, dem auch die deutsche *Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition* angehörte (Weiss 2006, 60 FN 10).

In der Arbeit geht es um die Folgen der mit dem Ersten Weltkrieg einsetzenden und bis etwa Ende 1923 anhaltenden Inflation beziehungsweise Hyperinflation der deutschen Währung sowie der daraus resultierenden Wirtschaftskrise für die Arbeiter*innen. In ihrer Argumentation bezog sich Hilda Weiss vor allem auf zwei Texte: zum einen die *Denkschrift der deutschen Industrie*, eine Art Strategiepapier, in wel-

chem die führenden Unternehmen der deutschen Industrie wirtschaftspolitische (Reform)-Vorschläge zur Sanierung der, durch Weltkrieg und Reparationszahlungen geschwächten, deutschen Wirtschaft formulierten; zum anderen auf die Antwort des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* (ADGB) und der SPD vom Februar 1926 auf diese Denkschrift. Ausgehend von diesen beiden Texten entwickelt Weiss eigene strategische Überlegungen für einen Kampf für den Sozialismus.

Sie geht davon aus, dass es sich bei der von ihr als „Rationalisierungskrise“ charakterisierten Wirtschaftskrise im Gegensatz zu sonstigen periodisch auftretenden Krisenerscheinungen des Kapitalismus, aus denen dieser stets „gestärkt wieder erstand“, um eine weitaus grundsätzlicheres Krise handelte:

Die heutige „Rationalisierungskrise“ [- so Hilda Weiss -] ist keine ‚seit einigen Monaten‘ währende, langsamer oder rascher vorübergehende Erscheinung. Sie ist vielmehr von weittragender Bedeutung, als einige Stützen der heutigen Ordnung, Gewerkschafts- und SPD-Führer, annehmen möchten. (Weiss 1926, 3)

Die damalige Krise unterschied sich ihres Erachtens wesentlich von denen der Vorkriegszeit, da das Vorgehen der Konjunkturperiode (wodurch sich



alle früheren Krisen- und Depressionserscheinungen auszeichneten) sowie die Möglichkeit der Lösung der Krise durch die Ausdehnung des Marktes nach erfolgter Umstellung und Steigerung der Produktionsfähigkeit des deutschen Kapitals, bedingt durch die besondere Stellung Deutschlands infolge des verlorenen Krieges, zunächst verschlossen blieb (ebd., 3). In Übereinstimmung mit den kommunistischen und sozialistischen Gruppen kommt sie zu dem Schluss, dass aufgrund der mangelnden Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung – welche eine notwendige Voraussetzung für die Reorganisation (in diesem Falle eben auch der Rationalisierung) der deutschen Industrie gewesen wäre – und der daraus resultierenden massenhaften Arbeitslosigkeit, eine Lösung der Krise auf dem kapitalistischen Wege aussichtslos war. In der Rationalisierungskrise sah sie deshalb die „Endkrise des Kapitalismus“ (ebd., 4). Hilda Weiss verlangte, dass die kommunistischen und sozialistischen Gruppen nicht nur passiv das scheinbar bevorstehende Ende des Kapitalismus abwarteten, sondern dass sie sich aktiv mit den Strategien der Unternehmer auseinandersetzen müssten: „Die jetzt schon vorhandene Praxis in ihren Hauptlinien, ihrer Systematik zu erkennen, ist Aufgabe der Arbeiter die sich mit dem Wege ihrer Klassengegner auseinandersetzen müssen.“ (ebd., 7) Die deutsche Industrie versuche vor allem das Missverhältnis zwischen der zu großen Produktion und den zu geringen Absatzmöglichkeiten zu beseitigen (ebd., 8). Das „Einschrumpfen“ der vorhandenen Produktion solle maßgeblich durch Rationalisierung (wie beispielsweise der Stilllegung unrentabler Betriebe) erreicht werden. Dies belegt sie mit Zitaten aus einem Bericht der Frankfurter Handelskammer. Dem Duktus einer kommunistischen Streitschrift der damaligen Zeit entsprechend kommentiert sie diese Rationalisierungspläne folgendermaßen:

Zerstörung von toten und lebendigen Produktivkräften, Stilllegungen und Entlassungen, ist der Ausweg der Bourgeoisie - Übernahme der Wirtschaft durch die Arbeiterschaft, ihre organisierte Kontrolle und Umwandlung in die sozialistische Bedarfswirtschaft der proletarische Ausweg, - hier systematischer Aufbau, dort planmäßige Zerstörung! (ebd., 8).

Die aus dem Rationalisierungsdruck der Unternehmen für die Arbeiter folgenden Probleme führt Hilda Weiss auf das Spezifikum der kapitalistischen Produktionsweise, den Verwertungszwang, zurück. Für Arbeiter in Unternehmen mit rückständigem und unrentablem Produktionsapparat bedeute dies, dass sie gezwungen seien durch Steigerung ihrer Arbeitskraft das technische Defizit des Produktionsapparats auszugleichen. Aber auch in Unternehmen mit technisch ausgereifteren Produktionsmethoden würden Arbeiter zu höherer Arbeitsleistung gezwungen, um den Produktivitätsvorsprung entsprechend profitabel zu nutzen. An Marx anknüpfend kommt sie zu dem Ergebnis, dass „auch jede Neueinführung besserer Maschinerie, also jeder technische Fortschritt in der Hand des Kapitals gesteigerte Ausbeutung des Proletariats“ bedeutet (ebd. 16).

Aufschlussreich ist die Auseinandersetzung von Hilda Weiss mit den in der *Denkschrift der deutschen Industrie* enthaltenen politischen Forderungen. Im Unterkapitel „Die Krone des Systems: der Schrei nach dem Ermächtigungsgesetz“ setzt sie sich kritisch mit den politischen Maßnahmen auseinander, die nach Ansicht der Unternehmer zur Sicherstellung der Wirtschaft und der Garantie des Zusammenhaltens des Staates nötig waren und die auf ein technokratisches und autoritäres Wirtschaftsparlament hinausliefen. Die politischen Vorstellungen der Unternehmer illustriert sie mit einem Zitat aus der *Deutschen Bergwerkszeitung* vom 16. April 1925:

Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch Wiederherstellung auch der politischen eigenen Verantwortlichkeit der maßgebenden Stellen. Wie sie im Einzelnen zu erreichen ist, sei dahingestellt. Änderung des Wahlsystems, Heraufsetzung des Wahlalters, Stärkung der Befugnisse des Reichspräsidenten, Vetorecht des Reichsfinanzministeriums. Einführung eines unabhängigen mit starken Kompetenzen ausgestatteten Wirtschaftsparlaments usw., alles das sind Dinge, die einzeln oder zusammengenommen von außerordentlicher Bedeutung für das hier gestellte Problem sind. Als Übergangsmaßnahme wäre anzusehen ein langfristiges Ermächtigungsgesetz, das möglichst viele Gebiete zu umfassen hätte und das der amtierenden Regierung, losgelöst vom täglichen Wechselspiel des

Parlamentarismus auf längere Zeit Handelsfreiheit, aber auch Verantwortung, geben müsste. (ebd., 21)

Dieser geplanten Entrechtung und politischen Unterdrückung der Arbeiter war ihres Erachtens nur mit revolutionärem Kampf zu begegnen: Sie schreibt:

Dieses Unternehmerdiktat auf wirtschaftlichen wie politischem Gebiet, diese höchste Potenz politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Ausbeutung, die uns noch bevorsteht, kann nur brechen der geschlossene Abwehrkampf des organisierten Proletariats unter zielbewusster revolutionärer Führung mit dem Ziel des Diktats der Arbeiterklasse, der Kontrolle der Produktion durch ihre Organe. (ebd., 22)

Im Kapitel „Die Antwort des ADGB und der SPD“ befasst sich Hilda Weiss mit den politischen Konflikten zwischen Kommunisten, Sozialisten auf der einen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften auf der anderen Seite. Im Februar 1926 veröffentlichte der ADGB als Reaktion auf die *Denkschrift des Unternehmerverbandes*, unter dem Titel „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“, ein eigenes Papier. Bezeichnend für die politische Haltung von Hilda Weiss ist, dass sie dem *Reichsverband der deutschen Industrie* in seiner Einschätzung der Krise weitaus mehr Urteilsvermögen zutraut als dem ADGB und der SPD, welche sie abwertend als „Reformisten“ bezeichnet. Für den *Reichsverband der deutschen Industrie* handelte es sich bei der Krise um einen Teil einer „seit etwa einem Jahrzehnt fortgesetzten Krise, also einer ganzen Krisenperiode, die mit dem Weltkrieg zum Ausdruck gekommen“ war (ebd., 38). Dagegen versuchten ADGB und SPD das Ausmaß der Krise herunterzuspielen: Man müsse sich vor Übertreibungen allgemeiner Art hüten. Von einem Zusammenbruch, einer Katastrophe der deutschen Wirtschaft könne keine Rede sein (ebd.). Nach der Einschätzung von ADGB und SPD war die Krise durch Rationalisierung zu überwinden. Sie gingen davon aus, dass sie ohne weitere soziale Nachteile für die Arbeiter zu bewerkstelligen war und am Ende sogar deren Löhne noch steigen würden. Diese allzu positive Einschätzung lässt sich für Hilda Weiss schon allein durch den Expansionsdrang der kapi-

talistischen Produktionsweise widerlegen. Sie weist darauf hin, dass der Weltmarkt – insbesondere für die europäischen Staaten – bereits zu eng geworden sei, um allen kapitalistischen Staaten ausreichende Absatzmöglichkeiten zu bieten. Deswegen könne es sich auch kein Staat erlauben, auf „seinen“ Markt zu verzichten, respektive, sich mit einem anderen über dessen Aufteilung in irgendeiner Weise zu verständigen (ebd., 40).

Nach einigen grundsätzlichen Ausführungen über den Begriff der Rationalisierung und einem kurzen Exkurs zur Rationalisierung der Produktion in der Sowjetunion, entwirft Hilda Weiss im Schlussteil der Publikation konkrete Handlungsaufforderungen an die deutsche Arbeiterklasse. Diese erstrecken sich von der Reduzierung der Ausnutzung der Arbeitskraft, der Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, der Wiederbelebung der freigewerkschaftlichen Betriebsrätebewegung bis hin zum Kampf für den 8-Stunden-Tag. Die Handlungsaufforderungen stehen unter dem Motto: „Einheitlich ist die Unternehmeroffensive - einheitlich muß auch die Abwehr der Arbeiterschaft organisiert sein“ (ebd., 60). Wie die Einheitlichkeit auf Seiten der Arbeiter auszusehen hat, das zeigt ihr Schlusswort:

Die Kämpfe der beschäftigten und der arbeitslosen Arbeiter um die Tagesforderungen werden und müssen sich auswachsen in einen geschlossenen Arbeitskampf der gesamten deutschen Arbeiterklasse, der unter kommunistischer Führung sich gegen die kapitalistische Rationalisierung wendet, den Sturz des Kapitalismus und die Aufrichtung der Rätemacht der Arbeiter in Stadt und Land herbeiführt. Denn Aufrechterhaltung des Kapitalismus bedeutet Vermehrung des Elends für das Proletariat, „Untergang in die Barbarei“. Wir aber erkämpfen den Sozialismus! [Hervorhebg. i. Orig.] (ebd., 62)

Studium in Frankfurt am Main

An der Berliner Universität fand Hilda Weiss keinen Betreuer für ihre Dissertation. Nachdem ihr Freunde zufällig vom neugegründeten *Institut für Sozialforschung* (IfS) in Frankfurt am Main erzählten, Carl Grünberg, der Gründungsdirektor des IfS, ihr ein Stipendium in Aussicht stellte und ihr die Zusage für ihre Promotion gab, wechselte Weiss

Universitätsarchiv Frankfurt am Main (UAF)
Abt. 604, Nr. 483, Bl. 1

Universität
Frankfurt a. Main

Anmeldekarte

Familienname: Weiss

Vorname (Nachname): Hilde

Geburtsjahr und -tag: 29.8.00 Alter in Jahren: 24

Geburtsort: Berlin

Provinz, Staat: Preußen

Staatsangehörigkeit: Preußen Religion: —

Familienstand: ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden. (Zutreffendes unterstreichen)

Stand des Vaters: Urbanischer Dr. phil.

Wohnort der Eltern: Berlin W. 10.

Kais. Ang. Straße Nr. 73

Schulbildung: Reifezeugnis des Gymnasiums / Realgymnasiums /
der Oberrealschule zu
(bei Frauen Studienantritt): gymnasiale Prüfung
Angelschule Berlin

Zahl der bisherigen Universitätssemester: 8

Zahl d. bish. Sem. an Technisch., Handelshochschulen usw.: —

Zuletzt besuchte Universität (Hochschule): Berlin

Bisheriges Studium (Fach): Nationalökonomie

Jetziges Studium in Frankfurt (Fach): Nationalökonomie

Erstrebte Abschlussprüfung: Promotion keine sonstige Prüfung

Wohnung: Dammstraße Straße Nr. 33
1099 28 1. Hof 1. Hof

Beurlaubt: R. W. Ende bis 25/26

Datum	Grundliste Nr.	Matrikel Nr.	Abgangs-Zeugnis
- 5. Nov. 1924		16988	24. 4. 28.

5000. 7. 23. 0. 2. 0. 0.

Anmeldekarte Hilde Weiss

nach einem Semester an der Universität Berlin nach Frankfurt. Sie schrieb sich im November 1924, nur knapp fünf Monate nach Eröffnung des IfS, an der Universität Frankfurt am Main ein. Sie gehörte zur ersten Generation von Doktorand*innen des IfS, die noch unter Grünberg als Direktor promoviert wurden (vgl. Weiss 2006, 61). An der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt belegte sie Seminare und Vorlesungen aus den Bereichen der Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Arbeitsrecht, Statistik und Soziologie. Hierzu gehörten beispielsweise ein „Seminar über Marxistische Probleme“ und über „Marx-Lektüre“ bei Grünberg sowie ein Seminar zur Wirtschaftsgeschichte und „Übungen für Fortgeschrittene über die Marx'sche Lehre“ bei Franz Oppenheimer und Albert Salomon, dem späteren Zweitgutachter ihrer Dissertation.

Prof. Dr. Hilde Weiss
93.26
Anmeldung zur Promotion.

Universitätsarchiv Frankfurt am Main (UAF)
Abt. 156, Nr. 1417, Bl. 9 R

Name: Hilde Weiss
Wohnort: Mannheimstr. 23.
Titel der Arbeit: „Abbe und Ford. Pläne für die Errichtung sozialer Betriebe.“

Zulassungsbedingungen:

- 1) Lebenslauf
- 2) Zeugnisse über Ausbildung
 - a) Bescheinigung der Universität Berlin
 - b) Diplom der Handelsakademie Stettin bestanden im
 - c) Bescheinigung der Verwaltungsschule
- 3) Sitzungsprotokoll
- 4) Erklärung, dass noch keine Doktorprüfung abgelegt
- 5) Eidesstattliche Versicherung über die vollständige Anfertigung der Arbeit
- 6) Erklärung, ob die eingereichte Arbeit oder wesentliche Teile derselben bereits einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt haben
- 7) Erklärung, dass Rechte Dritter durch die Benutzung von Druckmaterial in der Dissertation nicht verletzt werden
- 8) Promotionsgebühr Mk. 100.- Mk.
- 9) Gewählte Prüfungsleiter
 1. Prof. Dr. Grünberg
 2. Prof. Dr. Salomon (1911)

1. Gutachter: Prof. Grünberg
2. Gutachter: Prof. Salomon (1911)

Anmeldung zur Promotion am 9. Januar 1926

Mit großer Wahrscheinlichkeit hat Hilda Weiss sich auch in Frankfurt weiter politisch engagiert. Durch die Anbindung an das IfS gab es nicht nur theoretische Anknüpfungspunkte. Das IfS hatte „vorwiegend kommunistische Mitarbeiter und Doktoranden“ (Wiggershaus 2008, 47) und galt als eine Anlaufstelle für Intellektuelle der unterschiedlichsten kommunistischen und sozialistischen Strömungen.² Viele ihrer Kommiliton*innen aus dem Umfeld der Universität waren politisch aktiv. Trotzdem ist über ihr politisches Engagement während dieser Jahre kaum etwas bekannt und/oder durch Quellen dokumentiert. Aus ihrem Lebenslauf ergibt sich lediglich, dass sie während ihres Studiums in Frankfurt

2 Zur Mitgliedschaft der Institutsmitglieder Karl August Wittfogel, Franz Borkenau und Julian Gumperz in der KPD siehe Jay 1987, 31.

Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) wurde (Mitgliedschaft von 1925 bis 1932).

Hilda Weiss beantragte am 7. Januar 1926 die Zulassung zur Promotion an der Universität Frankfurt. Im „Studien- und Sittenzeugnis“ vom 18. Dezember 1925, das sie mit einreichen musste, wurde ihr vom Rektor der Universität bescheinigt, dass es „hinsichtlich seines [ihres, J.S.] sittlichen Verhaltens zu Klagen keine Veranlassung gegeben“ habe.³ Der Arbeitstitel ihrer Dissertation war „Abbe und Ford. Pläne für die Errichtung sozialer Betriebe“.

Die Dissertation von Hilda Weiss wird in den Veröffentlichungen über ihre Biographie kaum oder gar nicht berücksichtigt. Auch die Anmerkungen von Detlef Garz im Nachwort zum autobiographischen Manuskript von Weiss gehen kaum über das hinaus, was sie selbst bereits darüber geschrieben hat. Er fasst die Dissertation folgendermaßen zusammen: Weiss ging dabei vor allem „auf die Möglichkeit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in diesen Großbetrieben unter kapitalistischen Vorzeichen ein“. Dabei kam sie zu dem Ergebnis, „dass die beiden untersuchten Betriebe sich nur solange mit dem Etikett ‚sozial‘ schmücken können, solange sie über eine Monopolstellung am kapitalistischen Markt verfügen“ (Garz 2006, 104). Diese kurze Zusammenfassung ist meines Erachtens jedoch vollkommen unzureichend, da sie zentrale Aspekte der Arbeit ignoriert und deren Anliegen damit nur verkürzt wiedergibt.

Die erste Dissertation: *Abbe und Ford. Pläne für die Errichtung sozialer Betriebe*

In ihrer Dissertation untersuchte Hilda Weiss am Beispiel der Carl Zeiss-Werke in Jena und der Ford Motor Company in Detroit, wie sich die Einführung neuer Produktionsmethoden auf die Arbeitsbedingungen der Arbeiter*innen auswirkte. In ihrer Autobiographie schreibt sie, dass Carl Grünberg ihr geraten hatte, bei ihrer Dissertation ihre Erfahrung als Arbeiterin bei Carl Zeiss in Jena zu nutzen, um die sozialpolitischen Ansätze von Ernst Abbe, dem Besitzer der Carl Zeiss Werke, mit denen von Henry Ford dem Gründer der Ford Motor Company, zu vergleichen. Die neuen Produktionsmethoden und

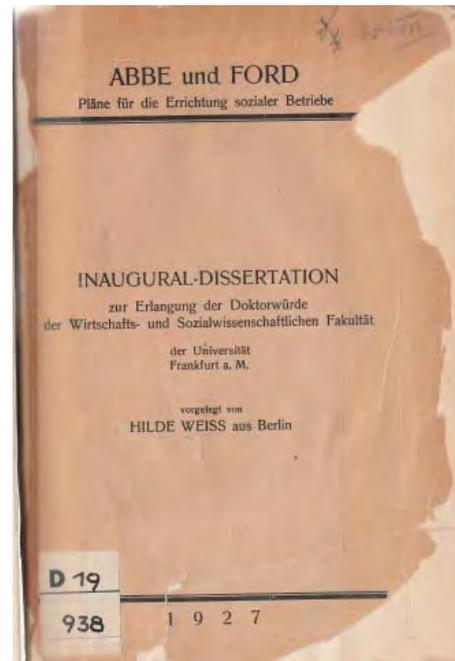
3 UAF, Abt. 156, Nr. 1417 (Promotionsakte Hilde Weiss), Bl. 10.

der neue Umgang mit den Arbeiter*innen in den Ford-Werken erregten damals viel Aufsehen. „Everybody“, so Weiss, „talked about it in a favorable or unfavorable sense.“ (Weiss 2006, 61) Aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen als Fabrikarbeiterin interessierte sie sich vor allem für die neuen Produktionsmethoden bei Ford, da diese in großem Gegensatz zu der philanthropischen Unternehmensphilosophie Abbes standen.

Hilda Weiss arbeitet zunächst die Gemeinsamkeiten zwischen der Unternehmensphilosophie von Abbe und Ford heraus. Beide gehen von einem Gesamtinteresse zwischen Arbeiter und Kapitalisten aus, welches zwar einerseits „den gesellschaftlichen Charakter der arbeitsteiligen Produktion ins Bewußtsein“ hebe, gleichzeitig jedoch „von den Antinomien der privaten Aneignung“ abstrahiere (Weiss 1927, 2). Der grundsätzliche Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, der Schaffung von Gebrauchswerten auf der einen und der privaten Aneignung des Mehrprodukts auf der anderen Seite, werde durch das Postulat der „Produktion fürs Gemeinwohl“ zu verschleiern versucht und alle, den kapitalistischen Produktionsprozess charakterisierenden, Unterschiede zwischen Arbeitern und Kapitalisten würden dadurch unkenntlich gemacht. Für Hilda Weiss wird

der kapitalistische Produktionsprozeß [...] [dadurch] zum Arbeitsprozess schlechthin, und der Kapitalist, seines kapitalistischen Wesens entkleidet, zum Arbeiter, hier zum Lohnarbeiter. Es erscheint also seine Funktion im Produktionsprozess, die Erzeugung des Mehrwerts durch fremde Arbeit und dessen Aneignung, nicht seiner Eigenschaft als Kapitalist zu entsprechen, sondern seiner Arbeitstätigkeit, genau wie jedes anderem in dem kombinierten Prozess, nur, dass diese Arbeit einer anderen, komplizierteren Funktion genügt. So werden „die Arbeit des Exploitierens und die exploitierte Arbeit, beide als Arbeit, identisch.“ (Marx III, 1 S.368 zitiert nach Weiss 1927, 5f.)

Die Ideen von Ernst Abbe lassen sich, wie Hilda Weiss schreibt, nur aus ihrem zeitlichen Entstehungskontext erklären. Abbe lebte von 1840 bis 1905, in einer Zeit, in der zunächst in England, später



Hilde Weiss Dissertation

auch in Preußen die ersten sozialpolitischen Maßnahmen zur Einschränkung von Kinder- und Frauenarbeit erlassen wurden. Seine Ideen, die in das Statut der Carl Zeiss-Stiftung (der alleinigen Eigentümerin der Carl Zeiss AG) eingingen, beruhten maßgeblich auf den Erfahrungen der Industrialisierung und dem damit verbundenen sozialen und individuellen Elend der Arbeiter. Abbe setzte sich für sozialpolitische Maßnahmen wie Alterspensionen, Kranken- und Urlaubsgeld sowie eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter, abhängig vom wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens, ein. Unter dem Schlagwort „8 Stunden Unternehmerdienst – 8 Stunden Schlaf – 8 Stunden Mensch sein“ führte er für deutsche Verhältnisse relativ früh, den Acht-Stunden-Tag in seinen Betrieben ein (Weiss 1927, 18). Weiss kommt in ihrer Arbeit jedoch zu dem Schluss, dass sich seine philanthropischen Maßnahmen nur wegen der Monopolstellung des Zeiss-Werkes realisieren ließen. Eine Umsetzung seiner Ideen unter regulären kapitalistischen Bedingungen war ihres Erachtens „wirklichkeitsfremd und utopistisch“ (ebd., 15).

Einen weitaus größeren Teil der Arbeit nimmt ihre Darstellung der Ford Motor Company und der Theorien ihres Gründers ein. Sie stützt sich dabei

vor allem auf die im Jahr 1922 veröffentlichte Autobiographie „My Life and Work“ von Henry Ford. In dieser schilderte Ford sehr detailliert den Aufstieg seiner Firma sowie seine theoretischen Überlegungen zur Revolutionierung des industriellen Produktionsprozesses und der sozialen, materiellen und ideologischen Einbindung der Arbeiter in das eigene Firmen-Imperium. Ihre Darstellung zeigt, dass es Weiss weniger um die „Möglichkeiten der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den beiden Großbetrieben“ ging, wie Garz (2006) annimmt. Für ihre Ausführungen zu Carl Zeiss Jena lässt sich dieser Aussage noch zustimmen, ihre Auseinandersetzung mit den neuartigen Produktionsmethoden der Ford Motor Company geht aber in eine vollkommen andere Richtung. Ihrem marxistischen Standpunkt entsprechend lag ihr Hauptaugenmerk auf den Wegen und Methoden, die Ford zur Steigerung des relativen Mehrwerts gefunden und erfolgreich angewandt hatte; nämlich die Verdichtung und Intensivierung der Arbeit durch höchstmögliche Ausnutzung der Arbeitskraft und der absoluten Verbesserung der Produktionsmethoden (vgl. ebd., 31). Der in der Dissertation zum Ausdruck kommende ausdrücklich politische Standpunkt der Verfasserin wurde von Garz übersehen.

Bei der Dissertation von Hilde Weiss handelt es sich um eine wissenschaftliche Analyse, bei der ausgehend von einem marxistischen Standpunkt das „Erfolgsmodell“ Ford detailliert aufgeschlüsselt wird, mit dem Ziel, seine ideologischen Komponenten aufzudecken und die Folgen dieses Systems sowohl für die kapitalistische Produktionsweise als auch für die Arbeiter aufzuzeigen. So stellt die Autorin beispielsweise den für diese Zeit unvorstellbar großen Umfang des Firmenimperiums der Ford Company dar. Dieses Imperium beschränkte sich nicht auf einzelne Autofabriken, sondern war im Kern so konzipiert, dass es nahezu autark von der (kapitalistischen) Außenwelt, das heißt unabhängig von Zulieferfirmen und öffentlicher Infrastruktur, produzieren konnte – und zwar ohne Unterbrechung, in drei Schichten täglich. Den ökonomischen Nutzen dieser Konzeption fasste Hilda Weiss, mit Verweis auf Marx, wie folgt zusammen:

Da, einmal von der Zirkulation abgesehen, die Umschlagszeit mit der Produktionszeit zusammenfällt, hat Ford das Bestreben die Dauer der Produktionszeit zu verkürzen, möglichst viel fertige Waren in kurzen Zeitläufen zu liefern, um die Umschlagsdauer seines Kapitals zu beschleunigen. Diesem Ziel dienen alle Produktionsmethoden [...] (ebd., 42).

Die Monopolstellung der Ford Company, welche auf der enorm gesteigerten Intensivierung des Arbeitstages und der daraus resultierenden Steigerung des relativen Mehrwertes infolge neuer Produktionsmethoden beruhte, ermöglichte es Ford, seinen Arbeitern überdurchschnittlich hohe Löhne zu zahlen. Anders als bei Abbe wurde die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter bei Ford jedoch nicht philanthropisch begründet, sondern folgte dem betriebswirtschaftlichen Kalkül, dass eine massenhaft produzierte Ware auch massenhaften Absatz finden muss. Durch den Einsatz besserer Maschinen und ausgeklügelter Produktionsmethoden (Fließbandarbeit, kleinteilige Arbeitsteilung, präziseste Taktung der einzelnen Arbeitstätigkeiten usw.) als die Konkurrenz versuchte Ford den Wert der Ware auf ein Minimum zu reduzieren, wobei jeder Teil der zur Produktion notwendigen Arbeit selbst wiederum auf das Mindestmögliche reduziert wurde. Im sprachlichen Duktus des Marx'schen Kapitals fasst Weiss dies folgendermaßen zusammen:

Der Absatz eines Produktes aber hängt von seiner Wohlfeilheit ab, und je massenhafter der Absatz, aber auch die Produktion, desto größer ist wieder die Möglichkeit, den Kostpreis der einzelnen Ware herabzusetzen und auf diese Weisen den Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen. Je größer andererseits die Differenz zwischen gesellschaftlichem und individuellem Produktionspreis, desto größer der aus der Ausnutzung dieser Differenz entspringende Surplusprofit. (ebd., 43)

Die aus dem Stand der Rationalisierung des Arbeitsprozesses resultierende Überlegenheit der Produktionsmethode der Ford Company gegenüber ihrer Konkurrenz war es, die es Ford durch seinen unglaublich hohen Profit ermöglichte a) seinen Ar-

beitern einen überdurchschnittlich hohen Lohn zu zahlen, sodass diese b) in der Lage waren, die Autos, die sie selbst produziert hatten, auch selbst kaufen zu können. Diesen von Ford selbst genährten Mythos kommentierte Hilda Weiss in ihrer Arbeit folgendermaßen:

Während er aber seiner erfolgreichen Praxis eine falsche Theorie unterschiebt, nämlich die, dass sein Reichtum von den Konsumenten stamme, haben wir die tatsächlichen Wurzeln aufgezeigt, die ihm seinen Vorsprung bringen. (ebd.)

Dieses Zitat zeigt, dass es Hilda Weiss um die Deonstruktion des von Ford geschaffenen Mythos ging. Den positiven Aspekten des Taylorismus, wie die Steigerung der Produktivität der Arbeit, stellt sie die dramatischen Folgen für die Arbeiter*innen entgegen, die sie mit einem Bericht aus dem Buch *Stimmen über Ford von Amerikareisenden* aus dem Jahr 1925 illustriert:

Der Körper des Fordarbeiters wird und bleibt vergiftet, seine geistigen Potenzen werden überanstrengt in der Eintönigkeit der Arbeit und Abhängigkeit des lebendigen Organismus vom leblosen Mechanismus. Die ökonomische Ausnutzung von totem Stahl und von leblosen Werkzeugen wird strengstens beachtet, während die Kraft und die Lebensinteressen der lebendigen Persönlichkeiten vollkommen vernachlässigt werden. Ford sieht ein Hauptmittel zur Besserung der Lebenslage des Arbeiters in der Vermehrung seiner Arbeit. Mathematisch nüchtern drückt er seine Anforderungen an den neu eintretenden Arbeiter aus: „Alles, was wir von ihnen verlangen, ist, dass sie physisch imstande sind, so viel Arbeit zu leisten, um den Raum, den sie in der Fabrik beanspruchen, zu bezahlen.“ (ebd., 48)

So verwundert es auch nicht, dass Ford seine Arbeiter*innen nicht trotz, sondern gerade wegen des hohen Grades der Rationalisierung der einzelnen Arbeitsprozesse nur acht Stunden am Tag arbeiten ließ. Denn gemessen an der Intensität der Arbeit in anderen Industriezweigen bedeutete der Acht-Stunden-Tag bei Ford „schon eine übermäßige Ausdehnung der Arbeitszeit, durch die ihm ein

Maximum an Profit zufällt“ (ebd., 56). Vor diesem Hintergrund relativierte sich ihres Erachtens auch das Bild der überdurchschnittlich hohen Löhne der Ford Company. Diese galten zwar als die höchsten Löhne in den Vereinigten Staaten, sie standen jedoch in keinem Verhältnis zu der ungeheuer hohen Arbeitsintensität und der damit verbundenen Überausbeutung der Arbeiter*innen.

Im Fazit betont Hilda Weiss, dass sie keine grundsätzliche Kritik an den Wohlfahrtseinrichtungen des Zeiss-Werkes übe, da diese auch weiterhin in abgewandelter Form vorhanden seien, obwohl der Betrieb seine Vormachtstellung eingebüßt hatte. Sie wollte mit ihrer Arbeit vielmehr dazu beitragen, „die Grenzen aufzuzeigen, die auch dem Zeiss-Werk durch die Notwendigkeit der Eingliederung in die Gesetze der kapitalistischen Konkurrenz gezogen sind“ (ebd., 68). Auf der anderen Seite zeige sich am Beispiel der Ford Company, wie sich durch das „Monopol des wirtschaftlich und technisch zuerst Gekommenen“ (ebd.) mittels der Anwendung von modernen Produktionsmethoden eine besondere Stellung in der kapitalistischen Konkurrenz einnehmen ließe. Dass eine Monopolstellung in der Regel nicht endlos dauert und die kapitalistische Konkurrenz ständig, bei „Strafe des Untergangs“ wie Marx schreibt, dazu gezwungen ist, „die Produktion zu verbessern und ihre Stufenleiter auszudehnen“ (Marx 2008, 255), musste Weiss nicht ausführlicher begründen. Denn 1926 zerbrach die Vormachtstellung der Ford Company und diese wurde von der General Motors Company (GM) abgelöst.

Hilda Weiss stellt diese Entwicklung in den Zusammenhang mit der Rationalisierungskrise. Für sie war es die erste Schranke, die die Verallgemeinerung der hemmungslosen Rationalisierung gefunden hatte. Eine zweite Schranke, welche der Verallgemeinerung der Ford'schen Produktionsmethoden Einhalt gebieten könnte, stellte ihrer Ansicht nach der Widerstand der Arbeiter*innen dar, „denen gerade diese Methoden als ein Weg zur Erreichung eines menschenwürdigen Daseins empfohlen werden“ (ebd., 86). Ihre Arbeit endet mit einem Statement, das sich bereits in ähnlicher Form schon in ihrem früheren Werk „Rationalisierung und Arbeiterklasse“ finden lässt, und den politischen Standpunkt von Weiss deutlich macht:

Die Arbeiterklasse kann nicht den Weg Fords gehen, der der kapitalistischen Produktion überhaupt inhärent ist, die mit der größten Ökonomie in der Verwendung der toten Produktionsmittel eine unerhörte Verschwendung des Lebens der Menschen vereinigt, und so „auf der einen Seite für die Gesellschaft verliert, was sie auf der anderen für den einzelnen Kapitalisten gewinnt“ (Marx, Kapital Bd. III, S.61). Allerdings: so wenig die Arbeiterschaft gegen die Maschine an sich ist, ebenso wenig wendet sie sich auch gegen Verbesserung der Maschinerie. Aber erst in einer Gesellschaft des Gemeineigentums an den Produktionsanlagen sieht sie die Gewähr, dass solche Fortschritte in der Produktion des materiellen Lebens auch wirklich der arbeitenden Menschheit zugutekommen. (ebd.)

Die Dissertation wurde von den beiden Gutachtern Carl Grünberg und Albert Salomon übereinstimmend mit der Note Zwei bewertet. In Salomons Gutachten heißt es, dass es sich bei ihrer Arbeit um eine „sehr fleißige und kenntnisreiche Darstellung der ‚sozialen‘ Betriebe dieser beiden Pioniere“ handele. Er kritisierte jedoch, dass die Darstellung Fords sich von der Abbes unterscheide: „Neben Produktionsprozess und Kapitalprofit wird auch die soziale Seite, die Stellung der Arbeiterschaft hervorgehoben und wenigstens die Frage: Zukunft des Kapitalismus gestreift.“⁴ Ihre mündlichen Prüfungen fanden am 1. März 1926 statt. Sie wurde in ihren beiden Hauptfächern Volkswirtschaftslehre (von Carl Grünberg) und Soziologie (von Albert Salomon) und in den Nebenfächern Betriebswirtschaftslehre (von Fritz Schmidt), Arbeitsrecht (von Hugo Sinzheimer) und Statistik (Franz Žižek) geprüft. Sie bestand mit der Gesamtnote gut.

Der formale Abschluss ihres Promotionsverfahrens zögerte sich jedoch noch einige Monate hinaus. Aus Briefwechseln zwischen Hilda Weiss und dem Dekanat der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät geht hervor, dass sie die sechsmonatige Frist zur Drucklegung ihrer Dissertation nicht einhalten konnte und mehrmals eine Fristverlängerung beantragte. Sie begründete diese mit ihrer „wirtschaftliche[n] Notlage“, die es ihr nicht ermöglichte, selbst für die Finanzierung der Druckkosten

4 UAF, Abt. 156, Nr. 1417, Bl. 12.

An das Dekanat der V. Fakultät
 Universität Frankfurt
 Universitätsarchiv Frankfurt am Main (UAF)
 Abt. 156, Nr. 1417, Bl. 12, 1926

In der Anlage sende ich einen mir eingesandten Fragebogen zurück. Gleichzeitig wurde ich das Dekanat die mir zur Drucklegung der Doktorarbeit gestellte Frist von 6 Monaten, die am 1. September abläuft, um weitere 6 Monate verlängern zu wollen. Herr Professor Grünberg, den ich nun eine eventuelle Drücklegung in seinem Labor hat, kann mir jetzt noch keine Zusicherung geben. Er wird erst später die Möglichkeiten der Annahme meiner Arbeit für den Verlag mitteilen können. Da ich selbst aber keinesfalls in der Lage bin, selbst die Drucklegung meiner Arbeit zu finanzieren, - ich habe in der letzten Studiensemester 100% Gehaltsverlust - bin ich ersuchen, nun eine Verlängerung der Frist um 6 Monate nachzusuchen. Ich bitte um Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notlage.

Hilde Weiss
 Dr. -in. publ.
 Berlin W.O.
 Kaiserin Augustastr. 73
 Telephon Frankfurt: 1470/1471/1472/1473

Hilde Weiss bittet um eine Fristverlängerung für die Drucklegung ihrer Doktorarbeit

aufzukommen. Sie erwähnt, dass Carl Grünberg ihr seine Unterstützung bei der Veröffentlichung zugesichert hatte. Es war vermutlich Grünberg, der Weiss den Druckkostenzuschuss durch den Staatsverlag der Sowjetunion vermittelte und auf diese Weise die Veröffentlichung der Dissertation ermöglichte. Als Direktor des IfS arbeitete Grünberg mit dem Marx-Engels-Institut in Moskau zusammen (vgl. Garz 2006, 105). Die Dissertation erschien 1927, ergänzt durch den radikalisierten Untertitel „Kapitalistische Utopien“, im Prager Verlag in Berlin. Am 30. Mai 1927 wurde ihr offiziell „Titel und Würde eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften“ verliehen.

Forschungsmitarbeiterin und Forschungsassistentin am Institut für Sozialforschung

Nach ihrer Promotion ging Hilda Weiss zunächst verschiedene, meist kurzfristige, Beschäftigungsverhältnisse ein. Zunächst arbeitete sie als Kindergärtnerin. Detlef Garz geht davon aus, dass diese Tätigkeit im Rahmen der *Freien Jugend*, in der sie ja auch selbst Mitglied gewesen ist, stattfand (Garz 2006, 107). Von Februar bis Oktober 1927 war sie als Privatsekretärin und Redakteurin bei Dr. Adolf Grabowsky, dem Herausgeber der *Zeitschrift für Politik* beschäftigt. Und vom Frühjahr 1928 bis Ende 1930 war sie als „Forschungsmitarbeiterin“ in der Gruppe *Bibliographie der Sozialwissenschaften* am Statistischen Reichsamt bei Otto Nathan angestellt. Von 1930 bis 1933 war Hilda Weiss dann am IfS in Frankfurt am Main, zunächst als „freie“ Forschungsmitarbeiterin später als Forschungsassistentin, tätig. In dieser Zeit war sie an drei Projekten des Instituts beteiligt: an der sogenannten Arbeiter- und Angestellten-Erhebung, am Teilprojekt *Zur soziologischen Analyse der deutschen Buchdrucker* und dem Projekt *Materialien zum Verhältnis von Konjunktur und Familie*, welches Teil der Veröffentlichung der *Studien über Autorität und Familie* war (siehe Weiss 1936a, b). Aus den „Allgemeine Richtlinien für die Arbeit von H.W.“ lässt sich zudem entnehmen, dass sie im Rahmen der *Studien über Autorität und Familie* den Auftrag hatte, wichtige Vorarbeiten für die soziologischen Arbeiten der Institutsmitglieder zu leisten. Dort heißt es:

Für die soziologischen Arbeiten, die sich auf drei Länder (Deutschland, Frankreich, U.S.A., eventuell auch Russland) und auf bestimmte soziale Schichten (Angestellte und Arbeiter) erstrecken, brauchen sämtliche Mitarbeiter zunächst eine grobe Orientierung über die wirtschaftliche Entwicklung im Zusammenhang mit den bisher statistisch erfassten Daten über die Familie, die sich etwa auf die letzten hundert Jahre erstrecken. [...] H.W. wird zunächst auf Grund einer summarischen Orientierung einen Entwurf anfertigen, welche Wege sie zur Bewältigung dieser Aufgabe einzuschlagen gedenkt. (zitiert nach Garz 2006, 108)

Hilda Weiss war während ihrer Zeit am IfS enorm produktiv. Allein bei ihrer Mitarbeit an den *Studien über Autorität und Familie* verfasste sie insgesamt

drei Manuskripte, von denen jedoch keines erhalten geblieben ist. Dazu zählten ein Bericht über *Die soziale und intellektuelle Position der deutschen Arbeiterklasse* (Umfang unbekannt), ein Manuskript über *Die soziologische Analyse der deutschen Buchdrucker* (190 Seiten) sowie ein Manuskript über *Das Verhältnis zwischen der ökonomischen Depression und dem Bevölkerungswachstum* (109 Seiten) (vgl. Garz 2006, 108).

Das umfangreichste Projekt, an dem sie beteiligt gewesen ist, war die sogenannte *Berliner Arbeiter- und Angestellten-Erhebung* aus den Jahren 1929/1930, die sie zusammen mit Erich Fromm durchführte.⁵ Hierzu versandten sie bis zu 3000 Fragebögen, vorwiegend an „qualifizierte Arbeiter, Angestellte und untere Beamte [...] aller politischen und religiösen Richtungen“ (Weiss 1936a, 239) in verschiedenen deutschen Städten. Ziel der Erhebung war es, einen Einblick in die psychische Struktur der Arbeiter*innen und Angestellten zu bekommen. Gleichzeitig sollte der Frage nachgegangen werden, inwiefern eine Kohärenz der psychischen Struktur zu den politisch-sozialen Einstellungen der Befragten festzustellen war. Bis Ende 1931 hatten die beiden insgesamt 1100 Fragebögen zurückbekommen, die es fortan zu sichten, zu sortieren und auszuwerten galt (Bonß 1980, 8). Im Rahmen der *Studien über Autorität und Familie* verfasste Hilda Weiss eine erste Zusammenfassung in Form eines Vorberichtes, in welchem sie kurz auf die Rahmenbedingungen, das Ziel und die ersten Erkenntnisse der Erhebung einging. Sie verwies dabei auf die den Fragen zugrunde liegenden ausgedehnten theoretischen Überlegungen, durch die man erhoffte, Antworten zu erhalten, „die Schlüsse auf Triebstruktur und ganz besonders auch auf deren unbewusste Anteile“ erlaubten (vgl. Weiss 1936a, 249). Basierend auf den von Fromm im sozialpsychologischen Teil der Studie entworfenen Charaktertypen wurden nach der Auswertung der Fragebögen drei „für das Deutschland dieser Jahre kennzeichnende Haupttypen“ herausgearbeitet: der autoritäre Charakter, der revolutionäre Charakter und der ambivalente Charakter (vgl. Weiss 1936a, 239). Nach einer Auswertung einiger ausgewählter

⁵ Die Studie wurde zunächst weitgehend von Hilda Weiss bearbeitet; siehe ausführlich Bonß 1980, 7.

Fragebögen zeigt sie abschließend an einem Beispiel ihre Vorgehensweise bei der Zuordnung zu den verschiedenen Charaktertypen:

Der Typ, der als Bilder Familienphotographien, Brandmaler-Arbeiten oder Kriegsbilder hatte, den modernen Baustil hässlich fand, der Meinung war, dass die Schuld am Schicksal jeder nur selbst trägt, fand gewöhnlich auch, dass man Kinder nicht sexuell aufklären sollte und dass man in der Erziehung nicht ohne Prügel auskomme. Wer Bilder von politischen Führern aufhängte, die modernen Siedlungshäuser schön fand, den gesellschaftlichen Bedingungen und der Erziehung die Schuld am Schicksal gab, war auch zur sexuellen Aufklärung geneigt und ein Gegner der Prügelstrafe. (Weiss 1936a, 271)

Die geplante Veröffentlichung der Studie in der *Zeitschrift für Sozialforschung* kam nicht zustande. Sie wurde erst im Jahr 1980 unter dem Titel *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung* veröffentlicht. Ein Grund hierfür war sicherlich, dass es mit Max Horkheimer, der seit 1930 Direktor des IfS war, zu einer programmatischen Wende in der inhaltlichen Ausrichtung des Instituts kam. Horkheimer hatte bereits in seiner Antrittsrede *Die gegenwärtige Lage der Sozialphilosophie und die Aufgaben eines Instituts für Sozialforschung* dem traditionalistischen materialistischen Verständnis von Grünberg eine deutliche Absage erteilt und forcierte fortan eine interdisziplinäre Ausrichtung des Instituts, unter ausdrücklicher Einbeziehung der Psychoanalyse (vgl. Garz 2006, 106). Zudem war Horkheimer im Gegensatz zu Grünberg sehr darauf bedacht, das Institut von jeglichen parteipolitischen Äußerungen zugunsten des Marxismus fernzuhalten (vgl. ebd.). In diesen Kontext lässt sich auch eine Aussage Erich Fromms stellen, nach der Horkheimer die Veröffentlichung der Studie verhinderte, weil sie ihm zu marxistisch war (vgl. Bonß 1980, 9). Die Studie wurde zwar zunächst nicht veröffentlicht. Ihre Ergebnisse trugen jedoch wesentlich zur realistischen Einschätzung der Institutsmitglieder bezüglich der politischen Lage der Weimarer Republik bei. Der engste Kreis um Horkheimer begann bereits 1930 erste Vorbe-

reitungen für eine eventuelle Emigration des Institutes und seiner Mitarbeiter*innen zu treffen (vgl. Schwandt 2010, 83). Herbert Marcuse antwortete einmal auf die Frage, was seiner Meinung nach zu den beeindruckendsten Leistungen des Institutes gehörte, neben der philosophischen Erneuerung des Marxismus und der Psychoanalyse: „die ausgezeichnete Analyse der politischen Situation. Niemand am Institut hat zum Beispiel daran gezweifelt, dass Hitler an die Macht kommen würde und dass er, wenn er einmal an der Macht wäre, unvorhersehbar lange Zeit auch an der Macht bleiben würde.“ (Schwandt 2010, 83)

Hilda Weiss schildert in ihrer Autobiographie, dass sich die Antworten auf die von ihr versendeten Fragebögen von 1932 bis Anfang 1933 nach und nach änderten. Sie verstand den Wandel der Antworten hierbei eindeutig als Reaktionen auf die 1929 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise und die wachsenden sozialen wie politischen Spannungen, die diese in der Weimarer Republik nach sich gezogen hatten. Zusammenfassend schreibt sie:

Fear and pressure from above made the German workers think and react in the traditional Prussian way. A lot of them began to see no other way out of political and economic crises than to look for a strong hand, a man with absolute power. Bismarck, Napoleon and Luther were mentioned as the most important personalities more and more often in the questionnaires that came back. These same names were written down by national socialist, catholic, social democrat and even communist workers. (Weiss 2006, 63)

Emigration nach Frankreich

Da sich Mitglieder des Instituts für Sozialforschung bereits 1930 auf eine mögliche Machtübernahme der NSDAP eingestellt hatten, begannen sie frühzeitig Vorkehrungen für die Fortsetzung der Arbeit des IfS im Exil zu treffen. Es wurden Niederlassungen des Instituts in Genf und Paris gegründet und ein Großteil des Stiftungsvermögens rechtzeitig ins Ausland transferiert. Die erste Anlaufstelle von Hilda Weiss nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 war am 4. April 1933 die Zweigstelle des IfS in Genf. Von

dort aus emigrierte sie noch im selben Monat weiter nach Frankreich, wo sie bis zu ihrer Kündigung am 31. Dezember 1935 als freie Mitarbeiterin bei der Pariser Niederlassung des IfS beschäftigt war (Garz 2006, 110). Über ihre konkrete Tätigkeit am Institut während dieser Zeit ist nichts bekannt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sie auch weiterhin mit der Bearbeitung verschiedener Projekte betraut war. Mit dem Einverständnis Horkheimers begann sie während ihrer Anstellung am Institut mit der Arbeit an einer zweiten Dissertation, die sie bei Célestin Bouglé schrieb, einem Soziologen und Radikalsozialisten, der an der Pariser Sorbonne lehrte.

Die zweite Dissertation: *Les Enquêtes Ouvrières en France. Entre 1830 et 1848*

Hilda Weiss schloss ihre Dissertation *Les Enquêtes Ouvrières en France. Entre 1830 et 1848* an der Sorbonne in Paris Ende 1935 ab. Die Arbeit wurde von Célestin Bouglé mit der Note „sehr gut“ bewertet (vgl. Garz 2006, 114). Ein Auszug, der 1936 unter dem Titel *Die ‚Enquête Ouvrière‘ von Karl Marx* in der *Zeitschrift für Sozialforschung* veröffentlicht wurde, vermittelt einen guten Einblick in diese Arbeit. Hilda Weiss befasst sich in ihrer zweiten Dissertation kritisch mit staatlichen Arbeiterbefragungen, wie sie nach dem englischen Vorbild der Fabrikspektoren in Frankreich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchgeführt wurden, und kontrastiert diese mit dem von ihr rekonstruierten von Karl Marx für die Arbeiterstudie *Les Enquêtes Ouvrières en France* entworfenen Fragebogen. Sie arbeitet das emanzipatorische Potential des Fragebogens von Marx heraus und zeigt, dass es Marx bei der Befragung in erster Linie um eine genaue Schilderung der wirklichen sozialen Verhältnisse der befragten Arbeiter sowie um deren Bewusstseinsbildung und Politisierung ging. Hierzu schreibt Weiss:

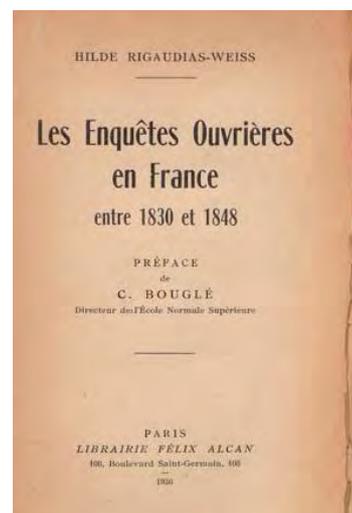
Er stellt der Erhebung die besondere Aufgabe, den Arbeitern selbst zur Erkenntnis ihrer Lage zu verhelfen. Für die Philanthropen waren sie als leidendste Schicht der Gesellschaft das Objekt ihrer Fürsorge; Marx sah in ihnen die gesellschaftlich unterdrückte Klasse, die, wenn sie zum Bewusstsein ihrer Situation gelangt, Herr ihres Schicksals wird. Mit der Entwicklung des indust-

riellen Kapitalismus wächst nicht nur die Verelendung des Proletariats, sondern auch sein Wille zur Emanzipation; zur ‚Vorbereitung der gesellschaftlichen Erneuerung‘ soll die ‚Enquête Ouvrière‘ ein Grundstein sein. (Weiss 1966, 133)

Der Fragebogen war so aufgebaut, dass die gestellten Fragen sich auf das gesamte Berufslebens der Arbeiter bezogen und diesen vermitteln sollten, wie die einzelnen Aspekte ihres Alltags miteinander zusammenhängen und welchen allgemeinen Gesetzen sie unterworfen waren (vgl. ebd., 136). Durch die Beobachtung und Schilderung ihrer eigenen Erfahrungen sowie der ihrer Arbeitskollegen sollten sie in die Lage versetzt werden, die allgemeine Bedeutung ihrer alltäglichen Konflikte zu erkennen:

Hat der Arbeiter den von Marx gewiesenen Weg soweit zurückgelegt, so hat er die Gesellschaftsordnung erkannt, deren Opfer er ist, und folgerichtig erhebt für ihn die Frage: was kann ich für die Besserung meiner Lage, für die Befreiung der Arbeiter tun? (ebd., 138)

Der letzte Teil des Fragebogens behandelte verschiedene Methoden, welche die Arbeiter zu ihrer eigenen Befreiung anwenden sollten. Letztlich, so Hilda Weiss, ging es Marx darum konkrete Vorschläge für die Selbstbefreiung der Arbeiter zu machen, gleichzeitig wollte er mit seinen Fragen die Arbeiter



Hilda Weiss' zweite Dissertation

„vor der Illusion einer Harmonie der Interessen, vor utopischen Systemen und Reformvorschlägen“, d. h. vor der bürgerlichen Sozialreform warnen (ebd.). Bemerkenswert war für Weiss die Bedeutung, die Marx den Fragebögen beimaß und die im Begleitschreiben der versandten Fragebögen deutlich sichtbar wurde. Dort hieß es: „Diese Arbeitshefte („Cahiers du Travail“) sind die erste Aufgabe, welche der sozialistischen Demokratie zur Vorbereitung der gesellschaftlichen Erneuerung obliegt.“ (ebd., 140)

Die Beschäftigung mit der empirischen Studie von Karl Marx entsprach allerdings nicht dem Forschungsinteresse von Hilda Weiss. Wie aus einem Briefwechsel zwischen Weiss und Max Horkheimer hervorgeht, war sie über den historischen Charakter ihrer Arbeit zunächst nicht sehr glücklich. Bouglé hatte ihr das Thema vorgegeben und zur Bedingung für eine weitere Zusammenarbeit gemacht. Am 22. September 1934 schrieb Weiss an Horkheimer:

Diese historische Arbeit ist gewissermaßen zum Kaufpreis geworden für die Arbeit über die Mentalität des französischen Arbeiters in der Gegenwart, die ich ihm [Bouglé, J.S.] vorschlug und mit der er sich auch einverstanden erklärte – nach dieser historischen Arbeit.⁶

Gemeint waren empirische Studien, die sie mit Bouglé in Pariser Arbeitervierteln durchführen wollte.

Leben im Exil in Frankreich

Frankreich stellte für Hilda Weiss nur eine Zwischenstation in ihrem Leben im Exil dar. Wie viele Emigrant*innen, gerade auch aus dem Umfeld des IfS, versuchte sie in die Vereinigten Staaten von Amerika zu gelangen. Das belegen verschiedene Briefwechsel. Sowohl Hilda Weiss als auch ihr Doktorvater Bouglé baten mehrmals Horkheimer um Unterstützung bei einer Einreise in die USA. In einem Brief vom 22. Februar 1935 antwortete Horkheimer zwar verhältnismäßig optimistisch: „Glauben Sie nicht, dass wir uns über ihre Zukunftswege keine Gedanken machen.“⁷ Insgesamt schätzte er die Möglichkeiten eine Anstellung für sie zu finden aber sehr gering ein. In einem weiteren Brief an Horkhei-

mer vom 11. Juni 1935 schreibt Weiss, dass Friedrich Pollock ihr mitgeteilt hatte, dass sie aufgrund der schlechten finanziellen Lage des Instituts nicht weiter beschäftigt werden könne und ihr Vertrag daher zum Beginn des Jahres 1936 gekündigt werde.⁸ Zur selben Zeit eröffnete ihr Bouglé, dass auch er ihr wegen der vorherrschenden Xenophobie nicht mehr helfen könne eine feste Anstellung in Frankreich zu bekommen.⁹ Die zunehmend schwierige Situation von Weiss war vermutlich ein entscheidender Grund für Heirat am 17. Oktober 1935 mit Louis Rigaudias, einem „aktiven Vertreter des Trotzismus in Frankreich“ (Garz 2006, 114). Sowohl die bereits drei Jahre später erfolgte Scheidung als auch eine Äußerung von Gretel Glogau, der späteren Ehefrau von Rigaudias deuten auf eine sogenannte politische Heirat hin. Glogau schrieb: „This was not a bourgeois marriage but a selfless political gesture such as was expected and realized in those years many time to save leftwing exiles from Hitler“ (zitiert nach Garz 2006, 115). Durch die Heirat erhielt Weiss die französische Staatsbürgerschaft. Dies ermöglichte ihr nach dem Ende ihrer Beschäftigung beim IfS einer regulären Erwerbsarbeit nachzugehen. Von 1936 bis 1937 arbeitete sie als Deutschlehrerin an einer Montessori-Schule in Paris und von 1937 bis 1939 erhielt sie zudem ein Stipendium des *Ministry of National Education*, für welches sie, unter Leitung Célestin Bouglés, ein Manuskript zum Thema „The First French Workers Newspapers 1830-1848“ erstellte (vgl. Garz 2006, 116). Die französische Staatsbürgerschaft erleichterte ihr außerdem die Emigration in die USA im April 1939, nur wenige Monate vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Schlussbetrachtungen

Die wissenschaftliche Biographie von Hilda Weiss bis zu ihrer Emigration in die USA zeigt, dass sie ein ungewöhnliches und von Brüchen gekennzeichnetes Leben führte. Dass ein autobiographisches Manuskript über diesen Teil ihres Lebens vorliegt, erleichtert den Zugang und bietet zugleich Anhaltspunkte, um sich tiefer mit einzelnen Aspekten ihres Werdegangs auseinanderzusetzen. Es ist jedoch

⁶ MHA, Briefwechsel Max Horkheimer - Hilda Weiss.

⁷ Ebd.

⁸ Weiss an Horkheimer, 11.06.1935, in: MHA.

⁹ Ebd.

wichtig das dort Geschriebene als Quelle kritisch zu betrachten und nach den nicht erwähnten, bzw. ausgeblendeten Aspekten zu fragen.

Um einen möglichst objektiven Umgang mit dem vorhandenen Material zu finden, ist es notwendig, die Umstände, die Hilda Weiss dazu gebracht haben, dieses autobiographische Manuskript zu verfassen, zu reflektieren. Wie weiter vorne ausgeführt, verfasste Hilda Weiss das Manuskript als Beitrag für ein wissenschaftlichen Preisausschreiben der Harvard Universität, das sich an alle jene richtete, die „Deutschland vor und während Hitler gut kannten“ (Garz 2006, 95). Das Manuskript entstand zwischen 1939 und 1940. Es zeichnet sich, wie Garz feststellt, durch eine Perspektive aus, „die in unmittelbarer Verbindung zu den Geschehnissen zu Papier gebracht wurde [...] und somit noch nicht überlagert und damit möglicherweise nachträglich modifiziert wurde von späteren Erfahrungen und Erinnerungen“ (ebd., 96). Es handelt sich jedoch um eine narrative Erzählung, das Geschilderte basiert auf einer subjektiven Auswahl und Darstellung der Verfasserin. Bei der Auswahl darf nicht vergessen werden, dass Hilda Weiss auch aus strategischen und politischen Gründen bestimmte Aspekte ihres Lebens besonders in den Vordergrund stellte, andere wiederum nur sehr knapp behandelte oder, im Zweifel, bestimmte Details einfach nicht in ihr Manuskript aufnahm (vgl. Garz 2006, 101 FN 26).

Auffallend bei der Durchsicht des autobiographischen Manuskripts von Hilda Weiss und der Sekundärliteratur von Detlev Garz, Sandra Kirsch und Axel Fehlhaber, ist, dass dort zwar verhältnismäßig viel über die politischen Aktivitäten von Hilda Weiss während ihrer Jugendzeit und über ihre gewerkschaftliche Tätigkeit bei Carl Zeiss Jena zu erfahren ist. Darüber hinaus gibt es aber kaum bzw. keine Informationen darüber, ob und wie sich Weiss in der anschließenden Zeit politisch betätigte. Das Manuskript erweckt den Eindruck, dass ihre politische Tätigkeit durchaus intensiv, aber zeitlich begrenzt war und sich lediglich auf die „rebellische“ Phase ihrer Adoleszenz beschränkte. Diesen Eindruck nimmt Sandra Kirsch bei ihrer Analyse der Autobiographie von Weiss zum Ausgangspunkt für folgende, meines Erachtens falsche Einschätzung:

Nach der Entlassung bei Zeiss erfolgt dann der ‚Rückzug‘ auf die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit; darin vor allem wird ihr eine Identifikation mit dem Vater möglich, der sich (scheinbar) in eine auf das ‚Geistige‘ reduzierte Welt zurückgezogen hatte und von dieser Warte aus das Handeln in seiner Umwelt kritisch reflektierte. (Kirsch 2007, 42)

Interessanterweise erfahren wir aus dem Nachwort von Detlev Garz, dass Hilda Weiss in einem in ihrer Akte des Federal Bureau of Investigation (FBI) überlieferten Fragebogen angab, von 1925 bis 1932 Mitglied der *Kommunistischen Partei Deutschlands* (KPD) – und zwar in Berlin und in Frankfurt – gewesen zu sein. Von 1935 bis 1938 war sie außerdem Mitglied der *Section française de l’Internationale ouvrière* (SFIO - Französische Sektion der Arbeiter-Internationale) (vgl. Garz 2006, 128f.). Ihr kurzzeitiger Ehemann, Louis Rigaudias war ebenfalls zeitweise Mitglied der SFIO, als aktiver Trotzlist wurde er im Jahr 1935 jedoch offiziell ausgeschlossen.¹⁰ Im Fragebogen gab Hilda Weiss zudem an, niemals ein offizielles Amt in einer dieser Parteien ausgeführt zu haben. Diese Angabe mag nun der Wahrheit entsprechen oder auch nicht. Aus einer Äußerung von Gretel Glogau, der späteren Ehefrau von Louis Rigaudias, lässt sich schließen, dass Weiss in sozialistischen und kommunistischen Kreisen nicht unbekannt war. Glogau wies darauf hin, dass Kommunisten (womit vermutlich ausschließlich Mitglieder der KPD gemeint waren) ihre eigenen Rettungsorganisationen hatten, um ihre Mitglieder vor den Nazis zu retten, dass sie jedoch davon ausgeht, dass in diesem Fall, „she [Hilda Weiss, J.S] was known in some leadership circles as ‚worth saving““ (zitiert nach Garz 2006, 115).

Die Informationen, die Hilda Weiss uns durch ihr autobiographisches Manuskript zugänglich macht, zusammen mit den von Detlev Garz recherchierten Quellen geben meines Erachtens nur ein unvollständiges Bild ihrer Person ab. Die Auseinandersetzung mit den veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten von Weiss beleuchten bisher wenig bekannte Aspekte ihrer wissenschaftlichen Biographie. Die

¹⁰ <http://www.revolutionaryhistory.co.uk/obituaries/obituaries/rigaudias.htm> (zuletzt aufgerufen am 26.08.2014).

Arbeiten zeichnen sich durch eine breitgefächerte Kenntnis der marxistischen Literatur der damaligen Zeit aus und sind durch eine ausdrücklich politische Haltung der Autorin gekennzeichnet.

Auch wenn Hilda Weiss in ihrem autobiographischen Manuskript nicht darauf eingeht, so ist meines Erachtens dennoch davon auszugehen, dass sie auch nach 1924 weiter aktiv politisch aktiv war und nicht nur zu den passiven Mitgliedern der KPD gehörte. Dass sie diesen Aspekt in ihrer Biographie ausblendete, ist vor dem Hintergrund ihrer erzwungenen Emigration und der Entstehungszeit des Textes, dem Antikommunismus der McCarthy-Ära nachvollziehbar.

Die Person Hilda Weiss war in ihrer Zeit eine Ausnahmeerscheinung. Denn sie schaffte es, sich in einer patriarchalen Gesellschaft als selbstbewusste Frau zu behaupten. Als aktives – und einziges weibliches – Mitglied des Fabrikrates bei Carl Zeiss Jena genauso wie als Doktorandin und spätere Mitarbeiterin des IfS. Aus ihren erhalten gebliebenen Arbeiten, und den Arbeiten an denen sie mitgewirkt hat, geht hervor, dass sie nicht nur in marxistischer Literatur, sondern darüber hinaus ebenfalls im Bereich der Statistik und der Ökonomie über ein sehr breites Wissen verfügte. Auch die Tatsache, dass sie bei der Arbeiter- und Angestelltenerhebung zusammen mit Erich Fromm bis dahin kaum bekannte und in Deutschland kaum etablierte Erhebungsverfahren und empirische Forschungsmethoden einsetzte (vgl. Schwandt 2010, 72), zeugen von einem intrinsischem Interesse wissenschaftlich zu arbeiten. Als Frau gehörte sie zu dieser Zeit sicherlich zu einer der Pionierinnen, die jenseits des Professorinnenstatus kontinuierlich, über einen längeren Zeitraum im universitären Bereich wissenschaftlich arbeiten konnten. Mit sehr großer Wahrscheinlichkeit hätte sie ihre wissenschaftliche Karriere in Deutschland fortgesetzt, wenn die Machtergreifung der Nationalsozialisten sie nicht 1933 zur Emigration gezwungen hätte. Ihre vor 1933 verfassten Arbeiten sowie ihre Bereitschaft in der französischen Emigration eine weitere Dissertation zu verfassen, sind eindrückliche Beispiele ihrer wissenschaftlichen Motivation und Kompetenz.

Eine, obgleich verspätete, Anerkennung ihrer wissenschaftlichen Leistungen stellten der Wie-

derabdruck ihres Artikels *Die Enquête Ouvrière von Karl Marx* in dem von Friedrich Fürstenberg herausgegebenem Sammelband industriesoziologischer Klassiker*innen sowie die erst im Jahr 1980 von Wolfgang Bonß unter dem Titel *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung* veröffentlichte Arbeiter- und Angestellten-Untersuchung, dar. Abgesehen von einigen kurzen industriesoziologischen Artikeln scheint sich Hilda Weiss in ihrer wissenschaftlichen Laufbahn in den USA mehr auf die Lehre als auf die Forschung konzentriert zu haben, umso interessanter erscheint deshalb die Beschäftigung mit ihren früheren Arbeiten.

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

Weiss, Hilda (1926) : Rationalisierung und Arbeiterklasse: zur Rationalisierung der deutschen Industrie. Berlin: Führer-Verlag.

Weiss, Hilda (1927): Abbe und Ford. Pläne für die Errichtung sozialer Betriebe, Frankfurt am Main, Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt a. M.

Weiss, Hilda (1936a): Arbeiter- und Angestellten-Erhebung. In: Horkheimer, Max/Fromm, Erich/ Marcuse/ Herbert u.a.: Studien über Autorität und Familie. Paris :Verlag Félix Alcan, 239-271.

Weiss, Hilda (1936b): Materialien zum Verhältnis von Konjunktur und Familie. Bericht über ein Manuskript von 109 Seiten. In: Horkheimer, Max/Fromm Erich/ Marcuse/ Herbert u.a.: Studien über Autorität und Familie. Paris: Verlag Félix Alcan, 579-581.

Weiss, Hilda (1966): Die „Enquête Ouvrière“ von Karl Marx. In: Industriesoziologie I. Vorläufer und Frühzeit 1835-1934, hrsg. v. Fürstenberg, Friedrich. Neuwied: Luchterhand.

Weiss, Hilda (2006): My life in Germany Before and After January 30, 1933. In: Hilda Weiss - Soziologin, Sozialistin,

Emigrantin; ihre Autobiographie aus dem Jahr 1940, herausgegeben und mit einem Nachwort von Detlef Garz. Hamburg: Verlag Dr. Kovač, 8-70.

Sekundärliteratur

Bonß, Wolfgang (1980): Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches: Eine sozialpsychologische Untersuchung. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Fehlhaber, Axel (2007): Die Entschlüsselung literarischer Gestaltungen in autobiographischen Texten mithilfe der Analyse und Interpretation objektiver Daten. In: Heide von Felden (Hrsg.): Methodendiskussion in der Biographieforschung. Klassische und innovative Perspektiven rekonstruktiver Forschung, Mainz: Logophon-Verlag, 45-66.

Garz, Detlef (2006): Nachwort. In: Hilda Weiss - Soziologin, Sozialistin, Emigrantin; ihre Autobiographie aus dem Jahr 1940 / herausgegeben und mit einem Nachwort von Detlef Garz. Hamburg: Verlag Dr. Kovač, 93-130.

Jay, Martin (1987): Dialektische Phantasie: Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch Verlag.

Kirsch, Sandra (2007): Themenanalyse als Erschließungsvariante in der objektiv-hermeneutischen Analyse und Interpretation (auto-)biographischer Texte. In: Heide von Felden (Hrsg.): Methodendiskussion in der Biographieforschung. Klassische und innovative Perspektiven rekonstruktiver Forschung. Mainz: Logophon-Verlag, 25-44.

Marx, Karl (2008): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Band 3. Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion. Berlin: Dietz-Verlag.

Sabrow, Martin (1999): Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch-Verlag.

Sabrow, Martin: Walther Rathenau - der Mann vieler Biographien, <http://www.schule.de:8080/wro/Rathenau/sabrow.pdf> (zuletzt aufgerufen am 19.07.2014).

Schwandt, Michael (2010): Kritische Theorie: Eine Einführung, Stuttgart: Schmetterling Verlag.

Wiggershaus, Rolf (2008): Die Frankfurter Schule: Geschichte, theoretische Entwicklung, politische Bedeutung. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Archivquellen

Universitätsarchiv Frankfurt (UAF), Abt. 156, Nr. 1417 (Promotionsakte Hilda Weiss).

Universitätsarchiv Frankfurt (UAF), Abt. 604, Nr. 483 (Studentenakte Hilda Weiss).

Onlinequellen

<http://www.revolutionaryhistory.co.uk/obituaries/obituaries/rigaudias.htm> (zuletzt aufgerufen am 26.08.2014).

MHA, Briefwechsel Max Horkheimer - Hilda Weiss, in: Nachlass Max Horkheimer der Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, <http://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/horkheimer/content/thumbview/4148559> (zuletzt aufgerufen am 26.08.2014).

LIOBA CANAN TEKIN

Die „rote“ Akademikerin Elisabeth Kolb

Einleitung und Reflexion der Quellenlage

Elisabeth Kolb (1900-1991) war eine der ersten Sozialwissenschaftlerinnen der Frankfurter Universität. Sie war aktive Kommunistin, studierte Wirtschaftsgeographie, Pädagogik, Französisch, Spanisch und Volkswirtschaft und promovierte schließlich in der Soziologie. Kolbs politische Überzeugung zog sich wie ein roter Faden durch ihr Leben. Dies zeigte sich sowohl an ihrem Engagement in der Hochschulpolitik als auch bei der Wahl ihrer Studienfächer und dem Thema ihrer 1947 abgeschlossenen Promotion. Zu ihrer Biographie wurden bisher noch keine Forschungsversuche unternommen. Diese Ausarbeitung stützt sich daher auf bisher unveröffentlichte Quellen, die schriftliche Auskunft von Archivmitarbeiter*innen sowie auf Forschungsliteratur über die Universität Frankfurt in der Zeit zwischen 1930 und 1945 und den darin enthaltenen Zeitzeug*innenberichten. Die Quellenlage war allerdings in manchen Punkten nicht ausreichend um aussagekräftige Ergebnisse zu formulieren. An anderen Stellen gab es widersprüchliche Informationen, die eventuell auf das Gedächtnis der Zeitzeug*innen oder die Interpretation der Forscher*innen zurückzuführen sind. Zu Elisabeth Kolb als Person gibt es abgesehen von den Akten im Universitätsarchiv Frankfurt so gut wie keine Informationen.

Zur Person, zum Studium und zur Promotion von Elisabeth Kolb

Elisabeth Kolb wird am 29. April 1900 in Bad Ems an der Lahn geboren. Sie wächst in einer evangelischen wohlhabenden bürgerlichen Familie in der Wilhelmsallee-Straße auf. Bei ihrer Immatrikulation in Frankfurt gibt sie die Preußische Staatsangehörigkeit an, denn Bad Ems gehört zu dieser Zeit zur Preußischen Provinz Hessen-Nassau. In ihrem für



Ausweiskarte Elisabeth Kolb, Wintersemester 1928/29

die Anmeldung zur Promotion verfassten Lebenslauf gibt Kolb an, dass sich ihre Eltern eine vielseitige Ausbildung für sie wünschten. Sie besucht daher zunächst ein Lyzeum, dann eine Frauenschule und anschließend eine Handelsschule in Ems und in Koblenz.¹ Mit 27 Jahren entschließt sie sich zu studieren. Zwischen dem Abschluss an der Handelsschule und der Aufnahme des Studiums geht sie nach eigenen

¹ Lebenslauf, in: UAF, Abt. 156, Nr. 2609 (Promotionsakte Elisabeth Kolb), Bl. 7.

Angaben dem „Haustochterdasein“ nach.² Der anschließende Besuch der Universität könnte der Tatsache geschuldet sein, dass sie noch unverheiratet ist.

Elisabeth Kolb gehört zu den Studentinnen, die nach der Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium als erste Generation von Frauen nicht als Autodidaktinnen in die Wissenschaft eintreten. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erfahren an deutschen Universitäten zu dieser Zeit einen enormen Zuwachs an Studentinnen, die gerade an der Universität Frankfurt auffällig oft den Weg der Handelslehrerin wählen (Förder-Hoff 1992, 152-155). Auch Kolb wählt diese Richtung, muss jedoch für die Aufnahme an der Universität zuvor noch die Reifeprüfung der Obersekunda für Lyzeen und eine Sonderreifeprüfung ablegen.

Im Oktober 1928 beginnt sie ihr Studium an der Universität Frankfurt am Main. Ihr Interesse für Sprachen veranlasst sie, das Studium des Diplomhandelslehrers zu wählen, das in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eingegliedert ist. Auf ihrer Anmeldekarte gibt sie an, im *Hospiz Bahnhofshaus* in der Frankfurter Gutleutstraße zu wohnen. Dies war eine soziale Einrichtung des *Vereins der Freundinnen junger Mädchen EV* (Frankfurter Adressbuch 1931, 133), die preiswerte Unterkünfte für Studentinnen und für berufstätige unverheiratete Frauen zur Verfügung stellte.

Elisabeth Kolb ist vom Wintersemester 1928/29 bis zum 29. November 1930 vier Semester in Frankfurt eingeschrieben. Sie unterbricht ihr Frankfurter Studium, um im Wintersemester 1930/31 ein Semester lang an der Berliner Handelshochschule zu studieren.³

Im April 1931 immatrikuliert sich Kolb erneut in Frankfurt. Kurze Zeit später lässt sie sich beurlauben, da sie sich für die Diplom-Handelslehrer-Prüfung angemeldet hat und das Urlaubssemester zur Fertigstellung ihrer Diplomarbeit benötigt.⁴

Im Sommer 1932 schließt sie ihre Diplomprüfung in den Fächern Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Pädagogik, Französisch, Spanisch und Wirtschafts-

geographie mit der Note „gut“ ab. Hier zeigt sich zum ersten Mal ihr Interesse an Politik, denn ihre wissenschaftliche Abschlussarbeit verfasst sie zum Thema „Die politische Erziehung der Jugend“.⁵

Sie beginnt anschließend ihre Promotion bei Hans Schrepfer, einem Professor am Geographischen Institut. Vor Beendigung ihrer Dissertation zum Thema „Bodenständigkeit der nordfranzösischen Industrie“ kommt es jedoch zu einem gravierenden Vorfall. Kolb wird bei der Verteilung von Flugblättern für die *Rote Studentengruppe* (RSG) festgenommen. Bei der anschließenden Hausdurchsuchung durch die Gestapo werden ihre Unterlagen, darunter auch die fast fertige Doktorarbeit, verbrannt.

Im Juni 1933 wird sie vom Senat der Universität Frankfurt „wegen Betätigung im kommunistischen Sinne“ von der Universität relegiert (Dorner 1989, 82). Sie muss sich schriftlich zu diesem Vorfall äußern und soll Namen weiterer Mitglieder der RSG nennen. Dazu will sie keine Angaben machen, verweist jedoch bei Rückfragen zu ihrer Person auf ihren Doktorvater. Schrepfer ist bekannt für seine nationalistische Überzeugung, er ist Mitglied in der SA, der NSDAP und im NS-Dozentenbund und argumentiert auch wissenschaftlich immer im Rückbezug zum „alemannischen“ Raum (Zondergeld 2003, 656-657). Kolb und Schrepfer scheinen sich jedoch gut verstanden zu haben, was bei Kolbs kommunistischer und antifaschistischer Überzeugung sehr verwundert.⁶

Nach ihrer Relegation zieht Elisabeth Kolb zwei Jahre zurück zu ihren Eltern nach Bad Ems. Dort kommt es laut Kolb durch den Vorfall in Frankfurt zum Bruch mit ihren Eltern. Sie verlässt daraufhin 1935 ihr Elternhaus und geht wieder zurück nach Frankfurt. Dort arbeitet sie, auch während der Kriegsjahre, als Stenotypistin, Auslandskorrespondentin und mindestens 11 Jahre, auch nach Beendigung des Krieges, bei der Firma *Telefonbau und Normalzeit*.⁷ Zudem ist sie zwischen 1939 und 1945

5 UAF, Abt. 156, Nr. 2609, Bl. 14V.

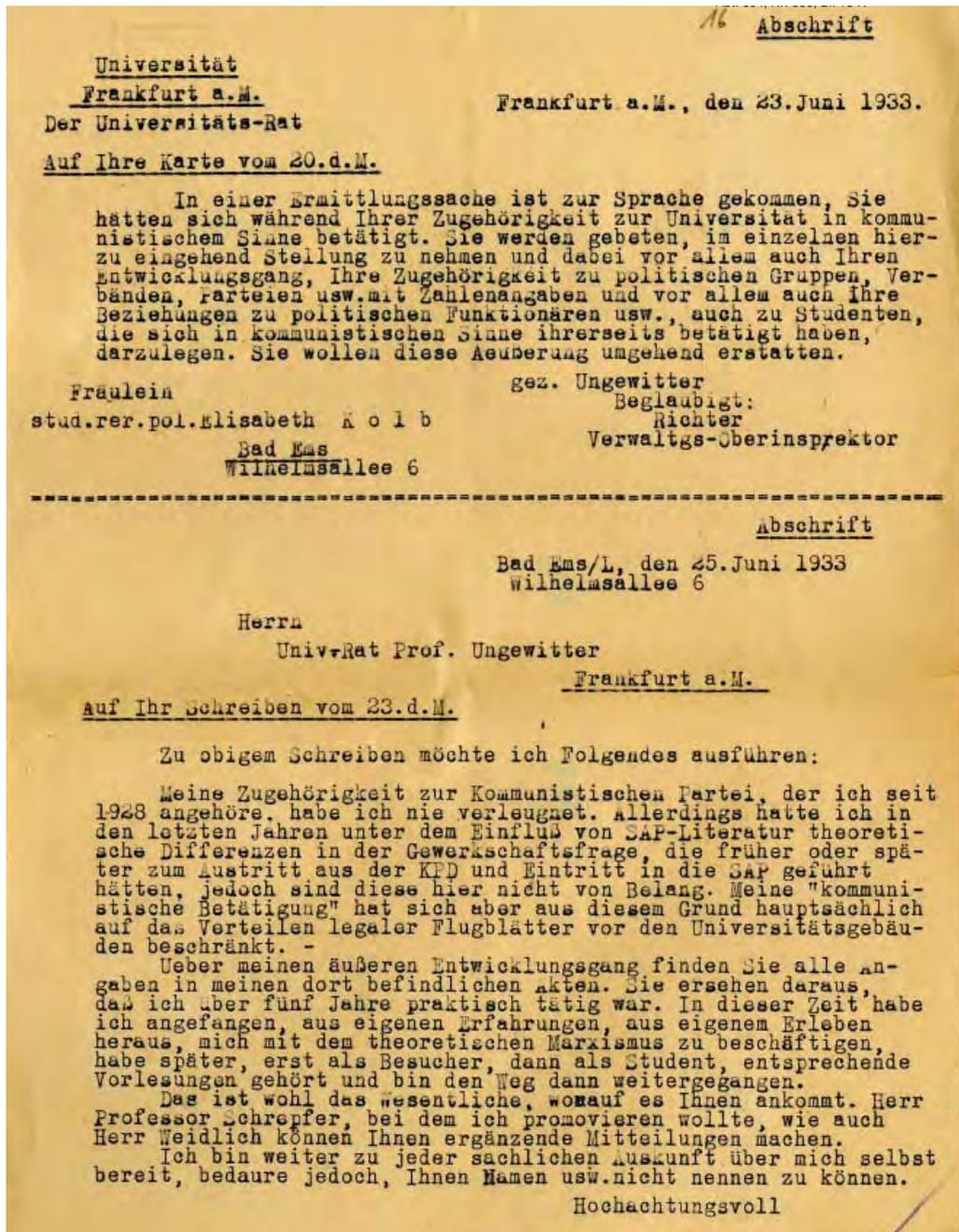
6 UAF, Abt. 604, Nr. 686, Bl. 16.

7 Auskunft von Hans-Jürgen Sarholz, Museum Bad Ems vom 27.06.2014; Promotionsakte Elisabeth Kolb UAF, Abt. 156, Nr. 2609, Bl. 7. Die spätere Aktiengesellschaft wurde 1899 als Deutsche Privat-Telefongesellschaft Harry Fuld & Co. in Frankfurt von dem jüdischen Unternehmer Fuld gegründet. Der Konzern wurde nach 1933 arisiert und gleichgeschaltet

2 Ebd.

3 Auskunft von W. Schulz, Universitätsarchiv der Humboldt-Universität Berlin vom 01.08.2014.

4 UAF, Abt. 604, Nr. 686 (Studentenakte Elisabeth Kolb), Bl. 8V.



Elisabeth Kolbs Antwort auf die Frage nach ihrer Zugehörigkeit zur Roten Studentengruppe

Zwangsmitglied der Deutschen Arbeitsfront.⁸

Unmittelbar nach der Wiedereröffnung der Universität Frankfurt nach dem Ende des Zweiten

und firmierte ab 1935 als „Telefonbau und Normalzeit Aktiengesellschaft“. Bis 1935 trennte er sich auf Druck des Postministeriums von allen jüdischen Gesellschaftern und fast 1500 Mitarbeitern jüdischer Herkunft. Firmensitz: Mainzer Landstraße 136-140 (in der Nähe des Güterplatzes) bis zum Aufgehen der Nachfolgerin TN im Bosch-Konzern.

8 UAF, Abt. 604, Nr. 686, Bl. 14.

Weltkriegs stellt sie einen Antrag auf Wieder-Zulassung zum Studium. Dabei muss sie die Umstände des vorherigen Hochschulverweises erklären.⁹ Sie immatrikuliert sich im Februar 1946 und beantragt gleichzeitig den Erlass der Immatrikulationsgebühren. Kolb gibt als Grund an, diese bei ihrem letzten Studium, welches sie nicht been-

9 Ebd., Bl. 13-14.

den konnte, bereits gezahlt zu haben. Die Gebühren werden ihr vom Universitätsrektor erlassen.¹⁰ Ihr gelingt es, obwohl sie gleichzeitig bei der Firma Telefonbau und Normalzeit arbeitet, sich nach drei Semestern für ihre Promotion über *Lorenz von Stein und die soziale Bewegung des 19. Jahrhunderts* anzumelden. Die Gutachter sind Heinz Sauer mann und Ernst Michel. Sie promoviert innerhalb eines Jahres und legt die mündliche Prüfung am 2. August 1947 in Allgemeiner Volkswissenschaftslehre (Dogmen-geschichte), Spezieller Volkswissenschaftslehre (Sozialpolitik), Soziologie und Wirtschaftsgeschichte ab. Sie erhält die Note „gut“.

Elisabeth Kolb und die Rote Studenten-gruppe

Die Frankfurter Studienzeit von Elisabeth Kolb zwischen 1928 bis 1933 ist von der politischen Situation und ihrem Engagement in der RSG geprägt.

In den Anfangsjahren der Weimarer Republik bilden sich an der Universität Frankfurt die ersten Studentengruppen. Diese sind mehrheitlich rechts orientiert, während die wenigen liberalen und linken Hochschulgruppen wie die *Freie Vereinigung der Sozialistischen Studenten*, der *Sozialistische Deutsche Studentenbund* (SDStB) und die *Kommunistische Studentengruppe* nur geringe Mitgliederzahlen aufweisen. Im *Sozialistischen Deutschen Studentenbund* (SDStB) sind um 1930 nur zwischen 20-40 Studierende aktiv. Die zum Ende der 1920er Jahre zunehmend antisemitische Stimmung ist auch an der Universität Frankfurt nicht zu übersehen. Die *Deutsche Studentenschaft* (DSt) ersetzt bald den AStA. Sie übernimmt sämtliche Ämter des AStA und finanziert sich durch die ehemaligen AStA-Gebühren der Studierenden (Maaser 2008, 239). Vorsitzender der DSt ist ab 1926 der nationalsozialistisch überzeugte Gerd Rühle. Auf Flugblättern propagiert die DSt Antisemitismus und völkisches Gedankengut: „Wir bekennen uns zum völkischen Gedanken und mithin zur deutschen Volksgemeinschaft. Im Judentum erblicken wir ein fremdes Volkstum“ (zit. n. Dorner 1989, 32).

Die Situation an der Frankfurter Universität verschärft sich zunehmend. Antisemitismus und der Kampf zwischen linken und rechten Hochschulgrup-

pen gehören Anfang der 1930er Jahre zum Alltag der Frankfurter Universität. So zum Beispiel 1929 bei einer Veranstaltung zur Kriegsschuldfrage, organisiert vom *Sozialistischen Studentenbund*. Neben interessierten Studierenden und den antifaschistischen Gruppen sind auch Mitglieder des *Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes* (NSDStB) anwesend. Diese haben es sich zur Aufgabe gemacht, alle jüdischen Studierenden, die den Raum betreten, zu beschimpfen, die Veranstaltung zu stören und Stühle durch den Raum zu werfen (Maaser 2008, 240).

Die antifaschistischen Studentengruppen haben enge Verbindungen zur Akademie der Arbeit¹¹ und können sich hier Unterstützung holen. So berichtet beispielsweise ein Student davon, dass er im Juni 1932 beobachtete, wie eine größere nationalsozialistisch gesinnte Gruppe das Hauptgebäude der Universität Frankfurt umstellt habe. Er sei daraufhin in die Akademie der Arbeit gerannt, um seine Genossen zu warnen und um Unterstützung zu bitten. Bei der gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen den Gruppen sind die Nazis ihnen jedoch zahlenmäßig stark überlegen und den Antifaschisten bleibt nur die Flucht (Dorner 1989, 63). Solche Auseinandersetzungen kommen schon im Laufe der zwanziger Jahre in Frankfurt immer öfter vor, was dazu führt, dass die Universitätsleitung Polizisten und Beamte in Zivil anfordert, um die „Unruhestifter“ in den Veranstaltungen ausfindig zu machen (Maaser 2008, 241).

Die Rote Studentengruppe (RSG), zu der auch Elisabeth Kolb gehört, ist ein Zusammenschluss der Hochschulgruppen von Kommunistischer Partei Deutschland (KPD), Kommunistischer Partei Opposition (KPO) und der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP). Die RSG entsteht um 1931 und zählt ca. 6,6% der Frankfurter Studierenden als Mitglieder oder Sympathisanten (Dorner 1989, 66). Sie zeichnet sich durch einen hohen Anteil an Frauen und jüdischen Studierenden aus. Der RSG geht es um den Aufbau der Einheitspartei. Gruppeninterne Konflikte sind

¹¹ Wurde 1921 gegründet um Arbeitern und Arbeiterinnen, die aus dem Beruf kamen, eine hochschulmäßige Ausbildung zu ermöglichen. Vgl. Die Europäische Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main. Ein geschichtlicher Abriss. <http://www.akademie-der-arbeit.de/>.

laut Dorner jedoch an der Tagesordnung: der SAP geht es primär um die Arbeiterbewegung, während die Kommunisten größere Probleme mit der SPD (von ihnen als Sozialfaschisten bezeichnet) als mit den Nazis haben (Dorner 1989, 66-68).

Die RSG bewegt sich zwischen dem Institut für Sozialforschung (Café Marx), dem Haus der Volksstimmen, der Universität und ihrem Stammcafé Lau-mer. Der Alltag der RSG-Mitglieder ist durch Aktivitäten wie der Organisation von Demonstrationen, Veranstaltungen und öffentlichen Diskussionen sowie das Anfertigen und Verteilen von Flugblättern geprägt. Eine Studentin berichtet von gemeinsamen Lesekreisen, in denen *Das Kapital* von Karl Marx gelesen und diskutiert wird (Dorner 1989, 69). Die Themen Antisemitismus und Frauenfrage spielen in den gruppeninternen Diskussionen und Veranstaltungen der RSG kaum eine Rolle. Gerade die so genannte „Frauenfrage“ ist verpönt und wird als bürgerlich abgetan.

Elisabeth Kolb wird das Verteilen von Flugblättern der RSG zum Verhängnis, denn dies gilt als Betätigung im kommunistischen Sinne und ist seit Januar 1933 verboten.¹² Im Juli 1933 erfolgt ihre Zwangsexmatrikulation. Mit ihr werden zahlreiche weitere Mitglieder der RSG der Universität verwiesen, darunter auch Eva Reichwein, geb. Hillman,¹³ und Gisèle Freund. Freund, die seit 1930 in Frankfurt studiert und in der Roten Studentengruppe aktiv ist, berichtet später, wie eine ihrer Genossinnen beim Verteilen von Flugblättern festgenommen und den Eltern des Mädchens zwei Wochen später der Sarg zu gesendet wurde – mit dem Verbot ihn zu öffnen. Freund führt dieses Verbot darauf zurück, dass ihre Mitstreiterin Anne wahrscheinlich vor der Ermordung vergewaltigt wurde (Dorner 1989, 85; vgl. Freund 2000). Freund selbst wird rechtzeitig gewarnt und kann, wie Josef Dünner, ehemals Vorsitzender der kommunistischen Gruppe in der RSG, vor der bevorstehenden Verhaftung nach Paris fliehen. Kurze Zeit später werden alle Studierenden, die mit kommunistischen Gruppen in Verbindung gebracht werden, auf Listen erfasst und der Universität ver-

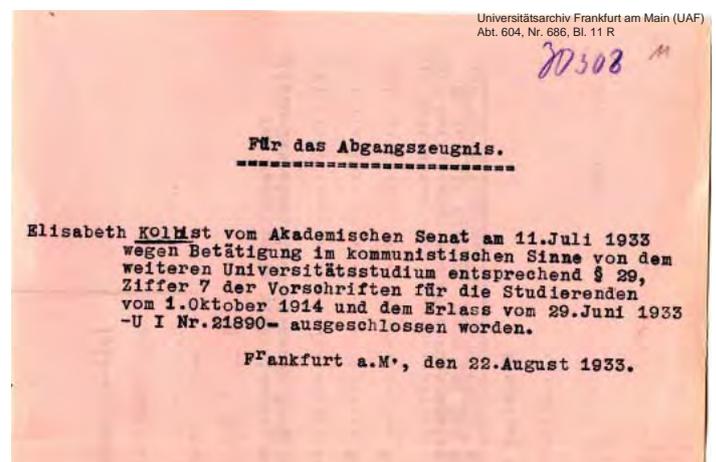
wiesen. Viele versuchen sich noch an anderen Hochschulen einzuschreiben, um ihr Studium abschließen zu können. Jüdische Studierende haben es noch schwerer, sich überhaupt in Universitäten aufzuhalten und können selbst als Gasthörer nicht mehr an Seminaren teilnehmen. Den jüdischen Akademiker*innen wird die Promotionsberechtigung entzogen oder sogar der Doktorgrad aberkannt (vgl. Maaser 2008, 244).

Ob den Nazis an der Universität Frankfurt mehr Widerstand als an anderen Universitäten entgegen gesetzt wurde, lässt sich nicht eindeutig aus den für diese Arbeit eingesehenen Quellen belegen. Michael Maaser schreibt:

Die Fülle der Aktivitäten, die der NSDStB und andere nationalsozialistische Gruppen entfalteten, um die Frankfurter Universität zu ‚säubern‘ und ihre Studenten ‚gleichzuschalten‘, lassen sich aber auch als Hinweis auf Probleme deuten, welche die Masse der Studenten der neuen Machthabern bereitete. (Maaser 2008, 247)

In dem vom AstA herausgegebenen Buch *Die Braune Machtergreifung* wird hingegen berichtet, dass Widerstandsaktionen gegen die Nazis nur von linken Studierenden riskiert wurden und nicht von einer Mehrheit der Studenten auszugehen ist (Dorner 1989, 90).

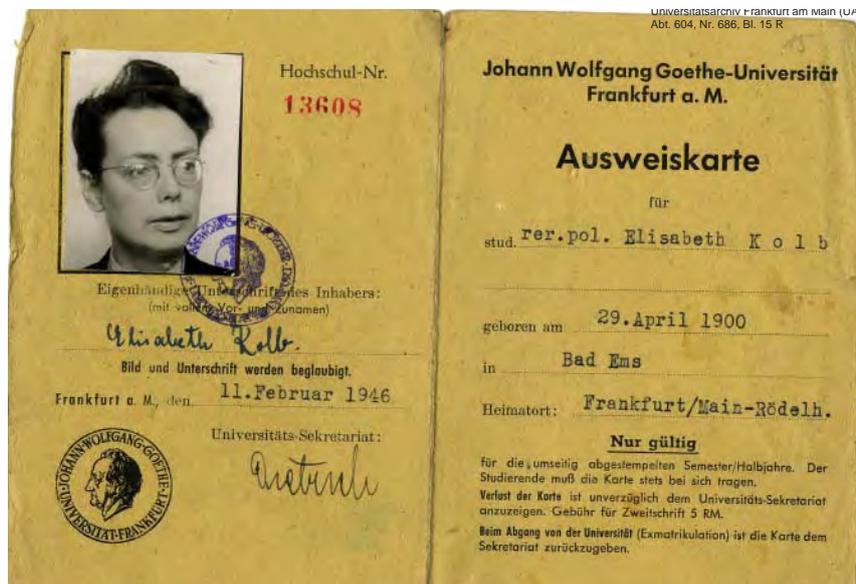
Unbestreitbar ist jedoch die Tatsache, dass es für



Relegation Elisabeth Kolb

¹² UAF, Abt. 156, Nr. 2609, Bl. 7.

¹³ Zu Eva Reichmann siehe <http://www.steinschneider.net/daten.htm>.



Studentenausweis Elisabeth Kolb, Februar 1946

Antifaschist*innen nach Hitlers Machtübernahme kaum noch möglich war in Frankfurt (oder an Universitäten in anderen Städten) zu studieren. Elisabeth Kolb erlebte, wie ihre Mitstreiter*innen (davon bestimmt auch Freund*innen) unterdrückt, verfolgt und manche sogar ermordet wurden. Sie selbst wurde, wie bereits erwähnt, der Universität 1933 verwiesen und ihre fast vollendete Dissertation vernichtet. Ihrer politischen Überzeugung blieb sie jedoch treu, wie sich an ihrem Thema für die erneute Promotion um 1947 zeigt.

Die Dissertation über „Lorenz von Stein und die soziale Bewegung des 19. Jahrhunderts“

1946 beantragt Elisabeth Kolb die Zulassung zur Promotion, die sie in weniger als einem Jahr fertigstellt. Hier wird nun eine Zusammenfassung ihrer Doktorarbeit vorgestellt, um einen Eindruck von ihrem wissenschaftlichen Vorgehen zu vermitteln. In ihrer Dissertation beschäftigt sich Kolb mit Lorenz von Steins dreiteiligem Werk *Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage*, das den Beginn der sozialen/soziologischen Bewegungsforschung markiert.¹⁴ Von Stein (1815- 1890)

war ein Theoretiker der Nationalökonomie und befasste sich mit der Analyse ökonomischer Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft im Kontext sozialer Bewegungen. Seine Arbeiten sind stark von Georg Wilhelm Friedrich Hegel beeinflusst.

Elisabeth Kolb geht in der Einleitung ihrer Arbeit auf die Bedeutung Lorenz von Steins für die soziale Bewegungsforschung ein. Im Hauptteil erläutert sie seine Theorie und endet mit der Darstellung der damals aktuellen Diskussion über die Frage, wie stark Karl Marx von Steins Theorie beeinflusst wurde. Daran anknüpfend formuliert Kolb ihr Forschungsvorhaben folgendermaßen:

Es handelt sich bei meinen Ausführungen um einen Versuch, Steins Anschauungen vom Werden und Wachsen der sozialen Revolution darzustellen, wobei ich mich vor allem bemüht habe, bei der Schilderung der politischen Entwicklung in Frankreich die gesellschaftlichen Zusammenhänge herauszuschälen [sic]. (Kolb 1947, 5)

Einleitend setzt sie Steins Werk in Beziehung zu den Erfahrungen mit der Februarrevolution von 1848, die sowohl für ihn als auch für Karl Marx ein

industrielle Gesellschaft. Der Sozialismus und der Kommunismus Frankreichs v. 1830-1848; Band 3: Das Königtum, die Republik und die Souveränität der französischen Gesellschaft seit der Februarrevolution 1848.

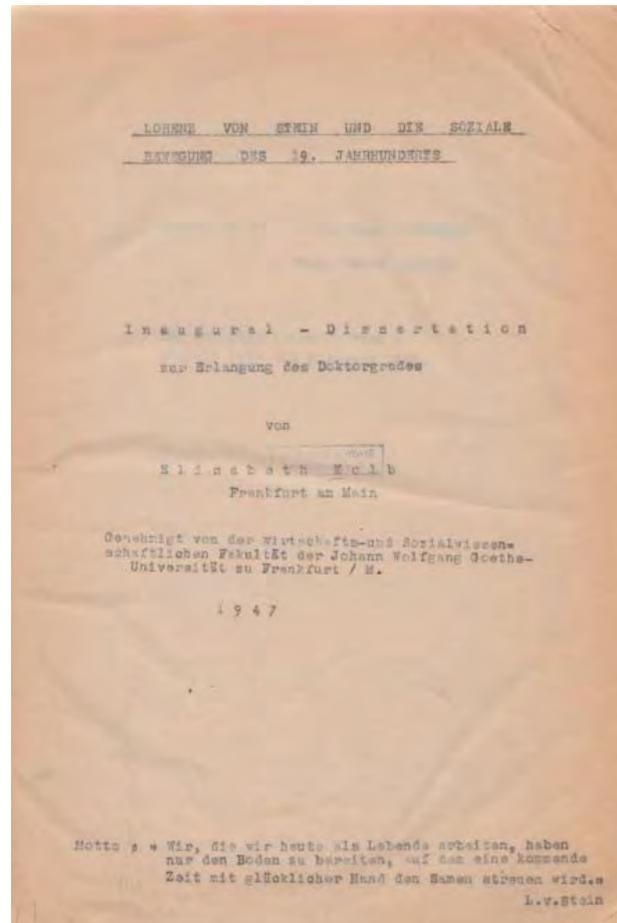
¹⁴ Band 1: *Der Begriff der Gesellschaft und die soziale Geschichte der französischen Revolution bis zum Jahre 1830*; Band 2: *Die*

prägendes Ereignis darstellte. Es folgt ein Abriss seines Werdegangs im Zusammenhang mit seinem Werk *Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich* von 1850. Für Kolb war es

„das grosse immer bleibende Verdienst Steins [...], in diesem Werk die soziologische Situation seiner Zeit und die Rolle des Proletariats in ihr erkannt und klar dargestellt zu haben. [...] Stein hat als einer der Ersten die Gesellschaft seziert und ihre Struktur erkannt“ (ebd., 2).

Vor diesem Werk habe Stein, so Kolb, schon andere Publikationen verfasst, in denen er die soziale Revolution vorhersagte. Als diese 1848 tatsächlich ausbrach, kam Stein in seinem hier behandelten Werk zu dem Ergebnis, dass Kommunismus und Sozialismus Teil des ewig geltenden Gesetzes der sozialen Bewegung sind, welches der Gesellschaft innewohnt (ebd., 5-6). Kolb betont zum Ende ihrer Einleitung die zentrale Position des Staates in der Theorie von Steins und stellt dann im Hauptteil ihrer Untersuchung seine Grundannahmen dar und klärt seine theorieimmanenten Begrifflichkeiten. Unter der Überschrift *Ausführung* stellt sie zuerst den Gesellschaftsbegriff von Steins vor. Dieser sei laut Stein schwer zu definieren, gehe aber von dem Grundsatz aus, dass die Gesellschaft eine „selbstständige und eigentümliche Form des menschlichen Lebens sei“ und diese müsste „von e i n e m [sic; Hervorhebung im Original] Gedanken her erfasst und beherrscht werden können, eben dem zu findenden Begriff der Gesellschaft (ebd., 8).“ Die Individuen innerhalb der Gesellschaft stehen in einem Konkurrenzverhältnis zueinander, da sie alle den „Drang nach der Herrschaft über das Dasein“ (ebd., 8) in sich tragen. Da die Kraft und Lebensdauer der Einzelnen nicht ausreichen um diesem Drang gerecht zu werden, müssen sie eine Gemeinschaft bilden. Auf dieser Grundlage entstehe der Staat: „Verkörperung der als Wille und Tat in ihrer Persönlichkeit auftretenden Gemeinschaft der Menschen ist der S t a t [sic]“ (ebd., 9; Hervorhebung im Original).

Die Aneignung der Güter sei für die Menschen identitätsstiftend. Durch den Drang, der ihnen innewohnt und die tiefe persönlichkeitsstiftende Verbindung zu diesen Gütern wollen die Menschen möglichst viel davon besitzen: „Voraussetzung zur Arbeit ist der



Dissertation Elisabeth Kolb

Stoff“ (ebd., 9). Dieser sei aber nur im Besitz weniger und jene, die ihn nicht besitzen, sind abhängig von denen, die ihn besitzen. Daher teile sich die Gesellschaft in eine abhängige und eine besitzende Klasse – oder auch in herrschende und beherrschte Klasse.

Der Staat stehe der Gesellschaft gegenüber, doch habe die herrschende Klasse auch auf den Staat Einfluss und nutze diesen, um durch die Staatsgewalten ihre Interessen zu sichern. Die zu sichernden Interessen der herrschenden Klasse seien der Erhalt dieser Klassenstruktur (ebd., 14). Doch diese Interessen werden nicht nur durch den Staat, sondern auch durch die Familie gesichert. Das Standesrecht legitimiere, dass die Herkunft der Individuen ihre Klassenzugehörigkeit bestimmt. Sozialer Status werde dadurch reproduziert.

In der „reinen Demokratie“ sehe Stein eine Staatsform, die sich nicht um diese soziale Wirklichkeit der

ungleichen Verteilung von Gütern kümmert. Die „soziale Demokratie“ wolle hingegen diesen Klassenunterschied abschaffen. Es gebe zwei Wege zu diesem Ziel. Der erste wäre den Arbeitern (abhängige Klasse) Kapital zu geben, damit sie an Besitz kommen. Diesen Besitz können sie nicht selbst erwirtschaften, da die Löhne zu gering sind. Der Staat habe selbst auch kein Vermögen, das er den Arbeitern geben könne. Der Staat müsse „selbst Unternehmer werden, um auf diesem Wege das Staatskapital mit der Arbeitskraft der niederen Klassen zu verbinden, und dann den Unternehmensgewinn, dessen er nach Steinscher Ansicht nicht selbst bedarf, an die Arbeiter verteilen, damit sie ein Kapital bilden können“ (ebd., 43). Der zweite Weg wäre die Vergabe von zinslosem Vorschuss aus Staatsmitteln – die „Idee der Organisation des Kredits“ (ebd., 43). Hier sehe Stein die besitzende Klasse als Hindernis, da diese ihren Einfluss auf den Staat geltend machen würde um dies zu verhindern.

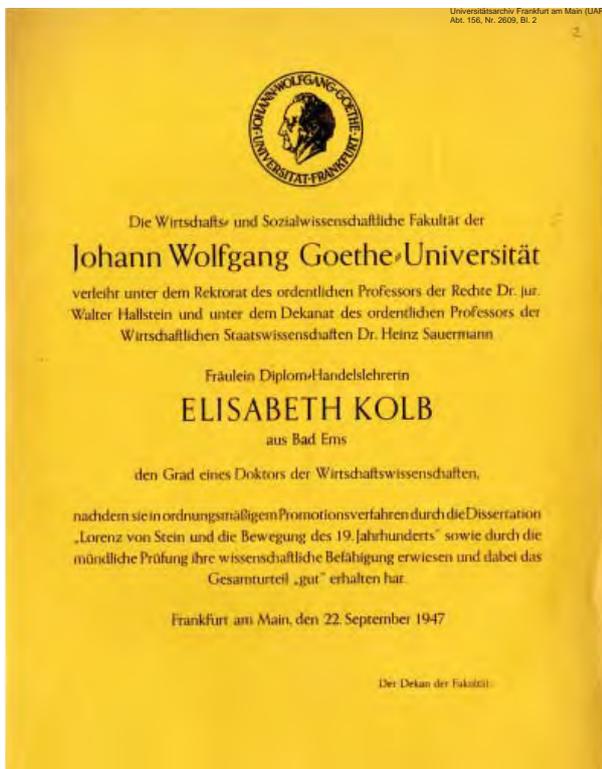
Stein kristallisierte in seiner Gesellschaftsanalyse

zwar die Klassengesellschaft klar heraus. Die Lösung der sozialen Frage sehe er jedoch nicht in der Auflösung der zwei Klassen. Stein glaube „auch in der sozialen Revolution des Proletariats die Wurzeln einer zweiten Epoche des Terrorismus zu entdecken“ (ebd., 49). Er folgert, so Kolb, dass das Proletariat nicht an der Macht über die besitzende Klasse bestehen könne, da diese „an Zahl, Intelligenz und persönlicher Kraft unterlegen [sei]“ (ebd., 49). Die Lösung der sozialen Frage sehe er in einer Reform des Königtums. Dieses Königtum solle die Position des Staates übernehmen und somit eine soziale Gleichheit zwischen den Klassen schaffen:

Dem Königtum wird in diesem Fall der Dank und die Liebe des niederen Volkes, dessen es sich angenommen, zuteil werden, und es kann sogar hoffen, zu späterer Zeit auch die höhere Klasse davon zu überzeugen, dass die Hebung der abhängigen Klasse ein Vorteil für das Ganze ist (ebd., 76).

Im letzten und wichtigsten Kapitel ihrer Dissertation beschäftigt sich Elisabeth Kolb mit den Diskussionen über den Einfluss der Werke Lorenz v. Steins auf die Theorie von Karl Marx. Kolb stellt zunächst die verschiedenen Positionen dar, die bereits in Arnold Winklers Buch *Die Entstehung des kommunistischen Manifestes – Eine Untersuchung, Kritik und Klärung* (1936) dargelegt wurden, um daran anschließend ihre eigene Position zu entwickeln.

Angefangen hatten die Auseinandersetzungen mit einer Aussage Peter von Struves. Dieser unterstellte Marx 1896 als Erster Steins Thesen übernommen zu haben. Franz Mehring widersprach 1897 Struves Annahme, dass Marx durch von Stein beeinflusst worden war und forderte Beweise für diese Aussage. Diese Kontroverse wurde eine Zeit lang in verschiedenen Aufsätzen weitergeführt. Sie endete laut Kolb jedoch, wie so viele davor und danach, an der mangelnden Beweislage (ebd., 99). Marx selbst äußerte sich in einem anderen Zusammenhang zu von Stein. Er verglich die Schriften von Karl Grün und Lorenz von Steins miteinander und warf Grün vor, von Stein abgeschrieben zu haben (Kolb 1947, 98). Über Stein verlor er nur abfällige Worte, bis auf die Aussage, dass Stein im Gegensatz zu Grün „den Zu-



Promotionsurkunde Elisabeth Kolb

sammenhang der sozialen Literatur mit der wirklichen Entwicklung der französischen Gesellschaft“ beachtet hätte (ebd., 98). Andere Autoren, wie Th. G. Masaryk, gingen in ihren Werken von einer vergleichbaren Entwicklung der beiden Theoretiker aus, weniger von einer starken Einflussnahme (Kolb 1947, 100). Paul Vogel machte hingegen auf den grundlegenden Unterschied zwischen von Stein und Marx aufmerksam. Dieser Unterschied bestehe in der Sichtweise, diese sei bei von Stein eher bürgerlich, weswegen er zu einem anderen Ergebnis als Marx käme.

Elisabeth Kolb schließt ihre Arbeit mit ihrer eigenen Meinung zu dem Diskurs ab. Sie widerspricht dem Vorwurf der „Abhängigkeit“ der Marx’schen Theorie von von Steins Werken. Die Ähnlichkeit sei laut Kolb der Tatsache geschuldet, dass das Werk von Marx „auf den gesamten sozialen Schriften seiner Zeit fusste, darunter auch auf dem 6 Jahre früher erschienenen Steinschen Werk“ (Kolb 1947, 103).

Die Dissertation wird im Juli 1947 von Ernst Michel und Heinz Saueremann bewertet. In ihren Gutachten kommen diese zu einem unbefriedigenden Ergebnis. Michel bemängelt den Titel der Arbeit, der zu viel verspreche. Seine Kritik geht noch weiter: Die eigene These fehle ebenso wie die eigene Urteilsbildung. Kolb neige „gelegentlich zu Werturteilen ohne Begründungsversuche“ und der letzte Teil wirke willkürlich angehängt. Er endet mit den Worten: „In Hinblick auf die bescheidene wissenschaftliche Aufgabe, die sich die Verfasserin in dieser Arbeit gestellt hat, kann ich sie als Dissertation nur mit der Note 3 (gut) bewerten.“¹⁵

Saueremann ist in seinen Ausführungen weniger vernichtend. Er scheint während des Arbeitsprozesses in Kontakt mit Kolb gestanden zu haben, da er schreibt:

Bei der Durchführung zeigte sich, dass die Darstellung der Ansichten Lorenz von Steins auf erhebliche Schwierigkeiten stießen. Im Einvernehmen mit mir beschränkte sich die Verfasserin darauf, das Gedankengut Lorenz v. Steins zur Frage der sozialen Bewegung heraus zu arbeiten.¹⁶

15 UAF, Abt. 156, Nr. 2609, Bl. 5. Die Note 3 entsprach der Note „gut“.

16 Ebd., Bl. 4.

Er hält ihr zugute, dass sie die Grundlagen der Theorie durch akribisches Arbeiten gut herausgearbeitet habe. Doch darauf folgt die Aussage: „Nach dieser Untersuchung würde das eigentliche Thema erst zu bearbeiten sein.“¹⁷ Immerhin kommt er mit einer 3+ zu einer etwas besseren Benotung als Prof. Saueremann.

Ob Elisabeth Kolb versuchte, ihren akademischen Weg weiter zu verfolgen, ist nicht bekannt. Mit der Annahme ihrer Dissertation scheint ihre Zeit an der Frankfurter Universität zu enden. Kolb stirbt mit 91 Jahren. Die einzige und letzte Quelle, die Informationen über ihr akademisches Leben hinaus gibt, ist der Sterbeeintrag im Standesamt Frankfurt am Main Mitte. Dieser notiert das Datum 9. Dezember 1991.¹⁸

Fazit

Elisabeth Kolb gehört zu den ersten promovierten Sozialwissenschaftlerinnen der Universität Frankfurt am Main. Sie behauptete sich in einer Zeit an der Universität, in der erst wenige Frauen vor ihr dort Fuß gefasst hatten. Im Laufe ihres Studiums setzte sie sich mit vielen Teilgebieten der Sozialwissenschaft auseinander. Ihr politisches Interesse und ihre politische Überzeugung zeigen sich in ihren beiden wissenschaftlichen Arbeiten und der Wahl ihrer Studienfächer. Sie studierte fünf Jahre lang, davon die meiste Zeit in Frankfurt, bevor sie als Antifaschistin und Kommunistin verfolgt und von der Universität vertrieben und ausgeschlossen wurde. Die Vernichtung ihrer ersten Dissertation durch die Nazis ließ sie jedoch nicht von dem Ziel abrücken, den akademischen Grad des Doktors zu erlangen. Sie scheint eine willensstarke Frau gewesen zu sein, die offenen Widerstand gegen die Nazis zeigte. In den von ihr verfassten und in ihrer Studierenden- und Promotionsakte erhaltenen Dokumenten, beispielsweise in ihrer Korrespondenz mit der Universität Frankfurt kurz nach der Relegation, lässt sich keinerlei Demut oder Angst erkennen.¹⁹ Sie stand selbstbewusst und loyal zu ihren Mitstreiter*innen und gab, trotz des Drucks von Seiten der Universität und der Nazis, keine Informationen über diese preis. Sobald es die

17 Ebd.

18 Auskunft von Hans-Jürgen Sarholz, Museum Bad Ems vom 27.06.2014.

19 UAF Abt. 604, Nr. 686, Bl. 16.

Umstände nach Beendigung des Krieges zuließen, nahm Kolb ihr Promotionsvorhaben erneut in Angriff und erlangte in kürzester Zeit den Dokortitel.

Viele Fragen bleiben unbeantwortet: Wieso war es Kolb im Alter von 46 Jahren noch ein so großes Anliegen zu promovieren? Wollte sie vielleicht, gerade weil die Nazis dieses Vorhaben zuvor verhindert hatten, es letztendlich vollenden? Hatte sie vor ihren akademischen Weg weiter zu verfolgen? Wie war sie persönlich? Sie hatte beide Weltkriege miterlebt und überlebt, wie prägte sie dies? Könnte es sein, dass sie gerade aus diesen Erfahrungen heraus ihre Willensstärke zog? Und die größte aller Fragen: Was wurde aus Elisabeth Kolb nach 1947?

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

Kolb, Elisabeth (1947): Lorenz von Stein und die soziale Bewegung des 19. Jahrhunderts. Frankfurt, Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Dissertation vom 22. September 1947.

Sekundärliteratur

Dorner, Christoph u. a. (1989): Die Braune Machtergreifung. Universität Frankfurt 1930-1945. Herausgegeben vom AstA der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt.

Förder-Hoff, Gabi (1992): Marginalisierte Selbstbehauptung. Studium und Berufstätigkeit von Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlerinnen zwischen 1890 und 1934. In: Schlüter, Anne (Hrsg.): Pionierinnen- Feministinnen- Karrierefrauen? Zur Geschichte des Frauenstudiums in Deutschland. Pfaffenweiler: Centaurus, 147- 168.

Frankfurter Adreßbuch 1931. Herausgegeben von der Deutschen Adreßbuch-Gesellschaft m.b.H. Verlag August Scherl.

Maaser, Michael (2008): Frankfurter Studenten im „Dritten Reich“. In: Kobes, Jörn u.a. (Hrsg.): Frankfurter Wissenschaftler zwischen 1933 und 1945. Göttingen: Wallstein, 235-252.

Zondergeld, Gjaltr. (2003): Nach Westen wollen wir fahren! Die Zeitschrift ‚Westerland‘ als Treffpunkt der ‚Westraumforschung‘. In: Dietz, Burkhard u.a. (Hrsg.): Griff nach dem Westen. Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919-1960) Teil II. Münster: Waxmann, 655-671.

Archivquellen

UAF, Abt. 156, Nr. 2609 (Promotionsakte Elisabeth Kolb).

UAF, Abt. 604, Nr. 686 (Studentenakte Elisabeth Kolb).

Internetquellen

<http://www.akademie-der-arbeit.de/> (Abruf 30.07.2014).

<http://www.steinschneider.net/daten.htm> (Abruf 30.07.2014).

Audioquellen

Freund, Gisèle: Studium im faschistischen Frankfurt. In: Ein Leben für die Leica. Gisèle Freund im Gespräch (2000). Berlin: Der Audio Verlag.

Bildquellen

Institut für Stadtgeschichte Frankfurt: S7Z1931_138, Ausstellungstafel „Rote Studentengruppe“.

Mündliche Auskunft

Universitätsarchiv Humboldt-Universität Berlin: Auskunft von Dr. W. Schultz, 01.08.2014.

Museum Bad Ems: Auskunft von Dr. Hans-Jürgen Sarholz vom 27.06.2014



Ausstellungstafel „Rote Studentengruppe“

ANNE BUCHHEISTER

Nina Rubinstein und ihr Beitrag zur Soziologie der Emigration

Einleitung

Wagen wir heute einen Blick zurück auf mehr als 150 Jahre soziologischer Wissenschaft und Forschung, so sind es vor allem Namen männlicher Gelehrter, die wir prominent mit der noch relativ jungen Disziplin in Zusammenhang bringen. Literatur über die Geschichte der Soziologie unterrichtet uns über Wissenschaftler wie Max Weber, Auguste Comte, Michael Foucault, Norbert Elias oder Robert E. Park. Denkerinnen und Forscherinnen sind in diesen Ausführungen meist abwesend oder zumindest unterrepräsentiert. Auch die Deutsche Gesellschaft für Soziologie verzeichnet seit ihrer Gründung 1909 erst zwei weibliche Vorsitzende; die erste war Jutta Allmendinger, die 1999 und damit 90 Jahre nach der Gründung den Vorsitz übernahm.

Ein genauerer Blick zeigt, dass die Unterrepräsentation von Frauen in Institutionen und in der öffentlichen Wahrnehmung keine wirkliche Abwesenheit von Frauen bedeutet. Denn es hat sie schon immer gegeben. Auch vor mehr als 150 Jahren gab es Frauen, deren Forschungsinteresse der Soziologie galt. Wie würde die soziologische Landschaft heute aussehen, wenn Frauen dieselben Möglichkeiten wie Männer gehabt hätten, um sich in der Forschung zu verwirklichen? Würde unser Denken heute ein anderes sein? Diese Fragen heute zu beantworten ist leider unmöglich. Was bleibt, ist das Leben und Wirken von Soziologinnen in der Geschichte aufzudecken, ihren Gedanken nachzuforschen, ihre Theorien vielleicht mit der Geschichte weiterzudenken.

In dieser Arbeit soll es entsprechend dieser Überlegungen um Nina Rubinstein und ihren Beitrag zur Soziologie des Fremden sowie um mögliche Parallelen zu aktueller soziologischer Forschung gehen. Dazu wird im ersten Teil ihre Biographie beleuchtet, um zu erkunden, wie sie zum Studium der So-



Nina Rubinstein

ziologie und zu ihrem Themenschwerpunkt Exilforschung gefunden hat. Dabei stütze ich mich auf den biographischen Bericht von Hanna Papanek über ihre Schwester Nina Rubinstein (Papanek 2000). Anschließend werde ich näher auf die Dissertation eingehen und dem Einfluss der Forschung zum Fremden von Georg Simmels auf die Dissertation Rubinsteins nachgehen. Abschließend erfolgt ein Vergleich von Nina Rubinsteins Thesen zu Menschen in der Emigration und Hartmut Essers Migrationssoziologie zu Assimilation und Integration. In diesem Zusammenhang soll so die Aktualität von Rubinsteins Dissertation sowie deren Potentiale für gegenwärtige Forschungen verdeutlicht werden.

Herkunft und Hintergrund

Am 2. Juli 1908 in Berlin geboren, stand Nina Rubinstein bereits zu diesem Zeitpunkt die Emigration ins Leben eingeschrieben. Berlin war das damalige

europäische Zentrum der russischen Emigration. Ihre Eltern stammten aus dem Baltikum. Ihre Mutter, Terese (Tatiana) Mark war die Tochter eines wohlhabenden und hochgebildeten Bürgers aus Libau (heute Liepāja in Lettland), ihr Vater, Alexander Rubinstein, entstammte als Sohn eines kleinbürgerlichen Handwerkers bescheideneren Verhältnissen. Aus unterschiedlichen Verhältnissen und Orten kommend, waren sich Ninas Eltern in der politischen Arbeit begegnet: Beide waren in einer anti-zaristischen, illegalen Schmugglergruppe der Russischen Sozialdemokratischen Partei aktiv und wurden deswegen 1904 monatelang inhaftiert.

Wie lange ihre Ehe nach Ninas Geburt noch bestand ist unklar. Die endgültige Trennung erfolgte kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, als Terese Mark mit ihrem Lebensgefährten und Nina nach Kopenhagen floh. Dort fanden sich zum diesem Zeitpunkt viele russische Revolutionäre ein, um auf die Rückkehr nach Russland zu warten und sich mit Parteiarbeit auf die neuen Zeiten vorzubereiten. Für Nina war dieses erste Exil stark von der Trennung beider Eltern geprägt: Der Vater, zu dem sie zeitlebens eine besondere Beziehung hatte, blieb in Berlin wo er weiter politisch und publizistisch aktiv war. Er veröffentlichte unter anderem mit Karl Liebknecht das „Russische Bulletin“. Der Mutter war Nina zwar räumlich näher. Da aber auch diese stark in die politische Arbeit eingebunden war, erfuhr Nina hier ebenfalls eine gewisse Entfremdung. In Kopenhagen besuchte Nina eine dänische Grundschule, wo sie auch die Landessprache lernte. In der Familie sprach sie jedoch ausschließlich deutsch (Papanek 2000, 11 f.)

Nach der Russischen Februarrevolution von 1917 übersiedelte Nina mit ihrer „Exilfamilie“, wie sie sie bezeichnete, nach Petrograd. Auf dieser Reise und in der folgenden Zeit verbrachte sie viel Zeit mit dem sibirischen Ehemann der Köchin, mit dem sie Russisch sprach. Ihre Mutter war mehr als zuvor mit der politischen Arbeit beschäftigt und brachte Nina deshalb für den Sommer 1918 zu ihrer jiddisch- und deutschsprachigen Familie nach Libau. Nina empfand das dortige Kauderwelsch aus Deutsch, Russisch und Jiddisch zwar als schrecklich, begann aber trotzdem wieder Deutsch zu sprechen, das sie fast verlernt hatte (ebd., 13).

Nach der Oktoberrevolution waren die Hoffnungen der Menschewisten auf eine Rückkehr nach Russland groß. Terese Mark plante deshalb Nina zu Alexander Rubinstein nach Berlin zu bringen, um sich im neuen Russland vollständig der Politik widmen zu können. Ihr Plan zerschlug sich nach ihrer Ankunft in Deutschland im November 1918. Alexander Rubinstein hatte inzwischen eine zweite Familie und lebte mit einer deutschen, nicht-jüdischen Frau und dem gemeinsamen Sohn zusammen. Da sich Terese Mark zudem nicht von ihrer Tochter trennen konnte, blieb sie in Deutschland und wohnte mit der Familie Rubinsteins zunächst in derselben Pension.

Hier zeichnete sich bereits das enge Verhältnis der großen, von der politischen Einstellung zusammengehaltenen Familie ab. Alexander Rubinstein hatte bis 1927 drei Kinder mit drei verschiedenen Frauen ohne sich je von Ninas Mutter scheiden zu lassen. Zwischen allen Familienmitgliedern bestanden enge Verbindungen: Die Frauen waren untereinander befreundet, die Kinder empfanden einander als gleichberechtigte Geschwister, da es Rubinstein gelang, alle gleichermaßen als Mitglieder einer Großfamilie zu behandeln. Diese Familie bestand jedoch nicht nur aus (Stief)Eltern und (Halb)Geschwistern – der menschewistische Kreis war weiter, aber deshalb nicht weniger intim gefasst.

Nach dem ersten Weltkrieg konsolidierte sich der Kreis vor allem in Berlin endgültig im Exil. Denn nach der Revolution 1917 war eine Rückkehr nach Russland ausgeschlossen. Da die Beteiligten in ihren Reihen nur Mitglieder akzeptierten, die bereits vor der Parteispaltung 1903 aktive Menschewisten gewesen waren, blieb ihr Kreis im Exil überschaubar: 1927 verzeichnete der menschewistische Klub in Berlin lediglich 74 Mitglieder. Das Bestehen der Gruppe stand im Zeichen einer politischen und sozialen Atmosphäre, in der es fast keinen Druck zur Integration gab: Die Abschottung verschiedener Milieus war in den turbulenten Zeiten Deutschlands zwischen den beiden Weltkriegen normal. Im menschewistischen Kreis dominierten auch im Exil die russische Sprache und Kultur; der familiäre Zusammenhalt war durch Intimität aber auch durch lang anhaltende Streitigkeiten geprägt. Geteilt wurden neben der Sprache und Kultur auch die Exilerfah-

rungen – Nina beschrieb die menschowistische Gemeinschaft daher später als „Patria auf Rädern“. Das politische Desinteresse von Nina Rubinstein wurde, so die Vermutung ihrer Halbschwester Hanna Papanek paradoxerweise durch das stark politisch geprägte Milieu begründet, in dem sie aufwuchs: Nina verlor ihre Eltern früh an die Politik, entweder direkt durch die räumlichen Trennungen im Exil oder indirekt durch die starke Einbindung in die politische Arbeit (ebd., 17 f.).

Berlin 1918-1928

Der Familie schloss sich später auch Ninas Tante, Terese Marks Schwester, zusammen mit ihren zwei Söhnen, an. Teilweise lebten alle unter einem Dach. Von ihrer Tante erhielt Nina als Kind ihre erste Kamera, was ihre Leidenschaft für Fotografie begründete, der sie ihr ganzes Leben treu blieb. Ein weiteres wichtiges Ereignis in Ninas Leben war ihr Beitritt in einen russischen Kinderklub 1921/22, in dem wenige, aber sehr eng verbundene Kinder im Berliner Exil die russische Geschichte und Sprache lernen. Diese Auseinandersetzung mit dem Heimatland ihrer Familie fand bei Nina in einer wichtigen Lebensphase statt: sie war 13 oder 14 Jahre alt und als Jugendliche vermutlich stärker als in den Jahren davor auf Identitätssuche. Sie beschloss „systematisch gutes Russisch“ zu erlernen und entschied sich bewusst für Russisch als „Heimatsprache“: Dieser russische Ausdruck für die im deutschen gebräuchliche „Muttersprache“ beschreibt die Kommunikation engster Beziehungen, die Sprache, die in Momenten höchster Intimität gebraucht wird. Zeit ihres Lebens sprach Nina mit ihren Eltern sowie mit den engsten Freunden nur noch Russisch (ebd., 19 f.). Religion spielte dagegen für Nina Rubinstein keine Rolle: Im Alter von zehn oder elf Jahren stellte ihr Vater für sie den Antrag zum Austritt aus dem Judentum. Nicht unüblich für jüdische Intellektuelle und Großbürger dieser Zeit und besonders kennzeichnend für den Kreis der Menschewisten, ist die Geste vor allem politisch zu interpretieren und hat nichts mit der Ablehnung der jüdischen Herkunft zu tun (Honegger 2000, 190 f.). Nina, wie auch ihr Vater, blieben vor allem verstärkt durch die späteren Ereignisse der Shoah interessiert und tief bewegt vom Schicksal

der europäischen Juden.¹

Ihre Bildungslaufbahn an deutschen Privatschulen schloss Nina am 23. August 1928 mit dem Reifezeugnis an der fortschrittlichen „Ersten Städtischen Studienanstalt“ im Berliner Vorort Eichenkamp ab. Dort erweiterte sie ihr sprachliches Repertoire um Englisch und Latein und es konsolidierte sich ein Desinteresse an Mathematik und Physik. Auf ihrem Zeugnis gab sie an, „literarisch tätig“ sein zu wollen. Diesem Interesse ging sie bereits vor ihrem Abitur nach: Vor allem durch ihren Vater, der als Publizist arbeitete, erhielt sie Arbeitsmöglichkeiten wie die Übersetzung von Gedichten, Geschichten und Büchern aus dem Russischen ins Deutsche. Trotz dieser Förderung wollte Alexander Stein nach Ninas Abitur, dass sie Nationalökonomie studierte, ein Gebiet das ihn sehr interessierte. Im Sommer 1928 begann sie an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin zu studieren. Sie belegte mehrere Veranstaltungen in der Nationalökonomie, der Neueren Geschichte, Zeitungslehre und Volkswirtschaft (Papanek 2000, 21).

Heidelberg und Frankfurt am Main 1929-1933

Bei der Wahl der Studienfächer und des Studienortes machte sich der weiterbestehende Einfluss ihres Vaters und des menschowistischen Kreises bemerkbar. Nina immatrikulierte sich vermutlich wegen zwei menschowistischen Genossen im Sommersemester 1929 in Heidelberg für Nationalökonomie, obwohl sie eigentlich den Wunsch hatte, Soziologie zu studieren (Radostina 2010, 127). Die besuchten Vorlesungen und Seminare belegen ihren Interessenskonflikt: Sie belegte einerseits volkswirtschaftliche Lehrveranstaltungen, insbesondere bei dem von ihrem Vater verehrten Emil Lederer, gleichzeitig aber auch die soziologischen Seminare „Soziologie der Presse“ und „Soziologischen Übungen“ von Karl Mannheim. Die Dichotomie zwischen Volkswirtschaftslehre und Soziologie und zwischen Lederer und Mannheim, setzte sich auch im darauffolgenden

1 Papanek 2000, 20: Hannah Papanek berichtet von einem Anruf ihrer Schwester, bei dem diese sie aufforderte, den im amerikanischen Fernsehen gezeigten Film „Shoah“ von Claude Lanzmann anzuschauen und auf der „moralischen Pflicht“ des Hinsehens bestand.



Ausweisarte Nina Rubinstein

Semester fort. Ihre erste Reise nach Paris im März 1930 markiert den Beginn ihrer Reiseleidenschaft sowie dem damit verbundenen Reisejournalismus: Sie dokumentierte ihre Reisen akribisch sowohl literarisch als auch fotografisch.

Am stärksten und nachhaltigsten beeindruckten sie während ihrer Heidelberger Zeit die soziologischen Lehrveranstaltungen und Karl Mannheim. In einem Interview mit David Kettler und Volker Meja erinnerte sie sich noch 60 Jahre später: „Wir waren ja alle in ihn verliebt.“² Aufgrund dieser Begeisterung folgte sie 1930 Mannheim nach dessen Berufung als Professor für Soziologie an die Goethe-Universität nach Frankfurt. Auch andere Mitglieder des Heidelberger „Mannheim-Kreises“, wie ihre Kommilitonin Gisèle Freund und Mannheims Assistent Norbert

Elias, wechselten nach Frankfurt. Elias unterstützte später Rubinstein bei der Umsetzung ihres Promotionsvorhabens (Radostina 2010, 124 f.).

Schon in Heidelberg ließ sie „Exil“ als Dissertationsthema nicht los. Nach dem Wechsel nach Frankfurt plante sie zunächst, die Emigrationen nach der französischen und russischen Revolution zu vergleichen. Am Ende des Sommersemesters 1930 stellte sie Mannheim ihre Idee zu einer Dissertation über „die französische Emigration, insbesondere die Transformation ihrer Ideologie“ vor. Mannheim fand ihr Vorhaben gut und wurde ihr Doktorvater (Raith 2000, 41).

Das anschließende Sommersemester 1931 verbrachte sie in Berlin um den historischen Teil ihrer Dissertation zu erarbeiten und um Material für den Teil über die russische Emigration zu sammeln. Im darauffolgenden Wintersemester arbeitete sie ihre Ergebnisse in einen Fragebogen für russische Emigrant*innen ein, auf den ich später noch einmal

² Ausführlicher im Original: „The main thing [...] was Mannheim's charisma. Everyone was in love with him. It still gives me a warm feeling to think of him. We were so attracted to his personality. That was the reason we went to his seminars.“ (Raith 2000, 44)

zurückkomme. Ihre Versuche, Kontakte zu russischen Emigrant*innen zu knüpfen und diese als Interviewpartner*innen für ihre Befragung zu gewinnen, scheiterten. (Dabei ist es unklar, ob sie es in Berlin oder Paris versuchte). Im Sommer 1932 gab sie deshalb den Plan einer Dissertation über die russische Emigration auf. Es lassen sich einige Ursachen ihres Scheiterns erahnen. Zum einen das naheliegende Problem der Distanzierung. Der Reiz für Mannheims Soziologie lag für viele seiner Student*innen vor allem in der Nähe zum praktischen Leben, anstatt zu abstrakten Überlegungen. Mannheim, wie auch Elias, forderten die angehenden Soziolog*innen auf, in Gebieten zu forschen, die ihnen bekannt waren und mit denen sie sich auskannten. Für die Emigrantin Nina Rubinstein war das das Leben im Exil Alltag (Honegger 1990, 90). Obwohl die zentralen Motive der Soziologie von Mannheim im Credo der Reflexivität und Distanzierung lagen, ist durchaus anzunehmen, dass Nina das eigene Thema zu nah kam. Eine weitere Schwierigkeit lag in der Wahl ihres Untersuchungssamples: Da sie für die Emigration während der französischen Revolution französische Aristokraten erforschte, boten sich als passende russische Vergleichsgruppe nur die Mitglieder der „Weißen Bewegung“ an. Obwohl diese Bewegung nicht ausschließlich aristokratisch war, waren vor allem Aristokraten in dieser revolutionären Organisation aktiv. Diese Gruppe war außerdem antisemitisch und anti-sozialistisch. Für Nina Rubinstein als russisch-jüdische Tochter überzeugter Menschewisten war ein neutraler Umgang mit dieser Gruppe fast unmöglich (Kettler 2008, 142).

Nina Rubinstein entschied sich, auf eine Vergleichsgruppe zu verzichten und konzentrierte sich auf die französische Emigration. Im Wintersemester der Jahre 1932/33 beendete sie das zweite Kapitel ihrer Dissertation, das von Karl Mannheim als „gut“ angenommen wurde. Im März/ April 1933 war die Arbeit fertig. Karl Mannheim nahm die Arbeit noch an, kurze Zeit später folgten aber seine Entlassung und Flucht aus Deutschland. Ninas Dissertation, „Die französische Emigration nach 1789. Ein Beitrag zur Soziologie der politischen Emigration“ blieb in seinem Büro im Institut für Soziologie zurück. Erhalten geblieben ist aus dieser Zeit ein undatiertes Brief

Mannheims an Nina. Mannheim schrieb ihn vermutlich vor seiner Abreise im Mai 1933 nach London. Im Brief ermutigte er Nina, sich keine Sorgen zu machen. Als Studentin der Universität Frankfurt könne man ihr ihre Promotion nicht verwehren, er vermute, sie könne bei seinem Nachfolger disputieren. Außerdem müsse sie die (politische) Situation mit soziologischem Blick analysieren und objektiv bleiben. Der Brief war der letzte Kontakt zwischen Rubinstein und Mannheim (Kettler 2008, 142).

Nachdem sie von einem zu den Nazis übergelauenen Kommilitonen ihre Dissertation aus Mannheims Büro zurückerhalten hatte, kehrte sie nach Berlin zurück und emigrierte im Juni 1933 mit ihrer Mutter nach Paris. Ihr Vater floh zunächst nach Prag. Ab 1938 lebte er ebenfalls mit seiner dritten Frau und dem jüngsten Kind in Paris, zeitweise zusammen in einer kleinen Wohnung mit Nina, ihrem Lebensgefährten, Terese Mark und dem Sohn Rubinsteins (Papanek 2000, 24).

Paris 1933-1940

Die Ankunft in Paris bedeutete für Nina ihr nunmehr drittes Exil. Sie versuchte zunächst ihr Studium an der Sorbonne abzuschließen. Im Zuge der Recherchen für ihre Dissertation in Paris (und Prag) war sie bereits im Wintersemester 1930/31 für ein Semester an der Sorbonne immatrikuliert ohne jedoch dort Seminare zu belegen. Bei ihrer erneuten Immatrikulation bat sie um die Anerkennung ihrer bisherigen Studienleistungen in Frankfurt und Paris und um die Zulassung zu einem höheren Semester (vgl. Papanek 2000, 22). Vermutlich plante sie, ihre Dissertation ins Französische zu übersetzen und sich anschließend zur Promotion anzumelden.

Ihr Vorhaben scheiterte. Zwar wurde ihr am 3. November 1933 mitgeteilt, sie dürfe sich einschreiben, allerdings wurde sie nur von einem Jahr der obligatorischen „Scolarité“ befreit, den Rest des Studiums musste sie absolvieren. In Anbetracht ihrer wirtschaftlichen Notlage war dies unmöglich, denn Nina musste arbeiten. Ihr Vater vermittelte ihr aus Prag Arbeitsmöglichkeiten als Übersetzerin und Autorin in der deutschen Emigrantenpresse. Zudem arbeitet sie als Kinderbetreuerin, Sekretärin und Arbeiterin für den Bau kleiner Radios. Sie lebte in einem Pariser

Viertel mit vielen Emigrant*innen. Zu ihrem Bekanntenkreis gehören Erich und Herta Cohn-Bendit, deren Sohn Gabriel (sein Bruder Daniel wird erst später in Montauban geboren) und vor allem ihre französische Nachbarin und spätere Widerstandskämpferin Thésée Korzybska (Papanek 2000, 25). Beide sind eng befreundet und Thésée ist es zu verdanken, dass Ninas Dissertation nicht im Tumult des Zweiten Weltkriegs verloren ging. Kurz vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in Paris bekamen Nina und ihre Mutter im Juni 1940 im letzten Moment über ihre menschewistischen Kontakte noch die rettenden Zugtickets nach Toulouse. Von dort aus flohen sie über Spanien nach Portugal, wo sie das Schiff in Richtung ihres letzten Exils bestiegen. Durch die überstürzte Flucht mussten sie fast alle Habseligkeiten im Pariser Quartier zurücklassen. Es war Ninas Nachbarin, Thésée, die mit ihrem Freund in die Wohnung ging, um die wichtigsten Dokumente der Familie vor den Nazis zu retten. Thésées Freund hatte in Polen Soziologie studiert und erkannte die Bedeutung der zurückgelassenen Dissertation. Sie wurde mit anderen Papieren auf dem Dachboden des Hauses von Thésées Eltern eingelagert, in einem kleinen Dorf weit ab von Paris. Hier überdauerte Ninas Arbeit über die politische Emigration den Zweiten Weltkrieg (Kettler 2008, 143).

New York 1940-1996

Waren Ninas vorangegangene „Wanderungen“ von einer gewissen Leichtigkeit und Neugier geprägt, so war die letzte große Reise ins Exil nach Amerika von schmerzlichem Verlust und Sehnsucht gezeichnet. Nach ihrer Ankunft in New York beschrieb sie in einem Aufsatz die für sie untypische Stimmung:

Ich hatte gerade Frankreich verlassen, mein Herz schmerzte immer noch, wenn ich an mein geliebtes Paris dachte, an das lustige und schöne „Quartier Latin“. [...] In meinen ersten Tagen [in New York] blieb ich meistens zu Hause. Sonst, wenn ich in eine neue Stadt komme, will ich sofort alles Neue sehen, Parks, Strassen, Aussichten, aber diesmal war ich müde, ich hatte zu viel Trauriges erlebt. Ich wollte mich ausruhen, essen, schlafen, mit alten Freunden reden. (zitiert nach Papanek 2000, 26)

Sie versuchte zunächst erneut ihre Promotion wieder aufzunehmen. Nachdem sie im April 1941 vom amerikanischen Konsulat in Deutschland die von ihr angeforderten Nachweise über ihr Studium in Frankfurt und Heidelberg erhielt, wurde sie am 25. Februar 1941 als Promotionsstudentin an der Graduate Faculty of Political and Social Science der New School for Social Research angenommen. Ihre besuchten Veranstaltungen zeigen eine starke Kontinuität zu ihrem Studium in Deutschland – sie belegte Vorlesungen in Psychologie, Ökonomie und Soziologie bei den in die Vereinigten Staaten emigrierten Dozenten aus Frankfurt und Heidelberg (u. a. bei Max Wertheimer und Hans Speier). Doch erneut musste sie wegen ökonomischer Not ihr Studium kurz vor dem Abschluss abbrechen. Ihre Dissertation galt zu diesem Zeitpunkt als verloren, ein erneutes Aufrollen der Arbeit schien unmöglich.

Da es ohne akademischen Abschluss, insbesondere für Frauen, an amerikanischen Universitäten nahezu unmöglich war eine Anstellung zu finden, absolvierte Nina eine Ausbildung zur Linguistin und arbeitete ab 1942 als Übersetzerin für Englisch, Deutsch, Russisch und Französisch. Sie fand verschiedene Arbeitsmöglichkeiten, ihre glücklichste und beruflich produktivste Zeit begann 1955, als sie bei den United Nations (UNO) in New York als Simultan-Dolmetscherin fest eingestellt wurde. Ihre Arbeit war gut bezahlt, sie wurde von ihren Kolleg*innen respektiert und reiste viel.

Obwohl Nina 1949 die amerikanische Staatsbürgerschaft erhielt und sich in den Folgejahren beruflich erfolgreich in New York etablierte, wurden die USA nie ihr geistiges Zuhause. Ihr Freundeskreis war klein, dafür sehr intim, und bestand vor allem aus menschewistischen Wegbegleiter*innen. Die amerikanische Auslegung von Freundschaft verstand Nina nie, wie sie einmal ihrer sehr amerikanisch sozialisierten Schwester Hanna Papanek erläuterte. Man könne nur eine beste Freundin haben und nur wenige Freunde. Der Rest seien lediglich Bekannte (Papanek 2000, 27ff.).

Sie arbeitete bis 1972, bevor sie endgültig in Rente ging. Bei der UNO wurde sie 1968 pensioniert. Sie versuchte anschließend einige Bücher aus dem Russischen zu übersetzen, gab diese Tätigkeit aber

wieder auf. Obwohl sie auch in New York privat nur Russisch sprach, selbst ihre zwei Katzen verstanden kein Englisch, kam sie mit neuen, in ihren Augen vulgären und pornografischen Ausdrücken, die ihr unbekannt waren, nicht zu Recht. Russisch war zwar ihre „Heimatsprache“, allerdings gehörte diese Heimat einer anderen Zeit an (ebd., 31).

Das letzte große Ereignis in Ninas Leben war die unverhoffte Anerkennung ihrer Promotion von der Goethe-Universität Frankfurt 1989. Wie schon erwähnt, wurde die Arbeit von Thésée Korzybska gerettet. Korzybska suchte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder den Kontakt zu Nina und machte sie schließlich in New York ausfindig. Für Nina war die übersandte Dissertation eine große Überraschung, die zu diesem Zeitpunkt aber zu spät kam, da sie gerade einen neuen Lebensabschnitt begonnen hatte.

Hanna Papanek, die an der Boston University als Professorin arbeitete, versuchte seit den 1950er Jahren vergeblich einen Verleger für die Arbeit zu finden. David Kettler wurde 1985 schließlich auf Rubinsteins Fall aufmerksam und bemühte sich zusammen mit Papanek, Claudia Honegger - damals Soziologin an der Goethe-Universität Frankfurt - und Jürgen Habermas darum, Rubinstein die verdiente Promotion zu ermöglichen. Bei der mündlichen Prüfung, die Bestandteil des Promotionsverfahrens war, erläuterte Rubinstein der Kommission unter anderem ihr Fotoalbum, das bemerkenswerte Aufnahmen aus ihrer damaligen Studienzeit enthielt, darunter auch einige von Gisèle Freund (vgl. Kettler 2000).

Mit 56-jähriger Verspätung wurde Nina Rubinstein 1989 im feierlichen Rahmen promoviert, ihre Dissertation wurde nachträglich veröffentlicht. Diese einzigartige Geschichte erregte auf der ganzen Welt mediale Aufmerksamkeit, so dass insgesamt über 200 Artikel, unter anderem in Deutschland, den USA und Israel erschienen. Nina Rubinstein sammelte sie alle in einem dicken Album, das sie sich in späteren Jahren immer wieder anschaute, um sich an ihre späte und verdiente Anerkennung zu erinnern. Nina Rubinstein starb im Jahr 1996 nach langer Krankheit in ihrer Wohnung in New York (Papanek 2000, 31).

Dissertation

Nachdem in der biographischen Skizze zu Nina Rubinstein die Parallelen zwischen ihrem Leben und ihrer Forschung aufgezeigt wurden, geht es im Folgenden um ihre Dissertation. Zunächst werde ich kurz auf die Entstehung eingehen, die zentralen Inhalte und Thesen der Arbeit vorstellen und mich daran anschließend mit dem Einfluss von Georg Simmels „Exkurs über den Fremden“ auf Rubinsteins Dissertation befassen. Abschließend werde ich Rubinsteins Emigrationstheorie mit der aktuellen Migrationssoziologie von Hartmut Esser vergleichen. Dabei geht es weniger um die „Wanderung“, sondern mehr um die Situation der Migrant*innen im Aufnahmeland, ihre Fähigkeit zur Angleichung an das neue Gesellschaftssystem unter den Gesichtspunkten Integration, Assimilation und Akkulturation.

Karl Mannheims und Norbert Elias' Ermutigungen folgend, vor allem im „eigenen Milieu“ zu forschen, begann Nina Rubinstein schon früh, ihre Dissertation zum Thema Emigration und Exil zu planen (Radosztina 2010, 130 ff.). Bereits während ihrer Studienzeit in Heidelberg 1929 konkretisierte sie in Tagebucheinträgen ihr Vorhaben. Ursprünglich wollte sie Revolutionen und Emigrationsbewegungen der Vergangenheit und Gegenwart untersuchen und vergleichen, namentlich die Emigrationsgruppen nach der Französischen Revolution 1789 und die nach der Februarrevolution in Russland 1917. Am Ende des Sommersemesters 1930, zu diesem Zeitpunkt studierte sie bereits in Frankfurt, gab sie bei Mannheim an „Die französische Emigration, insbesondere die Transformation ihrer Ideologie“ untersuchen zu wollen. Wie bereits erwähnt, befürwortete Mannheim ihr Vorhaben (Papanek 2000, 22).

In der nachfolgenden Zeit forschte sie während eines Auslandssemesters in Paris nach Quellen und Forschungsliteratur für ihre geplante Untersuchung zur Emigration und entwickelte nach ihrer Rückkehr in Frankfurt einen Fragebogen für russische Emigrant*innen. Nachdem sie keine Interviewpartner*innen fand, konzentrierte sie sich ausschließlich auf die Emigration französischer Aristokrat*innen nach 1789 (ebd., 22 ff.). Die im

April 1933 fertig gestellte Arbeit begann mit einer allgemeinen Einführung in das Konzept des politischen Emigranten, den sie in Simmelscher Tradition als einen „Sondertypus des Fremden“ betrachtete. Das anschließende Kapitel vermittelt einen historischen und statistischen Überblick über das Ancien Régime und den historisch-chronologischen Ablauf der Emigration sowie den Prozess der Konstituierung der Emigrant*innen-Gesellschaft durch die jeweiligen Emigrationsschübe von 1789 bis 1795. Emigration begreift Rubinstein nicht als ein einmaliges Ereignis, ausgelöst durch eine große Revolution (die wiederum auch nicht als einmalig zu verstehen ist), sondern als wellenförmig verlaufenden Prozess, beeinflusst durch Ereignisse in Frankreich, aber auch im Ausland (Rubinstein 2000, 128 f.). Je nach historischer Verfasstheit unterteilt sie Migrationsbewegungen von Aristokrat*innen (mit Dienerschaft), Geistlichen und Bürgerlichen, die sich wiederum auch in ihren Motivationsgründen unterscheiden. Mit dem Fortschreiten der Revolution wurde aus anfänglichen „Mode- und Vergnügungsreisen“ der Adligen um den französischen Prinzen herum die Flucht aus Angst um das eigene Leben. Den Höhepunkt der französischen Emigration verortet sie im Herbst 1792, als nach den Adligen auch die bürgerlichen Franzosen vor den Septembermorden und nach dem Ausrufen der Republik fliehen. Mit diesen Ereignissen und vor allem mit dem Erlass des Gesetzes gegen die Emigration, auf die nun ewige Verbannung und die Todesstrafe steht, veränderte sich die Situation der Flüchtigen: Die Emigration wurde dauerhaft. Der daraus resultierende (Bewusstseins) Wandel bildete den Ausgangspunkt für eine leitende Frage der Arbeit von Rubinstein: Wie wird aus einem Flüchtling der zunächst dauerhaft „auf dem Sprung ist“, der jederzeit mit der baldigen Rückkehr rechnet und damit nur einige emigrantische Züge aufweist, ein „typischer Emigrant“? (ebd., 133f.).

Um diese Frage zu beantworten untersuchte sie Emigrant*innenzentren und ihre Bedeutung für die emigrantische Ideologie vor und nach 1792. Die Transformation der Ideologie, bei der die Emigrant*innen zu Besiegten wurden, veränderte das Emigrant*innen-Bewusstsein vor allem durch drei Faktoren: Die Einstellung auf die Dauer der Emi-

gration, bei der sich dauerhaft in ein neues Leben eingefügt werden muss; die Umstellung auf die Berufstätigkeit, die für die Feudalgesellschaft des 18. Jahrhunderts etwas Außergewöhnliches ist; schließlich die geselligen und gesellschaftlichen Kontakte, mit denen sich Emigrant*innen, die sich sonst als einzelne Individuen in der Masse des Aufnahmelandes assimiliert hätten, als Schicksalsgemeinschaft in der Fremde zusammenschlossen (ebd., 176 ff.). Zur Verdeutlichung dieser Bedingungen und Ursachen stützte sich Rubinstein bei ihrer Untersuchung auf persönliche Dokumente von Emigrant*innen. Sie untersuchte Tagebücher, Briefwechsel und Lebenserinnerungen und behandelte diese als zeitgenössische Quellen über die damalige Zeit. Damit gab sie den historisch fernen Emigrant*innen wieder eine Stimme (Raith 2000, 46). Ausgehend von diesen Quellen versuchte sie, Typen von Emigrant*innen zu entwickeln, die nicht nur für die historische Emigration Gültigkeit besaßen, sondern eine allgemeingültige und zeitunabhängige Typisierung für die politische Migration sein sollten.

Abschließend stellte sie einige kurze Überlegungen zur Rückkehr der Emigrant*innen an. Eine Rückkehr war nach der Machtergreifung Napoleons 1799 und dem Dekret vom April 1802, das die allgemeine Rückkehr gestattete, möglich geworden (ebd., 193f.). Die Probleme der „Scharen“ von Rückkehrer*innen thematisierte sie nur kurz. Im letzten Absatz betonte sie, dass die Emigration von 1789 kein singuläres Ereignis war, sondern vielmehr allgemein emigrantische Züge aufwies, die sich immer wieder wiederholten „solange die geschichtliche Entwicklung Revolutionen [...] hervorbringen wird“ (ebd., 195). Gesellschaft, sowohl die der Emigrant*innengemeinde, wie auch die der gesamten Aufnahmegesellschaft, begriff sie (Mannheim folgend) aus ihrem historisch-sozialen Standort. Die Menschen sollten so umfassend in ihrer „Aspektstruktur“ verstanden werden (Raith 2000, 45).

Der Bezug zu Georg Simmels „Exkurs über den Fremden“

Georg Simmels „Exkurs über den Fremden“ erschien 1908 als ein Kapitel seines umfassenden Werkes „Soziologie“. Bereits kurz nach Erscheinen

inspirierte es Wissenschaftler*innen wie Nina Rubinstein und Karl Mannheim zu eigenen Überlegungen über „den Fremden“, die damit ihre eigenen Betrachtungen zu Migration, Flucht und Exil verknüpften. Die überzeitliche Bedeutung von Simmels Essay zeigt sich auch darin, dass er bis heute als einer der grundlegenden Texten der Migrationssoziologie gilt.

Bereits in der Fassung der Dissertation Nina Rubinsteins von 1933 finden sich Verweise auf den „Exkurs des Fremden“. In der zweiten, nie vollendeten Exilfassung plante sie einen noch direkteren Bezug. Dies lässt sich aus der im Max-Horkheimer-Archiv erhaltenen kurzen Zusammenfassung der Hauptthesen ihrer Dissertation schließen. Die Zusammenfassung ist auch ein Hinweis darauf, dass Rubinstein sich mit dem Wunsch nach der Fortführung ihrer akademischen Karriere an Horkheimer an der Columbia Universität gewandt hat. Ihre Thesen blieben ähnlich, nur wollte sie im zweiten Versuch eine allgemeine Problemstellung über Emigration ableiten, die auch für die Flucht und erzwungene Emigration während der NS-Zeit und dem Zweiten Weltkrieg aussagekräftig war. Der Untertitel der überarbeiteten Fassung ihrer Doktorarbeit war „Ein Beitrag zur Soziologie des Fremden“ (Papanek 2000, 27f.). Ninas Anfrage wurde von Horkheimer nicht beantwortet und die geplante neue Version der Doktorarbeit leider aus den oben erwähnten Gründen nicht umgesetzt.

Wie verhalten sich Nina Rubinsteins Überlegungen zum Fremden von 1933 zu denen von Georg Simmel? Simmels Ausführungen über den Fremden bleiben relativ abstrakt. Zwar benennt er als Fremden den Wanderer und als deren Archetyp den Händler oder auch das gesamte europäische Judentum. Gleichzeitig bemüht er aber auch die „Bewohner des Sirius“ um den Leser*innen einen Eindruck von Fremdheit zu vermitteln (vgl. Simmel 2002). Den Bezug zu Fremdheit zu konkretisieren und erfahrbar zu machen blieb damit nachfolgenden Wissenschaftler*innen überlassen.

Für Georg Simmel ist der Fremde eine Person, die an sich die Fähigkeit und Qualität des Wanderers hat, dessen Fremdheit sich aber erst dann im Bewusstsein verschärft, wenn er sich niederlässt. Der Fremde ist der „potentiell Wandernde“, der der

heute kommt und morgen bleibt (ebd., 47). Kennzeichnend für diesen Typ ist damit, dass er mit seiner Wanderung Qualitäten einer anderen Herkunft mitbringt. Er ist somit zwar geografisch nah, aber emotional eventuell nicht gleichermaßen zugänglich und daher dennoch fern. Bestimmte Sitten und Umgangsformeln sind ihm fremd, was zu einer gewissen Außenseiter*innenposition führt, die auch bestehen bleibt, wenn diese Person es schafft sich in einer Gesellschaft oder Gruppe zu etablieren. Vollständige Integration und Anerkennung bleiben ihm verwehrt. Dieses Fremdsein mit dem dazugehörigen Zusammenspiel von ‚außerhalb und gegenüber‘ ermöglicht eine besondere Form der Objektivität, da das Nahverhältnis nur aus der Vogelperspektive wahrgenommen werden kann. Es ist ein eigenwilliges Zusammenspiel von Gleichgültigkeit und Engagement (vgl. Raith 2000, 40).

Simmel analysiert intime Beziehungen auf der Basis geteilter Eigenschaften und Ansichten. Je mehr Eigenschaften geteilt werden und je spezifischer diese sind, desto besonderer und wertvoller erscheint die Beziehung den beteiligten Akteur*innen. Werden Gemeinsamkeiten zu allgemein und beziehen sich am Ende gar nur auf Eigenschaften die Menschen, so werden auch Beziehungen zunehmend fremder. Auch vermeintlich spezifische Eigenschaften, wie Religion, Hautfarbe oder Nationalität können vielen Fremden gemeinsam sein, was ihnen wiederum die Individualität nimmt und sie zu einer monolithischen Gruppe der Fremdheit werden lässt (Simmel 2002, 51f.).

Die Ausführungen von Nina Rubinstein zu politischen Emigrant*innen können als Konkretisierungen der Überlegungen von Georg Simmel über den Fremden gelesen werden. Der politische Emigrant, gezwungen zur geographischen Wanderung, bleibt geistig noch länger auf Wanderschaft, da er in ständiger Hoffnung auf Rückkehr ist. Entweder kann er nach einer gescheiterten Revolution umkehren (in Rubinsteins Untersuchungen ist die Französische Revolution gemeint), oder er muss dauerhaft im Exil bleiben - in jedem Fall ist er für einen bestimmten Zeitraum fixiert und trägt durch die mehr oder minder unfreiwillige Migration und die daraus folgende Unwilligkeit zur Integration seine fremden und in

der Ferne gewonnenen Qualitäten noch stärker zur Schau.

Auch Rubinstein schreibt dem Emigranten als Beispiel für Fremdheit eine gewisse Objektivität zu - allerdings bringt sie diese nicht mit Beziehungen im Aufnahmeland in Verbindung, sondern mit seinem klaren Blick auf sein Herkunftsland. Die Vogelperspektive, die lange Sicht, bleibt somit Simmel wie auch Rubinstein inne, hat aber andere Konsequenzen für das Wirken des Fremden/ der politischen Emigranten: Simmel interpretiert die Objektivität des Fremden mit dem Beispiel der Unbefangenheit italienischer Richter, die von außerhalb berufen wurden um objektiv zu urteilen, als durchaus nützlich für die Aufnahmegesellschaft. Währenddessen ist die von Rubinstein attestierte Objektivität zweischneidig und bezieht sich auf das Herkunftsland des Emigranten: Dieser kann Verhältnisse aus der Heimat zwar klarer beurteilen, aber nur aus der Ferne und quasi aus vergangener Perspektive, da er aktuell unter anderen Bedingungen lebt. Die Praktikabilität politischer Arbeit aus der Ferne wird von ihr damit stark hinterfragt (Rubinstein 2000. 189f.).³

Das Verhältnis geteilter Gemeinsamkeiten und Differenzen ist in Bezug auf das Verhalten der Aufnahmegesellschaft und des Emigranten bei Simmel und Rubinstein verschieden. Bei Simmel werden die Fremden, wenn es sich um eine größere Anzahl handelt, von den Einheimischen zu einer gesichtslosen Masse vereinigt. Bei Rubinstein finden sich die Emigranten aufgrund ihrer Differenzen zum Gastland und ihrer Gemeinsamkeiten als politische Flüchtlinge in der Fremde als Gruppe selbst zusammen. Ihre geteilten Eigenschaften sind speziell und stark von den Einheimischen unterschieden - fremd, vertrieben, verständnislos. Simmel und Rubinstein verstehen den Fremden/ politischen Emigranten also gleichsam als Träger spezifischer Eigenschaften, die dieser nur durch die örtliche Repositionierung erhalten konnte. Wesentliche Unterschiede entstehen in ihren Betrachtungen aber durch die Wahl des Untersuchungsgegenstandes: Simmel entwickelte allgemeine Theorien und stellte allgemeine Thesen

³ Biographisch nimmt Rubinstein damit auch indirekt Position zur politischen Arbeit ihrer Eltern und des menschewistischen Kreises allgemein, vgl. dazu auch Kettler et. al. 2008, 150.

sowohl zum individualisierten Fremden, also auch entfernter zur Gruppe der Fremden aus Sicht der Aufnahmegesellschaft, an. Rubinstein beschäftigte sich zunächst vornehmlich mit einer Gruppe von Fremden: den französischen Aristokraten als politische Emigranten. Am Beispiel einzelner individueller Schicksale aus dieser Gruppe analysierte sie die inneren Dynamiken in Emigrantengruppen (Rubinstein 2000, 184ff.). Dabei interessierte sie sich vor allem für das wechselseitige Verhältnis zwischen den Unterschieden in den Eigenschaften des Fremden und seine Fähigkeit sein Verhalten dem Aufnahmeland anzupassen und die Bereitschaft des Aufnahmelandes ihn aufzunehmen und anzuerkennen. Sie kam zu dem Ergebnis, dass je stärker sich die spezifischen Eigenschaften des Fremden von denen der Individuen im Aufnahmeland unterschieden und je mehr sich der Emigrant nicht analog zur Aufnahmegesellschaft verhalten kann oder will, desto deutlicher wird er auf Ablehnung stoßen und durchaus positive Kompetenzen, wie Objektivität, nicht „nutzen“ können.

Überlegungen wie diese gelten heute als selbstverständlich, sie wurden aber erst durch die Migrationsforschung zum Allgemeinwissen.

Bezug zur aktuellen Migrationssoziologie

Die Migrationssoziologie ist als Teilgebiet der Migrationsforschung ein weites Feld und wird seit den 1920er Jahren wissenschaftlich betrieben. Zentral für das Ankommen der Migrant*innen im Aufnahmeland ist das Thema der Integration, damit verbunden sind die Punkte der Akkulturation und Assimilation. Sie stehen als „Gradmesser“ für das Ankommen der Zugewanderten in der Gesellschaft des Aufnahmelandes. Grundlegend für diesen Themenbereich sind die 1980 erstmals veröffentlichten Analysen von Hartmut Esser (vgl. Esser 1980). Sein dreigliedriges Modell der Akkulturation, Assimilation und Integration zählt heute zu den Klassiker*innen der Soziologie und liegt vielen Forschungen zum Thema Migration in Deutschland zugrunde (vgl. u.a. Frindt 2012). Wegen der Bedeutung und Anerkennung der Theorie von Esser wird diese als Vergleichsmodell zu Nina Rubinsteins Betrachtungen zum Emigranten genommen. Es wäre interessant gewesen, ihre zweite, leider nie verwirklichte, Dissertation zu un-

tersuchen, da Rubinstein in dieser späteren Fassung ein allgemeineres Modell des Migranten entwickeln wollte. Spuren dieses Vorhabens sind aber auch in der ersten und veröffentlichten Fassung ihrer Dissertation erkennbar, so vor allem in dem von ihr entwickelte Fragebogen für die in Deutschland lebenden Emigranten der russischen Revolution von 1917, der die Grundlage für den folgenden Vergleich bildet.⁴ Zunächst wird nun Essers Modell beleuchtet um anschließend einige Kernpunkte mit Rubinsteins Betrachtungen zu vergleichen.

Laut Esser betrifft „Assimilation“ zwar unterschiedliche soziale Vorgänge, dennoch findet sie in interethnischen Interaktionen innerhalb von drei Bezugsbereichen statt: der Systemintegration, der sozialen Struktur und in der Sozialintegration (Esser 2004, 45). Insgesamt beschreibt „Assimilation“ die Angleichung von Eigenschaften an vorgefundene Standards.

In Rubinsteins Fragebogen finden sich vor allem Parallelen zur Dimension der Sozialintegration. Darunter wird das Einbeziehen des Akteurs in einen bereits bestehenden sozialen Zusammenhang verstanden, was wiederum in vier Variablen geteilt werden kann: Die Kulturation entspricht dem Erwerb von Fertigkeiten, Wissen und kulturellen Gegebenheiten, von zentraler Bedeutung ist der Spracherwerb. Rubinstein stellt in ihrem Fragebogen, vermutlich aufgrund der eigenen biographischen Erfahrungen, mehrere Fragen zur Sprachkompetenz der russischen Migrant*innen. Dabei zielen ihre Fragen über rein sprachliche Kompetenzen hinaus, vielmehr beleuchtet sie Sprache im Zusammenhang mit der sozialen Umwelt und berührt damit eine weitere Va-

4 Geschlecht und Alter; 2) Nationalität; 3) Staatsangehörigkeit; 4) Tätigkeit oder Beruf; 5) In welchem Alter sind Sie emigriert?; 6) Etappen der Emigration; 7) Welche Schule haben Sie besucht/ besuchen Sie derzeit? Eine russische oder eine fremdsprachige?; 8) Interessieren Sie sich für die Geschehnisse in Russland?; 9) Wie ist Ihre Einstellung gegenüber der Sowjetunion?; 10) Planen Sie, nach Russland zurückzukehren?; 11) Planen Sie die Staatsbürgerschaft zu erwerben, und wenn ja, warum?; 12) Betrachten Sie russisch als Ihre Muttersprache?; 13) Welche ist Ihre bevorzugte Sprache?; 14) Lesen Sie russische Literatur und von welcher Art (klassisch, Emigranten- oder Sowjetliteratur)?; 15) Unter welchen Leuten haben Sie die meisten Freunde?; 16) Sind Sie gegenüber Ihrem Aufenthaltsland und der Bevölkerung hier positiv eingestellt?; 17) Gehören Sie einer politischen Partei an?; 18) Gehören Sie irgendwelchen Organisationen im Aufenthaltsland an? (vgl. Papanek 2000, 23).

riable der Sozialintegration: die Interaktion als das Führen sozialer Beziehungen und von Netzwerken. So fragt sie, welche Sprache in welchen Zusammenhängen gesprochen wird, in der Schule, in der Familie. Fragen wie diese leiten über zu Nachforschungen über den Freundeskreis: „Unter welchen Leuten haben Sie die meisten Freunde?“ (Papanek 2000, 23). Diese Interaktionen sind bestimmend für die dritte Variable, die die Identifikation betrifft und bestimmt, ob eine „Loyalität“ zum Aufnahmesystem hergestellt wird bzw. besteht (Esser 2004, 46). Dabei geht Rubinstein über intime Beziehungen hinaus und fragt direkt nach der Einstellung gegenüber Deutschland und seiner Bevölkerung; indirekt beleuchtet sie die Situation aber auch mit Fragen zur Zugehörigkeit zu einer Partei und zu anderen Organisation sowie mit Fragen zur Einstellung gegenüber dem Herkunftsland und zum Bestehen von Rückkehrplänen. Weiterhin erkundigt sie sich nach grundlegenden institutionellen Zugehörigkeiten wie Staatsangehörigkeit, Bildungsverlauf und beruflicher Tätigkeit (Papanek 2000, 23). Esser bezeichnet diese Zusammenhänge als „Platzierung“ und meint damit den Erwerb von Rechten und Pflichten und die Verortung in der Aufnahmegesellschaft. Es ist nach seinem Modell die vierte und letzte Variable der Sozialintegration (Esser 2004, 46).

Die Variablen bestimmen die Integration in die zwei Bezugssysteme der ethnischen Herkunfts- oder Aufnahmegesellschaft (Herkunfts- oder Aufnahmesystem). Die vier Möglichkeiten der Marginalität (keine Integration), der multiplen Inklusion (Integration auf beiden Ebenen), der individuellen Segmentation (Integration nur in das ethnische Herkunftssystem) und der individuellen Assimilation (Integration nur in das Aufnahmesystem) werden bei Rubinstein durch die von ihr gebildeten Emigrationstypen weitestgehend abgedeckt. Bei ihrer Analyse der Gruppe der französischen Emigrant*innen arbeitet sie drei Typen heraus: Dem „starren Royalisten“ gelingt keine Annäherung an die Aufnahmegesellschaft, er bleibt kulturell, emotional und identifikatorisch im Herkunftsland der Vergangenheit. Durch das Klammern an Illusionen des alten Vaterlandes, dem Festhalten an alten Sitten und der künstlichen Aufrechterhaltung des alten Seins distanziert sich

dieser Typ aber komplett von seiner Umwelt. Für Rubinstein ist dieser Mensch steril und nimmt durch die Auslöschung seiner schöpferischen Kraft überhaupt nicht mehr am Leben teil (Rubinstein 2000, 186 ff.). Dieses Dasein entspricht nach modernem Bezug am ehesten der Marginalität: Der Emigrant ist in keinem Bezugssystem integriert, weder in der Aufnahme- noch in der ethnischen Herkunftsgesellschaft (Esser 2004, 47). Rubinsteins zweiter Typ des „Intellektuellen“ ist geistig und emotional flexibler. Die genaue Bestimmung seiner sozialen Zugehörigkeit ist jedoch schwierig. Dieser Typ verfolgt auch die aktuellen Vorgänge der alten Heimat, hält aber nicht starr an der Vergangenheit fest, sondern ist vielmehr fähig die politische Situation und die Entwicklung der Emigration kritisch zu beurteilen. Rubinstein sieht für diese Akteure die Chance, Kulturvermittler zu werden, jedoch auch die Gefahr, dem Außenseitertum zu verfallen. Am ehesten kann sich dieser Typ kulturell-literarisch annähern und so teilweise assimilieren, insgesamt stellt er eine Übergangsform des Assimilationstypus dar (Rubinstein 2000, 188ff.). Die Einordnung in Essers System der Integration/ Assimilation ist damit schwierig und vermutlich typabhängig. Die „multiple Integration“, also die Integration in das System der Aufnahme- und der ethnischen Herkunftsgesellschaft, scheint ebenso möglich wie die individuelle Segmentation, die die ausschließliche Integration in die Herkunftsgesellschaft beschreibt (Esser 2004, 47). Abschließend beschreibt Rubinstein Jugendliche, die am ehesten dem Assimilationstypus nahe kommen. Kinder und Jugendliche, die mit den Eltern emigrierten, sind für den Einfluss des fremden Milieus am zugänglichsten. Mit dem erleichterten Erlernen der neuen Sprache saugen sie auch alle anderen Eindrücke begierig auf. Während dieser Typ sich theoretisch perfekt der Möglichkeit der „individuellen Assimilation“ zuordnen lässt, die die ausschließliche Integration in das Aufnahmesystem beschreibt, schränkt Rubinstein gleichzeitig für die Praxis ein: das Jungsein des Emigranten reicht für diese Assimilation nicht aus, das richtige Milieu mit dem Zusammenwirken der dazugehörigen Faktoren ist entscheidend und erklärt die (Nicht)Assimilation. Damit nimmt sie schon 1933 die von Esser beschriebenen äußeren Faktoren vorweg.

Für den Jugendlichen sind alle vier Zugehörigkeiten möglich (Rubinstein 2000, 191 f.; Esser 2004, 46 f.).

Insgesamt finden sich in den Beschreibungen der französischen Emigrant*innen einige Punkte, die fast 50 Jahre später auch Hartmut Esser für das Leben moderner Migrant*innen als entscheidend erachtet hat wie beispielsweise den Begriff des Lernens (vgl. Esser 1980, 70ff.).

Fazit

In der vorliegenden Arbeit wurde das Leben und wissenschaftliche Wirken einer Frankfurter Sozialwissenschaftlerin beleuchtet, die ihr volles Potential in der Forschung leider nie verwirklichen durfte. Ihr Leben wurde schon früh durch politische und revolutionäre Umbrüche des beginnenden 20. Jahrhunderts geprägt. Nina Rubinstein wagte sich als junge Frau aus dem engen Wirkungskreis ihrer weitverzweigten Politikfamilie heraus und beschritt unter Anleitung von Norbert Elias und Karl Mannheim eigene Wege in der soziologischen Forschung. Geprägt durch die eigenen Erfahrungen ließ sie das Thema der politischen Emigration nicht mehr los. Sie beschloss dieses Thema zum Mittelpunkt ihrer Forschung zu machen. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten, der antisemitischen Diskriminierung und Verfolgung zerschlugen sich aber ihre Hoffnungen auf einen erfolgreichen Studienabschluss, auf eine wissenschaftliche Karriere sowie auf ein sicheres und dauerhaftes Leben in Deutschland. Auf ihrer Flucht und im Exil in Frankreich und den Vereinigten Staaten hielt sie zunächst am Vorhaben der Promotion fest, bis sie gezwungen war es aus ökonomischen Gründen aufzugeben. Nachdem eine Anstellung an einer amerikanischen Universität nicht zuletzt aufgrund geschlechtsspezifischer Diskriminierung verhindert wurde, fand sie ihr berufliches Glück in der Arbeit als Dolmetscherin. Die Anerkennung ihrer Dissertation und Promotion an der Frankfurter Goethe-Universität im Jahre 1989 brachte ihr eine späte wissenschaftliche Anerkennung.

Leider konnten aufgrund des begrenzten Rahmens dieser Arbeit nicht alle Gesichtspunkte von Nina Rubinsteins Dissertation beleuchtet werden. Es wäre beispielsweise interessant gewesen, auch die femi-

nistischen Potentiale ihrer Thesen zu erforschen oder die Parallelen zwischen Norbert Elias' „Höfischer Gesellschaft“ und dem Ancien Régime nach Rubinstein näher zu betrachten. Mit der Herausarbeitung biographischer Einflüsse auf ihre Forschung sowie mit dem Vergleich ihrer Untersuchung mit der „historischen“ und modernen Migrationssoziologie wurde aber ein wichtiger Aspekt beleuchtet. Dabei ging es mir darum, die Bedeutung von Nina Rubinsteins Dissertation zur Soziologie der politischen Emigration und der Migrationssoziologie aufzuzeigen.

Was wäre wenn (jüdische) Forscherinnen nicht durch politische Diskriminierungen und Marginalisierungen aus der Wissenschaft des frühen 20. Jahrhunderts gedrängt worden wären? Auch wenn diese Frage sich kaum beantworten lässt, so ist es doch wichtig immer wieder einige Möglichkeiten ihres Engagements und ihrer Produktivität aufzuzeigen.

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

Rubinstein, Nina (2000): Die Französische Emigration nach 1789. Ein Beitrag zur Soziologie der politischen Emigration. In: Raith, Dirk (Hrsg.): Nina Rubinstein. Die französische Emigration nach 1789. Ein Beitrag zur Soziologie der politischen Emigration. Graz/Wien: Nausner & Nausner, 89-222.

Sekundärliteratur

Esser, Hartmut (1980): Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse. Darmstadt: Luchterhand.

Esser, Hartmut (2004): Welche Alternativen zur „Assimilation“ gibt es eigentlich? In: Bude, Klaus J./Bommes, Michael (Hrsg.): Migration- Integration- Bildung. Grundfragen & Problembereiche. Heft 23. Osnabrück: Eigenverlag IMIS, 41-59.

Honegger, Claudia (1990): Die ersten Soziologinnen in Frankfurt. In: Steinert, Heinz (Hrsg.): Die (mindestens) zwei Sozialwissenschaften in Frankfurt und ihre Geschichte. Ein Symposium des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften aus Anlaß des 75-Jahre-Jubiläums der J.W. Goethe-Universität Frankfurt 11./12. Dezember 1989. Frankfurt, 88-99.

Honegger, Claudia (2000): Jüdinnen in der frühen deutschsprachigen Soziologie. In: Jansen, Mechthild/Nordmann, Ingeborg (Hrsg.): Lektüren und Brüche. Jüdische Frauen in Kultur, Politik und Wissenschaft. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer, 178-191.

Kettler, David (2000): Wie kam es zu Nina Rubinsteins Promotion? In: Raith, Dirk (Hrsg.): Nina Rubinstein. Die französische Emigration nach 1789. Ein Beitrag zur Soziologie der politischen Emigration. Graz/Wien: Nausner & Nausner, 73-85.

Kettler, David/Loader, Colin/ Meja, Volker (2008): Nina Rubinstein: Sociology of the Stranger II. In: Dies. (Hrsg): Karl Mannheim and the legacy of Max Weber – Retrieving a Research Programme, Hampshire/Burlington: Ashgate, 141-152.

Papanek, Hanna (2000): „Patria auf Rädern“: Nina Rubinstein, 1908-1996. In: Raith, Dirk (Hrsg.): Nina Rubinstein. Die französische Emigration nach 1789. Ein Beitrag zur Soziologie der politischen Emigration. Graz/ Wien: Nausner & Nausner, 9-37.

Radostina, Ilieva (2010): Soziologie und Lebensstil des Mannheim-Kreises in Frankfurt; In: Herrschaft, Felicia/Lichtblau, Klaus (Hrsg): Soziologie in Frankfurt. Eine Zwischenbilanz. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 123-140.

Raith, Dirk (2000): Nina Rubinsteins Beitrag zur Soziologie des Fremden. In: Ders. (Hrsg.): Nina Rubinstein. Die französische Emigration nach 1789. Ein Beitrag zur Soziologie der politischen Emigration. Graz/Wien: Nausner & Nausner, 39-72.

Simmel, Georg (2000): Exkurs über den Fremden, In: Merz-Benz, Peter-Ulrich/ Wagner, Gerhard (Hrsg.): Der Fremde als sozialer Typus. Konstanz: UVK, 47-53.

Internetquellen

Frindte, W. et. al.: Lebenswelten junger Muslime in Deutschland, Berlin: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2012: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/junge_muslime.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff 29.09.2014).

Abbildungsverzeichnis

Titelbild obere Reihe: Thekla Justus, Paula Ridder, Bertha Kunreuther, Elsbeth Krafft; untere Reihe: Fri(e)da Bier, Hilde Weiss, Elisabeth Kolb, Nina Rubinstein (von links nach rechts)

Universitätsarchiv Frankfurt am Main; Stadtarchiv Wesel, privat (Paula Ridder); Steine der Erinnerung, Wien-Liesing, privat (Bertha Kunreuther)

S. 10 Studentenausweis Thekla Justus
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 13 Thekla Justus Anmeldung zur Promotion
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 14 Titelblatt Dissertation Thekla Justus
Aus: Justus, Thekla (1924): Die weiblichen Hausangestellten in Frankfurt am Main: Ergebnisse einer privaten Erhebung vom Jahre 1920. Frankfurt, Wirtschafts- und Sozialwissenschaft. Diss. 24. Mai 1924, Titelseite; Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

S. 15 Fragebogen zu den Arbeitsbedingungen der weiblichen Hausangestellten in Frankfurt am Main
Aus: Justus, Thekla (1924): Die weiblichen Hausangestellten in Frankfurt am Main: Ergebnisse einer privaten Erhebung vom Jahre 1920. Frankfurt, Wirtschafts- und Sozialwissenschaft. Diss. 24. Mai 1924; Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

S. 16 Tabelle über den Lohn, den die verschiedenen Gruppen von Dienstmädchen erhielten
Aus: Justus, Thekla (1924): Die weiblichen Hausangestellten in Frankfurt am Main: Ergebnisse einer privaten Erhebung vom Jahre 1920. Frankfurt, Wirtschafts- und Sozialwissenschaft. Diss. 24. Mai 1924; Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

S. 19 Paula Ridder
Stadtarchiv Wesel, privat

S. 21 Anmeldekarte Paula Ridder
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 23 Paula Ridders Dissertation
Aus: Ridder, Paula (1920): Die praktische und theoretische Ausbildung der jungen Verkäuferinnen in Frankfurt am Main. Eine wissenschaftliche Abhandlung auf Grund einer eigenen statistischen Erhebung. Frankfurt am Main: Univ., Diss. Frankfurt a. M., Einbanddecke und Titelseite; Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

S. 25 Tabelle „Übersicht über das Personal eines Frankfurter Warenhauses Ende September 1919“
Aus: Ridder, Paula (1920): Die praktische und theoretische Ausbildung der jungen Verkäuferinnen in Frankfurt am Main. Eine wissenschaftliche Abhandlung auf Grund einer eigenen statistischen Erhebung. Frankfurt am Main: Univ., Diss. Frankfurt a. M.; Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

S. 27 Franz Žižeks Gutachten zu Ridders Dissertation
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 28 Promotionsurkunde Paula Ridder
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 31 Bertha Kunreuther (um 1930)
Steine der Erinnerung, Wien-Liesing; privat

S. 32 Nach der nationalsozialistischen Namensänderungsverordnung musste Kunreuther zusätzlich den Vornamen Sara annehmen, der sie als jüdisch kenntlich machen sollte
Wiener Stadt- und Landesarchiv

S. 34 Promotionsurkunde Betha Kunreuther
Steine der Erinnerung, Wien-Liesing; privat

S. 36 Bertha Kunreuthers Dissertation
Aus: Kunreuther, Bertha (1918): Untersuchungen über das Landstreicher- und Bettlertum in Preußen – mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse, Hannover, Titelseite; Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

S. 40 Bertha Kunreuthers Untersuchung über Tuberkulosefürsorge und Wohlfahrtspflege in Frankfurt am Main
Aus: Kunreuther, Bertha (1919): Tuberkulosefürsorge und Wohlfahrtspflege – Eine statistische Untersuchung, Frankfurt am Main, Titelseite; Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

S. 43 Gedenksteine für Familie Neumann
Steine der Erinnerung, Wien-Liesing, https://de.wikipedia.org/wiki/Bertha_Neumann#/media/File:Gedenksteine_f%C3%BCr_Familie_Neumann_01.JPG)

S. 45 Erkennungskarte Elsbeth Krafft
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 47 Elsbeth Kraffts Dissertation
Einbanddecke und Titelblatt; Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

S. 51 Erkennungskarte Fri(e)da Bier
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 52 Promotionsurkunde Fri(e)da Bier
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 53 Fri(e)da Biers Dissertation
Bier, Frida (1929): Das Werk Constantin Pecqueurs bis zum Jahr 1848. Ein Beitrag zur Geschichte des Saint-Simonismus. Stuttgart: Kohlhammer, Titelseite; Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

S. 57 Ausweiskarte Hilde Weiss, Wintersemester 1924/25
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 64 Anmeldekarte Hilde Weiss
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 65 Anmeldung zur Promotion am 9. Januar 1926
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 66 Hilde Weiss' Dissertation
Aus: Weiss, Hilda (1927): Abbe und Ford. Pläne für die Errichtung sozialer Betriebe, Frankfurt am Main, Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt a. M., Titelseite; Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

S. 69 Hilde Weiss bittet um eine Fristverlängerung für die Drucklegung ihrer Doktorarbeit
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 72 Hilde Weiss' zweite Dissertation
Aus: Rigaudias-Weiss, Hilde (1936): Les enquêtes ouvrières en France entre 1830 et 1848, Paris : Librairie Félix Alcan, Titelseite; Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

S. 77 Ausweiskarte Elisabeth Kolb, WS 1928/29
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 79 Elisabeth Kolbs Antwort auf die Frage nach ihrer Zugehörigkeit zur Roten Studentengruppe
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 81 Relegation Elisabeth Kolb
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 82 Studentenausweis Elisabeth Kolb, Februar 1946
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 83 Dissertation Elisabeth Kolb
Aus: Kolb, Elisabeth (1947): Lorenz von Stein und die soziale Bewegung des 19. Jahrhunderts. Frankfurt, Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Dissertation vom 22. September 1947, Titelseite; Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

S. 84 Promotionsurkunde Elisabeth Kolb
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 86 Ausstellungstafel „Rote Studentengruppe“
Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt am Main,
S7Z1931_138

S. 87 Nina Rubinstein
Universitätsarchiv Frankfurt am Main

S. 90 Ausweiskarte Nina Rubinstein
Universitätsarchiv Frankfurt am Main